

Stenographisches Protokoll

des

5. Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

1. Tag

Abgehalten am 16. und 17. September 1954 in Wien, Sofiensäle

Karl v. Vogelsang Institut  
Tivoligasse 73  
1120 Wien

# 5. Bundesparteitag (1954)

## I n h a l t

### 1. Tag - Vormittag

Seite

1. <u>Eröffnung und Begrüssung</u>	
Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Raab .....	1
2. <u>Begrüssungsansprache</u>	
Stadtrat Dkfm. Nathschläger .....	5
3. <u>Begrüssungsansprachen der ausländischen Gäste</u>	
Oberbgm. Dr. Schreiber (CDU-Berlin) .....	10
Bundestagsabg. Dr. Funk (CSU-Bayern).....	13
Generalsekr. Vermeire (Christl. soz. Partei Belg.)..	15
Abg. Meck (MRP-Frankreich).....	17
Stellv. Generalsekr. Van der Poel (Niederlande)..	24
Minister Straus (Saarland) .....	26
Generalsekr. Dr. Rosenberg (Schweiz).....	28
Generaldelegierter Lohest (NEI-Zweigst. Lüttich)..	32
4. <u>Beschlussfassung über</u>	
a) die Geschäftsordnung .....	35
b) das Tagungspräsidium .....	35
c) die Schriftprüfer .....	36
5. <u>Bestätigung der Zusammensetzung der</u>	
a) Mandatsprüfungskommission .....	36
b) Antragsprüfungskommission .....	36
c) Wahlkommission .....	36
d) der Ausschüsse .....	36
6. <u>Referat des Generalsekretärs</u>	
Nationalrat Dr. Maleta .....	39
Unterbrechung der Verhandlungen .....	78

# 5. Bundesparteitag (1954)

1. Tag. Nachmittags

## I N H A L T

---

	Seite
<u>3. Begrüßungsansprachen (Fortsetzung)</u>	
Staatssekretär Battista (Italien) .....	120
<u>7. Bericht der Kommissionen</u>	
a) Bericht der Mandatsprüfungskommission	
Berichterstatter Bundesrat Eckert .....	79
b) Bericht der Antragsprüfungskommission	
Berichterstatter Nationalrat Dipl.-Ing. Strobl ...	80
<u>8. Referat des Bundesparteiobmannes</u>	
Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Raab .....	82
<u>9. Debatte zu den Referaten</u>	
Aussenminister Dr. Ing. Figl .....	125
Nationalrat Prinke .....	130
Minister a. D. Kraus .....	137
Landesrat Wagner .....	147
Finanzminister Dr. Kamitz .....	152
Landesregierungsrat Haider .....	163
Bundesrat Salzer .....	172
Nationalrat Hattmansdorfer .....	177
Präsident Endl .....	178
Rechtsanwalt Dr. Lesigang .....	185
Dr. Alma Motzko .....	190
Nationalrat Grete Rehor .....	195
Nationalrat Altenburger .....	199
Nationalrat Lola Solar .....	204
Dr. Wollinger .....	207
Schluss der Nachmittagsverhandlungen .....	210

## I N H A L T

	Seite
<u>3. Begrüßungsansprachen (Fortsetzung)</u>	
Generalsekretär Gregoire (Luxemburg) .....	211
<u>10. Bericht des Hauptreferenten für Finanzen</u>	
Berichterstatter Gen.Dir.Dr.Habich .....	217
<u>11. Bericht der Finanzprüfer des Bundesparteitages</u>	
Berichterstatter Vizepräsident Kramer .....	220
<u>Debatte über die Punkte 10 und 11:</u>	
Bundesrat Salzer .....	222
<u>12. Referat des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda</u>	
Referant Staatssekretär Graf .....	225
<u>13. Bericht der Ausschüsse</u>	
a) Bericht des kulturpolitischen Ausschusses	
Berichterstatter Nationalrat Dr.Koren .....	254
b) Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses	
Berichterstatter Nationalrat Dipl.-Ing.Hartmann ...	259
c) Bericht des parteipolitischen Ausschusses	
Berichterstatter Organisationsreferent Zink .....	272
d) Bericht des politischen Ausschusses	
Berichterstatter Landeshauptmann Dr.Gleissner .....	275
<u>Debatte über die Punkte 12 und 13:</u>	
Legationssekretär Dr.Karasek.....	280
Landeshauptmannstellvertreter Udier .....	284
Gemeinderat Kowatsch .....	292
Landtagsabgeordneter Stangler.....	293
Annahme der Berichte und Anträge .....	297
Landeshauptmann Dr.Gleissner .....	297
Resolution .....	298
Annahme .....	302

	<b>Seite</b>
<b><u>14. Wahlen</u></b>	
Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl .....	216
Wahlleiter Nationalrat Dr.Gorbach .....	247, 252
Wahl der Finanzprüfer .....	253
Wahl des Bundeshrengerichtes .....	253
Wahl des Bundesschiedsgerichtes .....	253
<b><u>15. Bericht des Wahlleiters und Bekanntgabe der wahlergebnisse</u></b>	
Wahlleiter Nationalrat Dr.Gorbach .....	302
Vorsitzender Nationalrat Dr.Oberhammer .....	304
<b><u>16. Schlussansprache des neugewählten Bundespartei- obmannes</u></b>	
Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Raab .....	305

-.-.-.-.-

Erster Beratungstag  
=====

Vormittagsitzung

Der 5. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei wird im grossen Sofiensaal in Wien am 16. September 1954 um 9 Uhr 30 Minuten eröffnet.

Auf der Bühne prangt über dem Präsidium ein grosses leuchtendes **Ö**. In bunter Reihe schmücken zahlreiche Fahnen Saal und Galerie. Die Rückwand trägt die Parole: Freiheit für Österreich!

Unter dem lebhaften Beifall der Delegierten und Gäste, die sich von ihren Sitzen erheben, begibt sich die Bundesparteileitung, geführt von Bundesparteioobmann Bundeskanzler Ing. R a a b und Generalsekretär Nationalrat Dr. M a l e t a, auf das Präsidium.

Ein Musikvortrag leitet den Parteitag ein.

Bundesparteioobmann Bundeskanzler Ing. R a a b : Hoher Bundesparteitag! Als Bundesparteioobmann der Österreichischen Volkspartei begrüsse ich alle erschienenen Delegierten unserer Partei und in ihnen alle unsere Funktionäre, Mitarbeiter, Mitglieder und Freunde, die in den letzten Jahren so eifrig mitgearbeitet haben und durch ihren vorbildlichen Eifer und ihren Opferwillen beigetragen haben, die Politik der Österreichischen Volkspartei entscheidend zum Wohl des ganzen Volkes durchzusetzen.

Ich begrüße in unseren Delegierten alle Schichten des österreichischen Volkes, als deren Vertreter Sie hier sind: Unsere Bauern, unsere Arbeiter und Angestellten, unsere Beamten und unsere Wirtschaftstreibenden, unsere Frauen und unsere Jugend. Stärker denn je ist in allen das Gefühl, dass keiner ohne den anderen leben kann, dass es keinem auf Kosten der anderen gut gehen kann und dass wir alle eine Schicksalsgemeinschaft sind. Es ist die vornehmste Aufgabe der Österreichischen Volkspartei, diese Gemeinschaft zusammenzuhalten, damit sie ihr Schicksal meistern kann.

Ich muss es mir versagen, Hoher Bundesparteitag, die zahlreichen illustren Persönlichkeiten, die in unserer Mitte erschienen sind, namentlich anzuführen. Ich möchte als ersten begrüßen den Seniorchef der österreichischen Publizisten, den Fahnenträger österreichischen Gedankengutes, unseren verehrten Freund Staatsrat a.D. Dr. Friedrich Funder. Mein besonderer Gruss gilt auch dem Vorsitzenden unserer Volksvertretung, dem Präsidenten des Nationalrates, Minister a.D. Dr. Felix Hurdes. Ich begrüße die ehemaligen Bundesminister Dr. Kienböck, Dr. Heidl, Födermayer, Dr. Margarétha und Dr. Draxler.

Ferner begrüße ich die Herren der Industrie unter Führung der Herren Präsidenten Lauda und Mautner Markhof. (Die Genannten werden jeweils mit lebhaftem Beifall begrüsst.)

Ich begrüße mit besonderer Freude unsere zahlreichen Gäste aus dem Ausland. (Beifall.) Ihre Anwesenheit gibt uns die Gewähr, dass wir auch ausserhalb der rot-weiss-roten Grenzpfähle Freunde haben und in der weiten Welt in unserem Kampf nicht allein stehen.

Unter den ausländischen Delegierten gilt unser besonderer Gruss dem Präsidenten der Nouvelles Equipes Internationales, Minister a. D. Schrywer, sowie folgenden ausländischen Delegierten: Aus der Bundesrepublik Deutschland dem Herrn Oberbürgermeister aus Berlin, Dr. Walter Schreiber von der CDU, dem Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Heck, dem Herrn Generalsekretär Josef Brunner und dem Bundestagabgeordneten der CSU, Dr. Friedrich Funk, und dem Leiter der NEI-Zweigstelle in Bonn, Dr. Kraske.

Ich begrüsse aus Belgien, von der Christlichsozialen Partei Belgiens, Herrn Generalsekretär Vermeire und den Generaldelegierten der NEI-Zweigstelle Lüttich Albert Lohest. Aus Frankreich begrüsse ich den Abgeordneten der MRP Henri Meck, aus den Niederlanden den Vertreter der Katholischen Volkspartei, den stellvertretenden Generalsekretär Van der Poel, aus dem Saarland die Vertreter der Christlichen Volkspartei des Saarlandes, Minister Dr. Straus, saarländischer Gesandter in Paris, und Sekretär Lehnen und schliesslich aus der Schweiz den Vertreter der Schweizer Konservativen Volkspartei, den Herrn Generalsekretär Dr. Rosenberg. (Die Genannten werden jeweils mit lebhaftem Beifall begrüsst.)

Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteitag hat eine doppelte Aufgabe: Er soll den Bericht über die Arbeiten der Partei in den letzten beiden Jahren entgegennehmen und die Marschroute für die nächste Periode festlegen. Ich will dem Parteitag nicht vorgreifen, glaube aber doch sagen zu können, daß es diesmal keiner buchhalterischen Kunststücke bedürfen wird, um eine aktive Bilanz vorlegen zu können. Auch<sup>um</sup> die Marschroute braucht man sich nicht erst den Kopf zu zerbrechen, wenn man das Gefühl hat, auf dem richtigen Weg zu sein.

Der 5. Bundesparteitag ist eröffnet.

Die Tagesordnung ist Ihnen allen schriftlich zugegangen, erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung? - Es ist dies nicht der Fall, die Tagesordnung erscheint daher genehmigt und für den Parteitag bindend.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, obliegt mir eine traurige Pflicht. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen. Wir müssen aller jener gedenken, die Gottes Ratschluß aus diesem Leben abberufen hat, die aber Zeit ihres Lebens treu und voll Hingabe als Mitarbeiter unserer Partei gedient und geholfen haben. Es ist unmöglich, alle ihre Namen aufzuzählen, ich muß mich daher darauf beschränken, einige wenige zu erwähnen:

Wohl als schwersten Verlust hatten wir den Tod unseres Ehrenparteivorsitzenden, des Nationalratspräsidenten Leopold K u n s c h a k, zu verzeichnen. Kunschaks Name ist in die Geschichte eingegangen, weder Freund noch Feind werden ihn jemals vergessen.

Allzu früh von uns ging unser Handelsminister Nationalrat B ö c k - G r e i s s a u. Es ist Ihnen allen noch in lebendiger

Erinnerung, wie er, schon zu Tode krank, noch im letzten Wahlkampf es sich nicht nehmen ließ, als Redner für die Partei seine Pflicht zu erfüllen.

Andere unermüdliche Vorkämpfer unserer Ideen waren Bundesminister a.D. M a n d o r f e r und Staatssekretär a.D. H e r g l o t z. Den Genannten und allen Mitarbeitern und Mitgliedern, die der Tod uns entrissen hat, werden wir stets ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zum Zeichen der Anteilnahme von den Sitzen erhoben. Ich werde Ihre Kundgebung dem Protokoll einverleiben lassen. (Die Delegierten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Nach Punkt 2 der Tagesordnung hätte nun der Vizebürgermeister der Stadt Wien, unser lieber Parteifreund Minister a.D. Lois Weinberger das Wort zu ergreifen. Leider ist er durch eine schwere Krankheit am Erscheinen verhindert. Ich darf Ihre Zustimmung annehmen, Minister Weinberger die besten Grüße und die besten Wünsche zur baldigen Genesung namens des Bundesparteitages zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.) Minister Weinberger muß dem Parteitag seine aufrichtigsten Wünsche zu einem guten Verlauf und seine Grüße durch einen Vertreter entbieten lassen. In dieser Eigenschaft bitte ich Herrn Stadtrat Dkfm. Nathschläger, das Wort zu ergreifen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (mit Beifall begrüßt): Delegierte des Bundesparteitages, verehrte Gäste, liebe Parteifreunde! Der erste Vizebürgermeister der Stadt Wien, unser Freund Lois Weinberger, der Gott sei Dank schon auf dem Wege der Besserung ist, aber noch immer im Spital liegt, hat mich gebeten, dem Bundesparteitag folgenden Gruß zu übermitteln:

"Ich bin glücklich und stolz darauf, euch den Gruß der Stadt Wien und die Freude hunderttausender Wienerinnen und Wiener über euer Zusammensein in der Bundeshauptstadt verdolmetschen zu dürfen. Durch mich grüßt euch ein gutes, redliches Stück der Wiener Stadtverwaltung.

Über mich grüssen euch alle patriotischen, alle christlichen, alle freiheitsliebenden Wiener und Wienerinnen.

Wir freuen uns besonders, und mit wienerischer Herzlichkeit, dass so viele Gäste befreundeter Nationen zum Parteitag erschienen sind, und wir wünschen ihnen einen recht schönen, guten Aufenthalt in unserer wunderbaren Stadt. Wir grüssen unsere fleissigen, emsigen Vorarlberger, unsere tapferen Freunde aus den Tiroler Bergen, die Delegierten aus dem sonnigen, aus dem wunderbaren Lande Salzburg, aus dem südlichen, gleich uns Wienern hart kämpfenden Kärnten, wir grüssen unsere Freunde aus den österreichischen Kernlanden, aus Oberösterreich, aus Niederösterreich und aus der Grünen Mark, und wir grüssen die Delegierten aus unserem jüngsten, aber allen schon sehr lieb gewordenen Land, unsere Burgenländer. Ausserlich am Rande, aber doch ganz in der Herzmitte Österreichs liegt Wien. Ihm und allen Wienern und Wienerinnen auf diesem Bundesparteitag gilt mein besonders herzlicher Gruss.

Werte Delegierte! Unsere Volkspartei ist mehr als eine politische Körperschaft. Sie ist die grosse politische Freiheits- und Volksbewegung Österreichs gewesen und sie muss es bleiben. Ohne unsere Partei gäbe es keine Demokratie, ohne unsere Partei gäbe es keine persönliche Freiheit mehr auf diesem besonderen und sehr heiklen Raum in der Mitte Europas. Was die Männer und Frauen unserer Partei allüberall, besonders aber in den Regierungen Figl und Raab bis zum heutigen Tage für dieses Land und seine Bevölkerung aber auch für Europa und die Welt getan und geleistet haben, wird noch nach Jahrhunderten anerkannt und gerühmt werden.

Wenn wir uns den gesicherten Staatshaushalt, das beinahe zu gute Geld, die aktive Handelsbilanz, das Arbeitsvolumen, aber auch die stolze soziale Entwicklung, die Entnivellierung, die Rentensicherung und die Rentenverbesserung, wenn wir uns die sozialreformerischen Massnahmen zum Schutze der Familie, zur Eigentumbildung, zum Wohnungseigentum. usw. vor Augen halten, dann könnten wir fast stolz und übermütig werden. Gewiss, die Leistungen unserer Partei sind gross, wir alle dürfen mit gutem Recht erwarten, dass sie von unserem Volk auch anerkannt und schon in wenigen Wochen anlässlich der Wahlen in einige Landtage auch wieder freudig bestätigt werden. Aber wir wollen in dieser feierlichen Stunde auch keinen Übermut aufkommen lassen, sondern klar erkennen, wie viel noch zu tun bleibt und was wir noch alles vor uns haben: Was uns noch fehlt, ist und bleibt vor allem die Freiheit. Was uns im inneren noch fehlt, ist meiner Ansicht nach eine gerechtere Verteilung des an und für sich sicher sehr beträchtlichen Volksvermögens. Ich denke dabei nicht zuletzt an die geistigen Berufe. Mit Löhnen und Gehältern, aber auch mit Preisen allein wird es niemals gerecht verteilt werden können. Wir werden daher wohl auch andere, moderne Wege einer besseren Verteilung beschreiten müssen. [Dass die Familien vor allem zu schützen und zu sichern sind, hat unsere Partei als erste erkannt. Wir freuen uns, dass dieses Problem schon sehr bald wenigstens im grossen gelöst werden wird, und wir finden gerade heute in den Zeitungen sehr ermutigende Hinweise in dieser Richtung. Was wir bisher für dieses Land und sein Volk getan haben, ist aller Anerkennung und aller Ehren wert. Was wir noch für Osterreich, für

die Freiheit und unser Volk tun müssen, dafür werden wir alle Anstrengungen machen und unsere ganze Kraft und Zähigkeit einsetzen. Seid euch dessen bewusst. Heute, morgen und immer!

Ich wünsche dem Parteitag der Partei Österreichs und des ganzen Volkes einen vollen Erfolg!"

Wenn ich noch etwas hinzufügen darf, als einer, der mit Weinberger im Wiener Rathaus seit Jahren mehr Leid als Freude teilt: Ich erhoffe mir von dem diesjährigen Bundesparteitag viel, sehr viel sogar, vor allem aber, dass er eine solide Ausgangsbasis für einen sieghaften Wahlerfolg bei der grossen Auseinandersetzung im Oktober in Wien und in den in Betracht kommenden Bundesländern sei.

Der Herrgott segne unsere Partei, unser Land und unser Volk. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. Raab: Wir kommen nun zum Punkt 3 der Tagesordnung:

Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste

Ich darf nochmals meiner Freude über das Erscheinen unserer ausländischen Gäste Ausdruck geben. Als erstem von ihnen darf ich dem regierenden Bürgermeister, Mitglied der CDU, Dr. Walter Schreiber, das Wort erteilen.

Dr. Walter Schreiber (CDU - Berlin) (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Herr Bundeskanzler! Meine Herren Bundesminister! Meine Herren Landeshauptleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine ganz besonders grosse Freude, dass ich Ihnen die Grüsse und die guten Wünsche der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und die ihres Parteiobmannes Konrad Adenauer zu Ihrem Parteitag überbringen darf. (Beifall)

Wir fühlen uns als Schwesterpartei von Ihnen und infolgedessen nehmen wir an Ihrer Arbeit und an Ihren Erfolgen herzlichsten Anteil. Es war mir eine grosse Befriedigung, dass ich nach zehn Jahren endlich wieder einmal nach Wien kommen konnte.

Ich habe mir mit dem kritischen Blick, den ein Oberbürgermeister haben muss, hier in Wien seine Art und seine Entwicklung angeschaut, und ich bin glücklich, feststellen zu können, dass diese Stadt, die auch aus so vielen Wunden des Krieges geblutet hat und auch heute noch blutet, doch ganz ausserordentlich grosse, sichtbare Fortschritte erzählt hat; Fortschritte, die auf mich einen besonders starken Eindruck gemacht haben, weil ich immer - wie Sie verstehen werden - eine Parallele, einen Vergleich mit dem ziehe, was wir bisher in Berlin leisten konnten. Wien, diese wundervolle Stadt, hat auf mich den Eindruck gemacht, dass Sie auf dem besten Weg sind, die Wunden heilen zu

lassen, die Ihnen der Krieg geschlagen hat.

Ich glaube, was ich hier in Wien feststellen konnte, bestätigt Wort für Wort das, was der Herr Bundeskanzler, Ihr Parteiboss, in seinem Überblick in den "Österreichischen Monatsheften" geschrieben hat, dass Sie glücklicherweise in ganz Österreich - trotz aller Schwierigkeiten, mit denen Sie zu kämpfen hatten - verankert sind; und das erfüllt mich voller Hoffnung, dass Sie in dem bevorstehenden Wahlkampf grosse Erfolge erzielen werden.

Wir haben ja gerade jetzt vor einem Jahr, im September, in der Bundesrepublik einen von keinem von uns in seiner Grösse erwarteten Erfolg bei den Wahlen zum Bundestag errungen. Diesen Erfolg erzielte nicht nur die Persönlichkeit Dr. Adenauers, deren grosse Bedeutung selbstverständlich ganz wesentlich dazu beigetragen hat, aber das Entscheidende an diesem Wahlergebnis war die Feststellung, die wir treffen konnten, dass der deutsche Wähler und die deutsche Wählerin ganz einfach danach entschieden haben: Wer hat etwas geleistet und wer hat kritisiert! (Beifall.) Das ist in Wahrheit das Ermutigende und das Schöne an diesem Wahlergebnis. Deswegen bin ich davon fest überzeugt, dass das österreichische Volk danach entscheiden wird, was die Regierung geleistet hat, und dann können wir Vertrauen haben, dass ihr Erfolg haben werdet.

Noch ein Wort von meinem Standpunkt, von Berlin aus, zu einer anderen Frage. Ich hatte die grosse Freude, auf der Berliner Konferenz im Februar dieses Jahres den entschlossenen Kampf Ihres Aussenminister Dr. Figl beobachten zu können, wo es darum ging, den österreichischen Staatsvertrag durchzusetzen. Ich kann Ihnen sagen, wir Berliner sind nicht mit Illusionen an diese Berliner Konferenz herangegangen, wir haben nicht geglaubt,

dass wir für Deutschland eine abschliessende Entscheidung erreichen würden, aber was wir gehofft haben war, dass Sie nun endlich Ihren Staatsvertrag bekommen, auf den Sie so lange warten.

Wir haben mit Ihnen, als wenn es uns genau so anginge wie Sie, erwartet und erhofft, daß Sie nun endlich die Freiheit bekommen könnten, die 10 Jahre nach dem Zusammenbruch Ihrem Volk zusteht, worauf es einen Anspruch hat. Es hat uns am schmerzlichsten berührt, daß dieses Ergebnis nicht aus der Berliner Konferenz hervorgegangen ist. Aber wir in Berlin bleiben Optimisten, und ich möchte daher am Schluß meiner Worte dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß es Ihnen sehr bald gelingen möge, das zu erreichen, was da drüben auf dem Spruchband steht: Freiheit für Österreich (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem Herrn Oberbürgermeister für seine lieben und anerkennenden Worte. Wir freuen uns umso mehr, ihn heute in diesem Kreise sprechen zu hören, weil es bei den letzten Wahlen gelungen ist, daß er auf Grund der Entscheidung, die damals das Volk getroffen hat, die Führung der großen Stadt Berlin übernommen hat. Wir wünschen ihm und seiner Arbeit, wir wünschen dem deutschen Volk vollen Erfolg in seinem Kampf um die Gleichberechtigung. (Lebhafter Beifall.)

Es spricht nun namens der CSU der Bundestagsabgeordnete Dr. Friedrich Funk.

Bundestagsabgeordneter Dr. F u n k (CSU Bayern) (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler, meine Herren Bundesminister, meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich am Anfang meinen herzlichsten Dank sagen für die Einladung, die Sie der Christlichsozialen Union in Bayern zukommen ließen. Es ist mir eine besondere Ehre und Auszeichnung, in Ihrem schönen Lande verweilen zu dürfen.

Es ist aber auch eine Freude für mich, in dem Lande zu sein, mit dem uns von jeher gutnachbarliche, ja beste Beziehungen sowie die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Kultur verknüpfen.

Es ist mir eine Freude, Gast einer Partei zu sein, die von den gleichen weltanschaulichen Grundlagen getragen wird wie meine eigene, die Christlichsoziale Union. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich Ihnen im Auftrage der Christlichsozialen Union in Bayern deren herzlichsten Grüße übermittle. (Lebhafter Beifall.)

In unseren politischen Sorgen haben die beiden Länder manches gemeinsam. Beide stehen wir heute leider noch unter Besatzungsstatut, beide hoffen wir, endlich als gleichberechtigte Mitglieder in den Kreis der wirklich freien Völker aufgenommen zu werden.

Ich darf Ihnen einen guten Verlauf Ihrer Tagung wünschen und gleichzeitig den Wunsch aussprechen, daß alles in Erfüllung geht, was für Ihre Partei sowohl als auch für das von Ihnen so sehr geliebte und von uns so sehr geschätzte Österreich gut ist.

Ebenso wie mein Herr Vorredner möchte ich meine Worte ausklingen lassen in den Ruf: Freiheit für Österreich!  
(Starker Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem geschätzten Vorredner für seine lieben Worte und ersuche nun den Herrn Generalsekretär Vermeire der Belgischen Volkspartei, das Wort zu ergreifen.

Generalsekretär Vermeire (Christlichsoziale Partei Belgiens) (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich spreche nicht gut deutsch, nur flämisch-deutsch, aber ich bin überzeugt, daß Sie mich verstehen werden. In meinem Lande gibt es ein Sprichwort, das lautet: Wenn das Herz redet, versteht man sich immer.

Und wie manche Gründe veranlassen das Herz. zu reden! Ich denke an einen - und dabei denke ich noch nicht an die Bande, die unsere Partei zusammenschliessen. Ich denke an folgenden: Mein Land weiss zuviel von Besatzungen - nicht solchen, welche es selbst auferlegt, sondern solchen, die es selbst erdulden musste -, als dass wir nicht aus Herzensgründen wünschen sollten, dass sich die Grossmächte, die heute noch Ihr Land besetzt halten, sobald wie möglich einig werden mögen, damit Österreich in unbeschränkter Freiheit neuer Blüte und neuem Wohlstand nachstreben könne. (Beifall.)

Neben diesen Gefühlsgründen gibt es auch andere, die mehr zur Vernunft sprechen. Ich will in aller Kürze zwei dieser Gründe streifen. Die Fragen der moralischen und materiellen Wohlfahrt sind heutzutage durch eine Reihe von Umständen so kompliziert geworden, dass wir nur eine Lösung finden können, wenn wir sie zusammen suchen. Ehemals, da es noch Entfernungen gab, da die politischen Leiter von einander getrennt lebten und nur an Lösungen für ihr eigenes Land dachten und denken konnten, da war es denkbar, dass es keinen gegenseitigen Kontakt, kein Einvernehmen gab. Jetzt aber, da es kaum noch Entfernungen gibt, da die Politiker die Landes- und Staatsgrenzen wie eine Hemmung empfinden- ohne dass deswegen die Liebe zu ihrem Land darunter leiden soll -, passt es, dass sie zusammen beraten, wie sie eine kontinentale Wohlfahrt ermöglichen und den Weltfrieden wahren können.

Und nun zum zweiten Grund. Die Welt wird jetzt von einem ideologischen Kampf überschattet, so-dass diejenigen, welche sich noch zu gewissen Werten bekennen, wohl gezwungen sind, Schulter an Schulter zu stehen, um gemeinsam ihre Lehre auszubauen und die adäquaten Formen zu finden, die es ermöglichen sollen, das Vertrauen der öffentlichen Meinung zu bewahren oder zurück zu gewinnen. Alle Menschen, die guten Willens sind und eine soziale Gesellschaft wünschen, in der die Person als höchster Wert gilt, müssen sich gegenseitig unterstützen und helfen. Denn was in einem Land geschieht, hat gewiss einen Rückschlag auf die anderen Länder.

Weil so das Herz redet und weil auch die Vernunft so redet, wünsche ich Ihnen im Namen der Christlichen Volkspartei Belgiens einen recht erfolgreichen Kongress. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seine lieben Worte.

Ich ersuche nun den Vertreter Frankreichs, Herrn Abg. Henri Meck, das Wort zu ergreifen.

Abg. M e c k (Frankreich) : Sehr geehrter Herr Kanzler! Werte Kongressteilnehmer und liebe Freunde! Im Namen der Christlichsozialen Volkspartei Frankreichs, des Mouvement Republicain Populaire, entbiete ich Ihnen die besten Glückwünsche zu den Arbeiten Ihres Kongresses. Wir wissen, dass wir in Österreich auf dem Boden der vorgeschobenen Bastion des christlichen Abendlandes, auf historischem Boden stehen, und wir wünschen, dass der neue demokratische und soziale

Impuls, der heute im österreichischen Volke schlummert, in der gleichen Weise auch in der Zukunft seine Rolle für das Glück der Menschheit, für Freiheit und Menschenrecht, erfüllen kann.

In Frankreich besteht eine christlichsoziale Volkspartei nicht so lange wie bei Ihnen hier in Österreich. Vor 50 und 60 Jahren, als Lueger den Grundstock Ihrer Partei schuf, existierte die Christlich-Demokratische Volkspartei Frankreichs noch gar nicht, und vor 20 und 30 Jahren, als Sipel hier bei Ihnen an der Spitze stand, war sie bei uns klein und wenig einflussreich. Und dann, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, kam das sogenannte Wunder des Aufstieges der grossen christlichsozialen und demokratischen Volkspartei Frankreichs, des MRP. Wir haben heute ein Siebentel der Abgeordnetenmandate im Parlament, und die Ersatzwahlen der letzten zwei Jahre haben bewiesen, dass alle jene unrecht hatten, die dieser Partei einen Niedergang prophezeit hatten. Überall sind die Positionen gefestigt, unser Kampf für die Demokratie, fürs Volk, unser Kampf für soziale Gerechtigkeit hat die Probe bestanden, und wir sind fest verankert, auch in den Arbeitermassen Frankreichs, und wir haben, weil wir trotz aller Sirenengesänge der Einheitsorganisation eine christliche Gewerkschaftsbewegung aufrechterhalten haben, zusammen mit unseren belgischen Kameraden das Banner der christlichen Arbeiterbewegung auch bis in die entlegensten Gebieten Afrikas und Asiens getragen.

Aussenpolitisch gesehen ist ~~das~~ Mouvement Républicain Populaire, die Christliche Volkspartei Frankreichs, die feste Kraft einer Politik, die die Einigung der Kräfte Europas anstrebt. (Beifall.) Wieso? Bis vor ganz kurzer Zeit lag die Leitung des französischen Aussenministeriums in den Händen von Volksrepublikanern. Der Volksrepublikaner Bidault hat 1948 den Europarat geschaffen, und wir wollen hoffen, dass diese Instanz dazu beitragen wird, das schöne Idealbild des fran-

zösischen Aussenministers Aristide Briand zu verwirklichen, der vor 25 und 30 Jahren die Welt mit der Forderung auf Schaffung der Vereinigten Staaten Europas begeisterte.

Robert Schuman hat 1952 die europäische Arbeitsgemeinschaft der Kohlengruben und der Hüttenwerke, die das wirtschaftliche Rückgrat Europas sind, in die Tat umgesetzt. Keine Partei Frankreichs war bei der Abstimmung so geschlossen für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wie das MRP. Wir haben eine Schlappe erlitten. Wir lassen jedoch den Mut nicht sinken, es gibt andere Wege zum gleichen Ziel, und dieses Ziel ist und bleibt die Sammlung der moralischen, politischen und wirtschaftlich-materiellen Kräfte der europäischen Völker.  
(Beifall.)

Darf ich um Verständnis für die Vorkommnisse bei uns bitten. Ein Viertel des französischen Volkes wählt kommunistisch. Es hat nicht den Anschauungsunterricht genossen wie Sie hierzulande. Ein tiefer Graben ist von Hitler durch die Missetaten und Verbrechen des Nazismus gegraben worden. Hitlers tausendjähriges Reich ist nach elf Jahren verschwunden, geblieben aber ist das Misstrauen, das er gesät hat, und das ist leider Gottes der einzige bleibende Triumph Hitlers. Nun gut, wir hoffen, dass wir diesen Graben überbrücken können. Die christliche Volkspartei Frankreichs hat den österreichischen Problemen stets ein besonderes Augenmerk geschenkt. Ich will daran erinnern, dass ich hier zum ersten und letzten Mal 1938 bei einer Tagung des Internationalen Christlichen Bergarbeiterkongresses, dessen Präsident ich damals war, weilte. Als ich heimfuhr, ging ich durch Salzburg, die Stadt Mozarts, die wie keine andere den südländischen und milden Charakter

des Österreichers beleuchtet, eine wahre Stadt Mozarts!  
Einige Monate später sah ich in der Aktualitäten-Rundschau  
den Einmarsch der Hitlerstiefel in Salzburg.

Die Tränen kamen mir ins Auge, denn wir wissen, was Österreich ist. Mein Landsmann, der Abgeordnete Wetterle, wurde nicht müde, mit vielen anderen aus unseren Reihen den großen Fehler zu bedauern, der vor 35 Jahren hier im Donaauraum gemacht wurde. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Wieder war es ein Vertreter unserer Partei, und zwar der Abgeordnete Pezet, einer der Spezialisten unserer Außenpolitik, der sich besonders des Österreichproblems und der Donaufragen annahm. Robert Schuman hat 1933 oder 1935 als Berichterstatter den Bericht über die Österreich-Anleihe gegeben. Als Außenminister ist er unserer Tradition treu geblieben, und auch Georges Bidault hat sich in gleicher Weise, zuletzt noch auf der Berliner Konferenz, für eine Lösung des österreichischen Problems eingesetzt.

Nach dieser Konferenz rief ich im französischen Parlament, in einer Polemik, die ich mit den Kommunisten hatte, diesen zu: Vor 50 und vor 30 Jahren versprach die marxistische Bewegung, der Welt den ewigen Frieden. Die Waffen nieder, nie wieder Krieg, hieß es. Und was haben Sie geschaffen? Heute steht der schlimmste Militarismus in der Welt, die Völker der Welt geben pro Jahr 60.000 Milliarden französischer Franken für das Wettrüsten aus. Wir hofften auf Berlin, aber Sie brachten uns nichts als Enttäuschungen und nicht einmal den Staatsvertrag für das kleine Österreich!

Sie tagen heute als christliche Volkspartei. Christ sein, heißt Optimist sein. Sie haben seit 40 Jahren einen langen Leidensweg zurückgelegt. Aber ich rufe Ihnen zu: Nach

schlechten Zeiten folgen auch wieder glückliche. - Per aspera ad astra. Ich und die ganze christliche Volkspartei Frankreichs wünschen Ihnen, daß recht bald wieder der österreichische Spruch vom felix Austria, vom glücklichen Österreich Tatsache werde. (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem .Sprecher der französischen Bruderpartei für seine lieben, die österreichischen Verhältnisse so genau und richtig schildernden Ausführungen.

Wir in Österreich verfolgen den schwierigen Kampf und die großen Aufgaben, die die christliche Volkspartei Frankreichs zu erfüllen hat und in den vergangenen Jahren auch tatsächlich im Dienste ihres Vaterlandes vollbracht hat. Wir wünschen ihr, daß sie im Laufe der Entwicklung der kommenden Zeit ebenso wie die Österreichische Volkspartei zu einem großen und geschlossenen Bollwerk des bürgerlichen christlichen Gedankens werde, um ihr Programm durchsetzen und jene großen Dienste erfüllen zu können, die Frankreich im Rahmen der europäischen Völkergemeinschaft zu leisten hat. Wir senden der französischen Bruderpartei unsere herzlichsten Grüße. (Beifall.)

Zum Worte gelangt der Vertreter Hollands, Herr Generalsekretär van der Poel.

Stellvertretender Generalsekretär Van der P o e l

(Niederlande) ( mit Beifall begrüsst ) : Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vertreter der Katholischen Volkspartei in den Niederlanden ist es für mich eine grosse Ehre, Ihnen den herzlichen Dank meines Parteivorstandes für die Einladung zu übermitteln, die Sie uns zum 5. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei in Wien geschickt haben.

Für Ihre niederländische Schwesterpartei war es ein grosses Vergnügen, jetzt in der Lage zu sein, in der Tat ihr Interesse an Ihrer Arbeit zu zeigen, umsomehr, als auch Ihre Vertreter immer so ernsthaft an unseren Kongressen in Holland teilnehmen. Die Parteileitung der Katholischen Volkspartei hat denn auch keinen Moment gezögert, dieser ehrenden Einladung Folge zu leisten, und ich freue mich natürlich besonders darüber, dass es mir gegeben ist, jetzt einige Tage in Ihrer Mitte, in dieser schönen Stadt, verbleiben zu dürfen.

Meine Freunde! Ich glaube, es hat gar keinen Zweck, dass ich jetzt auf die guten Verhältnisse zwischen Österreich und Holland allzu tief eingehe. Die Bande von Familie zu Familie datieren schon aus der ersten Nachkriegszeit, und wenn Ihre Majestät, unsere geliebte Königin, mit der königlichen Familie regelmässig nach St. Anton kommen, dann heisst das, dass auch wir Holländer Ihrem Lande und Ihrem Volke unsere Liebe geben. (Beifall.)

Ausserdem haben wir einander auch in der Not gefunden, bei nationalen Katastrophen, und wir haben gesehen, was es bedeutet, unter solchen traurigen Umständen wirklich Freunde zu haben. Wir haben uns in der Not gefunden, ja, und es scheint mir, dass wir heutzutage in Europa geistig wie auch politisch wieder in Not sind. Aber ebenso klar ist es für mich, dass es die christlichen Ideale und christlichen Prinzipien sind, die uns aus dieser Situation herausbringen können.

Deshalb, meine Freunde, sind wir Holländer so an Ihrer Arbeit und an diesem Parteitag interessiert. So wünschen wir Ihnen einen vollen Erfolg dieses Parteitages.

Es lebe die Österreichische Volkspartei! Es lebe Österreich! Es lebe Europa! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seine lieben Worte. Wir sind ja Holland immer besonders verbunden, weil es immer in schweren Tagen hilfreich hier in Österreich eingegriffen hat.

Ich bitte nun den Herrn Minister des Saarlandes Straus, das Wort zu ergreifen.

Minister ... S t r a u s (Saarland) (mit Beifall begrüsst): Herr Bundeskanzler! Meine Herren Minister! Liebe österreichische Gesinnungsfreunde! Freudig bewegt nehme ich das Wort, um Ihnen, Herr Bundeskanzler, als dem Parteiohmann unserer Bruderpartei den besonderen Dank für Ihre Einladung auszusprechen und um Ihnen gleichzeitig die Grüße, die besten Wünsche unserer Partei, der Christlichen Volkspartei, und ihres Chefs, des Herrn Ministerpräsidenten, zu übermitteln. (Beifall.)

Wir haben schon immer bewegten Anteil am politischen Geschehen Ihres Landes genommen. Sie stehen jetzt in der nächsten Zeit vor Wahlen, und Ihre Wahlen sind unsere Wahlen, Ihre Sorgen sind unsere Sorgen und Ihre Erfolge sind unsere Erfolge. Die Wahlen in Österreich, diesem kleinen Land, als der östlichsten Bastion der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Freiheit, sind ein Test nicht nur für Sie, sondern für ganz Europa.

Wir sind eine Partei, die sich von allen übrigen wesentlich unterscheidet, weil wir von einer ideologischen Grundhaltung, von einer Gesinnung, von einer geistigen Konzeption ausgehen, weil uns diese Konzeption leitet und führt, und wenn Sie, meine lieben Parteifreunde, in den kommenden schweren Tagen zusammenstehen, geschlossen sind und das voller Begeisterung zu Ihrer Idee, zu Ihrer christlichen Grundhaltung beweisen und bewahren, dann werden Sie Erfolg haben. Es muss ja auch so sein. Seit einigen Jahren komme ich in Ihr Land, und mit Staunen und Bewunderung sehe ich den Fortschritt, die Entwicklung, die Verbreiterung des Wohlstandes in allen Schichten. Sie haben unheimlich viel geleistet, Herr Raab!

Ihre herrlichen Naturschönheiten, Ihr Verkehrsnetz, Ihr Wohnungsbestand, die Arbeitsfreude Ihrer Bevölkerung, all das hat zusammengewirkt, dass man hoffen kann, dass es mit Österreich mit schnellen Schritten aufwärts geht. Sie haben grosse Erfolge erzielt und darauf dürfen Sie stolz sein. Wenn ich daran denke, welche ungeheuren, unvergleichlichen Werte die Menschen in Österreich der Welt auf dem Gebieten der Kunst, der Musik, der Dichtung und der Literatur zu geben vermögen, dann, meine lieben Freunde, möchte ich Ihnen den Gedanken Ihres Bundeskanzlers Dollfuss noch einmal ins Gedächtnis rufen, der da gesagt hat: "Österreich, ein Land mit solchen Werten und Qualitäten, es wird ewig leben!" (Beifall.)

Und was ist der Sinn unserer heutigen Zusammenkunft? Die Bande enger zu knüpfen, nicht nur unter Ihnen Österreichern, sondern mit allen Teilen Europas, mit allen denjenigen, die gleichen Willens sind, die die gleiche Gesinnung haben, um einem Ziel zu dienen: Den Frieden zu verankern, zu festigen und zu erhalten;

denn es gibt keine Freiheit ohne den Frieden, und es gibt keinen Frieden ohne Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Sehen wir weiter, denken wir an die ungeheuren Gefahren denen wir Europäer und Sie als Österreicher im besonderen ausgesetzt sind. Denken wir an das Wort des Herrgotts, der uns den Frieden versprochen hat, wenn wir guten Willens sind, und seien wir stark in diesem Willen. Auch Goethe hat diesen Gedanken einmal ausgesprochen, als er sagte: „Gottes ist der Orient! Gottes ist der Okzident! Nord- und südliches Gelände ruht im Frieden seiner Hände.“ (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem Herrn Minister Straus für seine herzlichen Ausführungen.

Wir kennen ihn schon lang als besonderen Freund Österreichs

Und nun kommt die Schweiz zum Wort. Darf ich Herrn Dr. Rosenberg bitten, einige Worte zu uns zu sprechen.

Generalsekretär Dr. R o s e n b e r g (Schweizer Konservative Volkspartei) (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler meine Herren Bundesminister, meine lieben Gesinnungsfreunde Ich habe die angenehme Aufgabe, Ihnen den Gruß der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Ihrer Schwesterpartei, zu übermitteln; aber nicht nur den Gruß dieser Partei, sondern ich glaube sagen zu dürfen, des ganzen Schweizer Volkes. (Lebhafter Beifall.) Mit diesem Gruß verbinden wir den Glückwunsch zum erreichten wirtschaftlichen Aufstieg und zur allgemeinen Erstarkung, der sich Österreich erfreuen darf.

Ich glaube, wir neutrale Schweizer dürfen es vielleicht feststellen: Dieser Erfolg ist das Werk der ÖVP. Es ist der Erfolg von Jahren unermüdlicher Anstrengungen, der Lohn auch

für Ihre Ausdauer, allen Widerständen zum Trotz. Man spricht heute in der Schweiz von einem österreichischen Wunder, und darin kommt die Bewunderung für die Männer zum Ausdruck, die nacheinander, aber immer miteinander und in treuer Kameradschaft die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten und den inneren Aufbau und Ausbau zu bewerkstelligen wußten.

Die Zeit ist heute sehr schnellebig. Wer das Erreichte und das Heutige wirklich würdigen will, der darf nicht vergessen, wie es früher und wie es vor allem nach Kriegsende war, er darf aber auch nicht vergessen, von wo aus aufgebaut werden mußte. Das trifft für alle christlich-demokratischen Parteien Europas zu, die man heute so gerne bekrittelt, weil sie vielleicht nicht alles zu erreichen vermochten. Gestatten Sie mir daher, daß ich über diesen Punkt, daß man das heute Erreichte nach der Ausgangslage beurteilen muß, noch einiges hinzufüge.

Wie war es 1945 und 1946? Das hat uns ein ganz zuverlässiger Zeuge erzählt, nämlich Douglas Hyde, ein Redakteur der kommunistischen Londoner Zeitung "Daily Worker" und Kommunist, der zum Katholizismus übergetreten ist, in seinem Buch "Anders, als ich glaubte", das im Jahre 1953 publiziert wurde. In diesem Buch wird auf Grund zuverlässiger Dokumente dargestellt, daß die Machtergreifung durch den Kommunismus in allen europäischen Ländern in kommunistischen Führerkreisen nicht mehr als Problem, sondern als selbstverständlich erachtet wird.

Wenn es anders gekommen ist, so dank der christlich-demokratischen Parteien. Nur die christlich-demokratischen Parteien vermochten gegen den Kommunismus einen haltbaren Damm zu errichten.

Das geschah in Italien, das geschah in Frankreich, das geschah aber vor allem auch in Österreich. Diese christlich-demokratischen Parteien wurden zum Schutz und zum Schild und zur eigentlichen Ordnungsmacht und Verteidigungsorganisation des christlichen Europas.

Christliche Demokratie heisst aber nicht nur Abwehr, sie beinhaltet auch ein positives Aufbauprogramm, das die christlichen Parteien im Bewusstsein der Völker nicht nur zum Werkzeug der Freiheit, sondern auch zum Werkzeug der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit gemacht haben.

Im positiven Aufbauprogramm können nun viele nicht mehr mit, die nach Kriegsende und in den ersten schwierigen Jahren mit christlich-demokratischen Parteien marschiert sind, und daraus erklären sich gewisse Abbröckelungen und gewisse Schwierigkeiten, die heute in fast allen europäischen Ländern festzustellen sind. Man glaubt, die Gefahr ist vorbei und man hat diese christlichen Parteien nicht mehr nötig. Persönlich bin ich der Meinung, dass dieser Schein, dass die Gefahr vorbei ist, wirklich trügt.

Wir stehen heute wieder in einer entscheidenden Stunde, und ich glaube, heute wie 1945 und 1946 ist jeder angesprochen und jeder aufgerufen, sein Stück Verantwortung zu übernehmen. Für mich ist die Situation, wie sie sich entwickelt hat, nirgends besser dargestellt als in zwei Appellen unseres Heiligen Vaters Pius XII. Zu Ostern 1948 hat Pius XII vor 200.000 Männern auf dem grossen Platz in Rom ausgerufen: Die Stunde des christlichen Gewissens hat geschlagen! Und auf diesen Appell hin hat die christliche Front in Europa eigentliche Gestalt angenommen. Der gleiche

Papst hat aber in der Osteransprache 1953 meiner Ansicht nach die Situation am prägnantesten gekennzeichnet mit den Worten: Die Gefahr von heute liegt in der Müdigkeit der Guten! Darin liegt die Gefahr, dass die Leute, in jahrelangen Anstrengungen nun müde geworden, vielleicht sogar Zweifel bekommen haben. Und gegen diese Müdigkeit der Guten müssen wir ankämpfen, überall. Wir dürfen nicht müde werden und wir müssen ausharren, um unserer Aufgabe gerecht zu werden. Denn christliche Politik heute ist unsere Losung, nicht erst morgen oder übermorgen, und nicht bloss in guten Vorsätzen und schönen Theorien, sondern im praktischen Einsatz. Heute ist die entscheidende Stunde, morgen kann es vielleicht zu spät sein.

Dabei dürfen wir nie vergessen, dass heute das Schicksal weitgehend an den Wahlurnen entschieden wird. Und deshalb lassen Sie mich schliessen mit der Grussformel, die heute noch verwendet wird im Verkehr zwischen Schweizerischer Bundesregierung und Kantonsregierungen: Wir empfehlen euch samt uns dem Machtschutze Gottes! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b : Ich danke herzlich für die Ausführungen des Schweizer Delegierten. Unsere beiden Völker und Nationen, wir beide, die wir selbständige Völker bleiben wollen und die ja auf dem gleichen Rückgrat Europas, den Alpen sitzen, haben ja immer unsere Aufgabe darin gesehen, nach Norden und Süden, Osten und Westen unsere kulturellen Kräfte ausstrahlen zu lassen, aber in der Freiheit unserer Berge. (Beifall.)

Ich darf nun als letzten ausländischen Redner den Herrn Generaldelegierten der NEI, Albert Lohest, bitten, zu uns zu sprechen.

Generaldelegierter Lohest (NEI - Zweigstelle Lüttich) (mit Beifall begrüsst): Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Nouvelles Equipes Internationales, der Internationalen Union der Christlichen Demokraten, möchte ich zu Ihnen sehr kurz über zwei Orte und zwei Daten sprechen: Wien 1947, Brügge 1954. Ich bin schon in das arme und traurige Wien vom März 1947 gekommen, als Vertreter der belgischen Partei beim Kongress der Österreichischen Volkspartei. Das war der erste Kongress der Österreichischen Volkspartei, und es war auch der erste offizielle Besuch von belgischen christlichen Politikern in Wien. Als ich mit meiner Kollegin, Baronin Dellafaille, in den Sitzungssaal kam, begrüßte mich Ihr damaliger Bundeskanzler Dr. Figl mit Worten, die ich niemals in meinem ganzen Leben vergessen werde: "Wir sind nicht mehr allein", sagte der Bundeskanzler, "nun kommen aus Belgien Freunde zu uns, und mit ihnen Vertreter der westeuropäischen Demokratie." Ja, Sie waren nicht mehr allein! Dafür, meine Damen und Herren, haben wir, zusammen mit Minister Hurdes, mit Graf und Perntner die NEI gegründet.

Erst sieben Jahre sind seither vergangen, und vor drei Tagen fand in meinem Land, in Brügge, der achte internationale Kongress der NEI statt. 300 Vertreter aus 18 Ländern - darunter auch Österreich - waren versammelt, nicht um eine Verständigung zwischen den christlichen Europäern zu suchen, die bereits durch die NEI verwirklicht ist, sondern um gemeinsam, in einer freundlichen Atmosphäre die konkreten Anwendungsformen einer gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Ideologie zu prüfen und um eine gemeinsame Lösung in der politischen Krise der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu suchen.

In Brügge liess sich die Gemeinsamkeit der Anschauungen der abendländischen Christen, die Übereinstimmung des christlichen Denkens mit der Notwendigkeit des Westens, die echte Freundschaft zwischen den christlichen Politikern, mit den Händen greifen.

Eines steht fest: Europa wird christlich sein, oder Europa wird nicht sein! Wir christlichen Demokraten sind dazu berufen. Gross ist unsere Verantwortung. Wir müssen zusammen Europa bauen, Europa des Friedens, Europa der Freiheit, Europa des Glücks! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Ich danke dem Herrn Generaldelegierten für seine Ausführungen. Die Österreichische Volkspartei war seit ihrer Gründung bestrebt, eine Organisation des Zusammenschlusses der christlichen Parteien Europas und darüber hinaus zustandezubringen.

Wir haben die Bestrebungen dieser Organisation stets begrüßt, weil wir auf der anderen Seite immer wieder den sehr festen und viel weitergehenden Zusammenschluß der sozialistischen Parteien wahrgenommen haben und auch die Unterstützung und die moralische Stärkung, die den anderen Parteien aus diesem internationalen Zusammenschluß zukamen, immer wieder feststellen mußten. Es ist daher eine Notwendigkeit, daß sich auch die christlichen Volksparteien dieses Kontinents zu einer gemeinsamen Organisation zusammenschließen, um ihre Ziele in den einzelnen Ländern leichter und stärker durchsetzen zu können. Wir danken daher für die freundlichen Begrüßungsworte. Punkt 3 der Tagesordnung ist somit erschöpft.

Wir kommen zu Punkt 4

Beschlußfassung über

- a) die Geschäftsordnung,
- b) das Tagungspräsidium,
- c) die Schriftprüfer

und Punkt 5

Bestätigung der Zusammensetzung der

- a) Mandatsprüfungskommission,
- b) Antragsprüfungskommission,
- c) Wahlkommission und
- d) der Ausschüsse.

Ich möchte diese beiden Punkte zusammenfassen und ersuche den Herrn Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl, die diesbezüglichen Anträge vorzutragen.

Generalsekretär-Stellvertreter S c h e i d l: Hoher Bundesparteitag! Gemäß einem Beschluß der Bundesparteileitung vom 8. September 1954 empfehle ich Ihnen, als Geschäftsordnung für den Bundesparteitag die Geschäftsordnung zu beschließen, die Ihnen in den Tagungsmappen zugegangen ist. Ich darf dazu bemerken, daß es sich um eine im wesentlichen unveränderte Geschäftsordnung der bisherigen Bundesparteitage handelt.

Als Tagungspräsidium habe ich Ihnen entsprechend dem erwähnten Parteileitungsbeschluß nachstehende Persönlichkeiten vorzuschlagen:

NR. Fritz	P o l c a r	LPO.Wien
Ldt.Präs. Hans	S a s s m a n n	LPO.Niederösterreich
Lds.Hptm. Dr. Heinrich	G l e i s s n e r	LPO.Oberösterreich
Lds.Hptm. Dr. Josef	K l a u s	LPO.Salzburg
NR. Dr. Aloys	O b e r h a m m e r	LPO. Tirol
Lds.Hptm. Ulrich	I l g	LPO.Vorarlberg
NR. Dr. Alphons	G o r b a c h	LPO.Steiermark
Ldt.Präs. Hermann	G r u b e r	LPO.Kärnten
Lds.Hptm. Dr. Lorenz	K a r a l l	LPO.Burgenland
NR.a.D. Frieda	M i k o l a	l.Bundes-Lt.Stv.d.ÖFB.
Reg.Rat Karl	H a i d e r	l.Bundes-Jf.Stv.d.ÖJB.

Das Tagungspräsidium setzt sich somit aus sämtlichen Landesparteiobmännern sowie aus je einem Vertreter der Österreichischen Frauenbewegung und der Österreichischen Jugendbewegung zusammen.

Außerdem habe ich die Ehre, Ihnen den Antrag zu stellen, den Herrn Präsidenten des Nationalrates, Minister a.D. Dr. Hurdas, einzuladen, ins Tagungspräsidium einzutreten,

und als erster den Vorsitz zu übernehmen.

Als Schriftprüfer schlägt Ihnen die Bundesparteileitung folgende Herren vor:

ÖBB F i n k Ing. Pius, Nationalrat

ÖAAB J o c h b e r g e r Leopold, BR.a.D.

ÖWB R o t h Dr. Rupert, Präs., Nationalrat

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Bestätigung der Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission, der Wahlkommission und der Ausschüsse, sind die Vorschläge aus den diesbezüglichen Beilagen in den Tagungsmappen ersichtlich. Ich beantrage, Sie unverändert zu bestätigen. Als Obmänner wurden bestellt:

für den politischen Ausschuß: Bundesparteiobermann-Stellvertreter Präsident Minister Kraus;

für den kulturpolitischen Ausschuß: Frau Nationalrat Solar;

für den volkswirtschaftlichen Ausschuß: Präsident Landesrat Wagner;

für den parteipolitischen Ausschuß: in Vertretung des Bundesobermann-Stellvertreters Weinberger Herr Staatssekretär Graf;

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über die Anträge abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Bundeskanzler Ing. R a a b: Hoher Parteitag! Sie haben die Anträge des Herrn Generalsekretärs gehört. Wünscht dazu jemand das Wort zu einem Abänderungsantrag? - Die Vorschläge liegen in Ihren Mappen.

So bringe ich nun die Anträge en bloc, in der Gesamtheit, zur Abstimmung und bitte alle jene, die für die Anträge sind, um ein Zeichen der Zustimmung. - Gegenprobe. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Hoher Bundesparteitag! Damit ist meine einleitende Aufgabe auf dem Bundesparteitag erfüllt. Wir legen nun unser Mandat in Ihre Hände zurück, und ich ersuche das soeben gewählte Parteitagepräsidium, vor allem den Herrn Präsidenten Hurdes, den Vorsitz des Bundesparteitages zu übernehmen. (Das gewählte Tagungspräsidium nimmt die Plätze auf dem Podium ein.)

Vorsitzender Präsident Dr. H u r d e s : Ich übernehme den Vorsitz des Bundesparteitages. Ich danke dem Hohen Bundesparteitag auch im Namen des übrigen gewählten Tagungspräsidiums für die Wahl und schreite nun in der Tagesordnung fort.

Zur Verhandlung gelangt der Punkt 6 der Tagesordnung, das Referat des Generalsekretärs.

Ich ersuche den Herrn Generalsekretär, Nationalrat Dr.Maleta, seinen Bericht zu erstatten.

Generalsekretär Nationalrat Dr. M a l e t a (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag, sehr verehrte Gäste, liebe Parteifreunde! Parteitage sind immer ein innenpolitisches Ereignis, oft auch, wie vielleicht der heutige, von außenpolitischer Bedeutung, denn auf ihnen bildet und spiegelt sich der politische Wille einer organisierten Gruppe von Staatsbürgern. Das gilt insbesondere von diesem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei, denn nach wie vor ist sie die stärkste und maßgeblichste politische Kraft in Österreich. Sie gedenkt es auch zu bleiben, trotz Schärfe und seiner sozialistischen Partei, die seit Jahren immer wieder "auf stolzen Rossen" zwecks der ersehnten Machtergreifung in jede Wahl Schlacht reiten und nachher "durch die Brust geschossen" heimwärts schleichen müssen. Oscar Pollak pflegt dann eine Nacht zu weinen.

Auch am Abend der Landtagswahlen am 17. Oktober wird er diese liebgewordene Gewohnheit nicht zu missen brauchen. Denn die innere Kraft und Geschlossenheit unserer Partei ist ungebrochen. Es bezeugen dies drei Tatsachen, die selbst der böswilligste Kritiker anerkennen muß, wenn er das innenpolitische Kräftespiel nüchtern und real betrachtet:

Erstens: Seit 9 Jahren, und zwar in einer aufgewühlten Zeit, für einen Staat, auf dessen Gebiet sich Ost und West berühren, stellte und stellt die Österreichische Volkspartei die Regierungschefs in der Person unseres Leopold Figl und unseres Julius Raab. (Beifall.) Sie behauptete diese Position ohne Gewalt, vom Volke immer wieder in freier Wahl dazu berufen, trotz aller gegnerischen Angriffe, trotz ungerechtfertigter Kritik und trotz überwältigender Schwierigkeiten, die gemäß der menschlichen

Natur nach ihrer Überwindung nur allzu leicht verkleinert oder gar vergessen werden. Wenn jene Besserwisser, die das eine oder andere Gesetz benörgeln, nach ihrer abendlichen Stammtischkritik in ihren Betten friedlich schlafen können, weil Österreich nicht von Streiks und politischen Unruhen innerlich zerrissen ist, dann verdanken sie dies der so oft geschmähten Volkspartei, die Österreich an einem neuralgischen Punkt der Welt zu einem Eiland des Friedens machte, obwohl die außenpolitischen Verhältnisse ein geeigneterer Nährboden für eine gewalttätige, als für eine friedliche innenpolitische Entwicklung waren.

Zweitens: Der Abnutzungsprozeß, dem jeder Organismus, insbesondere aber eine Regierungspartei zwangsläufig unterliegt, konnte im Gegensatz zu dieser fast naturgesetzlichen Erscheinung seit dem Tiefpunkt der Bundespräsidentenwahl durch die Reorganisationsmaßnahmen des außerordentlichen Bundesparteitages, der die innere Lebenskraft der Partei in kritischen Situationen neuerlich bewies, abgebremst und überwunden werden. Seit diesem Zeitpunkt verzeichnen wir bei allen Wahlen wieder eine Zunahme an Wählerstimmen. Diese Tendenz wird sich auch am 17. Oktober deutlich zeigen.

Drittens: Niemand aus den Reihen der Partei forderte diesen Bundesparteitag, obwohl er satzungsgemäß längst überfällig war. Er wurde durch das Generalsekretariat beantragt. Nichts ist bezeichnender für die innere Konsolidierung der Partei als diese Tatsache und ihr Vergleich mit der Situation vor dem außerordentlichen Bundesparteitag vor zwei Jahren. Nirgends erscholl seither ein Ruf nach neuerlichen personellen und sachlichen

Reformen, nirgends zeigten sich die Konturen eines für die Parteinheit gefährlichen Cliquenkampfes oder eines spannungsgeladenen Richtungsstreites zwischen irgendeinem rechten oder linken Flügel, und nirgends finden sich auch die geringsten Anzeichen einer Vertrauenskrise; und dies alles, verehrte Delegierte, trotz der Größe unserer Partei, trotz der Vielgestaltigkeit ihrer Organisationen und trotz der mannigfachen Vielfalt der von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Interessengruppen. Mit Stolz können wir daher heute sagen: Die Volkspartei ist eine Einheit in ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur christlichen Demokratie, eine Einheit in der Erkenntnis ihrer geradezu providentiellen historischen Aufgabe und Zielsetzung, sowie eine geschlossene Einheit im Vertrauen zur ihrer Führung.

Dieser Parteitag ist daher ein außerordentliches innenpolitisches Ereignis, weil er die Volkspartei am Vorabend eines bedeutungsvollen Wahlganges zur Entgegennahme einer stolzen Erfolgsbilanz seitens ihrer Parteiführung versammelt sieht. Diese Erfolgsbilanz ist das Ergebnis eines klaren Konzeptes, eines trotz aller Geschmeidigkeit und gelegentlichen Nachgebens zähen Willens und einer vorausschauenden Planung in personeller und sachlicher Beziehung. Niemand anderer jedoch ist berufener, diesen politischen und wirtschaftlichen Erfolgsbericht zu geben und die politischen Zukunftsparolen heute dem Parteitag zu verkünden als unser Bundesparteiobmann und Regierungschef Julius Raab. Denn seine Führung der Partei und seine Regierungspolitik sind die wesentlichen Ursachen unseres Erfolges. Niemand in Österreich und im Ausland spricht von einer Regierung Raab-Schärf, sondern immer nur von einem Kurs Raab-Kamitz, der

gemeinsam getragen wird durch alle ÖVP-Regierungsmitglieder. Diese schlichte Tatsache spricht Bände, denn in ihr spiegelt sich das Volksempfinden, das damit unbewußt zum Ausdruck bringt, in wessen Händen die politische und wirtschaftliche Führung dieses Staates liegt.

Das politische Fundament des Kanzlers und seiner Mitarbeiter in der Regierung und gleichzeitig das Instrument ihrer Politik ist jedoch die Partei, denn niemand könnte eine erfolgreiche Staatspolitik betreiben, wenn das Fundament brüchig und das Instrument ungeeignet wären. Es ist daher die Aufgabe des Generalsekretärs, dem Bundesparteitag über die inneren Verhältnisse der Partei und ihre politische Umwelt zu berichten, weil ein Parteitag überprüfen muß, welche Entwicklungen für die Partei günstig oder ungünstig sind und daher eine organisatorische, taktische und propagandistische Berücksichtigung finden müssen. Dabei scheuen wir keine Kritik, im Gegenteil, die Volkspartei fühlt sich moralisch verpflichtet, jede gutgemeinte Kritik sachlich zu überprüfen, sie fühlt sich aber auch stark genug, jede negative oder übler Sensationsgier entspringende Kritik wie Wasser von sich abzuschütteln. Ich freue mich daher, daß so viele in- und ausländische Journalisten unserer Einladung folgten, denn die Volkspartei will nicht jene zahlreichen Ämter nachahmen, die ihre Tore geheimnisvoll den Journalisten verschließen. Eine moderne Partei braucht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Presse, denn auch diese hat in unserer bewegten Zeit eine verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Die ÖVP-Führer sind keine sturen Parteihengste, mit denen man nicht reden kann, sie wissen zwar um die Notwendigkeit, aber auch um die Grenzen

der Parteipolitik. Denn eine Partei dient der Demokratie nicht durch Unfehlbarkeitsanspruch und totalitäres Allmachtstreben, sondern durch weise Selbstbeschränkung auf ihre eigentliche Aufgabe, nämlich Sprachrohr des von ihr vertretenen Teiles der Gesamtbevölkerung zu sein.

Ich habe einleitend von der Einheit der Partei gesprochen und fühle daher bereits den stummen Hinweis auf so manchen Gegensatz und so manche sachliche Meinungsverschiedenheit in unseren Reihen. Aber ich frage Sie, verehrte Delegierte, ist nicht überall dort, wo Leben ist und pulsiert, auch gleichzeitig Bewegung vorhanden? Wäre es nicht im Gegenteil ein Zeichen des Todes und der Erstarrung, wenn in einem lebendigen Organismus die Probleme der Zeit nicht brennend heiß und aktuell empfunden würden und man nicht mit Herz und Hirn um ihre Lösung ringen würde? Das bedingt, daß strittige Probleme von allen Seiten und von allen Standpunkten aus beleuchtet und erörtert werden, das entfacht lebendige Diskussion und eine Vielfalt von Meinungen. So stand beispielsweise in den letzten Monaten innenpolitisch und innerparteilich das Problem des gegenseitigen Verhältnisses von Zentralismus und Föderalismus - etwa in der Frage der künftigen Organisation des Rundfunks - zur Debatte. Es liegt in der Natur der Sache, ja, es ist geradezu ihre Pflicht, daß eine zentrale Parteinstanz, wie das Generalsekretariat, die gesamtstaatlichen und gesamtparteilichen Gesichtspunkte berücksichtigt.

Und trotzdem begrüßen wir es, wenn die Länder ihre Interessen wahren und nachhaltig vertreten. Denn das Leben ist nicht starr und einseitig. Das Leben verlangt die Rücksichtnahme auf

alle gesunden Kräfte. Es könnten weder die Landesparteileitungen auf die Dauer den Einfluß der ÖVP in ihrem Bereich sichern, wenn nicht die oberste Parteizentrale immer wieder den im allgemeinen Interesse liegenden Ausgleich suchen würde; und es könnte auch die Zentrale ohne das gesunde Eigenleben der Länder den Besitzstand der ÖVP im gesamtstaatlichen Bereich ebenfalls nicht mit Erfolg bewahren. Wenn daher in der ÖVP immer wieder ein gemeinsamer Nenner gefunden wird und sich alle Funktionäre auf Grund einer nicht nur im Rationalen, sondern nicht zuletzt im Irrationalen liegenden Erkenntnis in die Gesamtnotwendigkeiten einordnen und eingliedern, dann ist dies der beste Beweis dafür, daß die Volkspartei keine bloße Addition von Interessengruppen, sondern darüber hinaus eine patriotische und weltanschauliche Gesinnungsgemeinschaft ist.

Dieses Bild von der Geschlossenheit der Volkspartei wird durch einen Vergleich mit den anderen Parteien in seinen Konturen noch viel schärfer. So vergeht fast kein Parteitag irgendeiner sozialistischen Partei Europas, auf dem nicht die Frage diskutiert wird, ob die sozialistische Partei sich nicht zu einer Volkspartei fort- und weiterentwickeln müßte. Es kommt den Sozialisten gar nicht zum Bewußtsein, welches Einbekenntnis der Schwäche in dieser Diskussion liegt, wenn sie bei den von ihnen als reaktionär und rückständig bezeichneten Volksparteien geistige Anleihen nehmen. Meine Damen und Herren! Haben Sie auf einem der christlich-demokratischen Parteitage Europas jemals davon gehört, daß irgendeine dieser Volksparteien ihr Programm als nicht mehr richtig und unzeitgemäß betrachtet und sich daher

1/1055 Ro 2

zu einer sozialistischen Partei umwandeln möchte? An diesem Vergleich können Sie das Ausmaß der Krise der sozialistischen Ideologie erkennen. Die Volksparteien hingegen empfinden ihr Programm nicht als verstaubten Ladenhüter, sondern als höchst modern und zeitgemäß, weil die Menschen von heute auf Grund ihrer furchtbaren Erlebnisse in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit rechts- und linksfaschistischen Systemen klar erkennen, daß der Marxismus, der in seiner Reinkultur zu einer Weltgefahr erster Ordnung wurde, den Menschen in seiner Würde als Person und in seiner Freiheit von der Wurzel her bedroht.

In dieses Dilemma ist die Sozialistische Partei unrettbar verstrickt. Denn die Sozialisten müssen als westliche Demokraten - und echte Demokratie, Toleranz und Freiheit haben nun einmal boshafterweise ihre tiefste und geheimste Wurzel im Christentum und der humanistischen Überlieferung des Abendlandes - im Marxismus den Todfeind dieser Freiheit erkennen und sind doch mit tausend Fäden noch mit ihm verbunden, denn er ist Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blute. Wie anders wären denn ihr Machtstreben, ihr Gesinnungsterror, ihre Überbewertung der Partei und des Parteibuches, ihre bürokratische Wirtschaftsgesinnung, ihre Freude an staatlicher Planung und Lenkung, ihr Versuch, den Menschen von der Wiege bis zur Bahre parteimäßig zu erfassen und zu drillen, ihr Monopolstreben im Rundfunk, im Theater, im Sport, ihre kulturpolitische Unfehlbarkeit und ihre skrupellose Verleumdung des politischen Gegners zu erklären? Wer also ist in Wahrheit reaktionär, und wer ist in Wahrheit fortschrittlich?

Ähnliches gilt für den VdU. Er ist überhaupt keine Einheit in

der Idee, sondern lediglich eine Einheit in der Negation der Regierung und des Bestehenden, im Ressentiment der Verärgerten und jener, die aus jahrzehntelanger Gewohnheit unter sich bleiben und keiner anderen Partei sich anschließen wollen. Denn alle die Programmpunkte, wie deutschvölkischer Nationalismus, Liberalismus und Nationalsozialismus, die einstmals tragende Pfeiler jener Parteien in der Zeit vor 1934 waren, die man irgendwie als Vorläufer des VdU ansehen kann, sind durch die Ereignisse des zweiten Weltkrieges unzeitgemäß geworden und nicht mehr aktuell. So ist durch die Krise des Nationalstaatsgedankens in unserer Gegenwart des Strebens nach übernationaler Einigung der deutschvölkische Nationalismus überholt. Deutschland wird entweder mit den anderen europäischen Nationen zu einer höheren Einheit zusammenfinden, oder sie werden alle gemeinsam untergehen. Für uns bleibt daher die österreichisch-deutsche Grenze deutlich sichtbar, denn jedes Unsichtbarwerden dieser Grenze würde das Sichtbarwerden einer west-östlichen innerösterreichischen Grenze zur Folge haben. Eine solche Politik, wie sie auf dem Parteitag des VdU geäußert wurde, wird daher nicht nur von uns christlichen Demokraten abgelehnt, sondern auch von vielen ehemaligen Nationalen und bisherigen Wählern des VdU verurteilt, die sich ihrer völkischen Aufgabe bewußt sind, dieses Österreich als Einheit dem deutschen Kultur- und Sprachraum zu erhalten. (Beifall.) Von diesen wird daher so mancher in Zukunft seine Stimme der Volkspartei geben, weil sie ein besserer Garant dafür ist, daß die echten Volkstumsinteressen nicht durch völkisches Phrasengeklingel gefährdet werden. Denn politische Parteien

können nicht nach Worten, sondern nur nach den Ergebnissen ihrer Politik bewertet werden. Diese Wähler werden den Anschluß an die Volkspartei umso leichter finden können, als heute auch die Liberalen sich politisch nicht unbedingt neben und im Gegensatz zur Volkspartei organisieren müssen, wie ein Blick in unsere Reihen bis hinauf zu höchsten Funktionären der Volkspartei eindrucksvoll beweist. Wie wäre es auch anders denkbar in einer Zeit, in der die führenden Geister der liberalen Weltanschauung längst erkannten, daß ihre Überspitzung des Freiheitsgedankens und des Individualismus in der Vergangenheit zur Auflösung und Zersetzung unserer Gesellschaftsordnung führten und uns anfällig machten für die totalitären Diktaturen. Wenn der sogenannte Neoliberalismus heute ein neues Verhältnis zwischen den Rechten der Gemeinschaft und der individuellen Freiheit sucht, so führt ihn dieser Gedanke philosophisch in die unmittelbare Nachbarschaft des christlichen Naturrechtes, also jenes weltanschaulichen Fundamentes, zu dem sich die Volkspartei bekennt. Es werden also nur jene Menschen für uns unzugänglich bleiben, deren antiklerikaler Affekt sie auch heute noch nicht erkennen läßt, daß die christlichen Kirchen die mächtigsten Bollwerke der Freiheit und der menschlichen Persönlichkeit im Kampf gegen den totalitären Machtstaat sind; weil politische Freiheit nur dort sein kann, wo die geistige Freiheit unbestritten ist, die ihrerseits wieder nur im metaphysischen Bereich ihre letzte und sicherste Begründung findet.

Jene, meist großbürgerlichen Kreise irren, die von der Notwendigkeit einer zweiten bürgerlichen Partei sprechen, denn

einerseits ist der VdU keine rein bürgerliche Partei, da er in seinen Reihen auch, fast möchte ich sagen, sozial-revolutionär betonte Arbeitnehmer zählt und andererseits die berechtigten bürgerlichen und bäuerlichen Interessen von der Volkspartei erfolgreich und nachhaltig vertreten wurden. Es irrten aber auch jene Arbeitnehmer, die das Vertrauen zur SPÖ verloren haben und ihr Heil beim VdU versuchten, denn die stärksten sozialen Impulse in der Gesetzgebung sind nicht vom VdU, sondern von der Volkspartei ausgegangen. Ich will zwar gerne zugeben, daß/die Demokratie eine funktionierende Opposition im Parlament von Nutzen wäre, weil sie anregt und befruchtet und die herrschenden Parteien zur Selbstkontrolle zwingt. Aber es ist töricht vom VdU, wenn er die Mehrheitsparteien beschuldigt, daß sie die Opposition ständig niederstimmen, denn bei einer oppositionellen Minderheit kommt es nicht auf die Quantität ihrer Mandate, sondern auf die Qualität ihrer Argumente an. Für diese aber zeichnet sie allein voll und ganz verantwortlich. Trotzdem hat die Volkspartei dem VdU einen besseren parlamentarischen Start ermöglicht durch die Wahl Hartlebs zum dritten Präsidenten des Nationalrates. Es wird auch künftig Möglichkeiten einer praktischen Zusammenarbeit geben, die sicher leichter wäre, wenn der VdU nur endlich die ständigen Versuche ließe, auch jene Elemente anzusprechen, die nun einmal eine österreichische Partei in ihrer staatspolitischen Verlässlichkeit diskreditieren. Der demokratische Westen wird die Gefahr des östlichen Linksfaschismus nur bannen, wenn er sie durch die Prinzipien einer freien Welt geistig überwindet; in dieser Welt aber wirken Anklänge an nationalsozia-

listische Gedanken der Vergangenheit als Fremd- und Sprengkörper.

Verehrte Delegierte! Mit Recht habe ich also eingangs meines Referates von der Geschlossenheit und Einheit der Volkspartei gesprochen, denn alle Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze unserer Bünde sind im Vergleich mit diesen schweren ideologischen Krisen und Unausgegorenheiten in den anderen Parteien verhältnismäßig drittrangiger Natur, weil es sich dabei entweder nur um die verschiedene Bewertung flüchtiger Tagesfragen und Tagesinteressen handelt; und selbst bei gelegentlich auftauchenden schwierigen Fragen, wie etwa dem Problem Handel und Genossenschaften, die Einsicht in das große gemeinsame Ziel die Gegensätze überschattet.

Aber jetzt höre ich bereits den Einwand, wenn ihr so einig und geschlossen seid, wo bleibt denn dann eure Stärke in der Auseinandersetzung mit den Sozialisten? Sind euch im Parlament nicht zu weitgehende Zugeständnisse und Kompromisse abgerungen worden? Lassen Sie mich darauf eine unverblünte Antwort geben: **Kompromisse sind sicherlich dort ein Zeichen von Schwäche und Haltlosigkeit, wo innere Unklarheit, Zerrissenheit und Konzeptlosigkeit herrschen, weil sie in einer solchen Situation tatsächlich nur dem politischen Gegner nützen. Kompromisse aber, die als taktische Maßnahme auf Grund eines klar erarbeiteten Konzeptes für einen Teilabschnitt getroffen werden, damit man dem eigentlichen Ziel näherkommt, sind kein Zeichen von Schwäche, sondern eine andere Form des politischen Kampfes um die Erreichung eines ganz bestimmten Zieles. Dieses Ziel aber ist und bleibt die Freiheit**

Österreichs in außenpolitischer Beziehung und die Erhaltung seiner demokratischen Freiheiten im Inneren. Vor die Wahl gestellt zwischen einem Kompromiß, das diesem Ziele dient, und einer Stärke, die zu einer innenpolitischen Versteifung der Fronten, zu einem neuen Jahr 1934 führen könnte - ein Gedanke, <sup>in</sup> der/Anbetracht unserer Situation am eisernen Vorhang schauder-  
erregend ist -, vor eine solche Wahl gestellt, wird die Volkspartei immer den Weg des Kompromisses gehen und sich dabei von niemandem etwas dreinreden lassen. Denn nicht aus der Froschperspektive urteilende Kritiker tragen die Verantwortung für die Zukunft dieses Landes und unsere Freiheit, sondern die verantwortlichen Politiker. Dieselben Kritiker würden den Fluch dieser und der folgenden Generationen auf uns herabbeschwören, wenn wir durch eine falsche Stärke am falschen Platz diesen Staat in seiner Existenz gefährden würden. Arbeiterkammergesetz hin und Antiterrorgesetz her, sicher sind das wichtige Sachen, aber wichtiger ist, daß die organisierte sozialistische Arbeiterschaft Österreichs ihren gemäßigten Führern nicht die Gefolgschaft zugunsten radikaler Umstürzler kündigt. Wir wissen schon, wie weit wir gehen dürfen, und wir werden niemals eine wirkliche Lebensfrage der Volkspartei und ihrer Wähler verraten. Aber wir werden uns ebenso niemals den klaren Blick für die Grenzlinie vom Wesentlichen zum wenigerWichtigen trüben lassen; ganz abgesehen davon, daß manche Rufer nach Stärke in ihrem eigenen Wirkungsbereich diese Stärke voll und ganz vermissen lassen. Oder bietet etwa das Durcheinander im VdU eine Garantie der Stärke? Oder zeugen vielleicht die Zustände in manchen

privaten Betrieben oder der Abschluß gewisser Kollektivverträge für die besondere Nackensteife der hiefür Verantwortlichen? Lassen wir also diesen Vorwurf, sondern erkennen wir, daß die großen Erfolge des Kanzlers und der Partei letzten Endes Erfolge auf Grund der richtigen Stärke am richtigen Platze sind.

Wenn in meinen bisherigen Ausführungen wie ein roter Faden immer wieder das Bekenntnis zur christlichen Demokratie sichtbar wurde, dann könnte ein geistreicher Advocatus diaboli die Frage stellen - und sie wird auch gestellt: Meine Herren von der christlichen Demokratie, Sie leugnen nicht ab, daß alle demokratischen Parteien mit ihrer Programmatik im Zeitgeist des 19. Jahrhunderts wurzeln, sie verweisen selbst darauf, daß durch den Wandel dieses Zeitgeistes und der Zeitumstände viele politische Programmsätze unzeitgemäß wurden, Sie haben soeben mit Recht auf die Krise des Marxismus, des völkischen Nationalstaatsgedankens und des liberalen Glaubens an die absolute Freiheit des Ichs hingewiesen - wieso können dann gerade Sie behaupten, daß nur die christliche Demokratie keiner Krise unterworfen sei, Sie im Gegenteil sogar eine moderne und fortschrittliche Bewegung sind? Hat nicht der Wandel des Zeitgeistes dazu geführt, daß auch in den anderen demokratischen Parteien vom Rande her versucht wird, mit den Kirchen das Auskommen zu finden? Beweist das nicht alles, daß die Zeit aller Weltanschauungsparteien, auch der christlichen Demokraten, überhaupt vorüber ist und die Entwicklung einen ähnlichen Weg wie in den Vereinigten Staaten geht? Scheint nicht gerade die Kirche selbst durch ihren Rückzug aus der Politik diese Auffassung zu bestätigen?

Wo nehmen denn gerade Sie das Recht her, die Kirche und das Christentum im politischen Raum zu verteidigen?

Darauf gibt es eine Reihe klarer Antworten: Der einzelne Christ ist in seinem Gewissen verpflichtet, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern. Daraus ergibt sich das Recht zum Zusammenschluß mit Gesinnungsfreunden, freilich auch die Pflicht, eine solche Gesinnungsgemeinschaft, die sich christlich nennt, nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes auszurichten. Daraus ergibt sich, daß SPÖ und VdU zwar der Kirche gegenüber aus wahltaktischen Überlegungen freundliche Gesten machen können, daß aber die Volkspartei an das von der Kirche verkündete Sittengesetz gebunden ist, auch dann, wenn das wahltaktisch ein Nachteil wäre. Die ÖVP wird allerdings bei rein tagespolitischen und wirtschaftlichen Einzelfragen nicht den Anspruch erheben, daß diese von der Kirche wie ein Dogma gewertet werden. Deshalb braucht sich auch die Kirche nicht mit allen Maßnahmen der Volkspartei zu identifizieren, aber, verehrte Delegierte, die Existenz dieser Volkspartei bietet ihr in einer<sup>Zeit</sup>, die immerhin die Fundamente des Christentums zu unterwaschen droht, die felsenfeste Garantie, daß diese politische Partei ein Schützengraben ist, der standhält und unter dessen Schutz sie unbehindert vom Ballast der Tagespolitik ihren heute geradezu säkulären seelsorgerischen Aufgaben nachgehen kann.

Überdies befindet sich die christliche Demokratie auch deshalb in keiner programmatischen Krise, weil an Stelle ihrer ursprünglichen Aufgaben vor zwanzig oder dreißig Jahren völlig

neue, hochaktuelle und zeitgemäße getreten sind, Denn im 19. und beginnenden 20 Jahrhundert galt es einen Kampf zu führen gegen einen tollgewordenen Individualismus und Liberalismus, der alle Gemeinschaften, wie Staat, Volk und Familie, aufzuspalten und aufzulösen drohte; heute aber gilt es einen Kampf zu führen gegen das tollgewordene Kollektiv, das die Freiheit des einzelnen vernichtet. Denn das christliche Naturrecht kennt keine Extreme, keine absolute Freiheit des einzelnen und kein absolutes Recht des Kollektivs. Es schützt die Freiheit und Würde des Menschen, weil sie von Gott sind, ebenso wie die natürlichen Gemeinschaftsformen, in die der Mensch hineingeboren ist. Wer aber könnte leugnen, daß es diese Grundsätze sind, die Europa nach seinem Amoklauf zwischen den Extremen am dringendsten benötigt? Und deshalb sind die christlich-demokratischen Parteien modern und zeitgemäß.

Diese christliche Demokratie ist nicht konfessionell beschränkt, weil den gläubigen Katholiken und gläubigen Protestanten die gleiche Aufgabe gestellt ist, die geistige Freiheit des religiösen Menschen im politischen Raum zu erhalten. Wir wissen aber ebenso, daß es nicht Aufgabe einer politischen Partei sein könnte, die konfessionellen Schranken und Dogmen zu verwischen. Aber aus unserer Verbundenheit im Wesentlichen des Christentums und der Notwendigkeit, dieses auch im politischen Raume zu verteidigen, reichen wir den Protestanten die Hand zur Mitarbeit und freuen uns, daß aus ihren Reihen wertvolle und liebe Mitarbeiter zu uns gestoßen sind.

Dieses Bekenntnis zur christlichen Demokratie verpflichtet

uns auch zur Erfüllung der Forderungen der Kirche auf eine staatlich anerkannte christliche Ehe und staatlich geförderte christliche Schule. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen den überzeugten Christen von einer Gewissenslast befreien, wir wollen aber auch den Liberalen nicht in eine Gewissensnot hineinzwängen. Daher Freiheit für beide, Freiheit für den Christenmenschen, aber auch Freiheit für den Staatsbürger in der Wahl, ob er die christliche Eheform auch für sich und seine Kinder wünscht. (Neuerlicher Beifall.)

All dies ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß heute der echte Liberale seine Freiheit bei uns geschützt sieht, während er außerhalb unserer Gemeinschaft wie ein Blatt im Sturmwind von den Gefahren totalitärer Zwingmächte herumgewirbelt wird. Im vorigen Jahrhundert wäre dies undenkbar gewesen, denn damals gab es noch keine totalitären Mächte, gegen die sich heute alle freiheitsliebenden Menschen zusammenschließen müssen. Ebenso müssen wir auch die Frage des 8. Dezember lösen, selbst dann, wenn dies mit Kosten verbunden sein sollte, weil dies ein Herzenswunsch des christlichen Volkes ist. (Beifall.)

Wenn wir schon von Kulturpolitik sprechen, dann möchte ich vor einem Fehler warnen. Denken wir dabei doch nicht immer nur an die Erfüllung ideeller und weltanschaulicher Wünsche. Denken wir auch daran, daß die staatliche Kulturverwaltung die zahllosen Kulturschätze und -güter Österreichs vor ihrem Verfall schützen muß; daß sie vor allem der beredte Anwalt der wirtschaftlichen Interessen der kulturschöpferischen und kulturvermittelnden Menschen zu sein hat. In den Diktaturen erkaufen

die Professoren und Gelehrten, die Künstler und Intellektuellen aller Sparten ihre finanzielle Existenz durch ihre Selbsterniedrigung zum Büttel des herrschenden Systems. Bewahren wir diese Menschen vor dem furchtbaren Dilemma zwischen einem goldenen Käfig und einer hungernden Freiheit. Wirtschaft ist nötig, denn die Wirtschaft verdient das Geld, das man auch zur Erhaltung der Kultur benötigt; aber vergessen wir über der Wirtschaftspolitik nicht die Tatsache, daß der Mensch sich vom Tiere nicht durch das Essen, sondern durch die Schaffung geistiger Werte unterscheidet. Es gibt ungezählte Möglichkeiten der Hilfe, die erschlossen werden könnten. Warum sollte nicht zum Beispiel einer unserer Großbetriebe das Patronat einer Kirche, eines Theaters, einer alten Burg, oder der Ausgrabungen am Magdalensberg übernehmen, die von eminenter patriotischer Bedeutung für die Geschichte unseres Vaterlandes sind? Vergessen wir auch nicht den Satz vom "gesunden Geist in einem gesunden Körper". Der Sport ist heute eine moderne Volksbewegung, und die Sozialisten wissen sehr wohl, weshalb sie ihn unter ihren Einfluß bringen wollen, und wir wissen, warum wir das unter allen Umständen verhindern müssen.

Wenden wir uns jetzt dem bedeutungsvollen Kapitel der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Es kann freilich nicht meine Aufgabe sein, die einzelnen erfolgreichen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, etwa die Frage der Exportsteigerung, der Produktionsförderung, des Abstoppens der Inflation, der Stabilisierung, der Fleischversorgung der Städte, der Sicherung der Agrarpreise, wie überhaupt des Lohn- und Preisgefüges, der

Steuersenkungen, der Entnivellierungen und Valorisationen, etc., etc., einzeln zu behandeln, denn zu diesem Thema gibt es berufenere Sprecher. Aber die Wirtschaft unterliegt nicht nur ihrer Eigengesetzlichkeit, sie befindet sich in keinem luftleeren Raum, sondern sie wirkt in einer politischen Atmosphäre, beeinflusst sie und wird von dieser auch ihrerseits beeinflusst. Und deshalb ist auch vom Standpunkt der Partei zum wirtschaftlichen Geschehen Wesentliches und Grundsätzliches zu sagen.

Denken wir an eine Reihe augenfälliger Phänomene in unserer Zeit, aus denen sich für unser politisches Verhalten wichtige Schlußfolgerungen ziehen lassen. So ist es eine der merkwürdigsten Grotesken, daß ausgerechnet die Länder mit dem niedersten Lebensstandard eine soziale Heilslehre verkünden, die mit einer Art Kreuzzugsparole vom besseren Leben den Ländern mit höherem Lebensstandard aufgezwungen werden soll. Und in der westlichen Welt sind gerade jene Länder für diese bolschewistische Heilslehre am anfälligsten, deren Wirtschaft von der der USA am weitesten entfernt ist, also ihre Produktionskräfte am wenigsten entwickelt hat und deren breite Massen einen niederen Lebensstandard und somit starke soziale Spannungen besitzen. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge führte zu jenem dramatischen Strukturwandel des kapitalistischen Systems, der in der Blütezeit des Manchesterliberalismus undenkbar gewesen wäre. So ist zum Beispiel der Marshallplan weniger eine wirtschaftliche, sondern in erster Linie eine politische Aktion, die den Grundsätzen kapitalistischen Profitens und Eigennutzes widerspricht,

weil durch ihn der amerikanische Bürger Steuergelder nicht für den Aufbau der eigenen Wirtschaft, sondern dafür leistet, daß Europa in seinem politischen und wirtschaftlichen Potential der freien Welt erhalten bleibt. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich das Überschneiden der beiden Grundsätze von der Eigen-gesetzlichkeit der Wirtschaft und ihrer Abhängigkeit von der Politik. Die Befolgung privatwirtschaftlicher Grundsätze hat die Wirtschaft der USA zu Höchstleistungen befähigt, die das staatskapitalistische System des Ostens nie erzielen kann, aber die Erträgnisse dieses erfolgreichen Wirtschaftens werden zu einem guten Teil für die Erhaltung des sozialen und politischen Friedens im eigenen Land und in der freien Welt abge-zweigt.

Die Wirtschaftspolitik der Volkspartei, die sich insbe-sonders in der Arbeit unseres Bauernbundes und Wirtschafts-bundes praktisch auswirkt, ist von ähnlichen Erwägungen ge-leitet, weil wir die demokratische Lebensform in Österreich nur erhalten können, wenn einerseits die Wirtschaft floriert, ihr Ertrag aber auch den breiten Massen zufließt. Mit Recht bekennen wir uns daher zur sozialen Marktwirtschaft, die auf Grund der freien Initiative und Eigenverantwortlichkeit des Unternehmers wirtschaftliche Höchstleistungen erzielt, mit der so gewonnenen Gütermenge jedoch den Lebensstandard der Allgemeinheit hebt und sichert.

Der Unterschied zwischen uns und den Sozialisten liegt also nicht darin, daß wir einer kapitalistischen Raffgier frönen, während sie für die soziale Sicherung des Volkes ein-

treten; sondern darin, daß diese soziale Sicherung nicht mit den wirtschaftspolitischen Methoden eines staatlichen Dirigismus, eines halb-marxistischen, halb-staatskapitalistischen Systems erzielt werden kann. Damit könnte man höchstens die allgemeine Armut sozialisieren und die mageren Gewinne gleichmäßig verteilen. Wäre diese Theorie falsch, dann dürfte nicht der Westen den höheren und der Osten den niedrigeren Lebensstandard haben, sondern es müßte das Umgekehrte richtig sein; und dann hätte nicht die Politik Raabs das österreichische Wirtschaftswunder verursachen und die staatlichen Kassen füllen dürfen, aus denen erst die sozialen Wünsche und Forderungen bezahlt werden können, sondern die marxistischen Wundertheorien eines Herrn Wirlandner, Maisel, Waldbrunner und Genossen. Das ist das echte wirtschaftspolitische Dilemma der SPÖ und unser Kreuz, das uns dieser Koalitionspartner auferlegt. In allen konkreten Einzelfällen, ob es sich etwa um eine Steuersenkung, eine schrittweise Mietenreform oder die Entschädigung der Vorbesitzer der verstaatlichten Betriebe handelte, immer waren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, ehrlich erworbene Rechtsansprüche und soziale Notwendigkeit abzuwägen und ihre Durchsetzbarkeit auf Grund der gegebenen politischen Machtverhältnisse zu überprüfen.

Mit starker Hand und doch behutsam hat die Volkspartei alle diese Aufgaben gelöst. Sie hat die wirtschaftlich Selbständigen gestärkt und damit auch die Arbeitsplätze der Unselbständigen gesichert. Sie mußte sich freilich auch manche uneinsichtige und egozentrische Kritik gefallen lassen von

Leuten, die nicht verstehen konnten, daß man von den Steuerzahlern der USA keine finanziellen Opfer für Österreich verlangen kann, wenn man nicht auch selbst zu solchen Opfern bereit ist; und daß weniger zu erhalten, das aber sicher zu besitzen, mehr ist, als vieles zu erhalten, das aber von der Wegnahme durch eine soziale Revolution bedroht ist.

Mit Recht können wir uns daher als moderne und fortschrittliche Partei bezeichnen, die von einem starken sozialen Impuls und Verantwortungsbewußtsein getragen ist. Denken wir beispielsweise daran, daß von uns die Entnivellierung der Gehälter der Privatangestellten und Staatsbeamten ausgegangen ist, daß wir die Kinderbeihilfe propagierten und sie auf Grund unserer Initiative jetzt zu einem Familienlastenausgleich ausgeweitet wird, daß wir auf dem Gebiet des Wohnungswesens mit dem Wohnungseigentum neue Wege wiesen, daß wir an die Altersversorgung des Gewerbes herangegangen sind und daß wir nicht zuletzt die Lüge vom Rentenraub zerstörten, weil durch unsere Finanzpolitik und unsere gesetzgeberischen Maßnahmen die Renten gesichert und der erste Schritt zu ihrer Entnivellierung getan wurde. (Beifall.)

Allerdings sind die Sozialprobleme heute nicht allein beschränkt auf die Arbeitnehmer, sondern wir finden sie auch bei manchen Gruppen der Selbständigen, wie dem Kleingewerbe, den Bergbauern, etc. Deshalb ist die Sozialpolitik nicht etwa eine Aufgabe des ÖAAB allein, sondern eine Aufgabe der Gesamtpartei. (Beifall.) Trotzdem hat der AAB eine ganz besondere Aufgabe innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu lösen, weil in deren

Reihen eine sozialistische Götzendämmerung beginnt. Denn die Betriebsratswahlergebnisse, das Aufkommen der parteilosen Betriebsräte, der Ruf nach Entpolitisierung des Gewerkschaftsbundes beweisen deutlich, daß von einer großen Zahl von Arbeitnehmern der Sozialistischen Partei nicht mehr das Monopol für die alleinige Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zugestilligt wird. Die Sozialistische Partei befindet sich auch auf diesem, ihrem ureigensten Gebiet in einer echten Krise, weil ihre ursprünglichen sozialen Zielsetzungen längst erreicht und für die Jugend zur Selbstverständlichkeit geworden sind, während andererseits das Managertum und Allmachtstreben der sozialistischen Gewerkschafts- und Wirtschaftsführer immer stärker als Eingriff in die persönliche Freiheit empfunden und überdies die soziale Problematik von der Sozialistischen Partei noch immer mit den Augen der Vergangenheit angesehen wird.

Denken wir bloß daran, wie lange sie gebraucht hat, um zu erkennen, daß das Problem der Volksdeutschen nicht allein vom Standpunkt des einen Arbeitsplatz besitzenden Österreicher beurteilt werden kann, sondern daß es sich hier um ein brennendes Sozialproblem einer Bevölkerungsschicht handelt, die eingegliedert werden muß. Auch hier wurden die ersten entscheidenden Hilfsmaßnahmen von der Volkspartei getroffen. Oder denken wir daran, daß für die Verproletarisierung des intellektuellen Mittelstandes von der SPÖ wenig Verständnis aufgebracht wurde. Für sie war der hochbezahlte Facharbeiter immer noch interessanter als der schlecht bezahlte Mittelschulprofessor.

Der Arbeiter- und Angestelltenbund wird daher immer stärker zu einer echten Opposition im Gewerkschaftsbund werden müssen, indem er originelle Vorschläge für die Lösung der neuartigen Sozialprobleme bringt, für die benachteiligten Gruppen eintritt und sich nicht an die sozialistischen Forderungen anschließt oder deren Übersteigerung verlangt. Daß er diesen Weg bereits erfolgreich beschreitet, beweist das für ihn erfreuliche Ergebnis vieler Betriebsratswahlen, besonders bei den Postlern.

Der AAB hat auch eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den sogenannten parteilosen Betriebsräten herbeizuführen. Es besteht zwar der Irrtum, alle parteilosen Betriebsräte in einen Topf zu werfen und sie als echte Parteilose anzusehen, weil man übersieht, daß unter diesen sogenannten Parteilosen viele sind, die einer Partei angehören, jedoch auf einer Namensliste kandidieren. Dennoch bleibt ein nicht unbeträchtlicher Rest an echten Parteilosen über, die derzeit nur als latente, aber nicht organisierte politische Kraft vorhanden sind. Diese Gruppe ist deshalb interessant, weil es sich bei ihr um echte Antisozialisten handelt. Die zu überwindende Schwierigkeit bei ihrer Aktivierung liegt darin, daß in der Politik für eine erfolgreiche Aktion ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Organisation nötig sind, der Begriff der Parteilosigkeit jedoch das Einzelgängertum in sich schließt. Die Parteilosen besitzen aber keine schlagkräftige Organisation, sie haben keine festen Vorstellungen von dem, was sie wollen; sie sind ungeschult und deshalb den sozialistischen Vertrauensleuten unterlegen. Alle

diese Mängel hat der AAB nicht, deshalb hat er eine Führungsaufgabe in diesen Kreisen zu erfüllen.

Es muß jedoch in diesem Zusammenhang auf einen Fehler hingewiesen werden, dem manche Arbeitgeber unterliegen. Sie freuen sich, und dies mit Recht, daß sich in der sozialistischen Monopolburg Sprünge zeigen und der Abbröckelungsprozeß immer deutlicher sichtbar wird. Sie wundern sich aber, wenn auch die nichtsozialistischen Arbeitnehmer ihre Interessen gegenüber der Arbeitgeberschaft voll und ganz vertreten. Ein nichtsozialistischer Arbeitnehmervertreter zu sein bedeutet jedoch nicht, daß er weniger tüchtig und aufrecht die Interessen seiner Arbeitskollegen vertritt. Sie müssen sich vor Augen halten, daß nur dann die Sozialisten zurückgedrängt und eine nichtsozialistische Arbeitnehmerbewegung mit Aussicht auf dauernden Erfolg Massen an sich ziehen kann, wenn die Arbeitnehmer von dieser Organisation überzeugt sind, daß sie keine Handlanger anderer Interessen sind. Der historische Gewinn für die Arbeitgeberschaft im Entstehen einer solchen Arbeitnehmerbewegung liegt auf einer anderen Ebene, nämlich darin, daß diese Arbeitnehmer grundsätzlich das Privateigentum bejahen und den sozialistischen Wirtschaftsdirigismus ablehnen, weil sie überzeugt sind, daß auch ihr eigener wirtschaftlicher und sozialer Vorteil dadurch am besten gewahrt ist. Wir müssen eben alle dem Grundsatz "leben und leben lassen" dienen.

Denn unsere gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik darf nicht übersehen, daß sich in Österreich ein zahlenmäßiger Strukturwandel im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern durch Zunahme der Unselbständigen vollzieht. Die politischen Folgen dieses Prozesses müssen sorgfältigst erwogen werden, sie brauchen uns jedoch keineswegs erschrecken, denn es gibt ermutigende Ausblicke, da offensichtlich nicht allein die Betriebsratswahlen, sondern auch die Wahlergebnisse in den Städten und Märkten deutlich zeigen, daß die Volkspartei in diesen Bevölkerungsschichten im Vormarsch ist. Die Ursachen dieses Phänomens sind mannigfaltige, eine ist jedenfalls als Parallelerscheinung zu der Tatsache zu werten, daß auch die Kirche in den Städten eine religiöse Erneuerung erlebt.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf der anderen Seite die sozialistischen Versuche eines Vormarsches in das Dorf sorgfältig untersuchen. Auch hier sind die Ursachen unschwer zu erkennen, sie sind offensichtlich in der Industrialisierung und Verstädterung des Dorfes, in seinem unmittelbaren Anschluß durch Kino und Radio an die Stadt und in gewissen organisierten Vorstößen der Sozialisten, etwa durch die Errichtung von Maschinenhöfen zu erblicken. Aber etwas rechtzeitig erkennen, bedeutet unendlich viel, weil ein solcher Prozeß an seinem Anfang noch rechtzeitig abgebremst werden kann. Daher wird es eine ganz spezielle Aufgabe der Gesamtpartei sein, in einer eigenen Studienkommission alle diese Probleme einschließlich der Landflucht, und der organisatorischen Erfassung der in die Fabrik gegangenen Landarbeiter und Bauernsöhne, zu untersuchen, um Wege einer geeigneten Abhilfe zu finden.

Der Rundblick wäre unvollständig, wenn wir uns nicht auch mit der Kritik am Parlament auseinandersetzen würden, denn auch hierfür werden die Parteien und nicht zuletzt die Volkspartei verantwortlich gemacht.

Zuerst ein Wort der Verteidigung für unser Parlament, das sicherlich zu den gesittetsten der ganzen Welt zählt. Wenn gelegentlich ein Abgeordneter in einer temperamentvollen Aufwallung - es soll solche auch bei uns geben -, einige laute Zwischenrufe ausstößt, dann liest man bereits von der mangelnden Würde des Hohen Hauses. Man vergißt aber bei der allzu strengen Kritik dieser zahmen Zwischenfälle die Saalschlachten und Pultdeckelkonzerte im allösterreichischen Reichsrat, man vergißt die stürmischen Auftritte in manch anderem Parlament der Gegenwart. Mögen also die Kritiker dem österreichischen Nationalrat nicht mit dem Zeigefinger drohen, sondern auch ihre Blicke rings um die Grenzen schweifen lassen. Dann werden sie diesem österreichischen Parlament sicherlich einen Zensurzettel mit der Note 1 erteilen.

Ernster jedoch ist der Vorwurf, daß der Nationalrat sich seine Rechte als Gesetzgeber von außerparlamentarischen Körperschaften beschneiden läßt. Beispiele hierfür gibt es viele, da entscheidende Maßnahmen durch Vereinbarungen zwischen den Kammern und dem Gewerkschaftsbund getroffen und erst nachträglich vom Parlament sanktioniert wurden. Es wundert mich jedoch, daß noch niemandem aufgefallen ist, wie sehr unsere Sozialisten, die die Zeit des Ständestaates am liebsten ausradieren möchten, nun selbst in der Praxis berufsständisch handeln. Denn ich

frage Sie, verehrte Delegierte, was ist denn für ein Unterschied zwischen der ständestaatlichen Forderung nach gemeinsamen Ausschüssen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und den seit 1945 üblichen gemeinsamen Konferenzen zwischen Gewerkschaftsbund und Kammern? Vielleicht in der juristischen Form, jedoch niemals in der gesellschaftlichen Funktion. Es war also richtig, daß diese Form der Zusammenarbeit gefunden wurde, denn sicherlich verdankt ihr Österreich nicht zuletzt den inneren Frieden. Die Kritik hat aber insoferne recht, daß die derzeit übliche Form nicht verfassungsmäßig verankert ist. Man wird also in Zukunft Wege suchen müssen, wie die in der Praxis bewährte gute Zusammenarbeit der großen Berufsgruppen von vornherein stärker in das Parlament verlagert wird.

Dasselbe gilt auch für die Kritik an unserem Bundesrat. Richtig ist, daß er weder den Charakter eines echten Oberhauses besitzt, noch auch seine föderalistische Funktion voll und ganz erfüllt. Alle Änderungen aber, und mögen sie noch so vernünftig sein, sind abhängig von den politischen Machtverhältnissen. Die Entsendung der Landeshauptleute und ihrer Finanzreferenten in den Bundesrat, wie es eigentlich von Haus aus gedacht war, damit seine föderalistische Funktion sich stärker durchzusetzen vermag, ist jedoch eine Sache der Landtage.

Auch die oft beanständete Gesetzesflut ist keine Folge einer Unfähigkeit des Parlamentes und der Nationalräte, sondern eine zwangsläufige Zeiterscheinung. In ruhigen Epochen sind wenige Gesetze nötig, in unruhigen Zeiten, deren wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse sich ständig wandeln, müssen

rasch veralternde Gesetze mit der Wirklichkeit immer wieder neu übereingestimmt werden.

Nun noch ein Wort über die sogenannte Herrschaft der Parteisekretariate, die in manchen Zeitungen oft angeprangert werden, die angeblich daran schuld sind, daß die Auswahl der Mandatäre, wie behauptet wird, nicht immer jenen Voraussetzungen entspricht, die von einem Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft verlangt werden müssen. Das Gegenteil ist richtig! Denn wenn es eine Institution gibt, die neben den lokalen und bündischen Sonderinteressen auch das Gesamtinteresse im Auge hat, weil sie weiß, daß man für gewisse Spezialaufgaben geeignete Personen braucht, dann ist es eben das Sekretariat. Die notwendige Disziplin in einem Klub ist nicht davon abhängig, daß nur Mitläufer und Jasager darinnen sitzen, sondern sie kann von einer vernünftigen Parteiführung auch bei Persönlichkeiten durchgesetzt werden.

Damit sind wir beim vielgeschmähten Klubzwang, den zu verteidigen wenig populär ist. Es gibt aber auch hier einen goldenen Mittelweg zwischen Disziplin und Freiheit, denn ohne Disziplin ist ein erfolgreicher politischer Kampf von vornherein aussichtslos, und ohne freies Manneswort und Mannesrede würde die Österreichische Volkspartei ihre Grundsätze des christlichen Naturrechtes verleugnen. Daher wird bei uns der Kurs nicht diktatorisch festgelegt, sondern in freier Diskussion erarbeitet, mit Mehrheit beschlossen und dann auch gemeinsam mit der Minderheit vertreten.

Jetzt ein Wort zum leidigen Proporz. Lassen Sie mich etwas

offen sagen: Die ÖVP hat den Proporz weder erfunden, noch würde sie ihn brauchen, denn es gibt eine wesentlich größere Zahl von nichtsozialistischen Intellektuellen und Akademikern als sozialistische. Daraus ergibt sich, daß auf jeden Fall bei Postenbewerbungen, wenn lediglich nach der fachlichen Eignung vorgegangen würde, die Volkspartei ohne Proporz besser zum Zuge käme. Das ist doch der wahre Grund, weshalb die Sozialisten so auf den Proporz versessen sind. Ich frage nun die Kritiker, wie sichert man den Einfluß der Nichtsozialisten in den verstaatlichten Betrieben, die Gesinnungsfreiheit bei Aufnahmen und Entlassungen der Arbeiter, die Führung der Betriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen, wenn nach Wegfall des Proporz der sozialistische Minister ausschließlich von seiner Partei abhängige und seine Direktiven befolgende Direktoren einsetzt? Jene bürgerlichen Kritiker, die uns wegen dieses Proporz schmähen, sind zu vergleichen mit einem Mann, der auf einem Ast sitzt und ihn hinter seinem Rücken absägt.

Wenn aber bereits von der verstaatlichten Industrie die Rede ist, dann ist hier ein kurzer Bericht über die Sechserausschüsse im Finanz- und Verkehrsministerium am Platze. Man hört oft den Einwand, daß es sich bei diesen Institutionen um verfassungswidrige Einrichtungen handelt. Wer so spricht, läßt jedoch erkennen, daß er über das Wesen der Sechserausschüsse nicht orientiert ist. Sie üben nämlich gar keine verfassungsmäßige Funktion aus und erheben auch gar keinen diesbezüglichen Anspruch. Sie sind lediglich auf Grund einer Parteienvereinbarung, also eines Gentleman-Agreements, beratende

Körperschaften für den zuständigen Ressortminister, der nach wie vor an die Gesetze gebunden ist und sein Ressort in ihrem Sinne unter eigener Verantwortung zu verwalten hat. Die Sechserausschüsse können daher etwas Verfassungswidriges vom Minister gar nicht verlangen, und er wäre auch gar nicht verpflichtet, dies zu tun, weil die Sechserausschüsse ihn nicht von seiner verfassungsmäßigen Verantwortung befreien können.

Aber die Leitung eines Ressorts geschieht nach politischen Gesichtspunkten, ganz gleich, ob dies in einer Demokratie oder in einer Diktatur der Fall ist. Die Richtlinien der Politik bestimmt nach der Verfassung die Regierung, daher können Parteien, ohne gegen den Geist der Verfassung zu verstoßen, diese politischen Richtlinien einvernehmlich festlegen. Wenn eine Regierung nur von einer einzigen Partei gebildet wird, dann ist logischerweise keine Absprache darüber nötig. Wenn eine Regierung aber von zwei Parteien, und zwar von solchen, die in grundsätzlichen Fragen gegensätzlicher Auffassung sind, gebildet wird, dann ist eine solche Absprache geradezu die Voraussetzung für das Funktionieren der Regierung.

Darüber hinaus ist es für mich nicht leicht, einen Tätigkeitsbericht, insbesondere für den Sechserausschuß im Waldbrunner-Ministerium, zu geben. Wenn ich nämlich über unsere Erfolge schweige, dann werden Sie damit wenig zufrieden sein. Wenn ich aber auf die wirklichen Erfolge allzu stark hinweise, dann erschwere ich damit unsere Verhandlungsposition. Lassen Sie es daher bei der Feststellung bewenden, daß die Zahl unserer Präsidenten, Aufsichtsratsmitglieder, Generaldirektoren und

Vorstandsmitglieder für den Erfolg der ÖVP in den Sechserausschüssen spricht.

Ich möchte nur eine Bitte aussprechen: Bedenken Sie, daß es in einer Koalitionsregierung nur zwei Möglichkeiten gibt: entweder ein Kompromiß zu schließen oder die Koalition aufzukündigen. Da letzteres jedoch eine Frage der großen Politik ist, so bitte ich Sie dafür um Verständnis, wenn ein gelegentliches Zugeständnis innerhalb eines Unternehmens nötig ist, um eine wichtigere Position in einem anderen Unternehmen zu erhalten oder zu erringen.

Zugeständnisse haben freilich ihre Grenzen. Wenn beispielsweise die Sozialisten ihre Zustimmung zu der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Bankenrekonstruktion von der Erfüllung personeller Forderungen abhängig machen wollen, dann werden sie mit einem glatten Nein rechnen müssen. Denn es ist nicht einzusehen, daß die zweite Regierungspartei, die für wirtschaftliche Notwendigkeiten genau so verantwortlich ist wie wir, sich diese von uns mit rollenden Köpfen bezahlen läßt. In diesem Fall sind wir uns der Zustimmung der öffentlichen Meinung völlig sicher.

Wenn ich von dem Wust der organisatorischen Arbeit innerhalb der Partei bis jetzt noch nicht gesprochen habe, so aus dem zwingenden Grunde, weil die politischen Entschlüsse und Handlungen der Partei nur durch die Kenntnis der geistigen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gesamtentwicklung richtig beurteilt werden können. Nur so schärft sich der Blick für das wesentliche, das getan werden mußte und das zu tun noch übrig bleibt. In einem Generalsekretariat müssen die allgemeinen

Entwicklungen allein schon deshalb genauest registriert werden, weil sich dort der innerparteiliche Spannungsausgleich vollzieht und die Ausrichtung der politischen Kampffront erfolgt.

Dennoch kann ich auf einige wenige wichtige Hinweise auf die innerparteiliche Organisationsarbeit nicht verzichten. So haben wir seit dem letzten Bundesparteitag unseren Pressedienst grundlegend reformiert, personell, inhaltlich und in seiner technischen Ausgestaltung. Er erscheint mehrmals täglich in allgemeinen und speziellen Aussendungen, und ich glaube, daß die Journalisten seine Dienste schätzen.

Neu geschaffen und mit Beifall aufgenommen wurde der sogenannte Ö-Dienst, der in einer Auflage von 20.000 Stück als Unterlagenmaterial an alle Redner und Funktionäre ausgesendet wird. Dieser Ö-Dienst erscheint auch in einer Sonderausgabe für die ausländischen Gesandtschaften und unsere Vertrauenspersonen im Auslande, die wir deshalb aufstellten, weil wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernten. Die Sozialisten hielten seit jeher engsten Kontakt mit ausländischen Wirtschaftsleuten und Politikern, denen sie ihre Auffassungen infiltrieren, wobei sie nicht versäumen, die Maßnahmen der ÖVP zu diskreditieren.

Wir haben überdies die "Österreichischen Monatshefte", unsere intellektuelle Monatsschrift, auf Großformat umgestellt, den Redaktionsstab erneuert, wertvolle Mitarbeiter gewonnen und sie somit zu einem bereits oft zitierten und gern gelesenen Organ ausgestaltet. Eine politische Partei benötigt eben eine Zeitschrift von gehobenem Niveau zur Diskussion der im Fluß befindlichen Probleme und Ereignisse.

Als besonders dringende Aufgabe für die nächste Zukunft erscheint mir die Reorganisation des gesamten ÖVP-Pressewesens, denn manche unserer Zeitungen sind finanziell notleidend; auch besitzen wir keine eigene Druckerei. Hier das Zweckmäßige zu tun, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus den verschiedenen Eigentumsverhältnissen ergeben, und eine finanziell gesunde und politisch schlagkräftige ÖVP-Pressen zu schaffen, erscheint mir tatsächlich der größten Mühe wert, denn die Presse ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Propaganda. Wenn also manchmal der Vorwurf erhoben wird, daß die Erfolge der ÖVP der Öffentlichkeit nicht richtig nahegebracht werden, dann ist dies nicht die Schuld des ÖVP-Pressedienstes, der mehr Meldungen bringt, als nachgedruckt werden könnten, sondern es liegt daran, daß die ÖVP-Pressen nur an einen Teil der Wählerschaft herankommt und wir im übrigen auf den guten Willen und die Zusammenarbeit mit den unabhängigen Zeitungen angewiesen sind.

Dennoch können wir mit dem Erfolg unserer Propagandamaßnahmen zufrieden sein. Denken wir bloß daran, wie eine Propagandalüge der SPÖ nach der anderen platzte; denken Sie an den "Bankensturm", den die SPÖ entfesselte, um gewisse unangenehme Personen zu Fall zu bringen, und der mit einer einzigartigen Rehabilitierung durch ausländische Finanzexperten endete; denken Sie an den Bumerang der Richter-Brohm-Affaire; an die durch unsere Politik widerlegten Lügen vom Rentenraub, von der Arbeitslosigkeit; und denken Sie an das jetzige Schweigen um die großmäulig aufgezugene Starhemberg-Affaire. Auch die

Giftpfeile der systematisch vorgebrachten Korruptionbeschuldigungen sind, besonders seit den saftigen Wahrheiten, die sich die SPÖ im Kraulandprozeß anhören mußte, wirkungslos geworden. Auch die Vorwürfe einer angeblichen Anfälligkeit der Volkspartei sind seit der Moskau- und Pekingreise der sozialistischen Labour-Brüder mit betretenem Schweigen schamhaft verstummt. Aus dieser Aufzählung ist jedoch eine erschütternde Tatsache herauszulesen:

Die SPÖ besitzt keine zugkräftigen politischen und geistigen Argumente, mit denen jene Wählerschichten angesprochen werden könnten, die sie zur Erringung der Mehrheit im Staat gewinnen muß. Sie ist geistig steril und impotent und muß daher den politischen Gegner aus dem Hinterhalt erlegen. Ihr einziger wirklicher Propagandavorteil ergibt sich aus der Tatsache ihrer Regierungsbeteiligung, weil sie sich an die Erfolge des Raab-Kamitz-Kurses wie an einem Rockschoß anhängen kann, während sie bei allen, von ihr mitbeschlossenen unpopulären Maßnahmen Opposition spielt und als fromme Helene mit züchtig niedergeschlagenen Augen vor die Wähler hintritt und die Schuld der sündigen Volkspartei in die Schuhe schiebt. (Zustimmung.)

Es wäre im einzelnen noch viel zu berichten über die Arbeit der Propagandaabteilung, wo es gilt, im Rundfunkprogramm, bei der Wochenschau, etc., dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen nicht von den Sozialisten mißbraucht werden. Es wäre zu berichten über die Hunderte von Akten, die im Interventionsbüro laufen, von dem einer Unzahl ehemaliger Nationalsozialisten

praktisch geholfen wurde, gemäß dem Grundsatz, daß die ÖVP die innenpolitische Befriedung will durch Hilfe an den einzelnen und dessen staatsbürgerliche Eingliederung, allerdings nicht durch Konzessionen an die Ideologie der Vergangenheit. Es wäre zu erzählen von den Einbürgerungen und dergleichen mehr. Man müßte berichten vom Kulturreferat, das im ständigen Kontakt mit den Organisationen der Wissenschaft, der Künstler, etc., deren Sorgen immer wieder an die Parteiführung herangetragen hat. Und es wäre nicht zuletzt zu erzählen vom Wohlfahrtsdienst, vom Kinderrettungswerk, die in unauffälliger, oft unbedankter Arbeit den Bedürftigsten geholfen haben; vom personalpolitischen Referat, das tausenden Mitarbeitern in seinen Existenzsorgen geholfen hat. Auch beim politischen Büro genügt der Hinweis, daß es das Herzstück der politischen Arbeit des Generalsekretariates ist. Die Wichtigkeit der Arbeit des Organisationsbüros ergibt sich aus der Vorbereitung des Materials für Wahlen, der Schulung der hierzu benötigten Mitarbeiter, der Beschaffung des Adressenmaterials für fallweise Aussendungen, um nur Wichtigstes zu erwähnen.

Aber die Erwähnung dieser organisatorischen Probleme gibt mir am Schluß meines Referates noch die Möglichkeit, politisch bedeutsame innerparteiliche Organisationsfragen zu erörtern. Dazu gehört die Gründung des "Österreichischen Akademikerbundes", der als Zweckverband der ÖVP angeschlossen wurde. Das Generalsekretariat war daran maßgeblich beteiligt, denn wir wollten bewußt dem Bund Sozialistischer Akademiker ein Gegengewicht entgegenstellen. Dabei waren große Schwierigkeiten zu über-

winden, weil in den Ländern solche Organisationen, und zwar nach den verschiedensten Gesichtspunkten, teilweise bereits bestanden, die unter einen Hut zu bringen waren. In dem einen Land war diese Organisation unpolitisch, im anderen erwarb man mit dem Beitritt gleichzeitig die Mitgliedschaft zur ÖVP, im dritten wieder gab es Sektionen innerhalb der Bünde. So boten die Akademiker geradezu ein klassisches Beispiel für die Notwendigkeit der behutsamen Vermittlungstätigkeit des Generalsekretariates in einer so vielgestaltigen Partei. Dabei ließen wir uns von folgendem Gesichtspunkt leiten: Wir wollten keine "unpolitische" Organisation, denn solche entstehen auch ohne Mithilfe der Partei. Wir wollten einmal wissen, wer sich auch von den nationalen und freiheitlichen Akademikern zu uns bekennt, weil nur so der ganz gefährliche sozialistische Propagandaschlag, mit dem sie bei den Akademikern krebzen gehen, bei der ÖVP könne nur ein CV-er allein etwas erreichen, zerstört wird. Wir freuen uns daher heute über die erfolgreiche Entwicklung dieser Organisation, die mit dem Verband der geistig Schaffenden eng zusammenarbeitet.

Ein schwieriges Problem sind auch die Organisationen der Jugend und der Frauen, denn in der alten christlichsozialen Partei waren religiös-weltanschauliche und politische Organisationen miteinander identisch. Durch den Rückzug der Kirche aus der Tagespolitik, über deren Gründe, die wir verstehen, ich bereits gesprochen habe, ergab sich automatisch die Zweigeleisigkeit der Organisationen. Das führte gelegentlich zu Rivalitäten und dem Versuch, die Parteiführung auf eine

einseitige Linie festzulegen. Aber auch hier beweist der Grundsatz "man soll das eine tun und das andere nicht lassen" seine Gültigkeit. Wir können einerseits von der Kirche nicht verlangen, daß sie sich in ihren Organisationen parteipolitisch betätigt, weil sie sich damit den Eingang in bisher abseitsstehende Kreise verschütten würde; andererseits sind wir uns ebenso dessen bewußt, daß sich in den kirchlichen Organisationen zu einem Großteil Wähler der Volkspartei befinden. Es wurden daher immer wieder in vielen Einzelaussprachen die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt und beide Teile befriedigende Lösungen gesucht und gefunden.

Die ÖVP weiß die Arbeit und das Wirken unserer Frauen und Mütter zu schätzen, das, so still und oft unbemerkt es sich auch vollzieht, für das Wohl unseres Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Denn der Frau ist das Herzstück eines jeden Staates anvertraut: die Familie. Wenn man nicht ihre Bedürfnisse kennt und ihnen nicht dient, kann man nicht für das Gesamtwohl wirken. Wir glauben, durch unsere Politik und ihre Ergebnisse den Frauen manche Sorgen erleichtert zu haben. In der regen Mitarbeit der Frauen in der Partei dürfen wir den Beweis erblicken, daß auch sie dies anerkennen. Wenn das Schicksal des Staates und der Familie nicht zu trennen sind, dann müssen auch die Träger beider, die Frauen als Hüterin der Familie und die Volkspartei als führende Staatspartei, als untrennbare Einheit zusammenstehen. (Beifall.)

Über alle Organisationsformen hinweg wendet sich die Volkspartei an die gesamte österreichische Jugend, an jene, die sich

in den Verbänden der Partei oder in den konfessionellen Jugendorganisationen gesammelt hat, aber auch an jene, die ihre politischen und weltanschaulichen Standpunkte erst sucht und um sie ringt. Die Volkspartei fühlt sich als eine Partei der Jugend, schon deshalb, weil ihre Sorge und ihre Arbeit in erster Linie der Zukunft gelten. Man sagt oft, daß die Zukunft hat, wer die Jugend besitzt. Lassen Sie mich umgekehrt sagen, daß die Jugend nur dorthin gehört, wo die Zukunft ist, nämlich zu uns, der Österreichischen Volkspartei. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Ich bin nunmehr am Ende meines Referates. Wenn darin vielleicht zuviel von Grundsätzen die Rede war, dann möchte ich auf einen Satz aus einer Rede eines unserer größten Staatsmänner, Ignaz Seipel, hinweisen, der auf mich als jungen Studenten den tiefsten Eindruck machte. Er sagte: "Hüten wir uns vor einem Bruch mit der Idee, auf daß wir nicht gebrochen werden!" Hüten auch wir uns in der Volkspartei vor einem Bruch mit unseren Grundsätzen, denn aus ihnen ziehen wir die Kraft zur Erfüllung unserer historischen Aufgabe, der Rettung und Erhaltung Österreichs. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. H u r d e s : Ich danke dem Herrn Generalsekretär Nationalrat Dr. Maleta für sein Referat. In diesem Referat hat er alle die Probleme angeschnitten, die in unserer Partei seit dem letzten Parteitag aktuell wurden. Er hat zu diesen Problemen vom Standpunkt des Generalsekretariats Stellung genommen. Das Referat ist auch die Grundlage für die Debatte, die darüber abgeführt werden soll. Diese Debatte wird gemeinsam abgeführt mit der Debatte über das Referat, das der Herr Bundesparteioobmann, Bundeskanzler Ing. Raab, nachmittag halten wird.

Ich wurde ersucht, noch zwei Verlautbarungen bekanntzugeben. Nach Schluss der jetzigen Vormittagsitzung sollen zusammentreten, und zwar sofort:

erstens: die Mandatsprüfungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Bundesrat Eckert, und zwar im Beratungszimmer 1.

1/1155 Ro 1

zweitens: die Antragsprüfungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Nationalrates Ing. Strobl im Beratungszimmer 2.

Die Zusammensetzung der Kommissionen ist aus der Tagungsmappe ersichtlich.

Wir treten nunmehr in die Mittagspause ein. Nachmittag werden die Verhandlungen mit dem Punkt 7 der Tagesordnung fortgesetzt, und zwar werden sie um 14 Uhr 30, also um <sup>wieder</sup> 1/2 3 Uhr nachmittags, aufgenommen. Ich ersuche alle Delegierten, pünktlich um 1/2 3 Uhr zu erscheinen, und unterbreche bis zu diesem Zeitpunkt die Sitzung.

Unterbrechung der Verhandlungen: 12 Uhr  
=====

Wiederaufnahme der Beratungen: 14 Uhr 35 Minuten

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleissner:

Hoher Bundesparteitag! Ich nehme die Sitzung hiemit wieder auf.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht der Kommissionen.

Ich erteile dem Obmann und Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission, Generalsekretär Bundesrat Eckert, das Wort zu seinem Bericht.

Bundesrat Eckert (Mandatsprüfungskommission):

Hoher Bundesparteitag! Dem erhaltenen Auftrage gemäss hat in beschlussfähiger Zusammensetzung die Mandatsprüfungskommission getagt und wurden alle Delegiertenlisten sowie der gesamte Schriftverkehr betreffend Einberufung des 5. Bundesparteitages genau <sup>über-</sup>geprüft und festgestellt, dass die Einberufung genau nach dem Bundesparteiorganisationsstatut und der Geschäftsordnung zum Bundesparteitag erfolgte.

Sämtliche Termine wurden genauestens eingehalten und alle Vorarbeiten in Ordnung befunden.

Somit ist der 5. Bundesparteitag der ÖVP legitimiert und beschlussfähig.

Die Mandatsprüfungskommission hat mich beauftragt, dem Generalsekretär Nationalrat Dr. Maleta, Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl, dem Organisationsreferat der Partei wie allen beteiligten Damen und Herren des Generalsekretariates für die saubere, munstergültige und fleissige Arbeit zur organisatorischen Vorbereitung des Bundesparteitages zu danken.

Obwohl dies noch von berufenerer Seite geschehen wird, weiss ich mich aber mit Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie diese Organisationsleistung richtig zu schätzen und zu würdigen wissen, eins, wenn ich diese Feststellung hiemit auch in Ihrem Namen wiederhole.

Darf ich Sie bitten, diesen meinen Kurzbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Gleissner: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Erhebt sich gegen den Bericht ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Der Bericht des Herrn Bundesrates erscheint daher genehmigt.

Ich erteile nun dem Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission, Herrn Nationalrat Josef Strobl das Wort.

Nationalrat Dipl.-Ing. Strobl (Antragsprüfungskommission): Hoher Bundesparteitag! Als Vorsitzender der Antragsprüfungskommission habe ich Ihnen zu berichten, dass dem Bundesparteitag der Geschäftsordnung entsprechende Anträge nicht vorliegen, dies deshalb, weil die Bundesparteileitung dem diesjährigen Bundesparteitag als eine Hauptaufgabe auch den Auftakt für die Wahlen unterstellt hat. Daher war die Bundesparteileitung nicht in der Lage, bei der Festsetzung des Termines des diesjährigen Bundesparteitages darauf Rücksicht zu nehmen, dass vorher die entsprechenden Tagungen in den Ländern durchgeführt werden. Geschäftsordnungsmässig hätten bei diesen Tagungen diese Anträge beschlossen werden müssen.

Um nun aber den diesjährigen Bundesparteitag mit allen wichtigen Fragen und Problemen politischer, wirtschaftlicher

und kultureller Art zu befassen, hat die Bundesparteileitung die Landesleitungen aufgefordert, ihr jene Probleme und Fragen bekanntzugeben, die sie beim Bundesparteitag behandelt wissen wollen. Die Landesleitungen waren mit diesem Vorgang einverstanden und haben ebenso wie die Bünde der Bundesparteileitung eine Fülle solcher Anregungen gegeben. Die Bundesparteileitung hat sie nach sorgfältigster Prüfung den Arbeitsausschüssen des Hohen Bundesparteitages zugewiesen, und nach Abschluss dieser Beratungen werden die Berichterstatter dieser Ausschüsse das Hohe Plenum mit diesen Fragen befassen.

Ich bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Gleisner: Hoher Bundesparteitag! Sie haben den Bericht des Vorsitzenden und Berichterstatters der Antragsprüfungskommission vernommen. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der erstattete Bericht des Herrn Nationalrates Strobl genehmigt.

Ich danke den Mitgliedern und den Berichterstattern der beiden Kommissionen im Namen des Bundesparteitages.

Wir kommen nun zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Referat des Bundesparteiobmannes.

Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. R a a b (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! In keiner Generation war die Angst vor der Zukunft und die Sehnsucht nach Sicherheit grösser als in der unseren. Das ist nur allzu leicht verständlich. Die älteren von uns sahen im Brand des ersten Weltkrieges das stolze Gebäude der Monarchie zusammenbrechen, das einem Dutzend Völker, die seither nicht mehr zur Ruhe kommen konnten, ein sicheres Heim und ein schützendes Dach geboten hätte. Sie mussten es miterleben, dass die Ersparnisse, die sie sich für ihr Alter und für die Tage der Not zurückgelegt hatten, von der Flut der Inflation hinweggespült wurden. Sie sahen sich aus der Weite einer Grossmacht plötzlich in die beengteren Verhältnisse eines kleinen Staates versetzt, von dessen Lebensfähigkeit sie sich erst überzeugen mussten.

Die Pariser Friedensverträge hatten die Landkarte Europas von Grund auf verändert, sie trugen in ihren unglückseligen diktatorischen Bestimmungen bereits den Keim neuer Konflikte in sich, die Europa in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommen liessen und aus denen sich der zweite Weltkrieg nach einer geradezu tragischen Gesetzmässigkeit ergab. Liebe Parteifreunde! Ich brauche Sie nicht an all die Schrecken, all die Not und all das Elend zu erinnern, das dieser zweite Krieg über die ganze Welt und nicht zuletzt in besonderem Ausmass über unser Vaterland brachte, dessen Name sieben Jahre lang von der Landkarte gelöscht war. Ist es da ein Wunder, wenn sich jeder einzelne, wenn sich die ganze Mensch-

heit fragt: Wie soll es weitergehen, was wird der Morgen uns an neuen Prüfungen bringen?

Die Einigkeit der Alliierten im zweiten Weltkrieg ist nach Einstellung der Feindseligkeiten bald geschwunden. Das gegenseitige tiefe Misstrauen führte zu einer für die Menschheit neuen Erscheinung: zum Kalten Krieg, unter dem besonders Österreich zu leiden hatte und unter dessen Auswirkungen es noch immer leidet. Dieser Kalte Krieg war es, der verhinderte, dass ein vor nunmehr elf Jahren feierlich gegebenes Versprechen auf Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich noch immer nicht erfüllt wurde. Die tiefe Friedenssehnsucht der gesamten Menschheit half, die kälteste Phase des Kalten Krieges zu überwinden. Es kam zu neuerlichen Konferenzen und Treffen, die Ergebnisse waren allerdings für die friedliebende Menschheit bescheiden genug. Sie werden bestenfalls als Beginn gewertet. Die Hoffnungen auf ein rascheres Tempo des Abbaues der Vertrauenskrise haben sich leider noch immer nicht erfüllt.

Mitten hinein in dieses wogende Auf und Ab der Weltpolitik ist auch unser kleines Österreich gestellt, klein an Umfang, klein an Macht, aber doch von grosser Bedeutung für die Gesamtentwicklung Europas. Österreich hat seit Jahrhunderten die Verpflichtungen erfüllt, die ihm aus seiner besonderen Lage als Mittler zwischen Ost und West gestellt waren.

Auch in der bitteren Nachkriegszeit wurde Österreich durch seine geographische Lage eine einmalige Rolle zugewiesen. Es blieb das einzige Fleckchen Erde, auf dem die Vertreter der beiden Hälften, in die unsere Welt aufgespaltet ist, unmittelbar

und mehr oder minder freundschaftlich Kontakt miteinander behielten. Während über andere Demarkationslinien hinweg die Kanonen sprachen, lösten sich auf dem Schmerlingplatz und später auf dem Heldenplatz amerikanische und russische Wachen ab, als ob sie befreundet wären. Die Welt wird anerkennen müssen, dass ihr Österreich als ein Ansatzpunkt für Entspannung einen grossen Dienst geleistet und dafür ungeheure Opfer auf sich genommen hat. Denn was für die grosse Politik ein Moment der Entspannung war, bedeutete für das österreichische Volk die grosse Belastung von neun Jahren Besatzung. Das österreichische Volk hat sie mit Geduld und Heroismus getragen, es muss sich aber jetzt die Frage vorlegen, ob nicht neun Jahre genügt haben, um den Grossen der Welt klar zu machen, dass es in Europa keine Entspannung und keinen Frieden geben kann, wenn nicht damit in Österreich endlich der Anfang gemacht wird. (Lebhafter Beifall.)

Bisher hat es leider zu viele erfolglose Bemühungen um das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages gegeben. Darf ich Ihnen den Leidensweg jenes Vertrages, der uns Freiheit und Unabhängigkeit geben soll, kurz rekapitulieren.

Am 4. November 1946 beschlossen die Aussenminister der vier Grossmächte in New York, die stellvertretenden Aussenminister mit den vorbereitenden Arbeiten für den Staatsvertrag zu betrauen. Am 14. Jänner 1947 traten die Stellvertreter in London im Lancaster House zum erstenmal zu den Beratungen über Österreich zusammen. Nach etwa sechs wöchiger Dauer schieden sie ohne Ergebnis und trafen sich im März desselben Jahres in Moskau zu einer neuerlichen Konferenz, die ebenfalls sechs Wochen dauerte und wieder

ohne Erfolg blieb. Noch im Mai desselben Jahres traten die Sonderbeauftragten in Wien zusammen. Sie tagten fünf Monate lang. Es war eine Art Inventuraufnahme, die sie durchführten, das Ergebnis war aber für uns wieder enttäuschend. Im November 1947 kam es in London zu einer Vorkonferenz der Stellvertreter, im selben Monat befassten sich die Aussenminister mit der österreichischen Frage, um sie neuerlich den Stellvertretern zu überantworten. Vom Februar 1948 bemühten sich die stellvertretenden Aussenminister wieder in London durch zweieinhalb Monate ohne Ergebnis. Das Jahr 1949 brachte nicht weniger als acht verschiedene Konferenzen der Aussenminister bzw. deren Stellvertreter in London, Paris und New York. Im Jahre 1950 gab es zehn Konferenzen, diesmal in New York und in London, und zwar waren wieder Aussenminister, deren Stellvertreter und Sonderbeauftragte am Werk. Am 15. Dezember 1950 zählte man die 258. Sitzung. Am 15. März 1951 beschlossen die Aussenminister in Paris eine Vertagung auf unbestimmte Zeit. Ein Versuch, im Jänner 1952 neuerlich die Verhandlungen aufzunehmen, scheiterte an dem Umstand, dass die Vertreter der Sowjetunion nicht erschienen. Es verging über ein Jahr, und erst im Februar 1953 kam es neuerlich in London zu einem Treffen der Sonderbeauftragten. Zwei weitere Versuche, in diesem Jahr zu einem Ende zu kommen, waren vergeblich. Heuer hat sich, wie ja noch allgemein erinnerlich ist, die Berliner Konferenz an fünf Tagen mit der Österreich-Frage befasst.

Im Verlaufe dieser etwa 270 Sitzungen ist freilich der österreichische Vertrag zu einem unterzeichnungsreifen Instrument gediehen. Über den Vertrag als solchen bestanden in Berlin auch

keinerlei Differenzen mehr. Es war lediglich der Ausdruck des Misstrauens, der eine Unterzeichnung verhinderte. Nicht an Österreich selbst ist dieser Vertrag gescheitert, sondern an der Verquickung mit anderen Fragen der internationalen Politik, auf deren Lösung wir keinen Einfluss haben.

Es ist verständlich, dass gerade nach der Berliner Konferenz die Reaktion der österreichischen Bevölkerung über das unbefriedigende Ergebnis besonders heftig war. Wenn die Fertigstellung des Staatsvertrages aus irgendwelchen von uns selbstverschuldeten Gründen gescheitert wäre, so hätten wir dies hinnehmen müssen und hätten es auch hingenommen. Die Tatsache aber, dass man ruhig erklärte, nicht aus Gründen, die etwa dem Verhalten des österreichischen Volkes entspringen, könne der Vertrag nicht abgeschlossen werden, macht es nur zu verständlich, dass sich der Unmut des österreichischen Volkes über eine derartige Behandlung in sehr eindeutiger Weise Luft gemacht hat. Der österreichischen Bundesregierung stehen gegen eine derartige Behandlung keinerlei andere Mittel zur Verfügung als der Protest an die Weltöffentlichkeit und der Appell an das Weltgewissen.

Da bei dem Misstrauen zwischen den Grossmächten, das nur sehr langsam schwindet, es nicht abzusehen war, wann eine Einigung über Österreich erzielt werden würde, beschloss die Bundesregierung, an die vier Grossmächte mit dem Vorschlag heranzutreten, Erleichterungen im Besatzungsregime durchzuführen. Es ist ja, meine sehr geehrten Parteifreunde, wirklich vollkommen widersinnig und unverständlich, dass man dieses österreichische Volk, dessen Ruhe, dessen

Fleiss und dessen Disziplin man immer wieder anerkennt, noch immer in der gleichen Weise behandelt, wie es wenige Monate nach Kriegsende der Fall war. Wir haben selbst Ordnung geschaffen, wir haben an unserem Aufbau mit zäher Beharrlichkeit gearbeitet, und wenn wir auch dankbar anerkennen, dass uns hierbei das Ausland in grosszügiger Weise geholfen hat, so dürfen wir andererseits nicht vergessen, dass wir in völlig ungerechtfertigter Weise mit beträchtlichen Kosten der Besatzung belastet wurden. Es war daher nach der Meinung der Bundesregierung - und ich bin überzeugt, dass diese Meinung von der Gesamtheit des österreichischen Volkes geteilt wird - hoch an der Zeit, das mittlerweile überholte Besatzungsregime zu ändern.

Ich glaube, dass sich die vier Hochkommissäre selbst in ihrer Haut nicht sehr wohl fühlen, wenn sie sich etwa im Alliierten Rat in der vergangenen Woche mit der weltbewegenden Frage befassen mussten, ob der Film "Waldrausch" für Österreich zuzulassen wäre oder nicht. (Heiterkeit.) Dafür bekommen wir von diesen vier Grossmächten die Wochenschauen ins Haus zugestellt, wo sie uns mit Stolz ihre militärischen Rüstungen zeigen, auf die wir wirklich nicht sehr neugierig sind. (Starker Beifall.)

Die Note der österreichischen Bundesregierung mit der Bitte, mit uns wegen Erleichterungen des Besatzungsregimes in Verhandlungen zu treten, wurde von den drei Westmächten akzeptiert, von der Sowjetunion aber mit der Begründung abgelehnt, dass Moskau bereit wäre, über den Staatsvertrag zu sprechen, und es daher keinen Zweck habe, über Besatzungserleichterungen zu verhandeln.

Diese Antwort der Sowjetunion ist zunächst erfreulich, wenn, was wir hoffen wollen, dahinter wirklich der Wille steht, die österreichische Frage in einem für uns annehmbaren Sinn zu lösen. Das Vorhandensein dieses Willens ist die unumgänglich notwendige Voraussetzung für eine neue Konferenz. Es entsteht für die österreichische Regierung nun die Notwendigkeit, diesen sowjetischen Vorschlag sorgfältig zu prüfen und in Bälde eine Antwort zu erteilen. Ich glaube vom Standpunkt der Österreichischen Volkspartei, dass wir ein Angebot, über den Staatsvertrag zu verhandeln, nicht ablehnen dürfen, auch wenn die Aussichten auf ein Zustandekommen des Vertrages noch immerhin gering sind.

Wien wäre zweifellos der geeignete Ort zu neuerlichen Versuchen. Zwei Dinge möchte ich aber in diesem Zusammenhang mit aller Klarheit herausstellen: Es hat keinen Zweck, über einen Staatsvertrag zu verhandeln mit der Absicht, die Truppen auch nach Unterzeichnung in Österreich zu belassen. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit erlangen. Darauf haben wir ein unabdingbares Recht. Sollte die nächste Konferenz, bei der alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss gegeben sind, neuerlich scheitern, dann wird die österreichische Volkspartei dafür eintreten, dass wir das österreichische Volk, das fast zehn Jahre lang eine geradezu übermenschliche Geduld an den Tag gelegt hat, zu einem verschärften Ringen um unsere Freiheit aufrufen. (Starker Beifall.) Wir haben keine Kanonen und keine Atombomben, wir können nur mit geistigen Waffen kämpfen, aber Beispiele aus der jüngsten Geschichte, siehe Indien,

haben gezeigt, dass ein Volk auch mit diesen geistigen Waffen, und zwar sicherer als mit militärischen, seine Freiheit erringen kann. Wir werden vor diesem geistigen Kampf nicht zurückscheuen und werden ihn bis zur letzten Konsequenz führen. Wir müssen unserem Volke die Freiheit erringen. Seine Geschichte und seine Kultur geben ihm ein Recht darauf, seine Lage im Herzen Mitteleuropas verpflichtet es zu diesem Kampf.

Unter dem ungeheuren Druck, den die Besetzung für das österreichische Volk darstellt, hat dieses nichtsdestoweniger in jeder Weise Selbstzucht und Disziplin bewiesen. Wir haben unter den schwersten Bedingungen unsere Verwaltung in Ordnung gebracht, unser demokratisches Staatswesen wieder aufgebaut, eine ordentliche und saubere Verwaltung neu begründet und unser Verkehrswesen in Ordnung gebracht, wir haben unter den schlechtesten Ernährungsverhältnissen begonnen, die Wunden zu schliessen, die der Krieg unserer Wirtschaft geschlagen hat. Wenn Sie sich das Bild vor Augen führen, das Sie 1945 in unseren Städten und Dörfern vorfanden, und wenn Sie heute durch unsere Bundesländer fahren und einen Vergleich ziehen, dann muss jeder, auch der grösste Nörgler, zugeben, dass in Österreich eine ungeheure Wiederaufbauarbeit erfolgreich geleistet wurde. Wir haben dies in dem Bewusstsein getan, dass eine derartige Haltung unsere Pflicht sei, dass sie einen Ausdruck unserer Friedensgesinnung darstelle und dass dies der geeignetste Weg für uns sei, das Vertrauen aller Völker zu erringen, die Voraussetzung für die Wiedererlangung unserer Freiheit und Unabhängigkeit.

Der Weg war schwer. Wir alle erinnern uns nur zu genau der Hungerjahre, der Zeit, da es galt, die notwendigen Rohstoffe herbeizuschaffen und einer drohenden Währungskrise Herr zu werden. Die zu dieser Zeit notwendigen und gutgemeinten Lohn- und Preisabkommen hätten, wären wir diesen Weg weitergegangen, zweifellos zu einer Inflation geführt.

Betrachten wir einmal die sogenannte Stabilisierungspolitik und ihre Erfolge von dem Gesichtspunkt aus, ob und inwiefern sie imstande waren, jedem einzelnen, soweit es in unserer Macht stand, die Angst vor der Zukunft zu nehmen und das ersehnte Gefühl der Sicherheit zu stärken. Wie sehr unsere ganze Politik diesem Ziele untergeordnet ist, geht schon aus dem Namen hervor, unter dem sie zusammengefasst wird. Stabilisierung kommt von stabil, und nur stabile Verhältnisse sind auf gut deutsch feste und sichere.

Die erste Voraussetzung für gesunde wirtschaftliche Verhältnisse ist die Festigkeit der Währung eines Landes. Hier sind wir vom schwankenden labilen Boden der Nachkriegszeit ganz offensichtlich auf die stabilen und unerschütterlichen Grundlagen vorgestossen, die wir Tag für Tag im Spiegel der Kurszettel aller freien Börsen der Welt mit Genugtuung feststellen können. Den Weg, der uns zu diesem Ziel geführt hat, hat unser Finanzminister Dr. Kamitz gewiesen. (Beifall.) Die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, grösstmögliche Sparsamkeit in der Staatsgebarung, die Finanzierung der Investitionen nicht nur aus Steuergeldern, sondern auch durch langfristige Anleihen und die Herstellung einer natürlichen Relation zu den ausländischen Zahlungsmitteln sind die Marksteine auf diesem Wege des Finanzministers. Ich will Sie nicht mit den Ausweisen der

Nationalbank und nicht mit Ziffern über das Anwachsen unseres Gold- und Devisenschatzes langweilen, um Sie zu überzeugen, warum die Welt wieder Vertrauen in unseren Schilling gefasst hat. Sie selbst und hunderttausende andere Österreicher haben dieses Vertrauen in unsere Währung bereits praktisch bewiesen, wie die monatlichen Ausweise unserer Geldinstitute über das Ansteigen der Spareinlagen aufzeigen.

Die nächste Voraussetzung dafür, dass wir abends ohne Sorgen um das Morgen schlafen gehen können, war es, die österreichische Wirtschaft auf eine gesunde und lebensfähige Basis zu stellen. Es liegt in der Struktur unseres Landes, dass sein Volk nur dann nicht zu einem Bettlerdasein verurteilt ist, wenn es aus den Erträgen seines Fleisses sich im Ausland kaufen kann, was es zum Leben braucht und was es auf dem eigenen Boden nicht findet. Wenn wir heute zum erstenmal seit einem Menschenalter eine aktive Handelsbilanz besitzen, wenn wir bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich von einem Schuldner- zu einem Gläubigerstaat geworden sind, dann heisst dies in die Alltagssprache übersetzt, dass wir das Ziel erreicht und unsere Lebensfähigkeit ausser jeden Zweifel gestellt haben.

Wir haben diese Politik jedoch nicht betrieben, und nicht deshalb an die Mitarbeit des ganzen österreichischen Volkes appelliert, um hinterher mit Bankausweisen und Statistiken prunken zu können. Die Erfolge der Stabilisierungspolitik sollten sich nicht für einzelne Wirtschaftsgewaltige oder anonyme Gesellschaften auswirken, wir haben für das ganze österreichische Volk gearbeitet und wir

hatten nur eines vor Augen, dass es jedem, ob Arbeiter oder Bauer, ob Beamter oder Wirtschaftstreibender, besser gehen solle und jeder Beruhigt in die Zukunft blicken könne. Die Stabilisierungspolitik, die wir seit zwei Jahren betreiben, konnte nur auf den Grundlagen aufbauen, die mein Vorgänger, Bundeskanzler Dr. Ing. Figl, in schwierigster Zeit gelegt hat. (Beifall.)

Wie sehen die Ergebnisse dieser unserer Politik, unserer Massnahmen und unserer Arbeit, von diesem Gesichtspunkt gesehen, aus? Geht es jedem heute besser als vor zwei Jahren, ist jedem heute wirklich seine Existenz besser gesichert als vor der Einleitung der Stabilisierungspolitik? Ich glaube, diese Frage ruhigen Gewissens bejahen zu können.

Unter jenen, die ein besonderes Interesse an stabilen Verhältnissen haben, möchte ich in erster Linie unsere Bauern nennen. Ohne feste Preise kann der Landwirt nicht wirtschaften, das liegt in der Natur der Sache. Zwischen Saat und Ernte verstreicht geraume Zeit, und es ist daher dem Bauern keine Sicherheit gegeben, wenn er nicht im Frühjahr weiss, was er für seine Produkte im Herbst bekommen wird.

Zum Unterschied von anderen Parteien anerkennt die Österreichische Volkspartei die grossen Leistungen, welche unsere österreichischen Bauern, ihre Familien und die Landarbeiter nach Ende des zweiten Weltkrieges erbracht haben. (Zustimmung.) Im Jahre 1945 musste die Landwirtschaft die Agrarproduktion fast von Grund auf neu beginnen. Nach Kriegsende waren die Böden ausgehungert, es fehlte an Betriebsmitteln und Arbeitskräften, ausserdem waren die Ernten in den Jahren 1945 bis 1947 wegen der argen Dürre überaus

schlecht. Mehr als 12.000 Bauernhöfe wurden durch den Krieg zerstört oder schwer beschädigt. Rund 180.000 ha Kulturfläche wurden der Landwirtschaft durch die Besetzung entzogen.

Und wie sieht es heute aus? Die Zeiten des Lebensmittel- mangels sind endgültig vorbei. Die Landwirtschaft erzeugt 86 Prozent des Lebensmittelbedarfes Österreichs, also mehr als je zuvor. Diese Erzeugungsleistung wird mit bedeutend weniger Arbeitskräften als vor Kriegsbeginn erbracht. Die Produktivität der Landarbeit ist um 9 Prozent höher als vor 1938. In manchen Erzeugungsarten hat die Landwirtschaft bereits Exportüberschüsse zur Verfügung gestellt. Die Forst- und Holzwirtschaft zählt wieder zu den bedeutendsten Aktivposten unserer Exportwirtschaft. 85 Prozent der österreichischen Bauern bewirtschaften mittel- und kleinbäuerliche Betriebsgrößen unter 20 ha. Sie haben also mit ihren Familienangehörigen wirklich fleissig gearbeitet und Grossartiges geleistet. Sie haben ihre volkswirtschaftliche Bedeutung glänzend unter Beweis gestellt. (Lebhafte Zustimmung.)

Die erzielten Agrarleistungen sind umso höher zu werten, als rund zwei Drittel Österreichs zum Bergbauerngebiet gehören<sup>m</sup>, wo die Arbeit ungleich schwerer ist und die Möglichkeiten der Mechanisierung nur begrenzt gegeben sind. als Bundesparteiobmann spreche ich daher der gesamten österreichischen Bauernschaft in aller Öffentlichkeit den Dank für ihre unermüdliche Arbeit aus. (Lebhafter Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei wird auf die Bauern niemals vergessen und sie in ihrem berechtigten Bestreben, freie Menschen auf freier Scholle zu bleiben jederzeit unterstützen. Wir tun dies umso überzeugter, als wir als unmittelbare Anrainer am Eisernen

Vorhang nur zu genau wissen, welche unabsehbare Folgen eine Entrechtung des Bauernstandes für das gesamte Volk, auch für die Arbeiter, Angestellten und Gewerbetreibenden, zwangsläufig zur Folge haben müsste.

Die Österreichische Volkspartei ist aber nicht bloss die Partei eines Standes oder einer Berufsgruppe, sie vertritt als wahre Volkspartei die Interessen aller Volksschichten. Sie ist in ihrem inneren Aufbau so demokratisch gestaltet, dass sie dies auch erfolgreich zu tun vermag. Der beste Beweis dafür, dass wir eine echte Partei des gesamten Volkes sind, ist die Stärke unseres Arbeiter- und Angestelltenbundes.

Der Arbeiter und der Angestellte hat vor allem ein Interesse, dass sein Arbeitsplatz gesichert ist und er einen Lohn erhält, von dem er die Bedürfnisse seiner Familie decken und bei sparsamer Verwendung seines Einkommens auch selbst zu Besitz und Eigentum kommen kann. Beide Forderungen sind heute zum Teile erfüllt, es gibt keine grössere Sicherheit für die Erhaltung des Arbeitsplatzes als eine Vollbeschäftigung in dem Ausmasse, wie wir sie erreicht haben. (Beifall.) Der Beschäftigtenstand ist heute nicht nur höher als je in der Nachkriegszeit, er stellt auch bei einem Vergleich mit der Ersten Republik einen absoluten Rekord dar.

Jeder Fremde, der heuer in Österreich weilte - und wie Sie wissen, haben wir im Fremdenverkehr eine Rekordsaison hinter uns -, hat mit seiner Bewunderung über die Aufbauleistungen nicht zurückgehalten. Gerade die Ausländer bezeichneten es als unglaublich, wieviel heute in Österreich gebaut, erneuert und verschönert wird, und zwar was Fabriksbauten, Strassen, Wohnhäuser und Kraftwerke

anbelangt. Wir sind zu leicht geneigt, diese erhöhte Investitionstätigkeit als selbstverständlich hinzunehmen, und es liegt in der Mentalität des Österreicher, dass er erst dann etwas für richtig erkennt, wenn vom Ausland her die Würdigung kommt. Plötzlich hat heuer im Sommer in unserem gesamten Volk sich ein gewisser Stolz auf diese Leistungen bemerkbar gemacht, ein Stolz auf den eigenen Fleiss und auf das sogenannte österreichische Wirtschaftswunder.

Es ist erstaunlich, dass jetzt sogar unser Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und die Gemeinde Wien stolz auf die Investitionstätigkeit, stolz auf den Umfang der Bauwirtschaft sind. Täglich lesen wir, besonders natürlich jetzt in der Vorwahlzeit, welche grossartige Taten die Gemeinde Wien in nächster Zeit vollbringen wird. Vom Aufreissen der Praterstrasse bis zum Hochhaus auf dem Matzleinsdorferplatz, vom Südbahnhof bis zum Propaganda<sup>kinder-</sup>spielplatz vor dem Rathaus werden uns täglich die Gross-taten serviert. (Lebhafte Heiterkeit.) Die sozialistische Mehrheit im Rathaus rechnet mit der Vergesslichkeit der Bevölkerung. Alle diese Bauten sind ja nur möglich, weil sie mit Kamitz-Schillingen gebaut werden. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Die ganze Investitionstätigkeit ist nur die Frucht unserer Stabilisierungspolitik und unseres Strebens auf ein ausgeglichenes Budget und nicht zuletzt auch das Ergebnis des wiedergewonnenen Vertrauens des Auslandes, das wir errungen haben mit unserer Wirtschaftspolitik gegen den Widerstand unseres Koalitionspartners.

Gestatten Sie mir, an diese objektive Feststellung eine subjektive Bemerkung zu knüpfen. Man hat im letzten Wahlkampf in ganz

Österreich ein geschmackvolles Plakat angeschlagen, auf dem ein schwarzer Rabe zu sehen war, der in seinem Schnabel eine Arbeitslosenkarte hielt! Was die gegnerischen Propagandisten mit dieser Karikatur zum Ausdruck bringen wollten, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Ich würde es begrüßen, wenn diese Propagandisten die gleiche Darstellung anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen wieder plakatieren liessen. (Heiterkeit und Beifall), denn sie würde heute jeden denkenden Arbeiter nur daran erinnern können, dass dieser schwarze Vogel die Arbeitslosenkarte, die er im Schnabel hält, nicht gebracht, sondern davongetragen hat. (Starker Beifall.)

Wir haben uns aber nicht bloss um die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsplätze bemüht, sondern sind auch für die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes eingetreten. Der Arbeiter hat Interesse daran, auf seinem Lohnzettel eine Zahl zu finden, die nicht durch Abzüge arg dezimiert wird und die ihm auch Gewissheit bietet, sich dafür am Monatsende noch dasselbe kaufen zu können wie am Ersten des Monats. Massgeblich ist für ihn der Reallohn. Dieser aber ist durch die allgemeine Steuersenkung und durch das langsame Fallen der Preise, das wir trotz gelegentlicher saisonmässiger Schwankungen feststellen können, gestiegen. Das musste sogar, wenn auch nur sehr widerwillig, die "Arbeiter-Zeitung" zugeben, die die Steigerung des Reallohnes innerhalb der letzten zwei Jahre mit rund 7 Prozent errechnet hat.

Noch eines zweiten Plakates aus dem letzten Wahlkampf erinnert man sich unwillkürlich: des schwarzen Rentenklauens, der in einem vollen Sack das Geld der armen Rentner davonschleppt. Nun,

seit der Neubildung der Regierung wurde keine einzige Rente gekürzt, wohl aber hat die Österreichische Volkspartei durch einen Initiativantrag im Parlament die Erledigung des Rentenproblems ins Rollen gebracht. Wenn sie dabei auf einer bevorzugten Behandlung der Angestellten bestanden hat, deren Renten rückwirkend valorisiert wurden, während für die anderen Rentner diese Massnahme erst mit Beginn des nächsten Jahres wirksam wird, so war dies eine selbstverständliche Pflicht der Gerechtigkeit, denn schliesslich haben unsere Angestellten schon seit dem Jahre 1909 ihre Beiträge für eine Altersrente geleistet. Darüber hinaus ist ihre Versicherungsanstalt aktiv, sodass die Erhöhung der Renten ohne Belastung der Haushalte des Staates und der einzelnen möglich war, während die Nachziehungen der übrigen Renten letzten Endes nur deshalb durchgeführt werden können, weil der Finanzminister sich zu Zuschüssen bis an die Grenze des Möglichen bereit erklärte.

Die grössere finanzielle Beweglichkeit des Bundes hat es auch gestattet, die zweite Etappe in der Entnivellierung der Beamtengehälter vorzuverlegen. Unsere öffentlich Bediensteten waren die Stiefkinder der inflationistischen Zeit, denn sie blieben in ihren Gehältern gegenüber allen anderen Bevölkerungsgruppen zurück und drohten völlig der Proletarisierung zu verfallen, umsomehr, als durch die linearen Gehaltsverbesserungen die Spannen zwischen den einzelnen Kategorien fast völlig verwischt wurden. Es war nicht leicht, sie ~~in~~ den Klauen der Gewerkschaften, deren Nivellierungsbestrebungen gerade bei den öffentlich Bediensteten einsetzten, zu entreissen. Ich selbst habe schon bei den Lohn- und Preisabkommen darauf gedrungen, dass hier eine gesonderte Regelung Platz

greifen muss, um unserer Beamtenschaft wieder ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Mit vieler Mühe ist diese Separatlösung gelungen. Die nächste Folge dieser Entnivellierung werden die öffentlich Bediensteten am kommenden Ersten bei der Gehaltsauszahlung bemerken können. Ich kann aber in diesem Zusammenhang mitteilen, dass es bei den Verhandlungen über den Finanzetat des Jahres 1955 möglich sein wird, auch den 1. Dezember 1955 in geeigneter Weise etwas vorzuziehen. (Beifall.)

Bei der Struktur der österreichischen Wirtschaft spielt das Gewerbe eine weitaus grössere Rolle als anderswo. Es ist ein unverrückbarer Grundsatz der Österreichischen Volkspartei, möglichst viele selbständige Existenzen zu erhalten. Sie war daher bemüht, auch unserem Gewerbe eine festere und bessere Grundlage für seine Arbeit zu geben. Gewerbepolitik ist im besten Sinne Politik für den kleinen Mann.

Unser Gewerbe hatte in der inflationistischen Zeit doppelt unter dem Steuerdruck zu leiden, der es in seiner Arbeitsfähigkeit und in seiner Entwicklung hemmte. Neben der allgemeinen Senkung der Einkommensteuer hat die Österreichische Volkspartei daher auch darauf bestanden, dass die Sonderabgaben für das Gewerbe, die Gewerbesteuer, insbesondere für die kleineren und mittleren Betriebe entsprechend herabgesetzt werden. Die ersten 6000 S Gewerbeertrag sind künftig von der Besteuerung überhaupt ausgenommen. Die neue Skala steigt sodann nur so allmählich an, dass erst bei einem Gewerbeertrag von 72.000 S die alte Höhe erreicht wird. Neben der Höhe der Steuern empfanden insbesondere unsere Kleingewerbetreibenden die komplizierte Steuergesetzgebung als

ein schweres Hemmnis, denn ohne einen Steuerberater war es dem kleinen Meister kaum möglich, sich in dem Paragraphenschlingel zurechtzufinden. Die Pauschalierung der Einkommensteuer, der unser Finanzminister über Intervention der Österreichischen Volkspartei zugestimmt hat, vereinfacht das Steuerverfahren für die kleinen Handwerker und befreit sie von überflüssigen Schreibereien, die sie unbezahlt im Dienste des Finanzamtes leisten mussten.

Zwei Kriege mit den darauffolgenden Geldentwertungen haben es vielen Gewerbetreibenden unmöglich gemacht, selbst für ihre alten Tage vorzusorgen. Das Handelskammer-Älterunterstützungsgesetz befreit sie von der drückenden Sorge, dass sie nach einem Leben der Arbeit und des Fleisses einem Alter in Not und Elend entgegensehen müssen. Wenn wir auch keinen Rentenstaat wollen, war diese Aktion doch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Sie ist, obwohl sie erst seit kurzer Zeit ihre Aufgabe erfüllen kann, bereits für 17.000 alte Gewerbetreibende oder deren Witwen zum wahren Segen geworden. (Zustimmung.)

In der modernen Zeit kann auch der kleinste Handwerker ohne eine moderne Ausstattung seiner Werkstätte, ohne Maschinen, nicht auskommen, um den Konkurrenz- und Lebenskampf zu bestehen. Zum Unterschied von grossen Fabriksbetrieben ist es ihm naturgemäss weitaus schwieriger, die notwendigen Geldmittel zu beschaffen, um seinen Betrieb den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Sowohl die Regierung wie auch die Interessenvertretung des Gewerbes haben gerade in der letzten Zeit Aktionen eingeleitet, um auch selbst den kleinsten Meistern zu annehmbaren und erträglichen Bedingungen die notwendigen Kredite zu verschaffen. Wir wissen, was der Gewerbe-

fleiss für Österreichs Wirtschaft bedeutet, und wir wollen ihm daher alle Möglichkeiten zur Entfaltung erschliessen.

Was immer geschieht, um die Produktion und die Produktivität unserer Industrie zu steigern, trägt zur Vermehrung der Arbeitsplätze bei. Zunächst handelt es sich darum, die Werkstätten auf einen modernen Stand zu bringen, weil die meisten von ihnen seit 1938 kaum mehr neue Maschinen anschaffen konnten. Durch die Investitionsbegünstigungen wurde ihnen dazu ein Weg eröffnet, und die amerikanische Hilfe hat sich auf diesem Gebiet besonders segensreich ausgewirkt.

Die Bemühungen waren nicht vergeblich. Die Ziffern des letzten Halbjahres sind wohl eindrucksvoll genug. Der Gesamtindex unserer Industrieproduktion betrug Ende 1953 169,9 Prozent, Mitte des heurigen Jahres 191,1 Prozent. Aber auch in diesem Jahr ist ein weiterer Fortschritt in der Produktion zu verzeichnen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit besonders auf eine Zahl hinweisen, die für den hohen Lebensstandard unserer Bevölkerung spricht. Unsere Fahrzeugindustrie erzeugt heute dreimal so viel als im letzten Friedensjahr. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich ein Heer von Arbeitern, das zusätzlich Brot und Verdienst finden konnte, dabei muss man bedenken, dass ein Arbeitsplatz in einer Werkstätte weniger als einer auf einer Baustelle von Witterungseinflüssen abhängig ist. Mehr Arbeit in der Industrie ist somit ein wirksamer Riegel gegen eine starke saisonmässig bedingte Schwankung der Arbeitslosenziffer. Ich könnte diese Beispiele weiter fortsetzen. In der Bauwirtschaft sind heute fast doppelt so viel Arbeiter beschäftigt wie vor dem Krieg. Ebenso ist die Beschäftigtenanzahl in der Holz- und Papierindustrie gewaltig gestiegen  
usw

Für unsere wirtschaftspolitischen Gegner ist der Handel nur ein überflüssiges und daher schädliches Zwischenglied. Wir wissen, dass wir die Mittlerrolle des Handels zwischen Erzeuger und Verbraucher beim wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht entbehren können.

Auf dem Gebiete der Ausweitung unseres Aussenhandels hat unser Handelsstand seine Bewährungsprobe bestanden und seine Unentbehrlichkeit in der Gesamtwirtschaft bewiesen. Erinnern Sie sich noch, wie vor etwa eineinhalb Jahren das Schlagwort aufgetaucht ist: eine Milliarde monatlich exportieren oder sterben! Man hat eine derartige Ausfuhrziffer vielfach als unerfüllbaren Wunschtraum betrachtet, wir liegen heute aber um gute 30 Prozent über dieser erträumten Ausfuhrziffer, und vielen von uns erscheint dies schon als selbstverständlich. Gerade die Österreichische Volkspartei hat sich aber die Förderung des Aussenhandels besonders angelegen sein lassen.

Mit dem Aussenhandelsverkehrsgesetz, das den Bedürfnissen der Wirtschaft nach einer Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens im Aussenhandel entgegenkommt, und dem Ausfuhrförderungsgesetz, mit dem durch Steuererleichterungen der Export gefördert werden soll, und ferner durch die erfolgte Kursregelung Dollar-Schilling sind dem österreichischen Export starke Impulse gegeben worden, sodass wir zu Ende 1953 eine aktive Zahlungs- und Handelsbilanz aufweisen konnten. Unsere Bemühungen um die Exportförderung werden nicht deshalb erlahmen, weil in letzter Zeit ein grossangelegter Schwindel aufgedeckt wurde. Die ÖVP wird sich im Interesse aller anständigen Kaufleute für eine strenge Bestrafung der Schie-

ber einsetzen. (Beifall.) Die an und für sich guten Massnahmen müssen aber bestehen bleiben. Schliesslich schafft man auch nicht das Geld ab, weil es immer wieder Banknotenfälscher gibt. (Allgemeine Heiterkeit.)

Die Tatsache, dass Österreich bei der Europäischen Zahlungsunion in kurzer Zeit zu einem Gläubigerstaat mit einem zunehmenden Guthaben geworden ist, macht einen Abbau dieses Saldo durch eine stärkere Liberalisierung der Importe aus den OEEC-Staaten notwendig.

Zu diesem Kapitel, das in <sup>manchen</sup> ~~den~~ Kreisen unserer Wirtschaft starke Bedenken hervorgerufen hat, möchte ich feststellen, dass wir bei unseren wirtschaftlichen Massnahmen an jene zunehmende europäische Verflechtung der nationalen Wirtschaften gebunden sind, deren Endziel im Abbau aller Handelsschranken und in der Schaffung einer europäischen Grossraumwirtschaft liegt. Eine solche Umwälzung, der wir theoretisch unsere Zustimmung geben, bringt selbstverständlich bei der praktischen Durchführung für jeden Staat, der daran teilnimmt, nicht nur Vor- sondern auch Nachteile mit sich. Wir müssen die letzteren in Kauf nehmen, wenn wir uns nicht der Gefahr einer wirtschaftlichen Isolierung aussetzen wollen. Wir können uns nicht einerseits als Anhänger der europäischen Einheitsidee gebärden und uns andererseits wegen auftretender Nachteile in den Schmollwinkel stellen. Viele vergessen nur zu häufig, dass wir uns gegenwärtig auf fast allen Lebensgebieten, so auch auf den wirtschaftlichen, im Zustande einer Umwandlung befinden, mit allen den Übergangserscheinungen, die eben auch nachteiliger Art sein können. Wir müssen umlernen, veraltete Denkweisen auch auf wirtschaftlichem Gebiete

über Bord werfen und den neuen Ideen unser Denken öffnen. Es nützt gar nichts, wenn wir heute den sogenannten "guten alten Zeiten", die für die damals Lebenden bekanntlich auch wieder nur schlechte Zeiten waren, nachtrauern. Das Leben geht weiter, und es geht über uns hinweg, wenn wir es nicht verstehen, uns den neuen Verhältnissen anzupassen. Selbstverständlich, dass von öffentlicher Seite mitgeholfen<sup>werden</sup> wird, auftretende Schwierigkeiten bei der Liberalisierung möglichst zu mildern. Aber am besten werden sie überwunden durch die persönliche Initiative der davon Betroffenen. Die Liberalisierung ist auf jeden Fall eine Aufforderung, sich der Konkurrenz zu stellen und alle Mittel der Rationalisierung zur Verbilligung der Preise und Besserung der Qualität einzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass die österreichischen Wirtschaftstreibenden durchaus die Fähigkeit haben, in diesem Konkurrenzkampf zu bestehen. Wenn diese Ausführungen auch nicht überall Beifall finden, so müssen sie doch gemacht werden, weil wir diesen Weg gehen müssen.

Wir dürfen die Tatsache nicht ausser acht lassen, dass wir uns durch unsere Teilnahme an der Liberalisierung endgültig eingegliedert haben in die aufstrebende gesündende europäische Wirtschaft. Das Vertrauen, das wir uns damit erworben haben, wird sich in nächster Zukunft auch in der Form auswirken, dass es uns leichter gelingen wird, ausländische Kapitalien für Investitionszwecke nach Österreich zu bringen. Erfreuliche Ansätze dazu sind bereits vorhanden, und wir werden die Mitwirkung ausländischen Kapitals, insbesondere bei langfristigen Investitionen, wie Kraftwerkbauten, auch in Zukunft benötigen.

Diese Tatsache im Zusammenhang mit unserer aktiven Handels- und Zahlungsbilanz hat es uns auch ermöglicht, ein langfristiges Investitionsprogramm aufzustellen, das für das kommende Jahrzehnt unserer Wirtschaft eine Richtlinie gibt. Dass dieses Investitionsprogramm ausserdem die erfreuliche Wirkung hat, Zehntausenden von Arbeitern den Arbeitsplatz zu sichern, ist klar.

Im Rahmen der allgemeinen grosszügigen Bautätigkeit, die in Österreich entfaltet wird, kommt dem Wohnungsbau auch schon aus sozialen Gründen besondere Bedeutung zu. Ungezählte haben durch die Kriegseinwirkungen ihr schützendes Dach verloren, tausende junge Familien, die neu hinzugekommen sind, suchen nach Wohnraum, in dem sie sich gesund entwickeln können.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues können wir auf den grossen Erfolg hinweisen, den wir mit Hilfe des fleissigen und konsequenten Verfechters dieser Idee, Nationalrat Prinke, mit der Idee des Wohnungseigentums errungen haben. (Beifall.) Dieser Erfolg muss umso höher gewertet werden, als diese Idee noch vor wenigen Jahren für Österreich etwas gänzlich Neues darstellte. 4543 Wohnungen wurden in den letzten Jahren nach diesem Prinzip erbaut, und über 14.000 Wohnungen befinden sich in Planung. Das grosse anhaltende Interesse für diese Art des Wohnbaues ergibt sich aus der Zahl von 28.000 Familien, die für Eigentumswohnungen angemeldet sind. Allerdings haben wir uns mit dem Wohnungseigentum den Groll unserer Sozialisten, besonders in Wien, zugezogen, die so gerne als die alleinigen Bauherren eines sogenannten sozialen Wohnungsbaues gelten möchten. Die Konkurrenz zwischen ihnen und uns ist aber

gerade recht. Sie kommt den Wohnungssuchenden zugute, wenn auch zu einem hohen Prozentsatz nur diejenigen auf eine Wohnung in einem Wiener Gemeindehaus hoffen dürfen, die sich zugleich zur Partei der Wiener Gemeindebauherren bekennen.

Sehr erheblich sind auch die Leistungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Sie beziffern sich bis Ende 1953 auf 62.900 wiederhergestellte und neugeschaffene Wohnungen. Auf Grund der neuen Wohnbaugesetze stehen jährlich rund 2 Milliarden Schilling dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Landeswohnbauförderung zur Verfügung.

Wir können mit diesem Leistungsbericht wohl zufrieden sein und dürfen aus ihm den Schluss ziehen, dass sich jeder Österreicher in seiner Existenz und in seiner Zukunft so gesichert fühlen kann, wie es in unserem Bereich überhaupt nur denkbar ist. Wir dürfen als Ergebnis der Stabilisierungspolitik mit Befriedigung feststellen, dass es heute allen in Österreich besser geht, und ich möchte hinzufügen: Das hat die Österreichische Volkspartei erreicht! (Lebhafter Beifall.)

Es war unser Konzept und es waren unsere Pläne, nach denen wir ans Werk gingen. Vergleichen Sie doch selbst das Wahlprogramm, mit dem wir uns vor den Nationalratswahlen an die Wähler wandten, mit der Regierungserklärung, die ich bei meiner Amtsübernahme als Bundeskanzler dem Parlament vorlegen konnte. Sie werden feststellen können, dass Punkt für Punkt übereinstimmte. Bei dieser Sachlage ist es lächerlich, wenn jetzt andere auftreten, um das Hauptverdienst und den Löwenanteil am Erfolg für sich zu reklamieren. Warum

haben Sie dann über den Kamitz-Plan gespöttelt, warum haben Sie uns denn dann die schrecklichsten Folgen vorausgesagt, wenn er verwirklicht wird? Warum haben Sie denn in all den Jahren Halbopposition gespielt, wenn es nun plötzlich ihre Ideen und ihre Arbeit gewesen sein sollten, die uns den wirtschaftlichen Aufstieg brachten?

Es gibt praktisch keine Bilanz, die nur eine Aktivseite hätte. Auch in unserer stehen einige, wenn auch nur wenige Vortragsposten. Zu den offenen Forderungen brauche ich wohl nicht mehr an unser Versprechen an die Kulturschaffenden erinnern, das wir durch den Beschluss des Parlamentsausschusses an die Regierung herangetragen haben. Ich kann Ihnen mitteilen, dass in dem vorbereiteten Budgetentwurf die 150 Millionen, die voriges Jahr verlangt wurden, enthalten sind. (Beifall.)

Bezüglich des Familienlastenausgleichs haben wir gestern vormittag mit den Sozialisten Parteienverhandlungen gehabt, die insoferne zu einem Ergebnis geführt haben, als wir die Forderung des Familienlastenausgleiches, die wir seinerzeit beim zweiten Lohn- und Preisabkommen als verlangende Partei gestellt haben, durchgesetzt haben und diese Regelung im Meritum festgelegt ist. Verschiedener Auffassung sind wir noch über die Fragen der Auszahlungsform und darüber, wer die Haftung dabei zu übernehmen hat. Aber auch darüber wird Einigkeit erzielt werden, und es steht bereits fest, dass die erste Etappe des Familienlastenausgleichs mit 1. Jänner 1955 in Kraft treten wird. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Wir betreiben eine Realpolitik des Möglichen; wir lehnen es ab, neuerlich in eine Inflation hineinzuz-

taumeln; wir lehnen es ab, unverantwortliche Geschenke an Bevölkerungsschichten zu geben, die ihnen morgen in Nichts zerrinnen. Ich bin aber auch überzeugt, dass die überwiegende Majorität des österreichischen Volkes diese verantwortungsvolle Haltung der Österreichischen Volkspartei zu würdigen weiss. Insbesondere der österreichische Arbeiter und Angestellte weiss heute viel mehr über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, als dies vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Er beurteilt mit viel mehr Verständnis und Einfühlungsgabe die Lage als früher. Der überwiegende Teil unseres Volkes würdigt vollauf diese unsere, aus der Verantwortung für den gesamten Staat entspringende Haltung. Das Bewusstsein dessen bestärkt uns aber wieder, den von uns eingeschlagenen Weg eines stetigen, genau kontrollierten Wiederaufbaues und einer ebenso stetigen, aber ebenso verantwortungsbewussten Ausweitung der sozialen Errungenschaften weiterzuschreiten.

Zu den offenen Fragen unseres Parteiprogramms zählt die Schul- und Ehegesetzgebung. In beiden Fällen ist es bisher nicht gelungen, zu einem vernünftigen Kompromiss zu gelangen. Bei den Verhandlungen über das Schulgesetz konnte in der Frage der Subventionierung der konfessionellen Schulen und Heimen Annäherung erzielt werden. Wir stehen dabei auf dem Standpunkt, dass es erstens den Eltern freigestellt werden muss, ob sie ihre Kinder in eine öffentliche oder in eine konfessionell ausgerichtete Schule schicken, und zweitens verlangen wir, dass die konfessionellen Schulen staatliche Subventionen erhalten. Eine solche Subvention stellt keineswegs nur ein Geschenk an diese Schulen dar, denn jedes Kind, das eine solche Schule besucht, bedeutet für den öffentlichen Schulverwalter eine bis auf den Groschen berechenbare jährliche Ersparnis.

Keine Annäherung konnte bisher in der Frage der Lehrerbildung erzielt werden, in der wir verlangen, dass die Ausbildung der Pflichtschullehrer im Wege von Lehrerseminarien oder Akademien erfolgen soll. Dieser Bildungsgang, der neben der Vermittlung einer allgemeinen wissenschaftlichen Bildung vor allem auf die praktisch-pädagogische Ausbildung gerichtet ist, hat sich bisher als durchaus erfolgreich erwiesen. Wir werden aber diese Verhandlungen über die Schulgesetzgebung mit den Koalitionsgenossen nach Erledigung des Budgets neuerlich aufnehmen müssen.

Auch in der Frage der Ehegesetze vertreten wir den der Demokratie entsprechenden Standpunkt, dass es den Brautleuten vollkommen freigestellt werden muss, ob sie ihre Ehe kirchlich oder standesamtlich schliessen wollen (Zustimmung), wobei selbstverständlich für die Pfarrämter die Verpflichtung besteht, jede kirchlich geschlossene Ehe dem staatlichen Matrikelamt zu melden.

Wie reformbedürftig unsere derzeitige Ehegesetzgebung ist, hat im heurigen Sommer der Fall des Pfarrverwesers von Öblarn deutlich gemacht. In diesem Falle wurde bekanntlich ein Geistlicher, der nach den für ihn bindenden Vorschriften des kirchlichen Rechtes gehandelt hatte, zu einer Geld- respektive Arreststrafe verdonnert. Dieser Fall war so krass, dass sich der Herr Bundespräsident zu einem Einschreiten veranlasst gefühlt hat, wofür wir ihm gewiss dankbar sind. Allerdings ist durch diesen Gnadenakt des Staatsoberhauptes der Widerspruch zwischen dem § 67 des Personalstandesgesetzes und dem demokratischen Grundrecht auf religiöse Gewissensfreiheit nicht aus der Welt geschafft. (Beifall.) Um hier Ordnung zu machen, braucht man nur dem Antrag der ÖVP zuzustimmen, der seit Jahr und

Tag im Parlament liegt und in einer wahrhaft liberalen und demokratischen Weise durch die fakultativtrauungen diese Frage zu lösen versucht.

Ich glaube, meine sehr geehrten Parteifreunde, dass Sie aus meinen bisherigen Ausführungen, die ja auch eine Art Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Parteiführung seit dem letzten Bundesparteitag darstellen, wohl den Eindruck gewonnen haben, dass uns bei unseren Entschlüssen in erster Linie das Gesamtwohl des Staates leitet. Die Österreichische Volkspartei ist und bleibt die führende Partei im Staate, sie ist sich dieser Verantwortung voll bewusst. Es ist aber erfreulich, und ich möchte dies mit allem Nachdruck feststellen, dass diese Einstellung gegenüber dem Staate nicht nur von der Parteiführung, sondern auch von allen Berufsschichten der ÖVP geteilt wird.

Ich erinnere nur an jene Aktion, die die ganze Stabilisierung der Wirtschaft einleitete: Ich meine hier die Preissenkungsaktion der privaten Wirtschaft. Es wird immer wieder ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Industrie, unseres Gewerbes und unseres Handels bleiben, dass sich damals, als die Notwendigkeit auftauchte, durch eine Preissenkungsaktion der wachsenden Inflation Einhalt zu gebieten, kein einziges Mitglied ausschloss und dass jeder willig im Gesamtinteresse finanzielle Opfer in Kauf nahm; denn wir dürfen nicht übersehen, dass diese Preissenkungsaktion mit materiellen Verlusten für unsere Wirtschaftstreibenden verbunden war. Der Erfolg allerdings hat dieser verantwortungsvollen Haltung Recht gegeben.

Und noch ein zweites Mal haben unsere Wirtschaftstreibenden bewiesen, dass sie nicht jene Egoisten sind, als die sie manchmal unsere politischen Gegner hinstellen. Als besonders starke Jahrgänge Jugendlicher die Schulen verliessen, bestand ~~er~~ Mangel an Lehrstellen und Arbeitsplätzen. Unsere Wirtschaft hat willig die im Jugendeinstellungsgesetz getroffenen Bestimmungen befolgt und Jugendliche, wieder unter materiellen Opfern, in ihre Betriebe aufgenommen, in der Überzeugung, dass die Zukunft eines Volkes nur dann gesichert ist, wenn eine tüchtige, arbeitsfreudige und fleissige Jugend heranwächst. Durch diese Tat wurde es zehntausenden unserer Jugendlichen ermöglicht, einen Beruf zu erlernen, der sowohl ihre Zukunft als auch der österreichischen Wirtschaft für die weitere Folge die benötigten Fachkräfte sichert. Dem Parlament wird ein Gesetzentwurf zugehen, der eine Verlängerung dieses Gesetzes für das nächste Jahr vorsieht, sodass das Jugendeinstellungsgesetz bestehen bleibt.

Die Arbeit, die die Österreichische Volkspartei für den wirtschaftlichen Wiederaufbau geleistet hat, kommt nicht zuletzt unseren braven Frauen zugute. Sie, denen es obliegt, mit dem Verdienst des Mannes zu wirtschaften, sind heute von doppelter Sorge befreit, der Sorge um den Verdienst ihres Mannes, dessen Arbeitsplatz gesichert ist, aber auch der Sorge, ob sie mit dem Verdienst ihres Mannes auf längere Zeit wirtschaften und das Auslangen finden können. Der Familienlastenausgleich, dessen Einführung zum vorgenannten Termin, wie ich schon gesagt habe, vorgesehen ist, wird aber auch den Müttern, insbesondere jenen einer grossen Familie, eine fühlbare Entlastung bringen. Es zeigt sich immer wieder, dass eine gesunde

Staats- und Wirtschaftspolitik auch im Interesse der Frauen liegt und dass nur in einem gesunden und geordneten Staatswesen auch eine gesunde Familie ihren Lebensraum findet. (Lebhafter Beifall.)

Das Kriegsende hat - neben unzähligen anderen Schwierigkeiten - für uns noch mit dem nach hunderttausenden zählenden Flüchtlingsstrom eine weitere Sorge gebracht. Wir waren plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt, einer Anzahl unschuldiger Menschen, die etwa 10 Prozent unserer Gesamtbevölkerung ausmachten, Wohnstätten und Arbeitsplätze zu schaffen. Bekanntlich haben ~~es~~ sich die verschiedenen ausländischen Organisationen bloss ~~um die~~ nicht deutschsprechenden Flüchtlinge angenommen. Die Eingliederung der Volksdeutschen aber in unseren Volkskörper und in unsere Wirtschaft war Sache der österreichischen Bundesregierung und der Landesregierungen. Natürlich konnten wir die Not und das Leid dieser Flüchtlinge nicht von einem Tag auf den anderen bannen. Nur nach Massgabe der Gesundheit unseres gesamten Staates gelang es, auch den Volksdeutschen in Österreich eine neue Heimat zu schaffen. Ich glaube aber, dass dieser Eingliederungsprozess zumindest in dem Tempo vor sich gegangen ist, wie der Wiederaufbau unserer Wirtschaft Fortschritte erzielen konnte.

Ein wesentlicher Fortschritt in der Frage unserer Volksdeutschen wurde mit dem Gesetz über den vereinfachten Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft erzielt. Nicht nur, dass damit den Volksdeutschen praktische Vorteile erwachsen, hat die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft für sie auch eine tiefere psychologische Bedeutung: das Bewusstsein, eine neue Heimat als vollberechtigter Staatsbürger gefunden zu haben. Wir hoffen, dass

recht viele von den Volksdeutschen, deren wirtschaftlichen Fleiss und deren Begabung auf den verschiedensten Gebieten wir hoch einschätzen, von dem Gesetze Gebrauch machen werden.

Hand in Hand mit der Konsolidierung unserer Wirtschaft ist auch die Österreichische Volkspartei wieder erstarkt. Als wir uns im Jänner 1952 zum letzten Mal zu einem Bundesparteitag zusammenfanden, ging dieser Tagung eine wenig erfreuliche Ouverture voraus. Nach den Präsidentschaftswahlen haben sich viele Kritiker gemeldet und uns mannigfache Rezepte empfohlen, wie wir den organisatorischen Aufbau der Partei neu gestalten, wie wir unser Programm dem Tag anpassen und welche Politik wir in Zukunft führen sollen. Manche, die bereits glaubten, die Erbschaft der Österreichischen Volkspartei antreten zu können, hielten ihr sogar schon warm empfundene Nachrufe. All diese Stimmen sind verstummt, weil die Österreichische Volkspartei in sich geschlossener und gefestigter dasteht als je zuvor. Schon bei den Nationalratswahlen des vergangenen Jahres konnten wir gegenüber den Präsidentschaftswahlen ein merkliches Ansteigen der ÖVP-Stimmen feststellen, eine Entwicklung, die sich auch bei allen inzwischen durchgeführten lokalen Wahlen gezeigt hat. Wir freuen uns darüber aber nicht deshalb, weil die wiedererstarkte Volkspartei damit erhöhten Anspruch auf Positionen und Machtstellungen errungen hat, sondern weil wir in ihrer Kraft und ihrer Geschlossenheit die Gewähr erblicken, dass sie der Aufgabe gewachsen ist und auch in Zukunft gewachsen sein wird, die ihr in Österreich zufällt: die Trägerin des Schicksals unseres Landes zu sein. (Beifall.)

Morgen in einem Monat werden wir uns wieder dem Urteil der Wähler zu stellen haben. Wenn auch Landtagswahlen an sich nicht über die Politik des Bundes entscheiden, so wird selbstverständlich

ein Wahl, bei der mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zu den Urnen geht, auch als ein Urteil des Volkes über den Gesamtkurs und über die Gesamtpolitik gewertet werden müssen. Mit dem Rechenschaftsbericht, den wir dem Parteitag vorlegen können, dürfen wir auch ruhigen Gewissens vor die Wählerschaft treten. Was kann man noch mehr von einer Partei verlangen, als die Österreichische Volkspartei in den letzten beiden Jahren geleistet hat? Was ist noch mehr des Vertrauens würdig und wert als unsere Arbeit? Das österreichische Volk hat in den Nachkriegsjahren immer wieder ein hohes Mass von politischer Klugheit und Reife bewiesen. Dies stärkt uns in unserer Zuversicht und in unserer Überzeugung, dass es auch diesmal die Leistungen zu würdigen wissen wird und in der Österreichischen Volkspartei die Garantin der Sicherheit erblickt, nach der sich heute jedermann sehnt.

Wir werden in dem kommenden Wahlkampf auf uns allein gestellt sein und ihn gegen alle anderen wahlwerbenden Gruppen zu führen haben. Dies macht uns aber nicht bange, denn ein altes Sprichwort sagt: Der Starke ist am stärksten allein!

Lassen Sie mich noch einige Worte verlieren über unsere Gegner in diesem Wahlkampf.

Da sind also zunächst die Sozialisten, von denen ich heute schon einige Male gesprochen habe. Da sie aber unsere Koalitionspartner sind, mit denen wir ja auch in Zukunft im Interesse Österreichs zusammenarbeiten wollen, sei über manches, was noch über sie zu sagen wäre, der Mantel des Schweigens gebreitet.

Nur eine Bitte habe ich an die Sozialisten zu richten: dass sie nämlich, wenn sie schon die Erfolge unserer Wirtschafts- und

Finanzpolitik in einem so hohen Masse für sich in Anspruch nehmen, doch wenigstens unsere Priorität auf den Namen "Volkspartei" anerkennen und respektieren. Die Sozialisten haben nämlich jetzt vor den Wahlen plötzlich entdeckt, dass sie gar keine klassenkämpferische Partei mehr sind, sondern alle Schichten des Volkes vertreten und damit zu einer Volkspartei avanciert sind. Diese Erkenntnis scheint sich allerdings noch nicht in allen Kreisen ihrer Partei durchgesetzt zu haben, was sich aus der Lektüre ihrer Zeitungen und Zeitschriften sehr leicht feststellen lässt. Jedenfalls aber haben doch einige ihrer Führer plötzlich den Ehrgeiz, als Männer einer Volkspartei aufzutreten. Die Österreichische Volkspartei hat es nicht notwendig, nach einem neuen Firmenschild Ausschau zu halten. Sie ist auch schon zu einer Zeit, wo die Sozialisten sich noch stolz als eine Klassenpartei bekannten, eine Volkspartei gewesen, die die Interessen aller Schichten der Bevölkerung wirksam vertreten hat. Wenn sich der Wähler im künftigen Wahlkampf der für ihn neuen Situation gegenüber sieht, dass plötzlich zwei Volksparteien um seine Gunst werben, dann wird er sich wohl an die altbewährte Firma halten und nicht zum Schmiedel gehen, wo der Schmied ihm zur Verfügung steht. (Beifall.)

Auch unsere Kommunisten haben den unwiderstehlichen Drang, ihre Verbundenheit mit dem österreichischen Volk schon durch einen neuen Namen zum Ausdruck zu bringen. Sie nennen sich daher Volksopposition. Die Opposition gegen Österreich glauben wir ihnen. Was aber ihre Volksverbundenheit betrifft, so reduziert sich diese auf die bekannten 5 Prozent. Alles, was darüber ist, wird von Tag zu Tag mit geiferndem Hass beschmutzt und beschimpft. Seit der

Berliner Konferenz betätigen sie sich hauptsächlich als politische Zauberkünstler und Geisterbeschwörer. Alles, was es in Österreich nicht gibt, muss mit einem Hokuspokus herbeigeschafft werden, und so gibt es auch wieder eine "Anschlussbewegung" und eine "Remilitarisierung" in Österreich. Es müssen einem die kommunistischen Redakteure leid tun, die gleich neben diesen Geisterbeschwörungen in ihren Zeitungen von machtvollen Truppenparaden in den Hauptstädten der Volksdemokratien berichten müssen. Wir können das Urteil über die Volksopposition ruhig dem österreichischen Volk überlassen.

Was den VdU betrifft, so leidet der Blutkreislauf dieses Verbandes offenbar an Transfusionen sehr verschiedener Blutgruppen, sodass er nicht recht leben und nicht recht sterben kann. Seine im Nationalrat wirkungslos gebliebene Politik wird bei den kommenden Landtagswahlen kaum als anregendes Beispiel für die Wählerschaft dienen können. Im allgemeinen müssen wir feststellen, dass die oft recht unkonsequente Politik des VdU sowohl der gesamtösterreichischen Politik wie auch den speziellen Interessen seiner Stammwählerschaft mehr geschadet als genützt hat.

Bezüglich der "Freiheitlichen Sammlung Österreichs" kann ich mich ganz kurz fassen. Was nämlich gesammelt wird, hat in den allermeisten Fällen den Wert der Seltenheit. Das dürfte sich auch bei den Stimmzetteln zeigen, die am 17. Oktober für diese Sammlung abgegeben werden.

Liebe Parteifreunde! Die ruhige, stetige und zielbewusste Arbeit der Österreichischen Volkspartei auf allen Gebieten des

öffentlichen Lebens hat auf die breite Masse des österreichischen Volkes ihren Eindruck nicht verfehlt. Entscheidender als kostspielige Propaganda und tönende Schlagworte wird sich für die Österreichische Volkspartei die Vernunft der Wähler auswirken. Sie werden sich wieder für jene Partei entscheiden, die ein gerechter Mittler zwischen den verschiedenartigen Interessen unserer Bevölkerungsschichten ist, die mit Zielsicherheit an der Hebung des Lebensstandards unserer gesamten Bevölkerung unermüdlich arbeitet.

Das oberste Ziel unserer Partei bleibt aber - dies möchte ich abschliessend feststellen - die Erringung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Wir haben in den letzten Jahren freudig einen nach Millionen zählenden Strom von ausländischen Besuchern in unserem schönen Heimatlande begrüßen können. Es waren nicht bloss Vergnügungsreisende, sondern auch die führenden Persönlichkeiten der verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens, die uns besuchten. Im vergangenen Jahr trafen sich beim Kongress der Internationalen Handelskammer die führenden Männer der Wirtschaft aus der ganzen Welt bei uns, im Herbst waren es die Rechtsanwälte und Notare aus allen Ländern, heuer die Vertreter der internationalen Presse, vor wenigen Tagen ist die Tagung der Parlamentarier aus 39 Staaten abgeschlossen worden, denen die Universitätsprofessoren aus allen Teilen der Welt folgten, und gegenwärtig ist die Wiener Messe wieder ein Treffpunkt zahlreicher ausländischer Interessenten. Sollen alle diese Besucher, die wir begrüßen konnten und die wir auch in Zukunft erwarten, bei einem Knechte zu Gast sein? Die Behandlung, die Österreich seit fast 10 Jahren widerfährt, wird man einmal als den Schandfleck in der Geschichte des 20. Jahrhunderts bezeichnen. (Starker Beifall.)

All die, die uns in den letzten Jahren besucht haben, haben nichts davon gemerkt, dass der Österreicher vielleicht minderwertig sei, dass er eine Bevormundung notwendig hat. Nein, sie haben uns nicht nur als gleichberechtigt behandelt, sie haben auch nicht zurückgehalten mit der Bewunderung für Österreich, für sein Volk, für seine Kultur, seine Tradition und - und dies erachte ich für das Wichtigste - für die Arbeit, die das österreichische Volk seit Kriegsende geleistet hat. Diese Anerkennung, die wir in der ganzen Welt finden, gibt uns das moralische Recht, Freiheit und Unabhängigkeit für unser Heimatland zu verlangen. (Lebhafter Beifall.) Im Interesse der Sicherheit des Weltfriedens sind wir darüber hinaus verpflichtet, diese Forderung immer wieder zu erheben und mit allem Nachdruck zu erheben und, wie ich eingangs gesagt habe, mit allem Nachdruck zu vertreten und sie auch zu verwirklichen.

Den Interparlamentarischen Kongress habe ich benützt, um vor der Welt Anklage zu erheben, dass die Welt unserem schwergeprüften Volk noch immer nicht sein verbrieftes Recht gegeben hat. Heute will ich der Anklage an die Welt den Aufruf an das österreichische Volk hinzufügen: Österreicher, die ihr in den letzten Jahren in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Existenz sichergestellt habt, tretet nunmehr ebenso geschlossen zum Endkampf um euer Recht, um eure Freiheit an! Es ist die gute Sache und sie wird siegen.

Wie bei der Arbeit, wird auch in diesem Kampf sich die ÖVP an die Spitze stellen. Sie kennt nur ein Ziel ihrer Politik, und wir bitten den Herrgott, er möchte unsere Bestrebungen segnen und uns unser Ziel, das auch da droben am Balkon steht, erreichen lassen: die Freiheit für Österreich! (Anhaltender stürmischer, sich wiederholender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Gleissner : Liebe Parteifreunde!  
Wir danken unserem Bundesparteiobmann für sein Referat.

In der Vergangenheit war es einmal üblich, Parteitag mit einem Namen zu versehen. Wenn ich das heute machen sollte, würde ich diesen Parteitag den Parteitag des Vertrauens nennen. (Beifall.) Eine spürbare Welle des Vertrauens strömt unserem Bundeskanzler und seinen Mitarbeitern in Partei und Regierung nicht nur von den Funktionären, sondern auch von den hunderttausenden Parteimitgliedern und Wählern der Österreichischen Volkspartei als Dank dafür entgegen, dass er und seine Mitarbeiter sich jetzt fast zwei Jahre ununterbrochen zielbewusst und mit unerhörter Festigkeit für Österreich bemühen. (Lebhafter Beifall.)

Die ganze Bevölkerung spürt, wie die wirtschaftliche und moralische Standfestigkeit dieses Staates und seiner Bevölkerung gewachsen ist.

Wir grüssen in dem Bundeskanzler den eisernen Ritter auf den Zinnen der österreichischen Burg, der für diese Burg treue Wacht hält. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir können ihm nicht besser danken als dadurch, dass die grosse Armee der Österreichischen Volkspartei wachsam, tätig und bereit ist, dass sind wir sicher, dass wir auch das dritte Ziel erreichen, die politische Freiheit. Ich glaube, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich als Dank dem Bundeskanzler das Wort sage, das die Österreichische Jugendbewegung auf das Heft geschrieben hat, das sie uns vorgelegt hat: Österreichs Schicksal liegt in guten Händen! (Starker, lang anhaltender Beifall.)

Hoher Parteitag! Heute morgen ist uns ein Versehen unterlaufen. In unserer Mitte befindet sich auch der Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Minister a.D. Altenburger, den ich herzlichst begrüsse. (Beifall.)

Zu meiner Freude stelle ich fest, dass ein neuer auswärtiger Gast erschienen ist, der Herr Staatssekretär Ing. Battista aus Italien. (Starker Beifall.) Ich darf ihn herzlich begrüssen und lade ihn ein, einige Worte an die Versammlung zu richten.

Staatssekretär B a t t i s t a (Democrazia Cristiana, Italien - in Übersetzung durch Herrn Mans): Herr Präsident! Meine Herren Delegierten! Ich bin nach Wien gekommen, um mich mit den zuständigen Ministern und Ministerien über wirtschaftliche Probleme zu unterhalten, die Italien und Österreich gemeinsam berühren. Ich ergreife aber gerne die Gelegenheit, um auf diesem Parteitag der Österreichischen Volkspartei die Grüße der Democrazia Cristiana Italiano zu überbringen. Zwischen unserer Partei, der Democrazia Cristiana, in Italien und der Volkspartei in Österreich hat es ja immer viele Berührungspunkte gegeben, denn beide Länder sind aus dem vergangenen Krieg in einem Zustand der Unordnung und Zerstörung hervorgegangen.

Es ist das Hauptverdienst der Volkspartei in Österreich und der Democrazia Cristiana in Italien, dass in den letzten zehn Jahren diese Zerstörungen zum Grossteil wiedergutmacht werden konnten.

Insbesondere die führenden Männer der Parteien, darunter unser unvergesslicher Alcide DeGasperi, haben sich grosse Verdienste um den Wiederaufbau erworben. Wir dürfen jedoch bei diesem erreichten Ziel nicht stehenbleiben. Doch es liegen auch noch weitere schwere Wege vor uns.

Das hauptsächlichste Problem im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Erringung der Freiheit, die jedem einzelnen Staate zusteht, und deshalb bringe ich als Vertreter der Democrazia Cristiana den Wunsch zum Ausdruck, dass Österreich bald wieder ganz frei sein wird, und zwar dass es eine Freiheit bekommt, auf die es auf Grund seiner Geschichte und seiner Kulturleistungen so grossen Anspruch hat.

Wir wünschen also in diesem Sinne die Freiheit Österreichs, wir wünschen aber gleichzeitig, dass alle freien Staaten Europas zur Überzeugung kommen, dass ihre Stärke nur in einer Vereinigung, in einer Einheit der Staaten liegen kann. Die hauptsächlichsten Probleme wirtschaftlicher und politischer Natur in Europa werden nur durch eine wahre Vereinigung der Staaten gelöst werden können.

Wir von der Democrazia Cristiana sind aber der Überzeugung, dass eine wahre Einheit Europas nur auf den Grundsätzen unserer Weltanschauung, den Grundsätzen der Democrazia Cristiana in Italien und der Volkspartei in Österreich auf den Grundsätzen der Christianität der europäischen Kultur verwirklicht werden kann.

Ich schliesse meine Worte mit dem Gruss der Democrazia Cristi-ana an die Österreichische Volkspartei und mit dem Wort: Es lebe das freie Österreich! (Starker allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender Dr. Gleissner: Ich möchte dem Herrn Staatssekretär Battista den herzlichen Dank des Bundesparteitages für seine Worte aussprechen. Wir empfinden es als grosse Freude, dass uns soviel ideelle und persönliche Bande mit seiner Partei verbinden. Wir sind darüber hinaus dem Land, dem er angehört, tief verbunden, denn Rom ist für uns immer noch die Wiege der abendländischen Kultur. (Beifall.)

Diese Verbundenheit spürten wir auch, als Italien in den letzten Wochen der schwere Verlust des Hinscheidens ihres grossen politischen Führers betroffen hat. Auch wir trauerten um den grossen Europäer Alcide De Gasperi.

Hoher Parteitag! Wir möchten nur wünschen, dass ~~minim~~ aus dieser Vereinigung unserer Auffassungen, die sich in den Worten des Staatssekretärs Battista widergespiegelt haben, eine Verstärkung und Festigung unserer gemeinsamen Kraft erwächst zur Rettung Europas und seiner Kultur. Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär!

Ich übergebe nun den Vorsitz an das Mitglied des Tagungspräsidiums, Herrn Nationalrat Gorbach. (Nationalrat Doktor Gorbach übernimmt den Vorsitz.)

Vorsitzender Nationalrat Dr. G o r b a c h : Hoher  
Bundesparteitag! Wir fahren in der **B**ehandlung der Tages-  
ordnung fort und kommen zu Punkt 9:

Debatte zu den Referaten

des Herrn Generalsekretärs Dr. Maleta und des Herrn Bundes-  
parteiobmannes Bundeskanzler Ing. Raab.

Ich bitte jene Delegierten, die sich zum Wort melden  
wollen, diese Wortmeldung schriftlich vorzunehmen und sich  
zur Wortmeldung der auf den Tischen der Delegierten auf-  
liegenden Formulare zu bedienen.

Ich werde, wenn ich einem Debatteredner das Wort er-  
teile, immer gleich auch jenen Delegierten nennen, der dann  
als nächster zum Worte gelangt. Ich bitte die Delegierten,  
sich in die Nähe des Aufganges zur Bühne zu begeben, damit  
der Rednerwechsel reibungslos vor sich gehen kann.

Zum Wort gemeldet hat sich Aussenminister Ing. Dr. Figl.  
Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten

Dr. Ing. F i g l (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Hoher Parteitag! Unser Parteiohmann hat schon in seiner Rede die fundamentalste Frage unserer Aussenpolitik, unser Ringen um Freiheit und Selbständigkeit unseres Vaterlandes ausführlich erörtert. Seine Ausführungen decken sich in diesem Punkte mit meinen Ansichten vollständig. Ich bin ebenso wie er der Meinung, dass wir verpflichtet sind, die Welt immer wieder auf das Unrecht aufmerksam zu machen, das Österreich seit Kriegsende geschieht, und wir hatten gerade heuer in eindrucksvollster Weise Gelegenheit, dies bei der Berliner Konferenz zu tun. Noch nie seit 1945 hat sich die Weltöffentlichkeit so eingehend mit dem Problem Österreich befasst wie damals und noch nie waren alle friedliebenden Menschen dieser Erde mit uns so sehr der Ansicht, dass ein Staatsvertrag über Österreich ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Weltfriedens wäre. Nie zuvor haben Millionen und Abermillionen mit uns gehofft, dass der Augenblick der Unterzeichnung jenes Stückes Papier endlich gekommen sei, der uns die Freiheit hätte geben sollen.

Als die Verhandlungen scheiterten, hat das Ausland vielfach befürchtet, dass das österreichische Volk resignieren und an seiner eigenen Sendung verzweifeln werde. Das Gegenteil ist aber eingetreten. Der Fehlschlag wurde mit Erbitterung, aber auch mit der festen Entschlossenheit hingenommen, jetzt erst recht für die Freiheit zu kämpfen. (Beifall.)

Wir leben in einer sich rasch verändernden Zeit, und das, was gestern im Vordergrund des Interesses stand, ist heute schon wieder vergessen. Die Berliner Konferenz wurde abgelöst von der

Konferenz in Genf, dann erregten die Brüsseler Konferenz und die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft leidenschaftlich die Gemüter der ganzen Welt. Wir mussten diesem raschen Szenenwechsel Rechnung tragen und immer wieder aufs neue daran erinnern, dass die österreichische Frage nicht vergessen werden dürfe.

Immerhin hat die Genfer Konferenz die Beendigung des heissen Krieges in Indochina mit sich gebracht, und damit schien auch für die österreichische Bundesregierung der Zeitpunkt gekommen, in unserer eigenen Angelegenheit neuerlich einen Schritt zu unternehmen. Unsere Note, mit der wir Verhandlungen über Erleichterungen des Besatzungsregimes vorschlugen, wurde von der Sowjetunion zwar abgelehnt, die Antwort aus Moskau brachte aber den Vorschlag, über den Staatsvertrag selbst neuerlich zu beraten. Die Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei zu diesem Vorschlag hat unser Parteiohmann bereits klar umrissen.

Mittlerweile richtete aber die Sowjetunion eine Note an die Westmächte mit der Anregung einer neuerlichen Konferenz zur Konsolidierung Europas. In der Antwort haben die Westmächte an die Spitze der nach ihrer Ansicht am leichtesten zu lösenden Probleme die Österreich-Frage gesetzt, und die nächste Zeit wird die Entscheidung darüber bringen, ob und wann und mit welcher Aussicht auf Erfolg über Österreich neuerlich verhandelt werden kann.

Unsere Aussenpolitik hat es also doch erreicht, dass das österreichische Problem ständig im Vordergrund des Interesse steht und dass es bei dem regen Notenwechsel bzw. bei allen Konferenzen immer wieder als vordringlicher Punkt aufscheint. In aussenpolitischer Hinsicht gibt es für uns nur eine nüchterne und reale Ein-

schätzung der Dinge, nur ein sorgfältiges Beobachten der internationalen Situation, um aus der gegebenen Sachlage die für uns günstigsten Gelegenheiten herauszuarbeiten. Wir dürfen uns weder von Schlagworten noch von Gerüchten beirren lassen. Unsere Aussenpolitik ist heute eine rechnerische Aufgabe geworden, bei der vielfach Erfolg und Misserfolg von der Nuancierung der Worte abhängen.

Ich brauche wohl nicht erst zu betonen, dass eine weitere vordringliche Aufgabe unserer Aussenpolitik Österreichs Aufnahme in die Vereinten Nationen, deren Generalversammlung am 21. September beginnt, darstellt. Auch sie hängt eng von der internationalen politischen Lage ab. Es ist jedenfalls traurig, dass gerade der österreichische Staat, der auf eine so ruhmvolle Geschichte blicken kann und dessen Volk anerkanntermassen zu den grossen Kulturnationen der Welt zählt, vor dem Forum der Völkerfamilie seine Stimme noch nicht erheben kann. Ohne überheblich zu sein, glaube ich doch sagen zu können, dass damit die Vereinten Nationen ebensoviel verlieren wie wir selbst. (Beifall.)

Es ist wohl kaum nötig, hier vor Ihnen, meine lieben Parteifreunde, den Friedenswillen Österreichs und seine Bereitschaft, mit allen Nationen in Freundschaft zu leben, noch besonders zu betonen. Wir wollen dieses friedliche Verhältnis insbesondere auch mit allen unseren Nachbarstaaten pflegen, deren Einrichtungen und Gesetze wir stets achten. Wir müssen allerdings auch von ihnen verlangen, dass sie eine ebensolche Haltung uns gegenüber einnehmen. In dieser Hinsicht allerdings gibt es zu Klagen Anlass und es würde einem besseren Verhältnis zweifellos sehr dienlich sein, wenn zwei

unserer Nachbarn beispielsweise unsere Bestimmungen über die Einreisen in das Bundesgebiet genauer beachten würden. (Zustimmung.)

Wenn ich in meinen Ausführungen den Kampf um ein freies und unabhängiges Österreich an die Spitze gestellt habe, so geschah dies nicht aus egoistischen Gründen. Wir streben Frieden und Freiheit für Österreich nicht allein um unseres eigenen Volkes willen an, sondern weil wir alle der festen Überzeugung sind, dass wir mit der Erreichung dieses Zieles der ganzen Menschheit dienen würden. Eine Befriedung im Herzen Europas würde für die Sicherung des Weltfriedens wohl einen entscheidenden Schritt bedeuten. Diese Auffassung bestärkt unsere Partei, die, von christlichen Grundsätzen geleitet, nach Frieden und Gerechtigkeit strebt, ihr ganzes Sinnen und Trachten auf eine endgültige und befriedigende Lösung der österreichischen Frage zu richten. Und darum - um mit dem grossen österreichischen Dichter Anton Wildgans zu schliessen - ist unser stummes Händefalten nur gerichtet auf Gerechtigkeit für unser Österreich! (Starker Beifall.)

Vorsitzender NR Dr. G o r b a c h: Ich glaube den Gefühlen dieses hohen Gremiums zu entsprechen, wenn ich dem Herrn Aussenminister nochmals namens der Partei herzlich Dank sage für die kraftvolle, mutige und offene Art, mit der er bei der Berliner Konferenz das Anliegen des österreichischen Volkes vertreten hat. (Neuerlicher Beifall.) Wir haben zwar die Freiheit nicht erreicht, aber die Würde und Haltung, mit der das österreichische Volk sein legitimes Recht verfiicht, fand durch ihn beredten Ausdruck und blieb nicht ohne Einfluss auf die Weltöffentlichkeit.

Es ergibt sich immer wieder die Frage, ob dieser so würdelose Zustand eines Kondominiums, in die uns die Alliierten versetzt haben, nicht würdelos für die Alliierten selbst ist, denn sie haben uns vor 11 Jahren durch die Moskauer Deklaration die Freiheit versprochen und sind die Erfüllung dieses Versprechens bis jetzt schuldig geblieben.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abg. Prinke. Als nächsten Redner bitte ich Herrn Minister a. D. Kraus, sich für seine Rede bereitzuhalten.

Nationalrat P r i n k e: Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn wir die seit dem letzten Bundesparteitag im Jänner 1952 vergangene Zeit auf ihre politischen Erfolge der Österreichischen Volkspartei hin untersuchen, so können wir wie auf alle Gebiete der Wirtschaft, auch auf das Gebiet des Wohnungsbaues mit grosser Befriedigung verweisen. Wir haben in diesen zweieinhalb Jahren unsere Grundsätze der Wohnungspolitik durchgesetzt, wir haben durch den Bau zahlreicher Häuser im Wohnungseigentum unseren guten Willen zur Tat bewiesen und wir haben vor allem gerade im vergangenen Sommer die gesetzlichen Voraussetzungen für eine weitere rasche Ausbreitung unserer Ideen geschaffen.

Manche Kritiker hielten uns zu Ende der vergangenen Legislaturperiode vor, das Parlament hätte zu viele Gesetze beschlossen. Nun, das Parlament hat, was den Wohnungsbau betrifft, Massnahmen gutgeheissen, die wir seit Jahren von unserem Koalitionspartner gefordert haben. Da ist erstens die Novellierung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes zu erwähnen. Durch die damit erfolgte Erhöhung der Vorfinanzierungsquote wurde der Bau tausender neuer Eigentumswohnungen möglich, die sonst heuer noch nicht in Angriff genommen worden wären; da ist weiter die gesetzliche Grundlage für die Kreditoperation mit den Banken zur Bereitstellung von 800 Millionen für die Teilschadensbehebung zu nennen. Gerade in diesen Tagen läuft die Zeichnungsfrist für die erste Tranche von 400 Millionen der Wiederaufbauanleihe an. Wer durch die Wiener Strassen geht, wird in allen Bezirken an bombenbeschädigten Wohnhäusern grosse Tafeln sehen, die den unmittelbar bevorstehenden

Wiederaufbau ankündigen. Das Ende des hässlichen Ruinenzeitalters, des traurigen Erbes eines unglückseligen Krieges steht unmittelbar bevor. (Lebhafter Beifall.) Der Nationalrat hat aber ausserdem dem Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds eine stärkere finanzielle Dotierung zugesprochen und als wichtiges das Wohnbauförderungsgesetz angenommen, das für uns die Grundlage sein wird, das Wohnungseigentum von seiner bisherigen Bindung an den Wiederaufbau loszulösen und auf den Neubau von Wohnungseigentumshäusern auszuweiten.

Das ist für uns der ganz grosse Erfolg, den wir in den nächsten Jahren entsprechend auswerten müssen. Wie in Wien, so wird auch in den Bundesländern das Wohnungseigentum in Zukunft das sein, was wir, was Sie, meine Damen und Herren Delegierte der Partei, auf Grund des neuen Gesetzes in Ihrem Wirkungskreis aus dieser Idee machen. Die Voraussetzungen für weitere Fortschritte bestehen, denn die schwersten Kämpfe mit dem Koalitionspartner liegen hinter uns. Erinnern wir uns nur, mit welcher Leidenschaft die SPÖ gegen das Wohnungseigentum zu Felde zog, und erst dann wird uns die Bedeutung der Kapitulation klar, die sie mit der Anerkennung unserer Prinzipien im neuen Förderungsgesetz aussprechen müsste.

Als sich die Delegierten des Bundesparteitages anfang 1952 hier in Wien versammelten, war der Wohnungsbau in Österreich noch eine fast unbestrittene Domäne der SPÖ. In den von ihr beherrschten Gemeinden dominierte der sogenannte soziale Wohnhausbau. Das von uns vertretene Wohnungseigentum befand sich erst am Anfang seiner Verwirklichung. Kaum zehn Häuser waren damals fertig, und heute? Mit Ende Juli waren 133 Wohnungseigentumshäuser allein in Wien

ihren Besitzern übergeben. 3289 Wiener Familien sind glückliche Besitzer eigener Heime, und an weiteren 62 Objekten mit neuerlich 1921 Eigentumswohnungen wird derzeit in Wien gebaut. (Beifall.) In den Bundesländern sind es 115 Häuser mit über 3000 Eigentumswohnungen, die entweder fertig sind, sich im Bau befinden oder aber in nächster Zeit angefangen werden sollen. Das sind Ziffern, die sich wohl sehen lassen können und die wir als reale Tatsachen dem leeren Propagandagewäsch der Sozialisten entgegensustellen haben.

Die SPÖ wird auch in diesem Wahlkampf um die Landtagsitze wieder mit ihren Schlagworten vom sozialen Wohnbau operieren, und erst vor wenigen Tagen hat der Wiener Bürgermeister Jonas den Grundstein zur hunderttausendsten Gemeindewohnung gelegt und dies als eine besondere soziale Leistung gepriesen. Die Wiener Gemeinde hat diese hunderttausend Wohnungen in den Jahren 1920 bis 1934 bzw. von 1945 bis 1954, also in 23 Jahren, aus den Steuergeldern aller Wiener errichtet. Wir sind darüber froh, aber daneben der Meinung, dass diese Ziffer keinen besonderen Rekord darstellt, denn der im Jahre 1948 geschaffene Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beim Handelsministerium hat in knapp 6 Jahren trotz anfangs schwerster finanzieller Krisen fast ebenso viel geleistet. Der Herr Bundeskanzler hat heute hier Ziffern genannt, die älteren Datums sind. Wir bauen so rasch, verehrte Frauen und Männer, dass wir mit dem Zählen fast nicht mehr nachkommen. (Beifall.) Ich bin in der Lage, Ihnen die Ziffern von Ende August zu nennen.

Bis Ende August hat der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds unter Einsatz von 1,8 Milliarden Schilling genau 73.507 kriegsbeschädigte oder -zerstörte Wohnungen instandgesetzt oder neu gebaut. Darun-

ter befinden sich im ganzen Bundesgebiet unter Einschluss aller Auftraggeber, die im Wohnungseigentum bauen, nicht weniger als 9.990 Eigentumswohnungen. (Beifall.) Mit dieser Leistung können wir wohl und mit mehr Berechtigung als die Sozialisten vor das österreichische Volk hintreten und Rechenschaft legen, wie die von uns geführten staatlichen Einrichtungen Steuergelder verwaltet haben.

In diesem Zusammenhang ist es aber notwendig, die Einstellung der ÖVP zur Wohnbaupolitik noch einmal klar und deutlich festzulegen: Wir bejahen den sozialen Wohnbau, wie wir jeder Massnahme freudigst unsere Zustimmung geben, die zur schnellsten Überwindung der Wohnungsnot führt. Wir wehren uns aber gegen jede Art der Parteiprotaktion, insbesondere gegen die Art der Parteikorruption, die besonders krass hier in Wien bei der Vermietung solcher Wohnungen zutage tritt.

Wir sind der Meinung, dass der soziale Wohnhausbau fortgeführt werden soll, nur muss er unter der Leitung eines unparteiischeren und objektiven Fachmannes sich so vollziehen, dass er das schmückende Beiwort "sozial" auch wirklich verdient und nicht Tummelplatz parteiegoistischer Interessen ist. Im besonderen aber ist es unsere Aufgabe, den Eigentumswohnbau als die modernste, sozialste und gerechteste Form des Wohnungsbaues überhaupt zu fördern, wo wir dies nur können. Mit der Verwirklichung des Wohnungseigentums befinden wir uns in Österreich auf einem neuen Weg der Wohnbaupolitik, denn wir machen damit mehr, als nur summarisch Ziegel auf Ziegel bis zum fertigen Haus zu setzen. Wir geben mit dem Wohnungseigentum den Bewohnern der Städte und Industriezentren Besitz und

Eigentum an einem Stück österreichischer Heimaterde, wir machen sie frei von jeder politischen oder hausherrlichen Willkür, und sie sind unabhängig von jeder Strömung unserer bewegten Gegenwart. Wir binden sie so an das gemeinsame Vaterland.

Wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, so muss auch auf dem Wohnungsbausektor letzter Sinn einer modernen Sozialpolitik in der Schaffung möglichst vieler glücklicher, freier und zufriedener Menschen liegen. Die Art der Sozialpolitik aber, die nur fürsorgerisch tätig sein will, die in den Bürgern stets das Gefühl erhält, von der Gnade des allmächtigen Staates abhängig zu sein und die die Sozialisten auf möglichst alle Sektoren ausgedehnt wissen wollen, ist nach unserer festen Überzeugung vorbei. Die uns gestellten Aufgaben sind heute andere als zu Lebzeiten des roten Parteipapstes Karl Marx. Heute gibt es keine "Kapitalisten" liberaler Weltanschauung, und auch die "Proleten" vergangener Zeiten existieren heute nicht mehr. Die Arbeiter und Angestellten sind 1954 geachtete Bürger mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten; vor allem aber mit dem Recht auf eigenen Besitz aus den Erträgnissen ihrer ehrlichen Arbeit, das ihnen von uns durch die Möglichkeit des Erwerbes eigener Siedlungshäuser oder Eigentumswohnungen zu tragbaren Bedingungen erschlossen wird. Das ist kein Missbrauch öffentlicher Mittel, wie das die Sozialisten jahrelang behaupteten, sondern wahre Sozialpolitik in ihres Wortes modernster Bedeutung! Nicht mehr der Gemeindebau mit kleinen Zimmer-Küche-Kabinettt-Wohnungen, die zu Hunderten einer Festung gleich zusammengeschlossen sind und von der Sozialistischen Partei überwacht und

kontrolliert werden, stellt das Ideal des modernen Wohnungsbaues dar, sondern die Eigentumswohnungen, die Arbeiter und Angestellten selbst gehören und in denen sie schalten und walten können nach eigenem Gutdünken und ohne Angst, ihr Heim aus politischen Gründen wieder zu verlieren. (Zustimmung.) Wie sehr wir mit diesen unseren Auffassungen recht haben, zeigen die rund 30.000 Anmeldungen aus Wien allein, die zum Ankauf einer Eigentumswohnung bei unserem Verein der Freunde des Wohnungseigentums vorliegen.

Wir werden daher in nächster Zeit alle Kräfte anspannen müssen, um noch mehr als bisher zu leisten. An Sie alle ergeht deshalb der dringende Appell, den Eigentumswohnhausbau überall zu fördern, wo dies nur möglich ist. Bestehen Sie auf dem Bau von Eigentumswohnungen, ob dieser nun von Gemeinden, von Genossenschaften oder von privaten Organisationen, ob in Form von Wohn- oder von Siedlungshäusern sich vollzieht. Die Schaffung von Besitz und Eigentum am Wohnraum des kleinen Mannes muss im Vordergrund unserer Bemühungen stehen, genau so wie wir uns in nächster Zeit darüber einig werden müssen, welche Vorkehrungen wir zur Modernisierung des Althausbestandes in den Städten ergreifen wollen.

Auch dieses Problem wird sehr bald in seiner ganzen Grösse akut, wobei auch Assanierungsmassnahmen nicht zu umgehen sein werden. Was die Auseinandersetzungen mit den Besitzern dieser alten Mietwohnhäuser betrifft, so ist uns klar, dass auch diese Frage eines Tages behandelt und bereinigt werden muss, soll nicht zusätzlicher Wohnraum für immer verloren gehen. Allerdings müssen wir schon heute sagen, dass alle hier zu treffenden Regelungen auf keinen Fall auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen

gehen dürfen und auch den Hausbesitzern klar sein muss, dass sie genau so wenig für minderwertige und kleine Wohnungen hohe Mietzinse verlangen können, wie etwa ein Trödler für einen alten Anzug den gleichen Preis fordern kann, den ein neuer kostet.

Zusammenfassend darf ich sagen, dass mit der 1948 vollzogenen Begründung des Wohnungseigentums in der Geschichte der österreichischen Wohnungspolitik eine Wende eingetreten ist. Die Entwicklung befindet sich noch im vollen Fluss. Wenn wir aber die bisherigen Erfolge überblicken, wenn jeder auf seinem Platz auch in Zukunft das Möglichste leistet, dann dürfen wir hoffen, dass auch auf dem Wohnbausektor die Zukunft der Österreichischen Volkspartei gehört. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Ich danke dem Herrn Abg. Prinke, der mit Sachlichkeit und unermüdlicher Zähigkeit neue Wege des Wohnungsbaues aufzeigt und vor allem dem Gedanken des Wohnungseigentums neue Impulse gibt. Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich möchte nur hoffen, dass seinen Bemühungen ein voller Erfolg beschieden sein möge, im Interesse der Österreichischen Volkspartei und im Interesse unseres österreichischen Vaterlandes.

Zum Wort gemeldet hat sich Minister a.D. Kraus. Bereit halten möge sich <sup>Landesrat Wagner.</sup> ~~Abg. Dr. Wagner.~~

Bundesminister a.D. K r a u s (Bauernbund): Hoher Bundesparteitag! Ich darf unserem Bundesparteiobmann für die anerkennenden Worte, die er für die Landwirtschaft gefunden hat, namens der gesamten österreichischen Bauernschaft unseren herzlichsten Dank sagen. Wir danken ihm umso mehr, als es nicht zu oft vorkommt, dass die Leistungen der Bauernschaft in Österreich eine Würdigung erfahren.

Der Bundesparteiobmann hat in seinen Ausführungen auf die Leistung der Landwirtschaft hingewiesen, dass sie heute in der Lage ist, 86 Prozent des Bedarfes, des Konsums, aus der eigenen Scholle zu erzeugen. Der Weg, den die Landwirtschaft vom Jahre 1945 bis heute gehen musste, war ein sehr mühsamer Weg. Man muss doch schliesslich bedenken, dass die Landwirtschaft im Jahre 1945, insbesondere in jenen Gebieten, wo die Kriegshandlungen zu Ende gegangen sind, ihrer Bedarfsartikel und Bedarfsgegenstände vollkommen

entblösst war. Wir hatten viele Gemeinden, in denen nicht ein einziger Pflug vorhanden war, von Maschinen schon gar nicht zu reden. Ich darf daran erinnern, dass im Jahre 1945 i-n grossen Teilen Niederösterreichs die Ernte ohne Pferde mit Schubkarren eingebracht werden musste.

Es war daher für die österreichische Landwirtschaft keine leichte Aufgabe, die Versorgung der heimischen Bevölkerung durchzuführen, dies umso weniger, als ja, wie schon erwähnt worden ist, der Landwirtschaft seit dem Jahre 1938 180.000 ha Boden entzogen wurde, die heute nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, Auf Grund der statistischen Erhebungen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sind heute in der Landwirtschaft 60.000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als zu jener Zeit.

Trotzdem kann die Landwirtschaft mit Stolz erklären, wie auch bereits der Bundesparteiobmann gesagt hat, dass wir heute nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung decken, sondern auch in der Lage sind, zu exportieren, und zwar nicht nur Holz, sondern auch Vieh, Kartoffeln, Naturprodukte, Gemüse usw. Die Landwirtschaft wird bestrebt sein, ihre Verpflichtungen auch weiterhin zu erfüllen. Sie hat in diesen Jahren grosse Leistungen vollbracht. Insbesondere auf dem Gebiet der Mechanisierung wurden beträchtliche Mittel aufgewendet, um Pferde-Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen.

Die Liberalisierung, die durchgeführt wurde, ist für die Landwirtschaft eine Angelegenheit von weittragender Bedeutung. Wir können bei manchen Artikeln der Landwirtschaft die Konkurrenz mit dem Ausland nicht aushalten. Wir müssen daher an Sie die Bitte richten, dass die Landwirtschaft durch entsprechende Zölle geschützt wird.

Wirtschaftsgesetze, die abgelaufen sind, wurden erneuert.

Die Wirtschaftsgesetze bedeuten mehr Hemmung als Förderung.

Seit Abschluss des 5. Lohn- und Preisabkommens hat sich internationale die/Lage der Landwirtschaft nicht gebessert, und zwar deswegen nicht, weil auf Grund des 5. Lohn- und Preisabkommens, das im Juni 1952 abgeschlossen wurde, die Preise der Erzeugnisse der Industrie und der Bedarfsartikel der Landwirtschaft beträchtlich gestiegen sind, während die Agrarpreise unverändert blieben. Ich möchte hierüber einige Zahlen bringen.

Bei den Betriebsausgaben hat sich der Index um 42 Punkte, und zwar von 741 auf 783 erhöht. Bei Gegenüberstellung der Gesamtausgaben und der landwirtschaftlichen Betriebseinnahmen ergibt sich ein Agrarindex von 796 Punkten für Ausgaben und von 688 Punkten für Einnahmen. Die Preisschere hat sich seit 1951 von 82 Punkten auf 112 Punkte erhöht.

Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtvolkseinkommen beträgt bei 32 Prozent der Beschäftigten nur mehr 9,730 Millionen Schillingx oder 15 Prozent.

Die Landwirtschaft hat bisher keinerlei Erhöhung ihrer Preise verlangt, obwohl sie in der Lage ist, nachzuweisen, dass ihre Gestehungskosten, wie ich mir erlaubt habe, anzugeben, beträchtlich gestiegen sind. Wenn sie das bis jetzt nicht gemacht hat, dann deshalb nicht, weil sie das Aufbauwerk der Regierung nicht stören will, weil sie das ihre beitragen will. Anlässlich des 2. Lohn- und Preishalteübereinkommens wurde an die Landwirtschaft appelliert, ihre berechtigten Forderungen nach Angleichung der Preise an den Weltmarkt zurückzustellen, um der heimischen Wirtschaft den Export zu ermöglichen. Diesem Appell ist die Landwirtschaft auch gefolgt. Sie konnte erstx beim 5. Lohn- und Preisübereinkommen eine Angleichung an die erhöhten Gestehungskosten erreichen. Wenn wie heute, obwohl die Gestehungskosten beträchtlich gestiegen sind, keine Preiserhöhung fordert, dann darum nicht, weil sie volles Vertrauen zur Regierung hat und hofft, dass hier ein Ausgleich geschaffen werden kann.

Dazu sind aber neue Belastungen in Aussicht, und zwar kostet auch die Mechanisierung, auf die ich bereits hingewiesen habe, der Landwirtschaft beträchtliche Mittel. Durch einen Agrarsonderkredit in Höhe von 300 Millionen Schilling, der hauptsächlich für die Durchführung der Mechanisierung verwendet wird, ist der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben, diese Mechanisierung durchzuführen.

Es wurden im Verlauf der letzten Jahre auf diese Weise tausende Maschinen vom Mährescher angefangen bis zum Heuwender angekauft.

[Eine dringende Notwendigkeit ist die Elektrifizierung. Es ist ja nicht nur mit den landwirtschaftlichen Maschinen getan, die zur Ernte notwendig sind, sondern es muss darangegangen werden, auch die Bäuerin im Haushalt zu entlasten, indem auch Haushalte, die Küchen, elektrifiziert werden.

Was die finanzielle Belastung der Landwirtschaft betrifft, so muss ich darauf hinweisen, dass z.B. im Jahre 1938 für einen Dienstboten der Landwirtschaftskrankenkasse monatlich ein Krankenkassenbeitrag von 7.20 S zu bezahlen war, im Jahre 1950 waren es 45 S und im August 1954 sind es bereits 146 S. Das ist eine Steigerung, die natürlich eine Belastung der Produktion nach sich zieht.

Weiters wird die Landwirtschaft damit rechnen müssen, dass sie bei Einführung der Kinderbeihilfe Belastungen auf sich zu nehmen hat. Bedauerlich ist, dass seit Jahren vor jedem Erntebeginn Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Landarbeiter, die Lohnerhöhungen fordern, geführt werden müssen.

(Auch in den vergangenen Monaten musste für die Ernte 1954 eine Lohnerhöhung bewilligt werden.

Die Landwirtschaft führt seit Monaten einen Kampf um die Erhaltung des Milchpreises. Ich will mich über dieses Kapitel nicht weiter auslassen, das würde zu weit führen. Jedenfalls ist diese Forderung des Gewerkschaftsbundes auf Herabsetzung des Milchpreises für die Landwirtschaft unannehmbar. Sie wäre ansonsten angesichts ihrer finanziellen Lage gezwungen, die Schulmilchaktion

einzustellen. Es handelt sich um keine Milchpreiserhöhung durch den Produzenten, das stelle ich ausdrücklich fest. Um was es hier geht, ist eine Erhöhung der Handelsspannen, die bei den letzten Verhandlungen nicht berücksichtigt wurde. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch mitteilen, dass die Handelsspanne bei Milch die geringste Spanne überhaupt ist, die bei einem Handelsartikel besteht. Sie betrug z.B. bei der Milch 1938 104 Prozent, und ist derzeit 54 Prozent.

Die Landwirtschaft möchte vor allem feststellen, dass sie sich einer Diktatur der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes widersetzt und sich Erpressungen durch Forderungen nicht weiter gefallen lässt. (Lebhafte Zustimmung.) In diesen Körperschaften ist es leider so, dass immer nur diktiert wird. Mit gleichem Recht könnte die Landwirtschaft auch fragen, warum sie nicht bei Preisregulierungen beigezogen wird. Die Landwirtschaft ist z.B. ein grosser Konsument von Eisen und Textilien, aber in keiner Kommission, in der die Preise geregelt werden, hat sie mitzureden, während die Herren des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer sich in alle Dinge, insbesondere in Fragen der Landwirtschaft, hineinmischen und dort diktatorisch vorgehen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es die Landwirtschaft in der letzten Zeit vermisst, dass die breite Öffentlichkeit, insbesondere die Presse, an ihren Erfolgen Anteil nimmt. Es geht nicht an, dass ihre Leistungen nur zeitweilig erwähnt werden und dass man in der breiten Öffentlichkeit über diese Leistungen hinweggeht.

Nun gestatten Sie mir, dass ich den heutigen Bundesparteitag dazu benütze, um auch einen Wunsch der Weinbauer vorzubringen. Die Weinernte, die vor uns steht, verspricht quantitativ sehr gut zu werden. Wie sie qualitativ wird, hängt davon ab, ob es in der nächsten Zeit auch so sonnig bleibt wie bisher. Nun wurde bereits vor fünf oder sechs Wochen in der Presse berichtet, dass der Weinpreis gesunken ist.

In der heutigen Presse wird wieder darauf hingewiesen, dass sich bei der zu erhoffenden grossen Ernte von 1,5 Millionen Hektolitern Wein eine grosse Senkung des Weinpreises ergeben werde. Nun ist allen von Ihnen bekannt, dass der Weinbauer eine schwere Arbeit zu leisten hat und dass der Wein auf den Hügeln gebaut wird, wo keine andere Kulturmöglichkeit besteht, sondern wo nur mehr Wein wächst. Es ist Ihnen auch bekannt, dass nicht die reichsten, sondern die bedürftigsten Schichten unserer Bevölkerung im Weinbau beschäftigt sind.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass der Weinpreis indexmässig auf 700 steht, während die Belastung - Weinsteuern samt Zuschlag - auf 3000 angewachsen ist. Die Weinbauer fordern daher und bitten die Regierung und vor allem den Herrn Finanzminister, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es wäre unmöglich, die derzeitige steuerliche Belastung aufrechtzuerhalten, wenn der Weinpreis z.B. auf 3 oder 4 S absinkt.

Ich bringe noch einen weiteren Wunsch der Weinbauernschaft vor, dass man auch endlich von den Schikanen, die in den Kellerkontrollen etc. bestehen, Abstand nimmt.

Die österreichische Bauernschaft ist bereit, ganz besonders im Interesse des Wiederaufbaues unserer Heimat Opfer zu bringen. Sie hofft aber auch, dass die Österreichische Volkspartei, deren stärkste Gruppe sie ist, sie in ihren Wünschen weitgehend unterstützt.

Die Bauern Niederösterreichs und anderer Bundesländer werden in den kommenden Wochen zur Wahl aufgerufen werden. Ich möchte <sup>an</sup> die Bauern von hier aus appellieren, die sich in Gleichgültigkeit denken: "Auf mich kommt es nicht an!", oder die deshalb gekränkt sind, weil sie glauben, schlecht behandelt zu werden, die wahlmüde und indifferent geworden sind, sie mögen einen Blick hinüberwerfen über die Grenzen im Norden und Osten, über den Drahtverhau und bedenken, dass es dort auch noch vor wenigen Jahren freie Bauern gegeben hat, die wahrscheinlich, wenn sie noch die Möglichkeit hätten zu wählen, ohne Rücksicht auf die Witterung und Entfernung gerne zur Wahl gehen möchten. Die österreichischen Bauern wollen freie Bauern auf freier Scholle sein. Sie haben den Wunsch, das zu bleiben.

Ich möchte an meine Berufskollegen appellieren, alles daranzusetzen, die Reihen der Österreichischen Volkspartei zu stärken, denn wir sind überzeugt, nur dann werden wir stark genug sein, uns unsere Rechte in den gesetzgebenden Körperschaften selbst zu erkämpfen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Herr Minister Kraus! Ich möchte den Dank, den so solennerweise der Bundeskanzler der Bauernschaft gezollt hat, nicht wiederholen. Ich möchte nur feststellen, dass wir alle eines wissen, dass die Bauernschaft der Turm in der Schlacht ist, die um die Durchsetzung unserer Prinzipien und um die Freiheit Österreichs geschlagen wird. Möge es immer so bleiben!

Und nunmehr ein Wort an die Herren Delegierten, die sich soeben gestärkt haben: Die Plätze für die Herren Delegierten sind nicht so wie teilweise im Parlament in den Couloirs und auf den Galerien, sondern hier im Saale. (Lebhafter Beifall.) Darf ich daher bitten, das zur Kenntnis zu nehmen und sich dementsprechend zu fügen.

Das Wort hat nunmehr in weiterer Folge der Herr Abg. Landesrat Wagner als Präsident des Wirtschaftsbundes.

Ich bitte den Herrn Finanzminister, den ich soeben gesehen habe, die Liebenswürdigkeit zu haben, sich für seine Ausführungen bereitzuhalten.

Landesrat Wagner (Präsident des ÖWB): Hoher Delegiertentag! Der Landeshauptmann Dr. Gleissner hat vorher den heutigen Delegiertentag als den Bundesparteitag des Vertrauens erklärt. Ich möchte dazu sagen, dass alle bisherigen Bundesparteitage Parteitage des Vertrauens waren, denn für uns gab es niemals einen Zweifel, dass ein Wiederaufbau und eine Gesundung Österreichs nur durch die Österreichische Volkspartei und durch ihr Programm möglich ist.

Ich möchte den heutigen Parteitag als den Parteitag des belohnten Vertrauens bezeichnen, denn wir ernten nunmehr die Früchte für all das Schwere, das wir und unsere Mitarbeiter und das Volk auf sich genommen haben, um endlich doch die Morgenröte einer schöneren Zukunft zu sehen, um solche Verbesserungen an eigenen Körper und in der eigenen Wirtschaft verspüren zu können.

Der Bericht des Herrn Bundesparteiobmannes zerfiel in zwei Teile, in einen aussenpolitischen und in einen innenpolitischen. So erfreulich der Bericht über die Innenpolitische Entwicklung war, so traurig stimmt uns der Bericht über die Aussenpolitik. Wir wissen, dass es nicht die Schuld der Österreichischen Volkspartei und der österreichischen Regierung ist, dass Österreich auch heute noch nicht frei ist, dass das Versprechen, das vor zehn Jahren vor der ganzen Welt gegeben wurde, auch heute noch nicht eingelöst ist. Wir wissen, dass die Österreichische Volkspartei und insbesondere der heutige Aussenminister Ing. Figl ihre ganze Kraft in die Waagschale geworfen haben, um endlich unserer schwer geprüften Heimat die so heiss ersehnte und die unbedingt ~~n~~ verdiente Freiheit zu bringen. Aber wenn unsere Gegner glaubten, mit dieser Besetzthaltung das österreichische Volk zu zermürben, so haben sie sich getäuscht. Trotz Versprechungen trotz Lockungen, Werbungen und trotz Drohungen bleibt das österreichische Volk fest, und die bezahlten Knechte, die für eine weitere Unterdrückung auch bei uns Stimmung machen wollen, werden auch heute noch das traurige Schicksal der 5 Prozent teilen und es einst zu verantworten haben.

Wir können uns heute mit besonderer Freude die Erfolge des Wiederaufbaus unserer Partei und insbesondere unserer Verwaltung vor Augen halten. Ich glaube, eines der wichtigsten Momente ist Erreichung der Gesundung unserer Währung. Herr Finanzminister Kamitz hat sein Programm vor zwei Jahren auf dem Bundesparteitag entwickelt. Wir waren damals schon von der Richtigkeit seiner Ausführungen überzeugt. Unsere Gegner haben darüber gelächelt, gelacht und gespöttelt. Heute muss Freund und Feind feststellen, dass die Massnahmen zur Gesundung unserer Währung vom Erfolg begleitet waren und damit auch die Grundlage für die gesamte Entwicklung unserer Wirtschaft bilden und gebildet haben. Diese Erfolge waren die Grundlage für eine gesunde Wirtschaftspolitik. Wenn wir heute in der Lage sind, wie es der Herr Bundesparteiobmann getan hat, über eine ganze Menge von erfreulichen Tatsachen zu berichten, die den Fortschritt und die Gesundung unserer Wirtschaft bedeuten, so wäre das nicht möglich gewesen ohne Gesundung unserer Währung und ohne Stabilisierung. Wenn sich unsere Gegner heute bemüsst fühlen, sich das Verdienst dieser Arbeit selbst anzueignen, so ~~kennt~~<sup>beweist</sup> das am drastischsten, dass dieses Programm richtig war und auch für die Zukunft richtig bleiben wird.

Aus der gesunden Wirtschaftspolitik entsprang eine gesunde Handelspolitik. Ein würdiger Partner unseres Finanzministers war der Handelsminister Dr. Illig, der die gegebenen Tatsachen auszunützen verstand und endlich erreichte, dass wir in unserem Aussenhandel einen Exportüberschuss erzielen konnten, der dazu beiträgt, dass wir in der Devisenwirtschaft freier und liberaler arbeiten können, als das früher der Fall war. (Beifall.)

Die gesunde Wirtschaftspolitik bildete aber auch die Grundlage für eine gesunde Sozialpolitik. Nur ein wirtschaftlich gesunder Staat kann auch eine gesunde Sozialpolitik verfolgen, und ohne eine gesunde Finanzpolitik und der daraus entspringenden gesunden Wirtschaftspolitik hätten wir niemals die Schritte auf dem Gebiet der Sozialpolitik unternehmen können, auf die wir heute mit Stolz hinweisen können und die dazu beigetragen haben, dass der soziale Friede in Österreich gewahrt bleibt und die gesunde Entwicklung aufwärts und vorwärts auch in Zukunft nicht gestört wird.

Wir müssen uns aber über eines klar sein: Der materielle Aufbau unseres Staates und unseres Volkes ist so weit vorgeschritten, dass wir ruhig sagen können: die gesunden Grundlagen sind gegeben, die Ansätze für eine gesunde Weiterentwicklung sind vorhanden. Aber wir sind keine materialistische Partei. Wir wissen wohl, dass es eine der Hauptaufgaben einer jeden Volkspartei ist, für die materiellen Interessen ihres Volkes zu sorgen. Wir sind aber auch eine Partei der Weltanschauung. Wir wissen, wenn wir uns <sup>nicht</sup> in Zukunft/noch mehr bemühen, die christliche Ideologie unserer Partei zu verstärken, den Unterbau noch mehr zu festigen, dann wird unsere Partei die starken Spannungen innerhalb ihrer Organisation nicht aushalten. Eine Volkspartei, die alle Gruppen eines Volkes umschliesst, eine Volkspartei, die allen Gruppen gerecht sein soll, ~~mus~~ ein gemeinsames Band haben, ein Band, eine Plattform, die alle eint. Und das ist für uns die christliche Weltanschauung. (Lebhafter Beifall.) Nur solange alle Mitglieder

der Partei und insbesondere die Funktionäre ungeachtet, aus welchem Berufsstand sie kommen und welchen Berufsstand sie speziell vertreten, auf dieser Grundlage stehen, solange hat die Österreichische Volkspartei eine Daseinsberechtigung und solange wird sie auch eine Zukunft haben. (Neuerlicher Beifall.)

Es ist selbstverständlich, dass wir aus diesem Grund auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik unsere ganze Kraft dafür einsetzen müssen, dass z.B. in punkto Eherecht und Schulgesetze unsere Partei ihrem Programm gerecht werden kann. Auf diesem Gebiet darf sie keine Kompromisse in irgendeiner Form dulden. Nur eine gesunde Schulpolitik, nur eine Schule, in der unsere Kinder wieder zu Gottvertrauen und Gottesfurcht erzogen werden, wird uns die Gewissheit geben, dass Österreich auch in der Zukunft ein Land der Freiheit und ein Land des Rechtes bleibt. (Beifall.)

Das Vertrauen auf den Herrgott hat seit tausend Jahren unserem Volk die Kraft gegeben, schwere und schwerste Zeiten zu überstehen und sich auch nach den schwersten Schicksalsschlägen immer wieder zu erheben und neu aufzubauen. Das Vertrauen auf unseren Herrgott muss uns auch in Zukunft die Kraft geben, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir brauchen den Herrgott heute mehr denn je: Österreich, Europa und die Welt. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführungen und bitte nunmehr den Herrn Finanzminister, Prof. Dr. Kamitz um das Wort.

Bundesminister Dr. K a m i t z (mit starkem Beifall begrüsst):

Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Es ist heute auch von den ausländischen Delegierten auf den engen Zusammenhang zwischen den geistigen Werten und der Entwicklung der Gesellschaftsordnung hingewiesen worden. Ich bin auch nie müde geworden, zu betonen, dass wenn man ein Ideal des Humanismus in der Gesellschaftsordnung verfolgt, man Bedacht nehmen muss, dass die wirtschaftliche Politik, die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Ordnung des Lebens in einer Weise erfolgt, dass man nicht eines Tages überrascht in einem kollektivistischen System erwacht.

Die Voraussetzungen dieser Wirtschaftspolitik habe ich schon in der Rede vor zwei Jahren am Bundesparteitag im Detail dargelegt. Ich glaube, dass ich mir heute die näheren Ausführungen ersparen darf.

Wir sind uns darüber klar, das möchte ich festhalten, dass jedes System, das die persönliche Freiheit in der Wirtschaft unterminiert, naturgemäss auch ~~jama~~ zur Vernichtung der persönlichen Freiheit im wirtschaftlichen Leben führen muss. Die Voraussetzung einer Politik, die diese Werte sichert, geht von verschiedenen Bereichen aus. Eine der bedeutungsvollsten ist die finanzpolitische Situation. Das Klima der Inflation mit der schleichenden Geldentwertung und das Klima einer ungeordneten Staatshaushaltswirtschaft sorgen dafür, dass die staatlichen Dirigismen ~~die~~ sich immer weiter ausbreiten und die die persönlichen Belange eines jeden einzelnen erfassen. Es war daher notwendig, auf diesem Sektor Ordnung zu schaffen. Das ist seit dem Jahre 1952 geschehen.

Man hat ursprünglich den Umstellungsprozess sicherlich bisweilen mit einem gewissen Skeptizismus beurteilt, weil dieser Prozess zwangsläufig mit Übergangsschwierigkeiten verbunden war, eben die Übergangsschwierigkeiten, die wir ~~in~~ im Jahre 1952 erlebt haben. Ich glaube aber, dass die Früchte dieses tapferen Durchhaltens nicht ausgeblieben sind. Wir befinden uns heute in einer Wirtschaft, die, auf den Erfolgen der damals konsequent durchgestandenen Stabilisierungspolitik aufbauend, viel Bedeutungsvolleres schaffen kann, als man es jemals mit Experimenten auf dem Gebiete der Geldpolitik hätte machen können. Mein Vorredner hat schon auf die Zusammenhänge hingewiesen. Ich möchte nur sagen, dass trotz

Die Voraussetzungen dieser Wirtschaftspolitik habe ich schon in der Rede vor zwei Jahren am Bundesparteitag im Detail dargelegt. Ich glaube, dass ich mir heute die näheren Ausführungen ersparen darf.

Wir sind uns darüber klar, das möchte ich festhalten, dass jedes System, das die persönliche Freiheit in der Wirtschaft unterminiert, naturgemäss auch ~~zur~~ zur Vernichtung der persönlichen Freiheit im wirtschaftlichen Leben führen muss. Die Voraussetzung einer Politik, die diese Werte sichert, geht von verschiedenen Bereichen aus. Eine der bedeutungsvollsten ist die finanzpolitische Situation. Das Klima der Inflation mit der schleichenden Geldentwertung und das Klima einer ungeordneten Staatshaushaltswirtschaft sorgen dafür, dass die staatlichen Dirigismen ~~die~~ sich immer weiter ausbreiten und die die persönlichen Belange eines jeden einzelnen erfassen. Es war daher notwendig, auf diesem Sektor Ordnung zu schaffen. Das ist seit dem Jahre 1952 geschehen.

Man hat ursprünglich den Umstellungsprozess sicherlich bisweilen mit einem gewissen Skeptizismus beurteilt, weil dieser Prozess zwangsläufig mit Übergangsschwierigkeiten verbunden war, eben die Übergangsschwierigkeiten, die wir ~~in~~ im Jahre 1952 erlebt haben. Ich glaube aber, dass die Früchte dieses tapferen Durchhaltens nicht ausgeblieben sind. Wir befinden uns heute in einer Wirtschaft, die, auf den Erfolgen der damals konsequent durchgestandenen Stabilisierungspolitik aufbauend, viel Bedeutungsvolleres schaffen kann, als man es jemals mit Experimenten auf dem Gebiete der Geldpolitik hätte machen können. Mein Vorredner hat schon auf die Zusammenhänge hingewiesen. Ich möchte nur sagen, dass trotz

aller sozialistischen Propaganda unser Ziel unverändert aufrechtbleibt, den Staatshaushalt in Ordnung zu halten. (Starker Beifall.)

Wir haben im Jahre 1953 erstmals einen Überschuss in der ordentlichen und in der ausserordentlichen Gebarung erzielt. Auch das Jahr 1954 wird mit einem ähnlichen Ergebnis abschliessen. Die Verhandlungen für das Jahr 1955 stehen kurz vor dem Abschluss und deuten darauf hin, dass auch für das Jahr 1955 ein Budget erstellt wird, das unseren Grundsätzen und Voraussetzungen gerecht wird. Wir werden uns auf diese Weise konsequent in jene Form der Wirtschaft hineinleben, die wir heute gemeiniglich mit dem Schlagwort "soziale Marktwirtschaft" bezeichnen. Die sozialen Belange wurden ebenfalls von meinem Vorredner bereits erwähnt.

Ich glaube, ich muss in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass vieles, was man als Konsequenz unserer Politik belächelt hat, sich doch als das erwiesen hat, was wir vorher schon immer gesagt haben. Die Arbeitslosigkeit ist praktisch verschwunden. (Beifall.) Das, was ein prominenter Abgeordneter der Sozialisten in der Budgetdebatte einen Aprilscherz des Finanzministers genannt hat, beginnt nun Wirklichkeit zu werden, nämlich der Bau der Autobahn. Das, was vor ungefähr einem Jahr noch in der sozialistischen Propaganda als unwahrscheinlich bezeichnet wurde, dass es nämlich möglich sein würde, eine Steuersenkung durchzuführen - ich erinnere hier an die Lektüre der sozialistischen Zeitungen, die damals die Reden von prominenten sozialistischen Politikern wiedergegeben haben -, ist am Ende des vergangenen Jahres Wirklichkeit geworden. Und seien Sie versichert, wir werden in dieser Richtung und in dieser Politik weiter fort-

schreiten. (Beifall.) Natürlich - und das muss ich immer wieder tun - muss man um Geduld bitten. Diese Dinge lassen sich nicht in der Kürze der Zeit erreichen, in der man sie gerne erreicht sehen möchte.

Daneben gibt es eine Menge anderer Belange zu erledigen. Ich erinnere daran, dass in dem Jahre 1955 dem Staatshaushalt neue Lasten aufgebürdet wurden durch die Rentennivellierung, durch die 13. Monatsrente, durch die Nachziehung der Bezüge der öffentlich Bediensteten, alles Dinge, die notwendig waren, alles Dinge, die letzten Endes als Erfolge unserer Politik ermöglicht worden sind, aber natürlich auch wieder Dinge, die nicht von heute auf morgen neuerliche gigantische Steuersenkungen ermöglichen.

Sie werden durchgeführt werden. Aber immer braucht es eine gewisse Zeit, um diese neuen Lasten zu verkraften.

Ich darf also sagen, dass wir bereits jetzt an einer Reform des Einkommensteuergesetzes arbeiten. Ende Oktober werden die ersten Sitzungen über dieses zentrale Gebiet durchgeführt werden. Wir werden hier eine weitere Senkung der Einkommensteuersätze in Aussicht nehmen. Natürlich glaube ich, dass eine Verwirklichung dieses Gesetzes, das umfangreiche Verhandlungen notwendig machen wird, noch nicht am 1.1.1955 möglich sein wird, sondern dass wahrscheinlich erst im Laufe des Jahres darüber endgültig Beschluss gefasst werden kann.

Daneben gibt es im Herbst grosse Probleme zu lösen. Ich erinnere an die Rekonstruktion der Kreditinstitute, der Banken, der Sparkassen, der Versicherungsgesellschaften, an die Schaffung eines neuen Notenbankstatuts, also an das, was man mit einem Schlagwort als Bankenrekonstruktion bezeichnet. Das ist ein Problem, das für den Aussenstehenden vielleicht nicht von besonderem Interesse zu sein scheint, das aber letzten Endes von zentraler Bedeutung dafür ist, wie sich künftighin der Kreditapparat in unsere Wirtschaft einbauen wird und wie er beschaffen sein muss, damit nicht von dieser Stelle aus ~~kollektivistische~~ kollektivistische Tendenzen in unser Wirtschaftsleben einströmen. Es handelt sich also hier im Grunde genommen um auf lange Sicht um ein grosses und für die künftige Entwicklung bedeutungsvolles Problem.

Wir werden daneben im Herbst andere, ebenso wichtige Fragen zu behandeln haben, vor allem die Verlängerung des Aussenhandelsförderungs-gesetzes, eines Gesetzes, dem die österreichische

Wirtschaft unendlich viel verdankt, eines Gesetzes, in dem bekanntlich die Bewertungsfreiheit und die Umsatzsteuerrückvergütung vorgesehen ist und das zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf den ausländischen Märkten unerlässlich ist.

Sie sehen, dass wir ein reiches Programm in den Auseinandersetzungen mit unserem Koalitionspartner vor uns haben. Sie wissen, dass wir immer den Gedanken vertreten haben und auch immer nachdrücklich vertreten werden, dass die Beschäftigung der Wirtschaft und die allgemeine Konjunkturlage niemals vom öffentlichen Sektor ganz allein bestimmt werden kann, sondern dass der Träger und Motor dieser Beschäftigung und Tätigkeit in der Privatwirtschaft liegt und nur dort gefunden werden kann. (Starker Beifall.)

Alle Massnahmen, die wir auf dem Gebiet der Steuerpolitik und in gesetzlichen Belangen ergreifen, dienen diesem Zweck. Weitere Schritte werden wir auf dem Weg, den wir 1952 begonnen und zielbewusst fortgesetzt haben, getan werden. Die Positionen, die wir uns erkämpft haben, werden gesichert werden, und es werden neue Positionen dazu errungen werden.

Ebenso geht es darum - das möchte ich bei dieser Gelegenheit besonders betonen -, die Ordnung im Staatshaushalt zu verteidigen. Denn unermesslich sind die Wünsche, die heute an den Fiskus herangetragen werden, unermesslich sind die Vorstellungen, die man von der Leistungsfähigkeit des Fiskus hat. Wenn man aber weiss, meine Damen und Herren, wieviel Schweiss an den Steuergroschen hängt, dann wird man vorsichtig bei der Verwendung dieser Mittel und dann wird man Bedacht darauf nehmen, dass nur das Notwendigste in diesen Fiskus hineinfliesst und dass diese Mittel zweckentsprechend verwendet werden. (Beifall.)

Das ist die harte Arbeit, die in der Budgetpolitik andauernd geleistet werden muss. Es ist gewiss einfach, mit Projekten zu kommen, die man gern verwirklichen möchte, mit dem Hinweis: Ja es wäre alles möglich, wenn nur der Staat hier ein bisschen dazu-geben möchte. Ich kann vor dieser Mentalität nicht eindringlich genug warnen. Wer sich mit der öffentlichen Hand finanziell verbindet, wird auf die Dauer von ihr abhängig, und wer von ihr abhängig wird, verliert die Freiheit der Entscheidung über seine persönlichen Belange. (Beifall.) Ich glaube also, dass wir auch vom weltanschaulichen Standpunkt sehr bedenken müssen, was wir der öffentlichen Hand an Aufgaben zuteilen.

Wir haben daher stets den Standpunkt vertreten, dass im öffentlichen Haushalt sparsam gewirtschaftet werden muss, dass nur das Unerlässliche durchgeführt werden muss und dass bei den Ausgaben, die die öffentliche Hand tätigt, das eine Ziel niemals verloren werden darf, dass die Privatwirtschaft die Grundlage unserer Existenz ist. (Beifall.)

Ich glaube, dass wir bisher trotz verschiedentlicher Versuche des Koalitionspartners, unsere Erfolge für sich zu buchen, eindeutig feststellen können, dass wir die Erfolge nur deswegen erzielt haben, weil wir diese Politik konsequent durchgeführt haben. Wenn der Koalitionspartner heute glaubt sagen zu können, ja, das sei schon recht so, das seien ja ohnedies alles seine Ideen, dann frage ich mich: Warum hat er dann 1952, als wir das Programm verkündet haben, mit solcher Vehemenz gegen uns und besonders gegen mich persönlich alle Kanonen des Hasses losgelassen? Es muss also hier doch etwas nicht gestimmt haben. Nun, da die Dinge sich zum Guten und Besten wenden, glaubt man sich am Erfolg beteiligen zu können.

Ich will Ihnen hier ein offenes Wort sagen. Ich glaube nicht, dass man alles nur sich persönlich zuschreiben kann. Wir haben profitiert daran, dass in der Weltwirtschaft eine Konjunktur herrscht, wir haben profitiert, dass unser Aussen-

handel an dieser Konjunktur teilnehmen konnte und dass auf dem Weg dieser Teilnahme eine kolossale Belebung unserer Wirtschaft eingesetzt hat. Was wir aber als unser Verdienst buchen dürfen, ist, dass wir unserem Aussenhandel diese Teilnahme ermöglicht haben, denn ich glaube, dass bei einer Politik der weiteren Preis- und Lohnübereinkommen vergeblich Bemühungen österreichischer Exporteure stattgefunden hätten, auf dem Weltmarkt Fuss zu fassen; denn wer die Produktionskosten dauernd erhöht, wer mit Preissteigerungen und künstlich manipulierten Kursen arbeitet, der wird natürlich auf die Dauer nicht in der Lage sein, die ausländische Konkurrenz zu schlagen.

Wir haben also die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese Entwicklung eintreten konnte. Bei der öffentlichen Hand sind die Ausgaben im wesentlichen auf das beschränkt worden, was irgendwie auf lange Sicht Rentabilität verspricht. Wenn wir daher das Telephonnetz modernisieren, so wissen wir, dass wir damit eine grosse Ersparung an Personal erzielen. Wenn wir die Bundesbahnen elektrifizieren, dann deshalb, weil Kohle und Personal erspart wird, und wenn wir die Strassen ausbauen, so deshalb, damit der Fremdenverkehr gefördert wird. Für Dinge, die auf lange Sicht produktionsfördernd sind, können öffentliche Mittel ausgegeben werden, vorausgesetzt, dass sie vorhanden

sind und nicht ausschliesslich aus ~~Stempel~~<sup>Steuer</sup>geldern bestehen, sondern vorzugsweise auf dem üblichen Weg der Anleihepolitik beschafft werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir diese Entwicklung kurz Revue passieren lassen und wenn wir heute wieder vor einem neuen Arbeitsjahr stehen, wenn neuerliche Auseinandersetzungen über alle diese Fragen mit dem Koalitionspartner einsetzen werden, so dürfen wir keineswegs vergessen, dass wir auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, schon sehr weit fortgeschritten sind. Wir dürfen aber auch niemals die Gefahren unterschätzen, die uns dauernd vom Kollektivismus her drohen, Gefahren, denen wir selbst nicht immer immun gegenüberstehen. Auch in unserem Kreis ist oft das Bestreben vorhanden, sich an den Vater Staat anzuklammern, sich dirigieren und leiten zu lassen und vielleicht zu vergessen, dass ja eigentlich das gar nicht das ist, was wir wollen.

Ich bitte Sie also, auch selbst Einkehr zu halten, sich selbst bewusst zu sein, dass wir das Ziel, dem wir zustreben, nämlich einer Wirtschaftsordnung, die unsere Volkswirtschaft untermauert, nur erreichen können, wenn wir selbst unseren Handlungen treu bleiben. Ich kann Ihnen von mir aus nur die Versicherung geben: Wir werden mit unseren Prinzipien der

Finanzpolitik konsequent den bisherigen Weg weitergehen, und wir sind davon überzeugt, dass wir Schritt für Schritt die Gefahren des Kollektivismus bannen in dem Masse, in dem es uns gelingt, den Atmungsspielraum für die Wirtschaft wieder zurückzugewinnen. Und das, meine Damen und Herren, soll uns mit Glauben und Zuversicht in unsere Zukunft erfüllen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Sehr verehrter Finanzminister! Der Beifall, den du hier gefunden hast, besteht nicht nur aus dem Gefühl der Zustimmung, sondern er beinhaltet Dank und Anerkennung für deine Leistungen. Deine wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Bemühungen haben sich nach jeder Richtung hin als durchschlagskräftig erwiesen. Die wirtschaftliche Expansion und die Hebung des Lebensstandards aller Bevölkerungsgruppen sprechen eine eindeutige Sprache. Wenn wir nunmehr anlässlich des Wahlkampfes mit den Namen Raab und Kamitz in den Kampf ziehen, so müssten, wenn die Leistung für das Votum des Volkes entscheidend ist, uns vor dieser Entscheidung keine Bange erfüllen. Ich danke dir nochmals für deine Ausführungen und erteile als nächstem Redner dem Landesregierungsrat und stellvertretendem Bundesjugendführer, Herrn Haider, das Wort.

Landesregierungsrat H a i d e r : Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn wir die Titelseite der Zeitschrift "Wir" mit dem Bild des Kanzlers und der Unterschrift: "Österreichs Schicksal ist in guten Händen" versehen haben, so zweifellos nicht deshalb - und das weiss der Herr Kanzler sehr gut - , um Weihrauch zu streuen, denn Weihrauch verdirbt nach unserer Meinung im politischen Leben die Sicht. Wir haben das getan aus einer inneren Überzeugung, aus innerer und dankbarer Bewunderung.

Es ist nicht die Zeit mehr, um all die Taten aufzuzählen, die der Herr Bundeskanzler für unsere Heimat geleistet hat. Es wurden seine Leistungen übrigens heute schon des öfteren erwähnt. Seine Tat war es, dass man eigentlich von dem Begriff "österreichisches Wunder" sprechen kann, und dafür danken wir ihm.

Zu einem möchte ich aber noch ganz kurz Stellung nehmen. Der Herr Bundeskanzler hat in dankenswerter Weise heute wieder für die Situation unserer Heimat, für die Freiheit für Österreich - wie es hier im Saal auf einer Parole des Parteitages heisst - gesprochen und ist dafür eingetreten. Wir Jungen danken ihm deshalb, weil wir eine riesige Gefahr heranwachsen sehen. Diejenigen jungen Menschen nämlich, die 1938 und wenige Jahre früher geboren sind, haben unsere Heimat nicht mehr frei erlebt. In dieser heranwachsenden Generation macht sich eine Meinung breit, meine Damen und Herren, nach der man diesen Zustand schon fast als gegeben hinnimmt. Sie kennen ja nichts anderes als unser Österreich besetzt.

Ich darf daher zu den Bemühungen, die seitens des Herrn Bundeskanzlers und seiner engsten Mitarbeiter, vor allem auch seitens des Herrn Aussenministers, im Interesse der Freiheit für unser Land angestellt werden, einen Appell namens der jungen Generation an diesen Parteitag richten und ein Flugblatt in Erinnerung rufen, das wir anlässlich des Scheiterns der Berliner Konferenz in Wien gestreut haben.

Wir haben damals gefordert, dass man jedem, jedem Österreicher, aber auch der ganzen Welt Tag für Tag und Stunde für Stunde unser Schicksal vor Augen führt, indem wir ihm sagen: "Österreich ist nicht frei!"

Ich kann aus der Erfahrung, die ich durch einige Besuche im Ausland machen konnte, feststellen, dass gerade diese Aktion - wir haben sie unterstützt, indem wir unser Briefpapier damit versehen haben und unsere Zeitungen damit versehen haben - gut, sehr gut gewirkt hat.

Nicht zuletzt hat jetzt erst wieder der Kongress junger christlicher Demokraten und die Organisation der NEI zur Lage Österreichs Stellung genommen, weil sie ja aufgerufen wurden: Österreich ist nicht frei!

Zu meiner Erschütterung muss ich jedoch dazu sagen: Wir sind damals im Februar an eine Reihe von Institutionen herangetreten, sich in diesen gemeinsamen Kampf einzugliedern und einzufügen. Mit Ausnahme der Bundesregierung und des Herrn Bundeskanzlers, an den wir auch einen Antrag gerichtet haben und der das behandelt und beantwortet hat, hat niemand mehr dazu Stellung genommen, weder der Zeitungsherausgeberverband noch der österreichische Rundfunk, obwohl wir konkrete Vorschläge gemacht haben, die durchführbar gewesen wären. Meine Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Schliessen wir uns doch heute, jetzt im September, zusammen, und geben Sie auch einmal einer Idee Ihre Zustimmung, die von jungen Leuten kommt, und kämpft mit uns mit, denn Österreich ist wirklich nicht frei!

Und nun, meine Damen und Herren, will ich keinesfalls eine Wahlrede halten, dazu ist, glaube ich, dieser Parteitag nicht angetan, sondern ich will mit mir die Freiheit herausnehmen, so, wie es in der Tagesordnung steht, mit einigen Ausführungen in die Debatte einzugehen.

Zur Debatte steht das Referat des Herrn Generalsekretärs Maleta. Es nimmt uns ebenso wie unserer Kolleginnen von der Österreichischen Frauenbewegung nicht mehr wunder, dass wir am Rande, am Schluss noch erwähnt werden. (Beifall.) Das Zuckerl, das gereicht wurde, war wie ein Wiener Bonbon: aussen süß und drinnen ein etwas bitterer \*Geschmack.

Um es klar auszusprechen: Der Herr Generalsekretär Maleta hat verkündet - und wir haben gehofft, jetzt wird es kommen -, er und die Partei hätten die Lösung für die Jugend gefunden. Ich war schon bereit, mit wirklichem Applaus einzustimmen. Der Kurs allerdings, der dann angezeigt wurde, glich mir eher einer Weltmeisterschaftspiste für einen Riesenslalom denn einem geradlinigen Kurs, und eine Entscheidung, wie wir sie nun endlich von diesem Parteitag verlangt haben, ist nicht getroffen worden, weder für die Frauen noch für die Jugend.

Freilich kann man sagen, man wendet sich - ich will sie nicht verärgern - an die konfessionellen Organisationen, dann wendet man sich einmal an andere, um die vielleicht hierher zu bekommen. An die Österreichische Jugendbewegung braucht man sich nicht zu wenden, denn die steht t ohnehin treu und brav und kämpft mit ihrem Idealismus weiter. Man vergisst aber bei dieser Taktik, dass man die eigenen kleinen Funktionäre sehr entscheidend vor den Kopf stösst. Meine Damen und Herren! Das gilt jetzt für alle Parteifunktionäre im Bund, in den Ländern, in den Bezirken und in den Gemeinden: Darauf, dass sie kommen und sagen: Brav mein Junge! Das habt ihr gut gemacht! Das ist sehr nett!, darauf können wir wirklich verzichten. Sie irren, meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, dass das eine Vereinigung von Buben sei. Die Masse unserer Mitglieder - jetzt mögen vielleicht einmal alle zuhören - bewegt sich in einem Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Sie sind in einem wahlfähigen Alter. Es sind jene, die wir 1945 als 12-, 13- und 14jährige erfasst haben. Und dass die heute ÖVP wählen, dass die heute zu uns stehen, dass die sich für die Partei einsetzen, das ist doch ein Verdienst, so kommt es mir wenigstens vor, ohne überheblich sein zu wollen.

Ich will nicht mehr länger darüber sprechen, ich möchte nur klarmachen, was wir wollen, und allen, die mit Finanzen zu tun gehabt haben, sage ich gleich: kein Geld! Das brauchen wir nicht, das besorgen wir uns selber. Wir brauchen auch nicht eine Unterstützung, dass man etwa den einen oder den andern dorthin und dahin hebt. Das brauchen wir auch nicht. Denn wir sind in unserer Organisation in einer eigentlich recht glücklichen Lage. Wir sind zum grössten Teil im Berufsleben tätig und auch wirtschaftlich weitgehend durch unseren Beruf gesichert.

Wir wollen nur eines - und da möchte ich auf ein Wort des Landeshauptmannes Gleissner, das er als Vorsitzender geprägt hat, zurückkommen: Er nannte den Parteitag den Parteitag des Vertrauens. Meine Damen und Herren! Meine Parteimänner! Schenkt endlich der Jugend wirklich das Vertrauen, das ihr gebührt! Es wäre höchste Zeit, sie hat sich das Vertrauen verdient. Schenkt ihr das Vertrauen insofern, als ihr sie bevollmächtigt, wirklich dort mitzuentcheiden, wo die junge Generation zu entscheiden hat. Es möge sich niemand einbilden, selber nur entscheiden zu können und zu müssen. Lasst die Jugend dort mitentscheiden, wo es wirklich um die Jugend geht, sie hat die bessere, die reichere und die richtigere Erfahrung.

Denn wie ja immer gesagt wird: wir alle stammen auch aus einer Jugendorganisation, jeder, der hier sitzt, meine Damen und Herren. Damals war es noch eine Errungenschaft, wenn jemand einen Daimler-Benz fahren durfte; heute fährt er eben mit einem anderen Wagen. Damals war ein Flugzeug eine Sensation; heute sitzt man selber drin. Die Zeiten haben sich geändert, die Erfordernisse und auch die Meinung der jungen Generation haben sich geändert, vor allem jener Generation, die durch den letzten Krieg gehetzt wurde. Und da ist diese junge Generation doch gestanden - ich möchte für niemanden eine Lanze brechen -, sie ist gestanden, ob an den Fronten oder in den Konzentrationslagern, und hat versucht, sich ihre Meinung für die Zukunft zu bilden. Und sie hat sie gebildet.

Darum, meine Damen und Herren, seien Sie bereit, heute bei dieser Festkundgebung unserer Partei - der Bundespartei-<sup>ja</sup> tag ist eine Festkundgebung - wirklich der jungen Generation das Vertrauen zu geben, das ihr gebührt. Geben Sie ihr Verantwortung, geben Sie ihr Arbeit - sie wird es lohnen - und lassen Sie sich nicht ein in Spiele mit diesen oder jenen oder sonst irgendwelchen Grüppchen. Wir haben die Aufgabe als österreichische Jugendbewegung - so steht es schliesslich im Statut -, die junge Generation innerhalb der ÖVP zu vertreten. Ich weiss,

das Statut ist Papier. Das Statut wird aber leben, wenn Sie, meine Damen und Herren Delegierten des Hohen Bundesparteitages, es tatsächlich mit Leben erfüllen und junge Menschen zur Verantwortung heranziehen. Dann mag das Wort richtig sein, das der Herr Generalsekretär Maleta in seinem Referat gesagt hat: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Ja, meine Damen und Herren, Jugend ist Zukunft, auch für die Österreichische Volkspartei! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Hoher Parteitag! Es ist das selbstverständliche Recht der Jugend, mit revolutionärem Schwung und in klarerer Offenheit aufgrund der unbesieglischen Rechtschaffenheit ihrer Herzen ihre Forderungen, ihre Wünsche und ihre Klagen hier vorzubringen. Es erscheint mir das, was der Vertreter der Jugendbewegung hier gesagt hat, außerordentlich bedeutsam, in Erkenntnis des Umstandes, dass eine Partei ohne Jugend nicht lange wird bestehen können.

(Zustimmung.)

Ich weiss um die makabre Tatsache, dass Jahre nach dem Kriege ein Grossteil der Jugend, vor allem der Frontgeneration, am Rande der Strasse gestanden ist und unseren organisatorischen Bemühungen wenig zugänglich war.

Aber eines, meine sehr Verehrten von der Jugendbewegung, das haben Sie zum Besseren zu wenden gewusst, dass Sie nämlich eine Reihe von Menschen - und nicht die schlechtesten - davon überzeugt haben, dass in jedem österreichischen Herzen und auch in den Herzen der Jugend ein Stück Schicksal dieses Landes beschlossen ist. Dafür sind wir Ihnen ausserordentlich dankbar, ebenso für Ihre heutige Offenheit.

Darf ich Sie aber um eines bitten: Ihre konkreten Wünsche zu formulieren und sie in die entsprechenden Beratungskörper zu bringen, damit Sie uns bei unserem ehrlichen Willen wenigstens auf halbem Wege entgegenkommen. Nochmals herzlichen Dank, Herr Haider, und nichts für ungut! (Beifall.)

Nunmehr kommt zum Wort Herr Bundesrat Salzer. Als nächsten Redner bitte ich Herrn Abg. Hattmansdorfer, sich bereit zu halten.

Bundesrat S a l z e r (Linz, geschäftsführender Landesgruppenobmann des ÖAAB): Hoher Bundesparteitag! Mir schienen die Aufgaben, die dem heutigen Kongress gestellt sind, nicht voll erfüllt, wenn wir von der Volkspartei aus nicht auch auf zwei Probleme hinweisen würden, die für die gesamte österreichische Arbeitnehmerschaft von Bedeutung sind.

Wir haben Ursache, gesteigert Klage darüber zu führen, dass uns die Personalpolitik der SPÖ im Zusammenhang mit einer oft geradezu unverständlichen Duldsamkeit unserer Exponenten in einer ganzen Reihe bedeutender österreichischer wirtschaftlicher Unternehmungen zusehends Schwierigkeiten macht. Ich erinnere hier, um nur demonstrativ ein Beispiel anzuführen, an die Ärztepolitik, die die sozialistisch verwalteten Sozialversicherungsträger praktizieren, und ich lenke Ihre Aufmerksamkeit einen kurzen Augenblick auf die Direktorenpolitik in verschiedenen verstaatlichten Betrieben und auch bei der Bundesbahn.

Wir sind nun nicht der Meinung, dass das Primat in der Wirtschaft etwa der Politik oder - um es näher zu präzisieren - der ~~Wirtschafts~~Partei-politik gehört. Uns wäre Sachlichkeit und Fachlichkeit zweifellos lieber. Wenn uns aber die SPÖ dazu zwingt - und es scheint jetzt so zu werden -, der Sachlichkeit und der Fachlichkeit die Gleichwertigkeit mit der Parteipolitik zu verleihen, dann, glaube ich, wäre es an der Zeit, uns einmal die Frage vorzulegen, ob wir uns entweder diesem

Zwang beugen oder ob wir sonst diesem Zwang entgegentreten können. Das sind wir, glaube ich, gerade dem Streben der Volkspartei, die durch ihre Entproletarisierungspolitik die Freiheit und die Unabhängigkeit der Lohnarbeitenden Menschen wieder zurückgewinnen will, schuldig, denn es geht nicht an, dass das, was wir in bezug auf die wiedergewonnene Freiheit für die Arbeitnehmer im Wege der Entproletarisierung bereits brachten, uns durch den Terror sozialistischer Betriebsdirektoren nunmehr wieder vielfach wegeskamotiert wird.

Darf ich hier weit über diesen Saal hinaus der gesamten Öffentlichkeit ein geradezu erschütterndes Beispiel aus den letzten Tagen sagen. Bei den Donaukraftwerken Jochenstein dient ein Mann mit 51 Jahren, der in seiner bisherigen Dienstzeit nur auszeichnende Dekrete erhalten hatte. Er versah seinen Dienst bis zu dem Augenblick, in dem er für die Österreichische Volkspartei eintrat, vollkommen unbeanstandet. In dem Augenblick aber, in dem er sich für uns exponierte, begannen die dienstlichen Beanstandungen und steigerten sich letzten Endes so weit, dass dieser Mann des Diebstahls beschuldigt wurde, eine Beschuldigung, die sich innerhalb von zwei Tagen als völlig unberechtigt erwiesen hat, die aber dazu führte, dass der Mann einen Schlaganfall erlitten hat, von dessen Folgen er sich wahrscheinlich nie mehr erholen wird können.

Weil aber auch diese unerhörte Tatsache sein Eintreten für die Österreichische Volkspartei nicht zu zügeln vermochte, ist man unter dem Titel der sachlichen Unfähigkeit zur Kündigung geschritten und das hat ein von der Volkspartei exponierter Vorstandsdirektor gleichfalls mitgemacht. (Hört! Hört!-Rufe.)

Meine Damen und Herren! Das ist nur ein Beispiel aus dem übel riechenden Bukett, das man servieren könnte. Das soll aber ein Beweis dafür sein, dass wir unsere Personalpolitik endlich ausrichten müssen.

Mir scheint es notwendig, hier zwei Forderungen aufzustellen, einmal, dass wir dem Arbeitnehmer, ganz gleich, wo er dann steht, die Überzeugung geben, dass er in seiner Existenz nicht gefährdet ist oder vielleicht sein Brot verliert, wenn er für eine anständige politische Gesinnung eintritt und für diese auch arbeitet, und zweitens, dass wir unseren Exponenten, den Exponenten der Volkspartei, in den Betrieben die Überzeugung beibringen, dass sie nicht nur der Wirtschaft, sondern letzten Endes auch der Österreichischen Volkspartei verantwortlich sind. (Beifall.) Wer sich diesen Postulaten nicht fügen will oder nicht fügen kann, dem soll man zur Kenntnis bringen, dass er seinen Posten einem Fähigeren oder einem Verantwortungsbereiteren frei machen soll. (Beifall.) Wir verlangen nicht Brot für Gesinnung, sondern Brot trotz Gesinnung. Das müssen wir fordern, soweit sind wir heute bereits in Österreich.

Und nun eine zweite Frage. Hoher Parteitag! Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode ein Jugendeinstellungsgesetz beschlossen. Das war recht so und das war auch gut so. Ich möchte den heutigen Kongress aber nicht vorübergehen lassen, ohne Ihre Aufmerksamkeit nicht von der Jugend ab-, sondern mit Betonung jenen Leuten, die über 45 und 50 Jahre sind, zuzuwenden. Wer heute das Unglück hat, in diesem Alter aus dem Produktionsprozess auszuschneiden, für den ist es fast nicht mehr möglich, eine Arbeit zu finden. Es würde durchaus in der Konzeption der Österreichischen Volkspartei, die heute in bezug auf konstruktive Sozialpolitik erfreulicherweise und Gott sei Dank in Österreich bereits die Führung übernommen hat, liegen, auch diesem Problem ihr Augenmerk zuzuwenden.

Wenn es wahr ist - und es ist wahr -, dass Österreich mit der Volkspartei stehen und fallen wird, dann ist es auch wahr, dass die Zukunft der Österreichischen Volkspartei mit der Arbeitnehmerschaft steht und fällt. (Beifall.) Und dann, Freunde, müssen wir uns auch in gesteigertem Masse um die Schicht der Arbeitnehmerschaft kümmern, die sozial gefährdet ist, und das sind die Leute über 50 Jahren.

Es ist richtig, was Kollege Maleta heute schon einmal sagte, dass weiteste Kreise der österreichischen Arbeitnehmerschaft ideologisch obdachlos geworden sind und dass sie ihre innere Bindung zum marxistischen Sozialismus entweder überhaupt schon verloren oder weitgehend aufgelockert haben. Es gilt jetzt, diesen Menschen eine neue geistige Heimat zu bieten. Wenn diese geistige

Heimat von dem Gedanken der persönlichen Freiheit auch des lohnarbeitenden Menschen, vom Gedanken der Menschenwürde auch des Arbeiters, des Angestellten und des Beamten, wenn diese neue geistige Heimat von dem Gedanken der Gerechtigkeit getragen sein wird, dann gibt es keinen Zweifel, dass Österreich und mit Österreich die Österreichische Volkspartei um ihre Zukunft nicht zu bangen brauchen. (Lebhafter Beifall.)

Nationalrat H a t t m a n s d o r f e r (Hauptbezirksobmann von Perg, Oberösterreich): Hoher Bundesparteitag! Wir haben mit grosser Aufmerksamkeit das Referat unseres Parteiobmannes Bundeskanzlers Raab gehört. Es hat uns alle befriedigt. Wir haben wohl dabei gehört, dass sich das österreichische Volk seinen Aufbau und seine Arbeit vom Ausland sagen lassen muss, um sie anzuerkennen. Ich glaube, dazu trägt auch der Umstand bei, dass von unserer Seite nicht jene Propaganda gemacht wird, die andere, um den Erfolg für sich buchen zu können, tätigen.

Ich möchte daher hier einen Antrag vorschlagen, dass das Referat unseres Bundesparteioobmannes Raab im Postwurf an alle Haushalte von der Bundesparteileitung verteilt werden soll. (Beifall.)

Wir stehen in verschiedenen Bundesländern vor Wahlen; wir haben aber auch in ganz Österreich Wahlen, deren Ausgang nicht zu unterschätzen ist: die Arbeiterkammerwahlen. Wenn wir das, was uns unser Bundeskanzler heute gesagt hat, unseren Wählern und überhaupt allen österreichischen Wählern, die nicht die Möglichkeit haben, es zu hören, wortwörtlich schriftlich vorlegen können, so werden wir davon Nutzen haben. Daher beantrage ich, das Referat möge wortwörtlich, inhaltlich im

Postwurf durch die Bundesparteileitung hinausgegeben werden.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h: Ich begrüße die Anregung, die Nationalrat Hattmannsdorfer hier gebracht hat. Sie wird dem Generalsekretariat zum Studium und zur Überprüfung zugewiesen werden.

Der nächste Redner ist der Herr Präsident Endl.

Präsident E n d l (Obmannstellvertreter des ÖAAB Niederösterreich): Hoher Bundesparteitag! Die Anregung, die mein Voredner bezüglich der Publikmachung der Rede unseres hochverehrten Herrn Bundeskanzlers und Bundesparteiobmannes machte, habe ich auch von unseren niederösterreichischen Vertrauensleuten und Mandataren der Bundesparteileitung zu unterbreiten. Es ist wichtig, dass besonders die Vertrauensleute und die Mandatare das Referat unseres hochverehrten Generalsekretärs irgendwie, sei es abgezogen oder gedruckt, bekommen. Wir haben heute auf diesem Bundesparteitag Rückschau, aber auch Vorschau zu halten. Ich habe erst letzten Sonntag einige Wählerversammlungen durchführen müssen, wo ich in einem Referat auch auf die Bedeutung des Bundesparteitages hinwies. Dabei wurde ich von den Debatterednern dazu aufgefordert, die Nöte und Belange der kleinen Wählerschaft zu vertreten. Es sei mir dies hier als

1

kleinem Funktionär gestattet. Ich habe aus Kreisen der Bauernschaft und auch von meinen Arbeitern und Angestelltenbündlern immer wieder den Auftrag bekommen, diese oder jene kleinen Wünsche zu vertreten, insbesondere aber von Gewerbetreibenden hinsichtlich Steuerzahlen. Angesichts des grossen und tief-schürfenden Referates unseres Bundesparteiobmannes und der stolzen Erfolgsbilanz verblassen aber alle Forderungen, und wir werden diese Wünsche und Sorgen unserer Mitglieder und Wähler durch unsere Mandatare in unseren eigenen Foren, in den Landtagen, usw. vertreten lassen.

Ich glaube, dieser Bundesparteitag ist dazu angetan, die grossen Probleme zu besprechen. Da möchte ich als Arbeiter- und Angestelltenbündlervertreter aufzeigen, wie wir in diese Wahlen, die nun am 17. Oktober vor uns stehen - die Landtagswahlen in Niederösterreich, im Kernland dieses Österreich, in Wien, wo die grosse rote Hochburg noch steht, und in den anderen beiden Bundesländern - gewappnet und mit klarer Marschrouten hineinmarschieren müssen.

Ich habe aber auch festgestellt, dass in den letzten Versammlungen immer wieder nur unsere alten Parteianhänger vertreten waren, dass aber gerade jene, die wir ansprechen möchten, nicht vertreten sind. Ein Teil der Jugend steht uns noch fern. Es hat heute hier schon ein Jugendvertreter gesprochen. Ich unterstreiche seine Forderungen, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Das ist richtig. Wir müssen sie auch immer mehr und mehr in unser Parteigetriebe einschalten. "Der Alten Rat, der Jungen Tat!" soll es weiterhin heissen.

Wir müssen aber auch der Frauenschaft mehr Rechnung tragen, denn ich stelle fest, dass gerade in meinen letzten Versammlungen immer wieder nahezu 40 bis 50 Prozent Frauen teilgenommen haben. (Beifall.) Sie sind die einzigen kleinen Propagandisten und Pioniere, denn auf ein Frauenwort hört man mehr als auf irgendeinen Redner, der manchmal da und dort viele Versprechungen macht, die nicht zu halten sind. Darum müssen wir auch darauf Bedacht nehmen, auch jene Kreise anzusprechen, die eben nicht in Versammlungen zu bringen sind.

Ich möchte hier immer wieder die Idee unseres Staatssekretärs Graf unterstreichen, dass wir im Wahlkampf in propagandistischer Hinsicht neue Wege gehen müssen, wir müssen eben Rundfunk und Presse mehr heranziehen. Da ist es aber gerade bei unserer Partei noch sehr im argen. Wenn wir die gegnerische, die marxistische und die gardekommunistische Propaganda ansehen, dann sehen wir: Hier arbeiten sie Tag und Nacht. Wenn wir uns die Radiosendungen anhören, auch die Sendungen des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes: "Hör zu, Kollege!", dann weiss man oft nicht: Ist das ein Kommunist oder ein Gewerkschafter? Da müssen wir Arbeiter- und Angestelltenbündler fragen: Wozu stehen wir noch in diesem Gewerkschaftsbund? (Zustimmung.) Warum haben wir noch nicht unsere eigenen christlichen Gewerkschaften? (Beifall.) Wir dürfen stolz darauf sein, dass unser Kollege Altenburger die Fraktion christlicher Gewerkschafter aufgezo- gen hat, und wir zählen auch schon 110.000 Mitglieder. Warum spielen wir aber noch immer in einzelnen Branchengewerkschaften dort und da eine so klägliche Rolle, ausgenommen den öffentlichen Dienst etc. ? Wir sind dort nur ihre Handlanger. Wir sind dort nur die Verteidiger ihrer Forderungen gegenüber innerhalb unserer Partei.

Wenn es nach unseren niederösterreichischen Gedankengängen gegangen wäre, dann hätten wir schon vor fünfeinhalb Jahren hier Wandel geschaffen, als wir die Konferenz in Starchant hatten. Damals haben wir die Forderung aufgestellt: <sup>f</sup> Aufrichtung eigener christlicher Gewerkschaften! (Beifall.)

Es muss einmal aufgezeigt und den Sozialisten klar gesagt werden, dass wir nicht immer nur die Handlanger bei der Unternehmerschaft und bei unseren verantwortlichen Ministern in der Regierung sein wollen, dass sie bei dieser oder jener sozialen Forderung dort oder da nachgeben sollen, die oft überspitzt ist.

Wir dürfen unserem Kanzler danken, der als Wirtschaftsmann, aus der Wirtschaft herausgewachsen, gerade unseren Arbeiter- und Angestelltenbündlern ein geneigtes Ohr für ihre Forderungen geliehen hat.

Und ich darf feststellen, dass alle sozialen Erfolge, auf die wir jetzt so stolz zurückblicken können, nur deshalb erreicht werden konnten, weil es ihm und seinen Mitarbeitern, seinen Ministern und insbesondere Minister Kamitz gelungen ist, die Währung zu festigen und die Kaufkraft des Schilling zu stabilisieren. (Beifall.) Wir alle zusammen haben von den fünf Lohn- und Preisübereinkommen nichts gehabt, denn immer wieder sind die Preise den Löhnen vorausgeeilt.

Verzeihen Sie mir, wenn ich etwas Lokalpatriot bin. Unser Raab - so heissen wir ihn in Niederösterreich - hat heute schon von diesem Raben gesprochen, der im Schnabel die Arbeitslosenkarte trägt. Gott sei Dank ist aus ihm durch seine intensive Arbeit und die seiner Mitarbeiter in diesen zwei Jahren ein stolzer Adler geworden. (Beifall.)

Wir danken ihm auch, dass er die Partei wahrscheinlich weiter führen wird. Er wird auch weiter das Vertrauen aller geniessen. Wir wissen, was er leistet. Wir möchten nur zu Gott flehen, dass er ihn <sup>s</sup>geund erhält und dass er uns in dieser Stärke erhalten bleibt. (Beifall.)

Ich habe aber auch noch eine Sorge hier aufzuzeigen. Wir haben im Jahre 1951 im Schatten der Bundespräsidentenwahlen in Niederösterreich die Landarbeiterkammerwahlen durchgeführt. Es fehlte bei dieser Kapitalistenpartei an Geld, es fehlte an Zeit; diese Wahlen standen also wirklich im Schatten dieser gross angelegten Bundespräsidentenwahl, bei der wir auch nur knapp geschlagen wurden. Im Schatten dieser politischen Wahl mussten wir in Niederösterreich die Landarbeiterkammerwahlen durchführen. Diese Landarbeiterkammern haben wir damals neu

aufgerichtet. Dem Arbeiter- und Angestelltenbund ist es damals gelungen, dort die Mehrheit zu erreichen. Am 24. Oktober haben wir in Wien und in Niederösterreich wieder die Arbeiterkammerwahlen durchzuführen. Dazu möchte ich auch einige Worte sagen.

Das neue Arbeiterkammerwahlgesetz hat uns wahrlich keinen Segen gebracht. Die Mehrheit, die Sozialisten, legt uns ein Hindernis nach dem anderen in den Weg. Hier appelliere ich immer wieder, wie auch beispielsweise unser Generalsekretär heute betont hat: Die Partei muss eine Einheit sein! Hier darf ich feststellen, dass uns unsere Freunde im Bauernbund und im Wirtschaftsbund in den obersten Organisationen immer wieder helfen, aber unten fehlt es noch sehr an dieser Hilfe, denn viele Unternehmer haben nicht der Forderung Rechnung getragen, dass die <sup>Wahl</sup>Wahlanlageblätter rechtzeitig an die Sozialversicherungsinstitute zurückgesendet werden. In Niederösterreich sind 15.000 nicht in den Wahllisten verzeichnet. Wir haben auch nicht die Adressen aller jener, die uns mehr oder weniger nahe stehen, um sie gleich auf einen Ruck hineinreklamieren zu können. (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen, dass die Redezeit abgelaufen ist.) Ich danke, Herr Vorsitzender, ich werde sofort schliessen.

Ich bitte nur, dass uns die Unternehmerschaft in diesem Wahlkampf unterstützt, denn es geht ja nicht nur um die politische Macht in Österreich, sondern es geht auch um die Macht in den Arbeiterkammern, im Gewerkschaftsbund und in der Sozialversicherung.

Ich möchte mit einem Wort schliessen: Wir müssen uns bewusst sein, dass im Bauernbund die alten Pioniere sind, <sup>der</sup> ~~die~~ Wirtschaftsbund soll die technische Grundlage in diesem Kampf sein und sozusagen auch die Zahlmeisterei zur Verfügung stellen, und wir vom Arbeiter- und Angestelltenbund wollen wie bisher die Sturmtruppe im <sup>politischen</sup> ~~ersten~~ Kampf gegen die Marxisten sein. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Ich mache auf eine Bestimmung der Geschäftsordnung aufmerksam. Ich habe als Vorsitzender die <sup>im-</sup>angenehme Aufgabe, die einzelnen Delegierten darauf aufmerksam zu machen, sich nach Möglichkeit an die Redezeit zu halten. Ich tue das deswegen, weil noch eine Reihe von Wortmeldungen vorliegt und wir sonst mit der Zeit nicht auskommen. Wir haben nämlich vor, die Ausschüsse sofort im Anschluss an die heutigen Beratungen zur Sitzung einzuladen, so dass der weitere Abend dann frei ist. Wir können das kaum verwirklichen, wenn immer über die vorgesehene Zeit gesprochen wird. Darf ich also bitten, das gütigst berücksichtigen zu wollen.

Zum Wort kommt Herr Dr. Lesigang.

Rechtsanwalt Dr. L e s i g a n g (Bundesschiedsgericht):

Hohe Bundesversammlung! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, wie sehr das Recht auf freie Eheschliessung das Recht jedes einzelnen ist, nämlich sich nach seinem eigenen Gewissen zu entscheiden, ob er sich kirchlich oder staatlich trauen lässt, dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes entspricht. Trotzdem findet sich in der neuesten Handausgabe des österreichischen Strafgesetzbuches noch immer ein § 67 des Personenstandgesetzes abgedruckt, ein

kleiner Teil der unseligen Rechtsprechung der Vergangenheit.

Der Herr Bundespräsident hat den Pater Gieselbert Freitag amnestiert. Pater Gieselbert Freitag hat um diese Amnestie nicht gebeten und auch keine kirchliche Stelle. Der Bundespräsident hat motu proprio, aus eigenem Antrieb, in Wahrung seiner Rechte nach der Bundesverfassung so gehandelt und den Pater Freitag amnestiert. Er hat damit für seine Person - dafür gebührt dem Herrn Bundespräsidenten heisser Dank, besonders der christlichen Bevölkerung - jenen Hoffnungen und Bemühungen applaudiert, dass dieser § 67<sup>der</sup> eine unösterreichische Bestimmung ist, baldigst aus der Handausgabe des österreichischen Strafgesetzes zu verschwinden hat.

Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, dass bei allem Dank, der dem Herrn Bundespräsidenten gebührt, dieses Verschwinden des § 67 dadurch noch nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, und er hat daran die Hoffnung geknüpft, dass sich der Nationalrat dazu baldigst entschliessen möge. Nun, die SPÖ, die KPÖ und der VdU sind zumindest nicht einhellig dieser Meinung, und so ist nicht ohne weiteres zu erwarten, dass diese Hoffnung auf diese Weise baldigst erfüllt wird.

Nun hat der Verfassungsgerichtshof, der höchste Hüter der österreichischen Rechtsordnung, in einem jüngst ergangenen

Erkenntnis erstmalig - ich wiederhole "erstmalig" - den richtunggebenden und weit vernehmlichen Grundsatz ausgesprochen, dass der § 1 - ich bitte zu entschuldigen, wenn ich Paragraphen zitiere - des Rechtsüberleitungsgesetzes vom 1. Mai 1945 ausdrücklich erklärt, dass alle Normen, die während der deutschen Besetzung vom 13. März bis zum 10. April 1945 eingeführt wurden, ausnahmslos, und ohne dass es einer weiteren Kundmachung bedarf, von den betreffenden - bitte, das Wort zu entschuldigen - "kleinen Bezirksrichtern" und "kleinen Bezirkshauptleuten", *die solche Normen* anwenden wollen, zu überprüfen sind, ob diese nationalsozialistisches Gedankengut enthalten oder dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprechen, widrigenfalls der beteiligte Richter oder der betreffende Bezirkshauptmann verpflichtet ist, diese Norm nicht mehr als Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung anzusehen. Dies sind die Worte des österreichischen Verfassungsgerichtshofes.

~~Das sind die Worte des Verfassungsgerichtshofes.~~

Dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist ziemlich knapp vor dem Urteil in Leoben ergangen. Es war in der Öffentlichkeit noch nirgends bekannt. Es war auch den Juristen noch nicht bekannt, weil eben alles in der Welt seine Zeit braucht und weil man nicht die Zeit hat, jeden Tag jedes einzelne Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu studieren.

Nun, die Fristen sind versäumt, und die Katholische Aktion ist bemüht, diese Fristversäumnis in irgendeiner Form zu sanieren. Ich will den Hohen Bundesparteitag nicht mit den Modalitäten, die es da gibt - und es gibt eine ganze Reihe - molestieren. Ich will hier nur darauf hinweisen, dass es Möglichkeiten gibt.

Höher Bundesparteitag! Sie wollen sicher wissen, warum ich das ganze hier vorbringe. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen: Eines kann uns die Gegenseite nicht abstreiten, das ist klar: Die Österreichische Volkspartei hat den stolzen Namen Österreichische Volkspartei. Es ist nicht das Gleiche, ob man sich Österreichische Volkspartei oder ob man sich Sozialistische Partei Österreichs nennt. Jeder, der die deutsche Sprache beherrscht, wird sagen: das ist nicht das Gleiche. In dem einen Fall steht zuerst "Österreich" und im anderen Fall steht zuerst "Partei". Für uns kommt zuerst Österreich und dann die Partei und nicht zuerst die Partei und dann Österreich.

Wenn nun die obersten Gerichtshöfe - der Verfassungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof -, was wir hoffen wollen, baldigst in die Lage kommen, sich darüber ein Urteil zu bilden, ob das österreichische Rechtsempfinden dafür ist, dann bitte ich Sie, meine Damen und Herren, diesem ihrem österreichischen Rechtsempfinden in dieser Richtung so weit als möglich Ausdruck zu verleihen, dann wird auch die Magna Mater Austriae, wie es auf den Fünfschillingstücken geheissen hat, ihren Beistand nicht versagen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Frau Dr. Alma Motzko hat das Wort. Die nächste Rednerin ist dann Frau Nationalrätin ~~Geste~~ Rehor.

Dr. Alma M o t z k o (Geschäftsführerin des Österreichischen Wohlfahrtsdienstes, mit Beifall begrüsst): Hoher Bundespartei-tag! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär hat in seinem Referat schon erwähnt, dass unsere Partei auch Fürsorgeaufgaben zu erfüllen hat, er hat den Wohlfahrtsdienst und das Kinderrettungswerk genannt. Erlauben Sie mir ein paar kurze Worte dazu.

Wer jetzt durch die Wiener Strassen geht und die Wahlpropaganda der Sozialistischen Partei verfolgt, der sieht, dass sie sich vornehmlich auf die Fürsorgetätigkeit bezieht. Sie zeigt auf, was die Gemeinde Wien alles an Fürsorgearbeiten leistet. Die Menschen bleiben stehen. Die grosse Masse der politisch nicht bestimmten und nicht geschulten Menschen bleibt stehen, und die einen sagen: "Sehr schön, sehr nett!" Die es nicht brauchen, sagen: "Sehr schön, die haben ein Herz für die Leute!" Die es brauchen, sagen gleichfalls: "Sehr ~~nett~~ schön, die haben ein Herz für die Leute!" Sehen Sie: Die Fürsorge spricht die Menschen an, sie spricht sie ungeheuer stark an. Das ist eine Tatsache, und mit ihr müssen wir rechnen.

Die Sozialisten haben das schon immer sehr gut verstanden und haben sich die Fürsorge zu ihrem besten Instrument gestaltet, auch in der früheren Zeit schon, als Sozialdemokratische Partei, in einer Zeit, in der man sonst noch auf dem Standpunkt gestanden ist: Eine politische Partei hat mit Fürsorge nichts zu tun!

Damals haben die Sozialdemokraten schon ihre Kinderfreunde-  
bewegung und ihre Volkshilfe ausgebildet und heute so stark  
gemacht - bitte, nehmen Sie das nicht als eine Übertreibung -,  
dass sie bis ins letzte Dorf hinaus arbeiten. Einen Grossteil  
ihrer Wahlerfolge haben sie immer wieder ihrer Fürsorgearbeit zu  
verdanken.

Auch die ÖVP braucht die Fürsorgearbeit. Setzen wir uns end-  
lich mit dem Gedanken auseinander, dass es eine Notwendigkeit  
ist, <sup>die</sup> /im Rahmen der Parteiarbeit Beachtung finden muss. Für-  
sorge brauchen die Menschen, die Alten, die Kranken, für die die  
öffentliche Fürsorge nicht ausreicht, Fürsorge brauchen auch die  
Kinder aus den zerstörten Familien.

Fürsorge braucht die Jugend, die so schwer um den Weg ins Leben ringt, Fürsorge brauchen die vielen, die zwischen den Paragraphen durchfallen, und Fürsorge brauchen die vielen Leute, die keine Hoffnung mehr haben, in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden, die für einen Arbeitsposten zu alt und für eine Rente oder Dauerunterstützung zu jung sind. Sie brauchen die Fürsorge, und wir müssen uns um sie kümmern. Und Fürsorge braucht die Partei um ihrer selbst willen. Es ist heute so, dass die Menschen mit allen Wünschen, die sie haben, zur Partei kommen und von ihr Hilfe in allen Lebenslagen verlangen. Durch die Fürsorge kann die Partei die tiefe Verankerung in der Masse derer finden, die immer irgendwie von einem Notstand gequält sind. Die Partei braucht Fürsorge.

Die Partei hat darum schon vor Jahren, wie auch auf den letzten Parteitag immer wieder betont wurde, den Österreichischen Wohlfahrtsdienst geschaffen, der die Zusammenfassung aller in der Partei mit Fürsorge befassten Stellen und Gliederungen ist. Der Wohlfahrtsdienst ist keine neue Richtung, kein neuer Verein, keine neue Gliederung oder Gruppe neben den anderen, er ist nur die Dachorganisation, die Zusammenfassung, er ist die Koordinierung aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Fürsorge in der Partei; er ist der gemeinsame Beratungstisch, an dem sich alle zusammenfinden, die mit der Fürsorge befasst sind.

Da ist vor allem das Kinderrettungswerk, das im letzten Sommer wiederholt vorbildliche Arbeit geleistet hat und das in den Ländern noch immer nicht die Unterstützung und Förderung findet, die es verdient und braucht, um eine wirkliche Bewegung der Kinderfürsorge und der Erziehung der Kinder zum österreichischen, zum christlichen Gedanken zu werden.

Da ist die Frauenbewegung, die ein ungeheures Mass an Fürsorgearbeit leistet, nicht nur in ihren grossen ~~Organisationen~~ <sup>Aktionen</sup>, sondern auch in den zahllosen Einzelfällen, in denen sie die notleidenden Menschen betreut. Da ist die Österreichische Jugendbewegung, die für alle ihre Anhänger und Mitglieder Hilfe schafft, die Existenzgrundlage sichert, Berufs- und Studienhilfe gewährt, die ihnen in unzähligen menschlichen und seelischen Nöten helfen muss. Da ist die Studentenhilfe, die immer wieder jungen und begabten Menschen helfen muss, damit sie durchs Studium kommen, ohne zu verhungern, und den Weg zu einem akademischen Beruf finden können. Da sind die Heimatvertriebenen, das ist der Rentnerbund. Diese alle sitzen am gemeinsamen Beratungstisch des Wohlfahrtsdienstes, und dort werden Erfahrungen ausgetauscht. Das ist ungeheuer bereichernd und befruchtend. Dabei wird eine gemeinsame Zielsetzung gesucht, die grosse Zielsetzung der gemeinsamen Fürsorgepolitik ausgearbeitet und eine gemeinsame Information durchgeführt, wie sie der Österreichische Wohlfahrtsdienst durch sein Blatt "Der Wohlfahrtsdienst" gibt. Dieses Blatt wird den mit der Sozialarbeit und mit der Fürsorge Beschäftigten gratis zugeschickt.

Der Österreichische Wohlfahrtsdienst ist die Zusammenfassung des Wohlfahrtsdienstes der einzelnen Länder, und dort, wo er Fuss gefasst hat, hat er Kraft. Diese Koordinierung, diese Zusammenfassung, bietet tatsächlich eine unerhörte Stärkung der Fürsorgeleistungen und ist nicht mehr wegzudenken.

Diese Koordinierung darf nicht auf die verschiedenen Gruppen in den Ländern beschränkt sein, sie muss in einem gesamtösterreichischen Rahmen erfolgen, das ist der Österreichische Wohlfahrts-

dienst. Wir müssen überhaupt in unserer Partei den gesamtösterreichischen Gedanken stark und noch stärker betonen. Er ist auch für die Fürsorgearbeit notwendig. Es gibt eine gemeinsame Zielsetzung, die immer wieder in Enqueten, Beratungen, Berichten, auf Tagungen und bei Arbeitsberatungen herausgearbeitet wird; es gibt bei gesamtösterreichischen Aufgaben eine gemeinsame Vertretung, die auch für unsere Fürsorgebelange notwendig ist.

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie dabei wichtige Funktionen ausüben! Lassen Sie sich das alles durch den Kopf gehen und verstehen Sie, dass die Österreichische Volkspartei einer stark durchgebildeten Fürsorgearbeit und -organisation nicht mehr entraten kann, dass auch sie in der Fürsorgearbeit ein ganz wertvolles und durchschlagskräftiges Instrument ihrer Werbearbeit finden wird. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, haben Sie ein Herz auch für den Wohlfahrtsdienst, und wenn Sie jetzt nach Hause kommen, dann schreiben Sie auf Ihre Tagesordnung für die nächste Beratung: 1. Punkt: Die Fürsorgeaufgabe der Partei, die Organisation, der Ausbau und die Förderung des ÖWD. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Das Wort hat Frau

Nationalrat Rehor.

Nationalrat Grete R e h o r (ÖAAB): Hoher Bundespartei- tag! Die Österreichische Volkspartei legt heute an diesem Tag eine stolze Bilanz über ihre Erfolge in den letzten zwei Jahren in den gesetzgebenden Körperschaften, in der Wirtschaft und im gesamten Leben unseres Staates und Volkes. Ich möchte mich kurz fassen, aber doch hier auf diesem Bundespartei- tag an die Vertreter der Landwirtschaft, an die Vertreter der Privatwirtschaft und auch an die der öffentlichen Hand einen Appell richten.

Wenn heute davon gesprochen wird, dass wir einen Höchst- beschäftigtenstand in unserem Land aufweisen, dass wir ab 1. Jänner dieses Jahres ein Steuermilderungsgesetz durchsetzen konnten, dass es für die Angestellten- und für die Arbeiter- rentner eine Rentenverbesserung gibt, wenn weiter darüber ge- sprochen worden ist, dass ein Jugendeinstellungsgesetz die Jugend, zumindest zum wesentlichen Teil, in den Arbeitsprozess bringen konnte, dass es für die Angestellten im öffentlichen Dienst eine Entnivellierung vorzeitig für heuer und vielleicht auch für das nächste Jahr geben wird, und wenn noch eine Reihe anderer Fragen, Kardinalfragen unseres Volkes, als gelöst auf- scheinen, so ist das wahrhaft, wie ich sagte, eine stolze, aber auch eine erfreuliche Bilanz, die wir heute hier hören und dem österreichischen Volk vorlegen können.

Aber ich möchte doch meinen Appell hier vorbringen, weil es in der Geschichte unserer Partei, vielleicht auch in der Geschichte der Rechtsparteien in anderen Ländern nicht einmalig ist, dass sie stolze Erfolge gelegentlich selbst beeinträchtigen. Ich bitte, das, was ich nunmehr sage, nicht übel nehmen zu wollen, aber ich weiss mich mit den Ausführungen, die ich Ihnen darlege, eins mit tausenden Müttern und Frauen unseres Volkes, die in den letzten Wochen und Monaten mit grosser Sorge die Preisentwicklung in unserem Lande sehen und unliebsam zu spüren bekamen.

Ich will nicht missverstanden werden, wenn ich an alle Vertreter der Landwirtschaft, der Privatwirtschaft, aber nicht zuletzt auch an die Vertreter der öffentlichen Hand die Bitte richte: Haltet Mass in der Preisgestaltung! Es werden auch das die vielen tausende Mütter und Frauen unseres Landes loben und anerkennen, denn alle Steuerermässigung, alle anderen Erfolge in der Beschäftigungspolitik, usw. werden vielleicht zum Teil hinfällig, wenn es, wie in den letzten Wochen und Monaten, zu einer ungünstigen Preisentwicklung in unserem Land führte oder weiter führt. (Zustimmung.)

Ich hoffe, dass dieser unser Appell nicht ungehört bleibt, und ich möchte mir erlauben, nur ganz kurz noch ein anderes

Anliegen vorzutragen. Es ist heute darüber gesprochen worden, dass das Jugendeinstellungsgesetz verlängert werden muss. Heuer sind noch tausende Mädchen ausserhalb der Arbeitsplätze geblieben. Ich möchte diesen Bundesparteitag nicht vorübergehen lassen, ohne an die Vertreter der Wirtschaft ebenso den Appell zu richten, nicht zuletzt daran zu denken, dass eben die Struktur unseres Landes eine solche ist, dass mehr Mädchen als Burschen einen Arbeitsplatz anstreben müssen. Nicht nur aus dem Grunde, dass eben jeder Mensch das Recht auf Arbeit hat, ist es eine zwingende Notwendigkeit, dass auch die Mädchen in den Arbeitsprozess Eingang finden, sondern auch aus den Gründen der Moral und der gesunden Entwicklung unserer Familie.

Ich möchte noch etwas anderes sagen und bin damit am Schlusse meiner Ausführungen: Es gab gelegentlich der Diskussion hier am Bundesparteitag eine Polemik gegen den Österreichischen Gewerkschaftsbund. Ich weiss, ich brauche meinem Nachredner, dem Vizepräsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, nicht Vorreiterin sein. Aber ich möchte aus meiner eigenen jahrelangen, vielleicht darf ich sagen jahrzehntelangen Erfahrung in der Tätigkeit in der Gewerkschaft folgendes sagen - und es ist dies eine Erkenntnis, gesammelt von jedem Mann oder jeder Frau, die überhaupt jemals im Organisationsleben gestanden ist, gleich in welcher Organisation immer - :Polemik allein nützt nichts! Drinnen stehen, mitarbeiten, Positionen erobern (Beifall), und dann haben wir die Möglichkeit, aus dem sogenannten roten Gewerkschaftsbund - das gleiche gilt für die Arbeiterkammern - einen Gewerkschaftsbund zu schaffen und Arbeiterkammern in Österreich zu schaffen, die nicht das Prädikat "rot" tragen, sondern wo gemeinsame Arbeit geleistet wird, ähnlich, wie sie in anderen Körperschaften besteht und die wir mit dem Fremdwort eine "getragene Koalition" bezeichnen.

Wenn Sie hier mithelfen, alle Delegierten, dann werden wir auch diese schwere, sehr schwere Arbeit erfolgreich beenden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Herr Minister Altenburger hat das Wort. Nächste Rednerin ist Frau Nationalrat Solar.

Nationalrat Altenburger (ÖAAB): Hoher Bundesparteitag und Delegierte in den Rängen und Gängen des Parteitages! Der Herr Landeshauptmann Gleissner sprach von einem Parteitag des Vertrauens. Diese Parole des Vertrauens ist die Grundlage, die wir innerhalb der Partei nicht nur benötigen, sondern die in Zukunft die Entscheidung bringen wird.

Heute ist der Sozialismus nicht nur morsch geworden, sondern die Sozialisten sind durch das ewige Rückwärtsschauen zu einer Salzsäure erstarrt. Sie sind nicht mehr Bewegung, sie sind nur noch Organisation. Wohin sollen sich die Arbeiter und Angestellten nun wenden? Wo sehen sie ihren Halt? Sind nicht wir es innerhalb der Volkspartei, die die Erkenntnis hinaustragen, dass die Arbeiterschaft nur dort gesichert ist, wo eine starke Partei für die Freiheit und auch für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten nicht nur eintritt, sondern auch befähigt ist, sie durchzusetzen? Können wir nicht stolz sein über den Bericht des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Generalsekretärs? Ist es nicht interessant, dass wir der Vollbeschäftigung nahe sind, während noch vor wenigen Monaten der Sozialminister Maisel mit seinen Ziffern über die Arbeitslosigkeit aufgetreten ist, während heute derselbe Sozialminister rufen muss:

"Keine Überstunden!" und derselbe Sozialminister einsehen muss, dass er gar nicht mehr imstande ist, die entsprechenden

Facharbeitkräfte durch seine Arbeitsämter zur Vermittlung zu bringen? Die Sozialisten werden aus Demagogie - so, wie sie es in der Rentenfrage getan haben - noch von einer Arbeitslosigkeit sprechen, wenn überhaupt kein Arbeitsloser mehr in Österreich vorhanden ist. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Werte Frauen und Männer! Diese Demagogie spürt auch die Arbeiterschaft, spürt auch die Angestelltenschaft. Kein Schwindel im Rahmen des Gewerkschaftsbundes mit den Zahlen der Betriebsräte kann es wegwischen, dass wir nicht nur als Fraktion christlicher Gewerkschafter, sondern auch als Arbeiter- und Angestelltenbund bei den Betriebsratswahlen entscheidende Fortschritte errichten. Zeigen Sie mir eine sozialistische Bewegung, die wie wir bei den Personalvertretungswahlen Post und Telegraph derartige Erfolge erzielen konnte!

Ja, innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft ist ein neuer Geist, ein Suchen nach der Bewegung, zu der sie Vertrauen haben kann. Wir haben nicht nur die Aufgabe, dieses Vertrauen zu gewinnen und in den Rahmen der grossen Volkspartei einzubauen, wir haben auch ein Recht, auf jene Bewegung zu sehen, die die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten in Österreich zu vertreten hat, auf den Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaften wird es immer geben, darüber kann keine Meinungsverschiedenheit sein. An der Frage des Geistes in der Gewerkschaftsbewegung kann die Partei, kann eine christliche Volksbewegung, können wir nicht achtlos vorübergehen. Wer ist zufrieden mit dem Geist, der heute durch eine sozialistische Mehrheit in den Arbeiterkammern und im Gewerkschaftsbund herrscht? Ihn zu ändern, ist unsere Aufgabe. Und wir können ihn ändern, weil heute nicht nur die Geistigkeit festgerannt ist, sondern weil die Arbeiter- und Angestelltenschaft gespürt hat, dass über die Doktrinen des Marxismus der Vergangenheit hinaus etwas Neues kommen muss.

Wo steht denn der Kapitalismus heute? Ist in Österreich noch ein Kapitalismus in der Form vorhanden, wie ihn die Sozialisten bei der Arbeiterschaft anzuprangern versuchen? Wer ist der grösste Kapitalist? Ist es nicht die verstaatlichte Industrie? Ist es nicht die Gemeinde Wien? Und ich frage Sie ganz offen, verehrte Delegierte Wie viele selbständige Arbeitgeber mit eigenem Familienbesitz, mit ihrem persönlichen Eigentum sind überhaupt noch vorhanden, und wer ist heute nicht von den Krediten, von den Banken abhängig geworden? Wir sehen die Verwandlung.

Nunmehr kommt es darauf an, nach der Aufteilung der Armut zur Verteilung des Wohlstandes zu kommen und ihn zu erhalten. In diesem Rahmen der Verteilung des Wohlstandes müssen wir durch die Gewerkschaftsarbeit zu einer anderen Lohnpolitik, zu anderen Formen, zum gerechten Anteil an den Erträgnissen der Arbeit kommen.

Dieser Weg wird niemals vom Sozialismus abzuleiten sein. Er wird dort kommen, wo die Freiheit ruht, er wird dort kommen, wo die Eigentumbildung gewahrt wird, er wird dort kommen, wo die persönliche Freiheit verwirklicht wird, nicht das Kollektiv, sondern die persönliche Freiheit. Wir müssen herauswachsen aus dieser Enge und müssen hineinwachsen zur Mitverantwortung innerhalb des Betriebes, zur Mitarbeit an der Schaffung jenes gesunden Eigentums, das die Menschheit wieder verselbständigt und frei macht von der Abhängigkeit, sei es des Staates, sei es der Sozialistischen Partei oder sei es anderer Organisationen. Hier, meine Frauen und Männer, ist ein grosses offenes Gebiet.

Übersehen wir nicht, dass wir langsam in den Grossbetrieben, dass wir langsam in den sozialistischen Hochburgen mit unserer Geistigkeit durchkommen, dass aber daneben manche anfällig sind, das sind die kleineren Betriebe, das sind die kleineren Gemeinschaften. Und ich frage ganz offen, und wir müssen uns als Partei damit beschäftigen: Wo sind die Arbeitgeber, die nicht nur Arbeit geben, sondern auch imstande sind, die Menschen innerhalb des Betriebes, die Menschen in der Gemeinschaft, diese Arbeiter zu einer Einstellung zu erziehen, die wir als Christen anerkennen und nicht nur für uns als Arbeiter- und Angestelltenbund, sondern für die gesamte Partei verteidigen wollen! Es ist ihre Aufgabe,

1/1825 Wo 3

innerhalb des Betriebes auch erzieherisch zu wirken und nicht nur Arbeitgeber im Sinne des Arbeitgebens, sondern auch Führer der Personen zu sein.

Wenn wir so zusammenarbeiten, wenn wir so die Bruchlinie verstehen, die durch den Sozialismus zieht, wenn wir es so verstehen, innerhalb des Gewerkschaftsbundes die neue Geistigkeit mit allen Unannehmlichkeiten, die daraus entstehen, zu tragen, wenn Sie mithelfen, dem Appell der Kollegin Rehor <sup>folgend:</sup> nicht nur gute Lehren und Weisheiten zu geben, sondern selbst einzutreten und die Kraft der Volkspartei zu stärken, dann habe ich keine Sorge; denn wir wissen; Wenn immer mehr und mehr Unselbständige sind, die Freiheit dieser Unselbständigen, die Stärke der Gemeinschaft, sie ruhen und sind gesichert in der Volkspartei.

So wollen wir in der Gewerkschaft arbeiten, so wollen wir im Arbeiter-und Angestelltenbund, so wollen wir insgesamt als Österreichische Volkspartei arbeiten, für die Freiheit Österreichs, aber auch für die Freiheit der einzelnen Arbeitnehmer, um zu einer gerechten Verteilung des Wohlstandes zu gelangen, zur freien Persönlichkeit, zu jenem Stückchen Glück, auf das wir alle Recht und Anspruch haben, zu jenem Stück des Lebens und damit der Bejahung des Lebens und ~~auch~~ der Bejahung der Partei, die dieses Leben sichert und für die Freiheit dieses Lebens kämpft! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h: Die Abgeordnete Solar hat das Wort. Inzwischen hat sich Dr. Hans Wollinger zum Wort gemeldet. Ich nehme an, dass er der letzte Redner ist.

Nationalrat Lola S o l a r: Hoher Bundesparteitag !  
Wenn ich mich als Frau und Frauenvertreterin oder als letzte Rednerin, wie ich vorhin gedacht habe, zu Wort melde, so soll es ein Appell an das Gewissen der Parteiarbeit sein; denn es gilt, den Appell nicht nur an die Spitzenfunktionäre der Partei zu richten, sondern bis in das Dorf hinaus, bis in jede der Ortsgruppen, die heute mitunter der Frauenarbeit noch viele Hindernisse entgegenstellen. Ich stehe hier ~~nicht~~ als Vertreterin der Mehrheit dieser Partei (lebhaftes Zustimmung~~x~~),

Wenn in unserem Volk haben die Frauen an den Wählerstimmen einen Anteil von 57 Prozent.

Meine sehr Verehrten! Hoher Bundesparteitag! Bedenken Sie, dass die Entwicklung der letzten Jahrzehnte das Antlitz der Erde veränderte und die Menschen umformte. Aber so gewaltig, so revolutionierend, wie diese vielen Komponenten der Entwicklung in das Frauenleben eingedrungen sind und das Frauenleben umgestaltet haben, dringen sie sonst nirgends ein. Wir dürfen niemals die Entwicklung übersehen, im Gegenteil, wer eine solche Entwicklung nicht beachtet, der gibt sich selbst den Dolchstoß. Wer an einer solchen Entwicklung vorbeigeht, der erkennt nicht die Gegenwart und noch weniger die Zukunft. Und der weiss nicht, wie das Morgen aussieht, der bleibt im ewig Gestrigen stecken. Die Entwicklung im Frauenleben bringt Fortschritt, aber auch nicht selten Gefahr. Dieser Erkenntnis darf sich daher gerade eine Partei der Verantwortung, wie die Österreichische Volkspartei, die sich Partei der Wahrheit nennt, nicht verschliessen, jene Partei, die schliesslich das Morgen unserer österreichischen Heimat bauen muss und bauen wird.

Ich bin durchaus nicht der Ansicht, dass wir alles von unseren männlichen Kollegen erwarten müssen, erwarten sollen,

im Gegenteil, wir wollen die Probleme selbst meistern, und wie es unser Bundeskanzler auf unserem letzten Bundespartei-tag gesagt hat: "Das, was ihr aus euch macht, das werdet ihr sein!", das werden wir befolgen, weil wir es befolgen wollen.

Darum sind wir überzeugt, dass wir Frauen unsere Arbeit leisten können. Aber lasst uns arbeiten und legt uns nicht Fesseln und Hindernisse in den Weg, wie dies heute noch so oft geschieht. Ich bin überzeugt, wenn die Frauen an der Arbeit sind und wenn alle Gruppen die Frauen arbeiten lassen, dann können wir 60 Prozent der Bevölkerung in die Reihen der Österreichischen Volkspartei bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Frauen und Hoher Bundesparteitag! Es wurde heute schon so viel über die Zukunft gesagt und das Wort erwähnt: "Wer die Jugend hat, hat die Zukunft." Sicherlich ist das ein Wahrwort. Wir wollen aber gerade unseren Frauen sagen: Die Frauen tragen das Leben, und wir wissen von unseren gegnerischen Frauenbewegungen, dass sie dieses Leben nicht erhalten, sondern töten wollen. Darin liegt die Gefahr der Frauenemanzipation, die wir aufhalten wollen, weil wir dem Leben dienen. Wer die Frauen hat, der hat das Leben, wer die Frauen hat, der hat die Jugend und der hat darum die Zukunft doppelt. (Starker anhaltender Beifall.)

Landespartei sekretär Dr. W o l l i n g e r (Geschäftsführender Präsident des Österreichischen Akademikerbundes): Hoher Bundesparteitag! Die führenden Männer unserer Partei konnten in ihren grundsätzlichen Referaten mit Stolz darauf hinweisen, dass durch die richtige Politik der Stabilisierung unserer Währung alle Schichten unserer Bevölkerung eine Besserung ihres Lebensstandards erfahren haben. Es wäre eine Sünde ~~gegenüber~~ wider den Geist, wenn man diesen Bundesparteitag vorübergehen liesse, diese machtvolle Kundgebung unserer Partei, ohne darauf hinzuweisen, dass ein Stand an dieser Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards am wenigsten mit Anteil genommen hat, nämlich der Akademikerstand.

Meine Damen und Herren! Über die Not des Akademikers, über die Missachtung und Unterbewertung der geistigen Arbeit wurde in den letzten Monaten und Jahren fast täglich geschrieben und gesprochen, und Sie als Funktionäre der Partei haben sicherlich täglich Gelegenheit, sich von der Not der akademischen Berufe überzeugen zu können.

2/1835 W 2

Ich will Sie daher nicht mit Einzelheiten belasten, sondern bitte Sie nur um Ihre Zustimmung, dass in der allgemeinen Resolution, die vermutlich gefasst werden wird, auch auf diese besonders dringliche Frage hingewiesen wird. Feststeht die Tatsache, dass die Zersplitterung der Akademiker bürgerlicher Geistesrichtung und der Mangel jedweder Organisation das dringende Bedürfnis nach einer Zusammenfassung der Akademiker bürgerlicher Richtung erstehen liess. Um diesem Bedürfnis zu entsprechen, wurde vor nunmehr eineinhalb Jahren der Österreichische Akademikerbund gegründet.

Ich möchte den ersten Bundesparteitag, an dem die Vertreter des Akademikerbundes als Delegierte mit Sitz und Stimme anwesend sein können, weil die Bundesparteileitung den Akademikerbund als Zweckverband der Österreichischen Volkspartei anerkannt hat, nicht vorübergehen lassen, ohne den besonderen Dank an den Herrn Bundesparteiobmann und den Herrn Generalsekretär zum Ausdruck zu bringen für das grosse Verständnis und für die Unterstützung, die sie den Akademikern vom ersten Tage ihrer Zusammenfassung im Akademikerbund an gewährt haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur ganz kurz mitteilen, dass die Organisation inzwischen gewachsen ist, dass sie in fünf Bundesländern eigene Landesverbände besitzt. Ich benütze die Gelegenheit aber auch, um ~~an~~ <sup>an die</sup> hier anwesenden Vertreter~~n~~ der übrigen vier Bundesländer zu appellieren, die Konstituierung des dortigen Landesverbandes schnellstens in die Wege zu leiten.

Ich danke nochmals namens der Akademikerschaft der Bundesparteileitung für die ideelle und materielle Unterstützung und appelliere an Sie alle, meine Delegierten, an die Mandatäre und Funktionäre besonders in den gesetzgebenden Körperschaften, sich auch im besonderen der grossen Not des Akademikerstandes bewusst zu sein und bei kommenden Massnahmen zur Verbesserung des Loses der Akademiker beizutragen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. G o r b a c h : Die Sorgen, von denen der Herr Dr. Wollinger gesprochen hat, sind auch der Österreichischen Volkspartei und ihrer Leitung wohlbekannt. Ich glaube, dass wir diesem Problem unser besonderes Interesse zuwenden müssen und die Aufgabe haben, hier in geeigneter Form Abhilfe zu schaffen. Sei versichert, lieber Freund Wollinger, dass sich die zuständigen Ausschüsse sicherlich mit dieser Frage befassen ~~müssen~~ und wenn irgend möglich in der Resolution darauf zurückkommen werden.

Die Rednerliste ist erschöpft. Meine Frauen und Herren! Ich danke allen Debatterednern für ihre Sachlichkeit und für die Ruhe ihrer Argumentation.

Ich teile Ihnen mit, dass, wie ich schon vorhin angekündigt habe, die Ausschüsse sofort im Anschluss an die jetzige Sitzung tagen, und zwar der Kulturpolitische Ausschuss im Beratungszimmer II, der Volkswirtschaftliche Ausschuss im Jägerstüberl, der Parteipolitische Ausschuss im Weinstüberl - das soll nicht symptomatisch sein - <sup>(Heiterkeit)</sup> und der Politische Ausschuss im Beratungszimmer I.

Die Verhandlungen des Bundesparteitages sind damit unterbrochen. Sie werden morgen um 9 Uhr fortgesetzt. Ich bitte um Ihr pünktliches Erscheinen.

Schluss der Nachmittagsverhandlungen: 18 Uhr 45 Minuten

Stenographisches Protokoll

des

5. Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

2. Tag

Abgehalten am 16. und 17. September 1954 in Wien, Sofiensäle

Wiederaufnahme der Verhandlungen des Bundesparteitages am

9 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende Frieda Mikola Wir nehmen die Verhandlungen wieder auf. Wir haben die Ehre, heute einen neuen lieben Gast zu begrüßen, den Generalsekretär unserer Bruderpartei in Luxemburg, Herrn Pierre Grégoire. (Beifall.) Ich bitte den Herrn Generalsekretär, das Wort zu ergreifen.

Generalsekretär Grégoire (Luxemburg)(mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das kleine Luxemburg grüßt das grössere Österreich! (Beifall.) Die starke Christlichsoziale Landespartei von Luxemburg grüßt die stärkere Österreichische Volkspartei! (Erneuter Beifall.)

Es mag Ihnen vielleicht überheblich erscheinen, wenn der Vertreter eines ganz kleinen Volkes hier das Wort ergreift, aber, meine Damen und Herren, wir ersetzen das, was uns an territorialer Grösse abgeht, durch eine Zugabe an Herz, genau so wie das österreichische Volk seit 1918 das, was ihm verlorengegangen ist nach aussen hin, ersetzt hat durch eine Zugabe, und zwar eine starke Zugabe an Geist und Herz.

Wir haben zugleich eines gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei seit 1945, das ist die Verantwortung in der Führung, nicht nur was die Vergangenheit anlangt, so wie das aus dem Werk meines väterlichen Kollegen Dr. Friedrich Funder hervorgeht; und ich erlaube mir diesen Pionier des christlichen Gedankens hier zu begrüßen nicht nur als solchen, sondern vor allem als eine Zierde des internationalen katholischen Journalismus. (Beifall.)

Aus dem Werk dieses grossen Mannes geht hervor, dass in der Vergangenheit die Geschichte der Christlichsozialen Volkspartei Luxemburgs identisch ist mit derjenigen unserer österreichischen Brüder, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart, und ich möchte in diesem Augenblick das Wort "Verantwortung" besonders betonen, denn die Verantwortung ist grösser, als wir vielleicht annehmen.

Vielleicht darf ich Ihnen da rasch eine kleine Anekdote erzählen, die sich nicht <sup>nur</sup> irgendwo in einem Land Westeuropas, ~~zutragen hat~~, sondern die sich allüberall zutragen könnte, und in diesem Augenblick stelle ich mir vor, dass es in Österreich passiert ist. Ein Liberaler und ein Marxist stehen beisammen und sehen einen Dritten auf sich zukommen. Der Liberale möchte den Ankömmling dem Marxisten vorstellen und sagt, er sei der Vertreter der Christlichsozialen. Und der Christlichsoziale aus Österreich, der vielleicht unser guter lieber Freund Dr. Figl sein könnte, sagt, nachdem er gehört hat, dass der Liberale dem Marxisten über die Christlichsozialen gesagt hat; „Das sind die, die könnten, wenn sie möchten,“ replizierend in seiner Antwort, die zwischen Humor und Ironie liegt; „Ja freilich, bei Ihnen ist das umgekehrt!“

Und wenn ich sage "Wollen" und "Können" dann scheint das für uns Christlichsoziale ein ganz bestimmtes Ziel zu sein. Dieses Ziel muss uns heute stärker als je zuvor vor Augen stehen, denn wir haben es erlebt, besonders bei unseren Gegnern, dass die Zerfahrenheit im Denken zu einer Verfahrenheit in der Situation führen kann. Sie selbst, meine Freunde, haben das vor allem vor 1919 erlebt. Wir sind fähig, in diesem

2/920 Schö 1

Augenblick das zu verwirklichen, was sich der Marxist vorstellte, als er seinen Ausspruch tat.

Wir haben jetzt den Augenblick zu erfassen, denn wir leben in einer Stunde, die ich die Gnadenstunde des Abendlandes nennen möchte. Und wenn ich sage das "Abendland", meine ich das christliche Abendland. Allerdings ist diese Gnadenstunde für uns christlich bewusste Menschen nicht dadurch zu erfassen, daß wir uns auf das einfache Kreuz beschränken. Wir müssen laborantes et orantes werden, und dann können wir die Aufgabe lösen, die uns aufgetragen worden ist.

Wir haben es vor kurzem erlebt, daß eine EVG wahrscheinlich begraben werden mußte. Vielleicht nicht zum größten oder kleinsten Teile aus einer gewissen Furcht vor der Geschlossenheit der christlichen Mitte in der europäischen Welt. Und dennoch: Eine militärische EVG kann zugrunde gehen und kann zerstört werden, aber eines kann man nicht zerstören, das ist die geistige EVG, die wir in Europa bilden. (Beifall.) Und ich will schon hoffen - in diesem Augenblick ganz besonders stark -, daß wir den Ausdruck dieser geistigen EVG erleben werden und daß ich als Vertreter Luxemburgs diese Gewißheit mit nach Hause nehmen kann.

Nachdem ich Einzelheiten gesehen habe, kann ich sagen: Ich bin absolut begeistert von dem, was ich gesehen habe, und werde versuchen, die Begeisterung unserer österreichischen Freunde auf Luxemburg zu übertragen, damit wir gemeinsam das große Werk des Geistes der EVG vollenden können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frieda M i k e l a i Wir danken den Vertreter unserer Bruderpartei in Luxemburg, Generalsekretär Gregoire, sehr herzlich für seine lieben Worte, und es freut uns, daß uns mit Luxemburg so viele gemeinsame Ziele und Ideale verbinden. Wir hoffen, in der Zukunft noch mehr und noch besser mit ihnen in Verbindung treten zu können. Wir bitten ihn, er möge unserer Bruderpartei in Luxemburg unsere besten und herzlichsten Grüße übermitteln.

Wir fahren in der Verhandlung fort. Zur Tagesordnung hat sich Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Generalsekretär-Stellvertreter S c h e i d l (zur Tagesordnung) Hoher Bundesparteitag! Es ist uns von verschiedenen Seiten der Wunsch gekommen, heute die Verhandlungen des Parteitages ohne Mittagspause durchzuführen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß dadurch die Redefreiheit auf dem Parteitag eingeschränkt werden soll. Es bleibt trotzdem jedermann unbenommen, sich zu Wort zu melden. Wenn die Redner die Redezeit <sup>regelmäßig</sup> einhalten und sich in ihren Ausführungen auf das Wesentliche beschränken, was sie vorzubringen haben, wird dennoch eine rege und fruchtbare Debatte möglich sein.

Auf alle Fälle würden wir, wenn der Parteitag diesen Vorschlag billigt, die Wahlen nicht, wie vorgesehen, um 12 Uhr mittag vornehmen, sondern unmittelbar nach dem Referat des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda Graf.

Ich stelle daher hiesu den geschäftsordnungsmäßigen Antrag und bitte die Frau Vorsitzende, darüber abstimmen zu lassen.

Vorsitzende Frieda Nikel ai Wünsche jemand dem  
das Wort? - Es ist nicht der Fall.

Ich stelle an dem Parteitag die Frage, ob er mit diesem  
Vorschlag einverstanden ist, und bitte diejenigen Frauen und  
Herren, die diesem Vorschlag die Zustimmung geben, ein Zeichen  
mit der Delegiertenkarte zu geben. - Gegenprobe. - Der Vorschlag  
ist  einstimmig angenommen.

Generalsekretär-Stellvertreter S c h e i d l: Ich darf den Mitgliedern der Wahlkommissionen nochmals in Erinnerung rufen, wer Mitglied dieser Kommissionen ist:

**Kommission I:** Präsident Dr. Gerbach  
Theresa Fräss-Ehrfeld  
Präsident Linhart  
Abg. Dr. Pittermann  
Bezirksvorsteher Kuster

**Kommission II:** Landeshauptmann-Stellvertreter Hasenauer  
Abg. Dr. Oberhofer  
Direktor Straub  
Organisationsreferent Stohs  
Landesjugendführer Druschkowitsch

**Kommission III:** Nationalrat Cerny  
Landesleiterin Josefina Bücklinger  
Bundesrat a. D. Jochberger  
Landessekretär Thomasits und  
Gerhard Possart.

Die genannten Mitglieder der Wahlkommissionen werden gebeten, sich unmittelbar nach dem Referat des Herrn Staatssekretärs Graf in dem Wahllokal, das sich hier rechts befindet, einzufinden. Ich danke.

2/925 W 2

Vorsitzende Frieda K i k o l a : Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht des Hauptreferenten für Finanzen.

Ich ersuche den Herrn Generaldirektor Dr. Habich, seinen Bericht zu erstatten.

Generaldirektor Dr. H a b i c h : Hoher Bundespartei-tag! Ich schicke gleich voraus, dass ich mich bei meinem Bericht sehr kurz fassen werde, um Ihre Aufmerksamkeit nicht zu lang in Anspruch nehmen zu müssen. Was im allgemeinen über das Finanzreferat zu sagen ist, finden Sie in den "Österreichischen Monatsheften". Ich darf mich daher darauf beschränken, Ihnen einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Finanzreferates seit dem Jahre 1951 zu geben.

Meine Grundsätze, die mich bei der Verwaltung des Referates leiteten, waren folgende: 1. nicht mehr auszugeben, als Einnahmen zu erzielen sind; dann keine Schulden zu kontrahieren, von denen ich nicht wusste, dass ich sie sicher und in der vereinbarten Zeit auch zurückzahlen kann; 2. trotz der Belange der politischen und organisatorischen Fragen eine sparsame Wirtschaft zu führen.

Dies wurde mir dadurch ermöglicht, dass der Parteivorstand über meinen Antrag in der ersten Sitzung den Beschluss gefasst hat, dass keine Ausgaben ohne Einvernehmen mit dem Finanzreferenten getätigt werden können, ein Beschluss, der sich in der Praxis wirklich gut bewährt hat und dessen Nachahmung ich allen Finanzreferenten nur empfehlen kann.

Die Tätigkeit des Finanzreferates beschränkte sich infolge Fehlens der Finanzhoheit insbesondere und überwiegend auf die Verwaltungstätigkeit und einige Aktionen, die durchgeführt wurden, um die Finanzen zu verbessern. Sie mussten natürlich sehr vorsichtig durchgeführt werden, um nicht mit den bündischen Organisationen bzw. mit den Landesleitungen in Konflikt zu kommen.

Es ist daher verständlich, dass die Einnahmen der Bundesparteileitung, die sich ja überwiegend aus Beiträgen der bündischen Organisationen und Spenden zusammensetzen, nicht sehr gross sein konnten.

Umso bedauerlicher ist es - und ich muss das heute hier feststellen -, dass einige bündische und Landesorganisationen trotz wiederholter Mahnungen ihrer Pflicht gegenüber der Bundesparteileitung nicht nachgekommen sind, <sup>ja</sup> soweit gingen, dass sie auf Mahnschreiben nicht einmal reagiert haben.

Ein weiteres ist, dass es öfter vorgekommen ist, dass ohne Zustimmung des Finanzreferates Kompositionsgeschäfte <sup>ny</sup> zwischen Bündern und Landesparteileitungen auf Kosten der Bundesparteileitung gemacht wurden. Ich möchte daher diese Gelegenheit heute benützen, um einen ernsten Appell an die bündischen Landesorganisationen zu richten, ihrer Pflicht gegenüber der Bundesparteileitung in der Zukunft etwas gewissenhafter nachzukommen. Ich glaube, auch das gehört zum Solidarismus der Partei.

Und nun, Hoher Parteitag, darf ich Ihnen einige ziffernmässige Ergebnisse mitteilen.

Das katastrophalste Jahr für mich war das Jahr 1951. Dadurch, dass nichts vorgesorgt war für die Bundespräsidentenwahl und dass noch ein zweiter Wahlgang notwendig war, war ~~das~~ <sup>das</sup> Ergebnis der Bundespräsidentenwahl ein Defizit von ungefähr 1,5 Millionen Schilling entstanden, das durch andere Verbindlichkeiten auf 2 Millionen angewachsen ist. Ich musste daher, da ungefähr 60 bis 62 Gläubiger vorhanden waren, diese Schulden so rasch wie möglich abstoßen und konnte das nur dadurch bewerkstelligen, dass ich Wechselschulden auf meinen Namen im Betrag von immerhin 3/4 Millionen aufgenommen habe, um die Vielheit der Gläubiger wegzubringen und durch Barzahlung Abstriche zu erreichen.

Im Jahre 1952 konnte dieser Verlust bereits auf 200.000 S eingeschränkt werden. Das Jahr 1953 brachte immer noch einen Abgang in der Finanzgebarung, der aber schon wesentlich geringer war. Der Abgang beträgt trotz der Umwandlung 10.000 S. Leider wird das Jahr 1954 wieder wesentlich schlechter werden. Ich bin überzeugt, wenn die politischen Landesorganisationen ihren Pflichten nachkommen, werde ich auch das Jahr 1954 mit einem blauen Auge durchstehen können.

Und nun, Hoher Bundesparteitag, ist es mir ein Bedürfnis, den während meiner Tätigkeit amtierenden Bundesparteipobmännern für ihre tatkräftige Unterstützung, das Vertrauen, das sie mir entgegengebracht haben, und für das Interesse, das sie meinen Sorgen entgegengebracht haben, den aufrichtigsten Dank auszusprechen. Nur durch ihre Unterstützung war es mir möglich, das Referat bis heute befriedigend zu führen. Ebenso möchte ich den Beamten des Referats und den Beamten

des Generalsekretariats für ihre Unterstützung herzlich danken.

Hoher Bundesparteitag! Ich bin damit am Schluss meines Berichtes und bitte Sie, diesen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzende Frieda Mikola: Der nächste Verhandlungsgegenstand ist Punkt 11:

Bericht der Finanzprüfer des Bundesparteitages.

Ich erteile dem Herrn Vizepräsidenten Krammer das Wort.

Berichterstatler Vizepräsident Krammer: Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Damen, meine lieben Herren! In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzprüfer möchte ich Ihnen einen recht kurzen Bericht erstatten. Bevor ich aber auf meinen Bericht eingehe, möchte ich Ihnen das eine sagen; Ich habe mit Andacht den Worten meines Vorredners zugehört, und ich kann Ihnen nur versichern, dass wir seine Sorgen mit ihm eifrig geteilt haben. Wir waren uns vollständig im Bilde, was unser Finanzreferent eigentlich für die ÖVP geleistet hat. Na, 3/4 Millionen Schilling Wechsel auf seinen Namen, das allein genügt, um aufzuzeigen, mit welcher Opferfreude unser Generaldirektor Dr. Habich für die ÖVP eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.)

Und nun, meine verehrten Damen und Herren, ganz kurz der Bericht: Die Finanzprüfer des Bundesparteitages haben seit dem 3. Bundesparteitag im Jahre 1951, in welchem letztmalig ein Finanzbericht und ein Bericht der Rechnungsprüfer erstattet worden ist, die in den Bestimmungen des Bundesparteiorganisationsstatutes vorgeschriebenen Kontrollen gewissenhaft

geübt und auch von den in diesen Bestimmungen statuierten Rechten zur Vornahme von Revisionen bei Landesparteileitungen Gebrauch gemacht. Ich füge bei, dass wir neben diesen unseren Aufgaben überdies auch noch verschiedene andere Kontrollen vorgenommen haben. Über die bei allen Überprüfungen gemachten Wahrnehmungen wurden die bezüglichen Stellen der ÖVP schriftlich verständigt.

Die Gebarung der Bundesparteileitung betreffend die Jahre 1951, 1952 und 1953 wurde an Hand der Buchhaltung und der Rechnungsabschlüsse sowie auf Grund der diesen Operaten zugrunde liegenden Belege eingehend geprüft. Ferner wurde auch die laufende Gebarung des Jahres 1954 an Hand der Belege und Buchhaltungsaufzeichnungen bis in die letzten Tage einer Kontrolle unterworfen. Es haben sich hierbei keine Wahrnehmungen ergeben, die zu irgendwelchen Bedenken Anlaß geben.

Die Finanzprüfer des Bundesparteitages gestatten sich daher, dem Hohen Bundesparteitag zu beantragen, er wolle beschließen:

Dem Hauptreferenten für Finanzen wird für seine Gebarung in den Jahren 1951 bis zum Tage des diesmaligen Bundesparteitages nicht nur die Entlastung erteilt, sondern auch der heißeste Dank ausgesprochen. (Beifall.)

Vorsitzende Frieda Mikolas: Ich eröffne über den Bericht des Generaldirektors Dr. Habich und der Finanzprüfer die Debatte. Wer meldet sich zum Wort? - Herr Bundesrat Selzer.

Bundesrat Salsger: Hoher Bundesparteitag! Wir sind froh über den Herrn Finanzreferenten, Herrn Generaldirektor Dr. Habich, für die Führung der Finanzgeschäfte unserer Partei zu großem Dank verpflichtet. Es erfüllt mich aber mit besonderer Freude, daß der Herr Finanzreferent selbst den Beamten unseres Bundespartei sekretariates den Dank für ihre verständnisvolle Mitarbeit ausgesprochen hat. Ich habe aus diesem Dank recht deutlich herausgehört, daß unsere Beamtenschaft in Ge-

neralsekretariat offenbar nicht zu den materiellen Krüssussen gehört, sondern daß sie bescheiden bezahlt ist. Vielleicht entspricht das der merkwürdigen Situation, daß die angeblich kapitalistische Volkspartei monetär zu einer Partei der Überproletarier geworden ist. Aber damit allein können wir uns nicht abfinden; denn um philosophieren zu können, muß man zuerst leben.

Ich darf also heute diesen Dank im Namen der Delegierten - verzeihen Sie mir diese Überheblichkeit - den Dank an die Parteigestellten anschließen und zugleich den Wunsch und der Überzeugung Ausdruck geben, daß das, was heute noch bescheiden sein muß, vielleicht schon morgen, aber ganz sicher dann, wenn es möglich ist, aus dieser Bescheidenheit herauszukommen, in eine Entlohnung umgewandelt wird, die uns zur Feststellung berechtigt, daß der Dienst in unserer Partei zweifellos ein Dienst an Idealen und ein solcher Dienst ist, der es uns auch gestattet, diese Ideale weiter aufrechtzuerhalten und in die Zukunft hineintragen zu helfen. (Beifall.)

Vorsitzende Frieda Mikela: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es obliegt mir nun die angenehme Pflicht, dem Herrn Generaldirektor Dr. Habich den wärmsten Dank des Bundesparteitages für seine unermüdliche Mühe und die Opfer, die er selbst gebracht hat, auszusprechen. Es ist nicht leicht, so hohe Beiträge für einige Zeit auf die eigenen Schultern zu nehmen, und es ist eine noch größere Kunst, die Lücke, die entstanden ist,

2/935 Schö 3

wieder aufzufüllen. Nochmals unseren aufrichtigen Dank dem Herrn Generaldirektor und auch den Finanzprüfern, die in so umsichtiger Art und Weise die ganze Finanzgebarung der Partei überprüft haben.

Ich möchte nun den Antrag stellen, daß wir neben dem heißen Dank allen Herren, die sich um diese Sache bemüht haben, auch die Entlastung erteilen. Bitte, wer damit einverstanden ist, daß die Entlastung erteilt wird, möge die Delegiertenkarte erheben. - Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Nochmals unseren besten und aufrichtigsten Dank! (Beifall.)

Und nun übergebe ich den Vorsitz Herrn Landeshauptmann Hg.

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Ich übernehme den  
Vorsitz.

Wir gehen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Referat des Hauptreferenten für Organisation und  
Propaganda.

Über, und ich bitte den Herrn Staatssekretär, das Wort zu  
nehmen.

Staatssekretär G r a f : Hoher Bundesparteitag! Es  
wäre auf diesem Parteitag sicher angenehmer, darüber zu reden,  
was in den letzten beiden Jahren an Positivem geschehen ist,  
als in meinem Referat den undankbaren, aber notwendigen Ver-  
such zu unternehmen, die Partei auf jene Notwendigkeiten  
aufmerksam zu machen, die wir in unserer bisherigen Tätig-  
keit übersehen haben.

Wäre das Wahlresultat die Summe von Vernunft und Re-  
alität, so müsste es genügen, dem österreichischen Volk den  
Bericht, den der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanz-  
minister gestern dem Hohen Parteitag vorgelegt haben, zu prä-  
sentieren. Leider ist jedoch der Wahlausgang die Summe aller  
Stimmen: der Vernünftigen und der Unvernünftigen, der po-  
litisch Interessierten und der politisch nicht Interessierten.

Als der für die Propaganda und die Organisation unserer  
Partei Verantwortliche darf ich daher den Parteitag nicht  
mit Zahlen und Statistiken ermüden. Aufgabe des Propagandisten  
einer modernen Partei sollte es vielmehr sein, die Meinung  
jener zu hören, um deren Stimmen wir uns bei den Wahlen

bestreben, das Richtige aus dem Gehörten herauszugreifen und das Unrichtige ad absurdum zu führen, damit die Demokratie der Zweiten Republik nicht neuerlich auf eine schiefe Ebene, diesmal nach links, abrutscht. Sie werden mir sofort entgegengehalten: Eine solche Gefahr besteht doch nicht, das österreichische Volk ist doch nach den Jahren der Diktatur reif genug, um die Vor- und die Nachteile der Demokratie richtig zu erkennen. Dies mag vielleicht für den politisch interessierten Wähler Österreichs stimmen. Leider wird der Anteil dieser politisch interessierten Wähler immer kleiner. Der Einfluss einer sich unabhängig nennenden Presse, die für die Politik wenig übrig hat und die über das politische Leben, vor allem aber über die Leistungen der politischen Mandatäre recht ungern Positives berichtet, wird immer stärker. Eine Gegenüberstellung der parteifreien und der parteigebundenen Presse in Österreich ergibt - roh gesehen - das Verhältnis 2 : 1. Zu glauben, dass dieses ungünstige Verhältnis durch eine bessere, durch eine straffere Organisation der Partei allein geändert werden kann, ist falsch! Die Ursache der politischen Uninteressiertheit liegt in einer geänderten Einstellung des Grossteils der Bevölkerung, vor allem der jüngeren Generation, zu den Problemen des Lebens überhaupt.

Wenn ich jetzt vielleicht für manche die Einstellung der heutigen Generation zum Tagesgeschehen, zur Politik und auch zu den Parteien zu scharf zeichne, so habe ich bei dieser Zeichnung bereits das Trägheitsmoment mitberücksichtigt. Unangenehmes zu hören, zu erkennen und Bestehendes abzuändern.

Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen und die Menschen in Stadt und Land fordern immer mehr vom Leben und damit auch immer mehr von den Parteien und von der Politik. Vieles, was noch vor Jahren fest schien, ist zerbrochen, was unmöglich schien, ist Wirklichkeit geworden. Die Menschen von heute interessieren daher auch zeitlose Parteiprogramme nicht mehr. Ihr Interesse gilt dem Heute, vielleicht auch noch dem Morgen, dem gesicherten Arbeitsplatz, dem ausreichenden Einkommen, den Schönheiten und den Freuden des Lebens. Man will das geniessen und besitzen, was Technik und Zivilisation des 20. Jahrhunderts bieten können.

Der Sport hat breite Schichten der Bevölkerung in einem Ausmass erobert und erfasst, wie es vor Jahren nicht vorauszu- sehen war. Denken Sie zum Beispiel an die Begeisterung, mit der Deutschland seine siegreiche Fussballelf empfangen hat. München, die Stadt der Kundgebungen, bereitete dieser Fussballelf einen Empfang, wie ihn selbst Hitler in München nie erlebt hat. Aber wir brauchen gar nicht nach Deutschland blicken, bleiben wir bei uns in Österreich. Vor einigen Tagen ist ein junger, sehr sympatischer Sportler, vor einem Jahr noch völlig unbekannt, der Niederösterreichs Hollaus, bei einem Motorradrennen in Ita- lien tödlich verunglückt. Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, dass diese Nachricht innerhalb weniger Stunden das öster- reichische Volk in einem Ausmass erschüttert hat, wie ich seit vielen Jahren keinen ähnlichen Fall erlebt habe.

Die junge und auch ein Grossteil der alten Generation kennt heute jede Fussballkanone, vielleicht noch die bekann- testen Filmschauspieler, aber man kennt die wenigsten Politiker bei Namen. Die Bedeutung des Sports für die Politik hat der

Marxismus, und in den letzten Monaten besonders der Bolschewismus erkannt. Glauben Sie wirklich, dass es Zufall ist, wenn Russland in der letzten Zeit gegen seine bisherigen Gewohnheiten bei allen internationalen Sportveranstaltungen mit einer Elite auftritt und bestrebt ist, als Sieger heimzukehren? Damit hat Russland dem Kommunismus die bisher beste Propaganda gegeben.

Wer von den jungen Menschen in Europa und bei uns in Österreich kennt schon die Namen jener Politiker, die im Krenl sitzen und die Welt in Unruhe halten? Aber Tausende und Zehntausende von jungen Menschen in der freien Welt kennen heute die Namen jener russischen Sportler, die in den letzten Wochen und Monaten in Berlin und in Bern Goldmedaille auf Goldmedaille erkämpften.

~~Glauben~~  
Glauben Sie, meine Freunde, nicht, dass eine Partei, die bestehen und an der Führung bleiben will und bleiben muss, neben all ihrer Sorge um den wirtschaftspolitischen Auf- und Ausbau unserer Heimat auch diesen von mir aufgezeigten Tatsachen Rechnung tragen muss?

Die Frage, wie kommen wir an diesen sich nur für das Heute interessierenden Wähler heran, ist umso dringlicher, weil sich praktisch die politische Willensbildung im Parlament zwischen den beiden Grossparteien abspielt. Die Wahlentscheidungen - und darauf kommt es letztlich an - treffen immer weniger die alten Grundsatzwähler. Ihre Zahl nimmt von Wahl zu Wahl ab. Aus den durch weltanschauliche Grundsätze gebundenen Wählern werden immer mehr politisch uninteressierte, ungeschulte, ungebundene Wähler. Wir müssen dieses Problem frühzeitig erkennen und daraus die für die Partei, für den Erfolg jeder Wahl notwendigen Konsequenzen ziehen.

Politisch ungebundene Menschen - und diese werden bei den Wahlen immer stärker den Ausschlag geben - werden wir parteimässig vorerst nicht sehr leicht erfassen können. Wir werden jedoch, wenn wir in sie hineinhören und uns bemühen, ihre Mentalität zu verstehen, sie auch beeinflussen können. Gerade die Zeit ihres politischen Ungebundenseins müssen wir dazu nützen, um sie durch gute und saubere Arbeit, durch eine ehrliche und aufrichtige Propaganda für das politische Leben wenigstens soweit zu interessieren, dass sie am Wahltag wählen gehen und dass sie am Wahltag richtig wählen.

Wir haben schwere Fehler der früheren, sich bürgerlich nennenden Parteien gutzumachen. Denn Ursache dafür, daß sich viele Menschen scheinbar von der Politik entfernen, ist vielfach das dogmatische Festhalten an Formen und Worten, die die heutige Generation ganz einfach nicht mehr verstehen will und sich so zu einer oft verantwortungslosen und durch nichts gerechtfertigten Kritik hinreißen läßt. Gleichgültig, meine Freunde, ob diese Kritik gerechtfertigt ist oder nicht, mit der Tatsache selbst haben wir uns abzufinden und uns mit den Ursachen zu befassen. Unsere Propaganda wird deshalb darin bestehen müssen, daß wir den scheinbar Unzufriedenen die Argumente vorwegnehmen, die für sie Anlaß sein könnten, zu einer Splitterpartei, zur SPÖ oder zu den politisch Desinteressierten zu stossen. Die heutige Generation muß zur Überzeugung kommen, daß vor allem die Behauptung der sozialistischen Propaganda - und diese Propaganda haben wir, die Volkspartei, weil wir mit der SPÖ Kopf an Kopf im Rennen liegen, ernst zu nehmen -, daß alles was rechts von Sozialismus steht, reaktionär und sozial ist; dieser Glaube muß endlich im österreichischen Volke fallen. Es muß der heutigen Generation die weitverbreitete, oft bis in den Mittelstand reichende Meinung genommen werden, daß die selbstbewußten Arbeitnehmer links stehen müßten, daß sozialer Fortschritt auf die österreichische Ebene übertragen, sozialistisch wählen heißt. Dieser Glaube, der bei uns noch dadurch unterstrichen wird, daß die die Arbeiter interessierenden Ministerien sozialistisch regiert werden, während wir, die Österreichische Volkspartei, dort sitzen, wo angeblich - in der Propaganda

von links - die Interessen des Kapitals maßgebend sind, muß verschwinden. Als Volkspartei dürfen wir nicht länger zulassen, daß in den Augen der politisch Uninteressierten und Unaufgeklärten die Sozialisten als die alleinigen Vertreter der Arbeitnehmer angesehen werden. (Beifall.) Die Gefahr ist deshalb so groß, weil es die Sozialisten meisterhaft verstehen, diese Position für sich auszunützen. Sie sagen sich: Je mehr Kautz hereinbringt und je mehr er erspart, umso mehr und großzügiger kann <sup>der</sup> Maisel diese erarbeiteten Gelder für seine Leute ausgeben. (Zustimmung.) Für sie ist wichtig, daß der Waldbrunner dort sitzt, wo er die Massen der arbeitenden Menschen <sup>u</sup> verwaltet und dirigieren kann. Und sie lassen sich verwalten und sie lassen sich dirigieren. Selbst die Generaldirektoren und Akademiker, wenn man sie, wie es Waldbrunner geschickt versteht, <sup>heute nichtig</sup> an die Kandare nimmt, morgen richtig und ordentlich bezahlt, dann sind sie charakterlos genug, sich als Staffage für die sozialistische Diktatur herzugeben. (Starker Beifall.)

[Allerdings kommen nun auch die Sozialisten in ein Stadium, in dem das Reservoir, das sie noch ausschöpfen können, langsam leer wird. Sie <sup>en</sup> such/daher nach neuen Wählern, neuen Wählerschichten, neuen Wählergruppen. Sie finden diese in den Randschichten, die oft <sup>aus</sup> bewußt, oft aus Schwäche, zu ihnen stossen. Man war doch bis vor kurzem der Meinung, daß nur der marxistische Wähler auf die Straße geht. Was erleben wir heute und was haben wir in den letzten Monaten erlebt?

Der rote Marschierer von gestern hat vom Marschieren genug. Er hat es auch nicht mehr notwendig. Er hat durch die Macht seiner Organisation erreicht, was unsere Wähler durch ihre Bescheidenheit nicht erreichen konnten. Die Folge davon ist, dass der Bescheidene von gestern, aufgeputscht durch eine demagogische Propaganda von ganz links und ganz rechts, nun auch auf die Strasse zieht und sich über die Strasse - leider manchmal mit Erfolg - Gehör im Parlament verschafft. Und dies deshalb, weil die bisher die Strasse Meidenden den Eindruck hatten, sie wären eigentlich die politisch Betrogenen.

Ich erwähne hier die Demonstration der Künstler in Wien. Wer hätte es in der Ersten Republik für möglich gehalten, dass eine Hedwig Bleibtreu oder ein Otto Tressler mit dem Transparent in der Hand durch die Strassen Wiens demonstrieren? 1953/54 war es aber so!

Ich erinnere daran, wie leicht sich, aufgeputscht durch eine sügel- und schrankenlose Hetze, selbst Gewerbetreibende zu Kundgebungen hinreissen liessen. Ich erwähne die Demonstrationen in Horn und in Egenburg. Es liessen sich noch weitere ähnliche Beispiele aufzählen.

Der Glaube, meine Freunde - und diesen beiden Sätze scheinen mir für den Parteitag von besonderer Wichtigkeit -, dass jeder Arbeitnehmer, dass überhaupt jeder, der etwas erreichen will, mit den Sozialisten gehen muss, dieser Glaube muss endgültig gebrochen werden. (Starker Beifall.) Damit steht und fällt unsere Partei. Damit steht und fällt unser nichtsozialistisches Österreich.

Dieses nichtsozialistische Österreich wird ein Berufsstand allein weder verteidigen noch halten können. Er wird dies auch gar nicht brauchen, denn der Arbeiter hat dasselbe Interesse, freier Mensch zu bleiben, wie der Bauer und Gewerbetreibende. Unsere Aufgabe muss es sein, jenen so schwierigen Weg zu finden, der es dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer ermöglicht, als Gleichberechtigte nicht nur Erarbeitetes, sondern auch Ererbtes gemeinsam zu verteidigen. Das ist nicht immer leicht. In einer Zeit des nackten Materialismus ist das Sichfinden viel schwerer als das sich gegenseitig Beneiden. In der Zeit der Not, in der Zeit des Bombenhagels, der Plünderungen und der Vergewaltigungen, da waren wir alle einig und eins im Hoffen, dass dieser Kelch an uns vorübergehe. Heute sind trotz neunjähriger Besatzung die Bittenden und Betenden von 1945 oft Fordernde und Unzufriedene von 1954 geworden. Heute sehen sie nicht mehr die Schrecken der vergangenen Zeit, sondern nur mehr das Erträumte, das Vorgegaukelte von morgen. Vor allem unsere Jugend ist es, die, da sie Gott sei Dank die Schrecken des zweiten Weltkrieges nicht, oder wenn, so doch nicht im vollen Bewusstsein des Erwachsenen erlebt hat, mit einer Vielzahl an Forderungen an das Leben und damit an uns selbst herantritt. Wir müssen uns damit beschäftigen. Denn sie sind ein Zeichen der Zeit und sie sind fast durchwegs auf materielle Wünsche abgestellt.

2/955 W 3

Der 1. Bundesparteitag 1947 tat recht daran, dass er meinen Antrag ablehnte und dass er den Bünden gab, was er schämbar der Gesamtpartei vorenthielt. Ohne die selbständigen Bünde wäre die Partei in einer Zeit des Forderns ein leeres Fass geblieben. Den Bünden kommt heute die nicht leichte Aufgabe zu, die materiellen Wünsche und Forderungen aufzufangen, verantwortlich zu vertreten und im Sinne der Gesamtpartei auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Haben die Bünde in erster Linie die materiellen Wünsche ihrer Mitglieder zu vertreten, so hat die Partei neben dem materiellen Gleichklang für jene grundsätzliche und weltanschauliche Ausrichtung zu sorgen, ohne die Partei und Bünde hohl und leer blieben. Den Zeiten Rechnung tragend werden sich die Bünde stärker noch als bisher um die Betreuung ihrer bisher wirtschaftlich zurückgebliebenen Mitglieder kümmern und enger als bisher zusammenarbeiten müssen.

Es soll kein Schlagwort sein, was ich Ihnen sage, ich möchte es Wirklichkeit werden sehen; Es darf keinen Bauernbündler, es darf keinen Wirtschaftsbündler geben, der es nicht als Schande betrachten würde, Arbeitnehmer, die ihm unterstehen, durch sein politisches Bekenntnis, durch seine politische Haltung, durch sein soziales Tun und Handeln <sup>nicht mit</sup> dem Gedankengut unseres Arbeiter- und Angestelltenbundes ~~nähergebrachten~~ bekanntgemacht, den Arbeitnehmer, den Arbeiter und Angestellten <sup>nicht</sup> diesem Gedankengut/nähergebracht zu haben! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich wiederhole; Wir dürfen es den Marxisten nicht mehr gestatten, sich als die Vertreter der Arbeitenden und der Fordernenden hinzustellen und uns die unangenehme Stellung des Verdienenden und des Nicht-geben-Wollenden andichten zu lassen. Wenn es uns nicht sehr bald gelingt, meine Freunde, unserer Partei den uns von den Sozialisten immer wieder aufgedrückten Stempel der "Unternehmerpartei" zu nehmen, ist die Zeit, in der wir die stärkste Partei im Parlament sind, dem Ende nahe.

Der starke Kader unserer Partei wird auch in Zukunft unser braves Landvolk und der selbständig Erwerbstreibende bleiben. Wir müssen jedoch mehr als bisher dafür sorgen, dass auch hier

den Kleinen und Schwächeren in diesen beiden Berufsgruppen - und solche gibt es ebenso wie Starke und Gesättigte in diesen Gruppen - das Recht zum Leben, zu demselben anständigen Leben nicht von uns selbst genommen wird. Es nützt nichts, auf der einen Seite einen Arbeitnehmer zu gewinnen und auf der anderen Seite einen Selbständigen zum Unselbständigen zu machen!

Der Kampf der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden wird immer schwerer und härter. Das spürt jeder, der draussen in den Versammlungen und in der anschliessenden Debatte mit den Menschen spricht. Ich denke da vor allem an den Wettbewerb mit den technisch modernst ausgerüsteten Grossbetrieben. Läge es nicht in Bund und in den Ländern in unserer Hand, Vorschriften zu ändern, die den Kleinen und Mittleren jede Chance im Wettbewerb mit dem Grossen heute nehmen? Ich möchte auch heute hier dem Herrn Kanzler danken, dass er anlässlich der Kärntner Messe an die öffentliche Hand den Appell gerichtet hat, was das kleine und mittlere Gewerbe mit Beifall aufgenommen hat, sie möge sich bei Arbeitsvorgaben nicht nur der anonymen Grossbetriebe, sondern auch der kleinen und mittleren Betriebe bedienen. (Lebhafter Beifall.)

Warum ich diese anscheinend nicht zum Thema gehörige Frage anschneide? Weil mit den vielen kleinen Erwerbstreibenden in Stadt und Land der beste Kader unserer Partei steht und fällt. Weil dieser oft aussichtslos scheinende Kampf der Kleinen gegen die Grossen Brave müde macht und an der Zukunft ~~unsicher~~ und ~~zweifelhaft~~ an der Wahrheit der Worte unserer Partei ~~zweifeln~~ lässt.

Aufgabe eines Parteitages muss es sein, sich nicht nur mit dem Angenehmen zu beschäftigen, sondern es muss unser Augenmerk auch auf jene schwachen Stellen gelenkt werden, die behoben werden müssen, soll der grosse und einmalige Erfolg der Politik der letzten beiden Jahre letzten Endes nicht jenen zugutekommen, die diese Politik des Sparens und des Erfolges verhindern wollten.

Es ist klüger, wir nehmen dem Gegner die Argumente vorweg, als wir lassen uns vom Gegner neuerlich in die Defensive drängen. Reden wir ruhig auch in aller Öffentlichkeit von jenen Vorwürfen, die im Zusammenhang mit der Koalition gegen unsere Partei immer wieder erhoben werden. Für viele heisst Koalition Korruption, Protektion, Freunderlwirtschaft und Parteivereinbarung heisst Bruch der Verfassung. Das sagt ja nicht der kleine Wähler, das sagten Juristen von Rang und Namen, ein Präsident Mannlicher, <sup>im</sup> ein unabhängiger und unabsetzbarer Richter, im Krauland-Prozess. Wir werden den Mut aufbringen müssen, auch jenen Herren, die das Gestern nicht vergessen können und die die Freiheiten der Demokratie und ihre Unabsetzbarkeit missbrauchen, um unserer Demokratie den Todesstoss zu versetzen, entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir - Maleta hat es gestern so trefflich ausgeführt - aus nationalen Notstand zur Koalition stehen, dann müssen wir auch den Mut aufbringen, gegen jene vorzugehen, die in dieser Koalition ein politisches Verbrechen sehen, und die in der Zusammenarbeit der beiden Parteien das Ende ihrer schon lange überholten Wunschträume erblicken. Die Koalition ist - ich will nur einige Worte darüber verlieren, weil es für die Propaganda wichtig ist - kein erfüllter Wunschtraum der Österreichischen Volkspartei, sondern eine ihr durch die Not der Zeit aufgezwungene Regierungsform, die allerdings, und das möchte ich festhalten, auf Dauer gesehen - und das sollte man nicht übersehen - zu einer Umformung des gesamten politischen Lebens führen könnte. Die Koalition bringt die Menschen und die politischen Ansichten einander näher. Sie überbrückt Differenzen und gleicht sie manchmal aus. Wenn die

Partner gemeinsam nur der Sache dienen, kann eine Koalition für das Volksganze von Vorteil sein, umso mehr dann, wenn ein Grossteil der Bevölkerung von der reinen Parteipolitik nichts wissen will, und bei allen Befragungen sich 90 Prozent der Bevölkerung für diese Koalition ausgesprochen haben. Wir müssen daher dafür sorgen - und das ist das Entscheidende -, dass die Leistungen unserer Partei auch in der Koalition gerecht und richtig beurteilt werden. Dann wird es sich von selbst ergeben, dass man von einem Erfolg unserer Partei sprechen kann, von einem Erfolg, den jeder Vorurteilsfreie auch anerkennen muss. Diesen Weg zu gehen, erscheint mir erfolgversprechender als der Weg, den wir in unserer Propaganda 1949 und 1953 gegangen sind. Damals haben wir unsere Propaganda vielleicht zu stark auf jene Wählergruppen abgestellt, die sich schon im Sog der Sozialistischen Partei befunden haben.

Um eine richtige Aufklärungsarbeit leisten zu können, ist ein vortrefflicher Vertrauensmännerapparat notwendig. Und hier - ich sage es offen - bestehen noch manche Mängel. Benützen wir daher jede Gelegenheit und jeden Anlass, neue Kräfte für diese Aufgabe zu gewinnen. Nur wenn wir neue aktive Menschen zur Mitarbeit gewinnen können, werden wir an die politisch Uninteressierten im Betrieb, in der Kanzlei, auf der Strasse und überall herankommen. In den verschiedenen Organisationen des Sports, des modernen Lebens, überall, wo sich junge Menschen, wo sich die Generation von heute sammelt, müssen auch Männer der Österreichischen Volkspartei aufscheinen. Man muss überall auf die Österreichische Volkspartei stossen. Man muss das Gefühl haben, wo immer in unserem Lande etwas

Positives geschieht, dort steht die Österreichische Volkspartei. Diese Art der Beeinflussung, dieses "überall auf die Volkspartei Stossen" scheint mir wichtiger, meine Freunde und Funktionäre, als das Nur-Nachlaufen hinter jeder kleinsten persönlichen Intervention, so bedeutend dies auch für den Antragsteller scheinen mag.

In der heutigen Zeit politischer Funktionär zu sein, heisst, noch viel mehr arbeiten als vor Jahren. Hier fehlt es bei uns noch weit. Ich kenne grosse Sportveranstaltungen in allen Bundesländern, wo unsere Leute nicht aufscheinen. Es darf keine solche Veranstaltung geben, wo nicht ein massgeblicher Funktionär unserer Partei anwesend ist. Es darf kein Zusammentreffen österreichischer Soldaten geben, bei dem nicht ein Funktionär unserer Partei anwesend ist. Es darf kein Zusammentreffen neutraler Menschen geben, bei dem nicht ein Funktionär unserer Partei anwesend ist. spricht und aufklärt. (Zustimmung.)

Die Politik, sie wird ja nicht mehr innerhalb der Partei gemacht. Die öffentliche Meinung bildet sich doch ausserhalb des Parteirahmens, und dort muss die Tätigkeit unserer Funktionäre einsetzen. Die heutige Zeit ist das letzte Rennen zwischen SPÖ und ÖVP. Sie duldet keine müden Pferde im Stall der Österreichischen Volkspartei. (Starker anhaltender Beifall.) Wir haben doch allen und vor allem unserer jungen Generation etwas zu bieten.

Man zeige mir einen ähnlichen Festakt, wie wir ihn gestern erlebt haben, wo die Parteifreunde der verschiedensten Nationen hier in diesem Saal innerhalb weniger Minuten Minutende waren, in unserem Denken und Handeln das Europa von morgen zu schaffen. Keine andere Parteirichtung bringt das zusammen! Schauen Sie sich die Sozialisten an: In Frankreich dagegen, in Deutschland dafür, der Engländer weiss nicht, was er will, und in Italien haben sie nichts zu reden. Aber mit unserem Gedankengut, das die Jugend

versteht, und nur mit diesem Gedankengut sind wir in der Lage, dieses neue Europa, diese grosse Heimat für uns alle zu schaffen. (Starker Beifall.)

Nützen wir die Bereitschaft der jungen Generation, mit uns diesen Weg zu gehen! Nützen wir sie, und laden wir sie ein! Wenn wir es nicht tun, geschieht es schon morgen durch andere. Wir dürfen die heutige Generation nicht enttäuschen.

Wenn gestern gesagt wurde, dass es mit der Feststellung allein nicht getan ist, so ist das richtig. Es ist aber auch richtig, dass auf diesem Sektor bereits manches, Länderweise verschieden, im gesamten gesehen vieles geschehen ist.

Ich freue mich feststellen zu können, dass auch bei den Kandidatenaufstellungen für die einzelnen Landtage durch kluge Massnahmen Männer aufscheinen, die das Vertrauen der jungen Generation erringen werden. Auf diesem Wege sollten wir weitergehen. Wir werden die junge Generation nicht mit Worten zur Mitarbeit verpflichten, sondern nur durch das Übertragen von Verantwortung. Allerdings - und dazu zwingen uns die Erfahrungen aus Deutschland und anderen Ländern und auch aus Österreich - müssen wir in der Auswahl derer, die wir von der jungen Generation an verantwortliche Stellen heranziehen, klug und vorsichtig sein. (Zustimmung.)

Meine Freunde! Der Wahlkampf am 17. Oktober wird hart und schwer sein. Fällt auch die Entscheidung zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, so wäre es dennoch unverantwortlich und politisch dumm, wollten wir nicht der Breitnerwähler von 1951 gedenken. Es waren in den vier Ländern, in denen gewählt wird, immerhin

2/1010 W 3

mehr als 250.000 Breitnerstimmen. Sie müssen bedenken, dass gerade die Breitnerwähler zu den politisch Interessierten gehören, die sich nicht mit einem Schlagwort abspeisen lassen, dass sie in kleinen Städten und Märkten und in den Dörfern rein einflussmässig beachtlich stark sind. Viele Breitnerwähler haben heute schon erkannt, dass sie damals nicht Breitner, sondern Körner gewählt haben, dass sie einen Weg gegangen sind, der sie letzten Endes politisch entmündigt und politisch entmannt hat.

Die Sozialisten wissen sehr genau, dass sie die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei in den Kernländern allein nicht brechen können. Sie wollen daher genau so, wie sie es bei den Wahlen 1951 und 1953 versucht haben, mit Hilfe der seinerzeitigen Breitner-Wähler in den Sattel kommen. Es sind verschiedene Anzeichen dafür vorhanden, dass sowohl die Sozialisten wie auch gewisse Kreise in dem sich täglich mehr spaltenden VdU bereit sind, einen sogenannten "belgischen Weg" zu gehen. Ich verweise auf die Vorgänge bei der Bürgermeisterwahl in Salzburg, bei der Präsidentenwahl in die Ärztekammer etc. etc.

Aussenpolitische Gründe und vielleicht auch das Anständigkeitsgefühl der sozialistischen Wähler halten die Führung der SPÖ, die nur einen Traum hat, endlich an die Macht zu kommen, vorläufig noch davon ab, auf der Bundesebene ähnliche Wege zu gehen. Aber mein Freund Minister Helmer hat anlässlich des sozialistischen Akademikertages in Salzburg ein klein wenig aus der Schule geschwätzt und meinte, auf der Alm, wo es keine Sünde gibt - das heisst in Salzburg -, wären die Sozialisten eventuell bereit, mit dem VdU einen kleinen Seitensprung zu wagen, allerdings nur unter der Bedingung, dass die legitime Ehe auf Wiener Ebene dadurch nicht gestört wird.

Den Breitner-Wählern müssen wir vor Augen führen, welches ffivole Spiel mit ihnen seit 1951 gespielt wurde. Hätten sie mit uns Gleissner gewählt, sässen sie schon längst in der Regierung! Aber sie haben den roten Körner dem anständigen, allen helfen wollenden Gleissner vorgezogen. (Zustimmung.) Mit Hilfe der Breitner-Stimmen wurde Körner Bundespräsident. Durch

den Entscheid des Bundespräsidenten blieb dem Bemühen der Volkspartei, des Kanzlers Figl und Raab, eine Regierung aller Nichtkommunisten Österreichs zu bilden, der Erfolg versagt.

Die Österreichische Volkspartei tritt am 17. Oktober vor den österreichischen Wähler nicht mit einem Füllhorn neuer Versprechungen. Die Zeit der Versprechungen ist ebenso vorbei wie die Zeit der roten Marchierer. Von beidem hat der österreichische Wähler genug. Der österreichische Wähler hat vieles erreicht; er will es nicht gerne zur Kenntnis nehmen, aber es ist dennoch so. Daher müssen wir dem Wähler einhämmern, dass es letzten Endes bei der Stimmenabgabe darauf ankommt, dass das, was er bis heute erreicht hat, gehalten und erhalten wird.

Wir müssen unsere Hauptpropaganda darauf richten, dass jeder, der seine Stimme nicht der Österreichischen Volkspartei gibt, seinen derzeitigen Lebensstandard ernstlich gefährdet, und nicht nur das, was er erreicht hat, sondern auch alles das, was er hat. Wir können das dem Wähler sagen, weil es der Wahrheit entspricht, und weil es selbstverständlich ist, dass die Welt und die Wirtschaft der freien Welt, die uns in den letzten Jahren so stark und so mächtig unterstützt hat, nur zu einer Wirtschaft in Österreich Vertrauen haben wird, die dem Programm der Österreichischen Volkspartei - durch Sparsamkeit zur Stabilität, durch Stabilität zum Erfolg - eher Rechnung trägt, als zu einem System, das letzten Endes das österreichische Volk und seine Wirtschaft über

den Kollektivismus in die Hände des Bolschewismus treibt.

Verstehen wir die Zeit, arbeiten wir für die Zeit, arbeiten wir mit der Zeit! Dann werden die nächsten Wochen vom Parteitag des Vertrauens, von dem Gleissner gestern gesprochen hat, zum Wahltag des Vertrauens am 17. Oktober hinübergleiten, zum Wahltag des Vertrauens, zu einem Sieg unserer Partei, zu einem Sieg der Arbeit über die Demagogie, zu einem Sieg der Wahrheit über die Verleumdung!

Es lebe die Arbeit, es lebe die Freiheit, es lebe unsere Österreichische Volkspartei! (Starker, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender I l g : Ich danke dem Herrn Staatssekretär Graf für seine begeisternden Ausführungen, die im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ein besonderer Ansporn sein mögen. Mögen seine Worte auch beherzigt werden!

Ich danke ~~in~~ <sup>besonders</sup> auch für die Arbeit, die er im Laufe der Zeit im Dienste der Organisation und Propaganda geleistet hat, die einen wichtigen Bestandteil für den Erfolg der Parteiarbeit seitigen wird. Die Debatte über dieses Referat wird nach der Durchführung der Wahlen vorgenommen.

Wir gehen also zum Wahlakt über, und ich übergebe zu diesem Zweck den Vorsitz dem Ältesten Landesparteiobmann, der nach dem Bundesparteiorganisationsstatut den Vorsitz bei der Wahl zu führen hat. Ich bitte den Herrn Landtagspräsidenten S a s s m a n n, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Landtagspräsident S a s s m a n n : Hoher Bundesparteitag! Zum Tagesordnungspunkt 14:

Wahlen.

übernehme ich den Vorsitz und ersuche den Wahlleiter, Herrn Präsidenten Gorbach, das Wort zu nehmen.

Wahlleiter Nationalrat Dr. G o r b a c h : Hoher Parteitag! Meine Damen und Herren! Gemäss § 20 des Parteiorganisationsstatutes sind am Bundesparteitag zu wählen: Der Bundesparteiobmann, der Generalsekretär, sein Stellvertreter, der Hauptreferent für Organisation und Propaganda und der Hauptreferent für Finanzen, weiters die Finanzprüfer, die Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes und die Mitglieder des Bundesehrengerichtes.

Der politische Ausschuss, der mich zum Berichterstatter bestellt hat, hat sich mit der Frage der Ihnen zu unterbreitenden

Vorschläge befasst und kam in allen Fällen zu einhelligen Auffassungen und Beschlüssen.

Als Bundesparteiobmann schlagen wir Ihnen jenen Mann vor, der dem neuen Kurs in der Partei seinen Namen gab, der in sich die seltene Gabe des Ausgleichs und der Bestimmtheit vereinigt, dem gestern wie so oft eine Welle des Vertrauens entgegenschlug, der uns in guten wie in schlechten Tagen Weggefährte, aber auch Wegweiser war und von dem es gestern mit vollem Rechte hiess, dass in seinen Händen das Schicksal der Partei und auch Österreichs wohl aufgehoben sei: Bundeskanzler Ing. Julius Raab. (Starker Beifall.)

Als Generalsekretär der ÖVP schlägt Ihnen der politische Ausschuss Nationalrat Dr. Maleta vor. (Beifall.) Wer Einblick in das Parteigetriebe hat, weiss, mit welchem Geschick und welchem Fingerspitzengefühl der bisherige Generalsekretär seiner oft undankbaren Aufgabe gerecht wurde. Aus seinem gestrigen Referate haben wir wieder Kenntnis vom Umfang seines Aufgabekreises erhalten sowie vom tiefen Ernst, mit dem er an die ideologischen und taktischen Fragen der Partei herantritt. Ich wüsste - abgesehen vom Vorteil der Kontinuität - keinen Besseren für diesen Posten als ihn.

Als Generalsekretär-Stellvertreter schlägt Ihnen der politische Ausschuss den bisherigen Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl vor. (Beifall.)

Scheidl hat sich in der Zeit seiner Tätigkeit überraschend schnell das Vertrauen der Funktionärschaft der Partei erworben. Das Geheimnis liegt in seinem Einfühlungsvermögen, seiner persönlichen Kontaktnahme und in seinem vermittelndem Wesen. Sein besonderes Verdienst liegt in der Erkenntnis einer zielbewussten Personalpolitik, der er sich in besonderem verschrieben hat. Er hat sich dieser Aufgabe mit viel diplomatischem Geschick unterzogen und sich dadurch grosse Verdienste um die Partei erworben.

Als Hauptreferent für Organisation und Propaganda schlagen wir Ihnen Staatssekretär Graf zur Wiederwahl vor. (Starker Beifall.)

Wer kennt ihn nicht, den, der in tausenden Versammlungen in allen Orten Österreichs das Wort ergriffen hat und der immer wieder als Redner verlangt wird? Die Klarheit seiner Formulierungen, der Mut seiner Rede und die Offenheit, mit der er auch Fragen an den Leib rückt, die andere lieber unausgesprochen lassen, haben ihm das Vertrauen der weitesten Kreise der Bevölkerung eingetragen. Sein Organisationstalent und sein psychologisches Empfinden haben ihn für diese Aufgabe in besonderer Weise prädestiniert und lassen ihn auch in Hinkunft für diesen Posten besonders geeignet erscheinen.

Als Hauptreferenten für Finanzen schlägt Ihnen der Politische Ausschuss den bisherigen Hauptreferenten, Generaldirektor Dr. Habich, vor. (Beifall.) Generaldirektor Habich hat die Finanzen der Bundesparteileitung in einer sehr schweren Zeit übernommen - das wissen wir alle -, und daher können

wir es offen sagen: Es gelang seinem besonderen Geschick, seiner teils sparsamen, aber manchmal, wenn es nottat, auch sehr harten Hand, das Verhältnis zwischen Soll und Haben in befriedigender Weise zu lösen und die notwendigen und nicht geringen Mittel, deren die Partei anlässlich von Wahlen, aber auch ausserhalb derselben bedarf, zu beschaffen und der Parteiorganisation zur Verfügung zu stellen. Dass diese schwierige Aufgabe gelungen ist - das wurde heute schon gesagt und immer wieder unterstrichen -, ist Habichs grosses Verdienst, dessen wir dankbar Erwähnung tun wollen. Wer ausser ihm - frage ich - wäre daher geeigneter als er, das schwierige Kapitel der Parteifinansen in seine Hand zu nehmen?

Wir haben Ihnen weiters vorgeschlagen:

Als Finanzprüfer den Vizepräsidenten des Rechnungshofes i.R. Kramer Josef Otto, Ministerialrat des Rechnungshofes Wunderer Dr.Franz und den geschäftsführenden Vizepräsidenten des Landesschulrates Niederösterreich Haderer Richard;

als Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes, und zwar als Vorsitzenden, den Kreisgerichtspräsidenten Malaniuk Dr.Wilhelm, als seinen Stellvertreter den Rechtsanwalt Gürtler Dr.Hans, als seinen zweiten Stellvertreter den Landesgerichtspräsidenten Berger Dr.Franz, als ständige Beisitzer den Gutbesitzer Abensperg-Traun Dr.Ferdinand, den Präsidialsekretär des Niederösterreichischen Bauernbundes Nagl Dr.Rupert, den Staatssekretär a.D. Oberstaatsanwalt Nagl Dr.Ferdinand, den Landesgerichtsrat Prader Dr.Georg, den Rechtsanwalt Lesigang Dr.Hermann und Popp Dr.Fritz aus Wien.

Für das Bundesehrengericht habe ich die Ehre, Ihnen namens des Politischen Ausschusses folgende Vorschläge zu erstatten: als Vorsitzenden den Staatssekretär a.D. Weiss Dr. Erwin, als seinen Stellvertreter Hofrat Donner Dr. Oskar, als Beiräte den Nationalrat Dr. Gorbach, den Nationalrat Dr. Oberhammer, Frau Mathilde Glässer-Järten, Tsöbl Dr. Josef, den Kreisgerichtspräsidenten Magerl Dr. Ernst, den Landtagspräsidenten Sassmann Hans, den Rechtsanwalt Krasser Dr. Hannes, den Sektionschef Latska Dr. Hans, den Generalsekretär-Stellvertreter Hofbauer Dr. Franz und Rechtsanwalt Kraft Dr. Peter.

Vorsitzender Präsident S a s s m a n n: Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben jetzt den Vorschlag zur Wahl gehört. Ich eröffne über diesen Vorschlag die Debatte. Wer wünscht das Wort? - Es ist das nicht der Fall. Daher erteile ich dem Wahlleiter, Herrn Präsidenten Dr. Gorbach, zu technischen Erläuterungen des Wahlganges noch einmal das Wort.

Wahlleiter Dr. G o r b a c h: Meine Frauen und Herren! Die Wahlen in den Parteivorstand können auf Grund unseres Parteiorganisationsstatutes nur mit Stimmzetteln vorgenommen werden. Ich bitte Sie, sich dieser Anordnung des Statute zu fügen, weil insbesondere auch der Herr Bundesparteiohmann mir gegenüber den Wunsch geäußert hat, dass die Wahl hinsichtlich des Parteivorstandes und seiner Person unter allen Umständen mit Stimmzetteln vorgenommen werden soll.

Die Stimmzettel sind Ihnen heute morgen bei Betreten des Saales ausgefolgt worden. Wer noch keinen Stimmzettel hat, erhält ihn über sein Verlangen bei seiner Wahlkommission. Der Wahlvorgang findet im Seitengang neben den Parterrelogen links statt.

Bei Abgabe der Stimmzettel ist unbedingt die Delegiertenkarte vorzuweisen. Die Delegierten mit den Delegiertenausweisen Nr. 1 bis 120 stimmen bei der Wahlkommission Nr. I ab, die Delegierten mit den Delegiertenausweisen Nr. 121 bis 240 bei der Wahlkommission Nr. II, und die Delegierten mit den Delegiertenkarten Nr. 241 bis 400 bei der Wahlkommission Nr. III.

Bevor wir in die schriftliche Wahlhandlung eingehen, schlage ich vor, die Finanzprüfer sowie die Mitglieder des Bundesehrengerichtes und des Bundesschiedsgerichtes per acclamationem

wählen. Die Wahlvorschläge liegen in den Mappen.

Vorsitzender Präsident S a s s m a n n: Sind Sie mit dem Vorschlag, diese drei Wahlgänge per acclamationem durchzuführen, einverstanden, oder ist ein gegenteiliges Verlangen vorhanden? Ich bitte um ein Zeichen. - Dies ist nicht der Fall.

Wir schreiten nun zur Abstimmung. Ich bitte die sehr geehrten Damen und Herren, durch Aufzeigen der Delegiertenkarte ihre Zustimmung zur Wahl der Finanzprüfer zu erteilen. - Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Wir kommen zur Wahl des Bundesehrengerichtes. Auch für diesen Wahlvorgang bitte ich mit der Delegiertenkarte ihre Zustimmung zu geben. - Gegenprobe. - Ich konstatiere ebenfalls die einstimmige Annahme.

Nun kommen wir zum dritten Wahlvorschlag, zur Wahl des Bundesschiedsgerichtes. Ich bitte nochmals die sehr geehrten Damen und Herren Delegierten, durch Aufheben der Delegiertenkarte dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung zu geben. - Gegenprobe. - Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zur Vornahme der schriftlichen Wahl mittels Stimmzettel. Ich bitte die stimmberechtigten Delegierten, sich sofort nach Unterbrechung der Sitzung zu ihren Wahlkommissionen zu begeben. Die Wahlzeit wird mit 45 Minuten festgesetzt. Ich stelle fest, dass die Verhandlungen unseres heutigen Bundesparteitages um 11 Uhr 20 wieder aufgenommen werden. Ich bitte daher, die Stimmzettel bis zu dieser Zeit abzugeben. Eine spätere Wahl ist nicht möglich.

Somit unterbreche ich den heutigen Bundesparteitag.

(Die Verhandlungen werden um 10 Uhr 35 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)

Vorsitzender Dr. Klaus : Hoher Bundesparteitag! Wir kommen nun zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Bericht der Ausschüsse

sowie zur

Debatte

über das Referat des Herrn Staatssekretärs Graf und über die Berichte der Ausschüsse.

Als erstem erteile ich Herrn Nationalrat Dr. Koren das Wort zum Bericht des kulturpolitischen Ausschusses.

Berichterstatter Nationalrat Dr. Koren : Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteitag hätte das Recht, vom kulturpolitischen Ausschuss einen geschlossenen und einigermaßen erschöpfenden Bericht über die vordringlichen aktuellen Probleme, die sich aus der kulturpolitischen Programmatik ergeben, zu verlangen. Dazu ist aber der kulturpolitische Ausschuss nicht in der Lage, weil er als ein ad hoc zusammengerufener Beratungskörper zunächst nur die Vorlagen zu behandeln hat, die ihm zugewiesen waren und die mehr oder weniger zufälliger Natur sind. <sup>Diese Vorlagen</sup> ~~MM~~ / können Ihnen also kein geschlossenes Bild geben.

Der kulturpolitische Ausschuss hat sich eingehend mit diesen Vorlagen befasst und hat während seiner Beratungen aus seinem eigenen Kreis heraus Wünsche und Anregungen hervorgebracht, die aber mangels an notwendigen Unterlagen kaum mehr als angedeutet werden konnten und die insgesamt natürlich auch nur ein unzulängliches Mosaik und kein befriedigendes Bild unserer kulturpolitischen Aufgaben und Wünsche geben. Das bitte ich zu bedenken, wenn ich Ihnen in gedrängter Form den Gedankengang der Beratung des kulturpolitischen Ausschusses mitteile.

Der kulturpolitische Ausschuss erachtet es zunächst als seine Pflicht, den Bundesparteitag aufzufordern, erneut ein Bekenntnis dafür abzulegen, dass die Österreichische Volkspartei eine Weltanschauungspartei ist, das heißt, dass die von den drei Bünden vertretenen Gruppen an Massstäbe gebunden sind, die aus einer gemeinsamen weltanschaulichen Grundlage stammen. Da im Bereiche der Kultur bisher die weltanschauliche Gemeinsamkeit am ersten hervortritt, ist der Kulturpolitik zum Nutzen der Geschlossenheit und inneren Stärke der Partei nunmehr nach der erfolgreichen Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die vorrangliche Aufgabe der ersten Nachkriegszeit gewesen ist, wieder mehr der Vorrang einzuräumen. Kulturpolitik darf nicht defensiv sein. Es geht nicht darum, nur materielle Positionen zu erhalten, sondern im organischen Fortschritt aus der Tradition neuen geistigen Raum zu schaffen.

Der kulturpolitische Ausschuss hat den Wunsch ausgesprochen, dass am Sitze der Bundesparteileitung der für Kulturfragen zuständige Ausschuss als beratendes Organ der Bundesparteileitung reaktiviert wird. Seine vornehmste Aufgabe wäre es, neben der Beobachtung der allgemeinen programmatischen Parteilinie alle jeweils brennenden Hauptprobleme kulturpolitischen Problems zu sehen und entsprechende Vorarbeiten für ihre Lösung anzustreben.

Es wird als wünschenswert erachtet, Vertreter der Länder in diesen Ausschuss aufzunehmen, um die allgemeinen kulturellen Aufgaben zu koordinieren.

Der kulturpolitische Ausschuss begrüßt, die im Voranschlag 1955 vorgesehene Erhöhung des Kulturbudgets, die den dringenden Bedürfnissen von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wesentlich und spürbar zugutekommen wird.

In Paranthese erwähne ich hier als besonderes Sorgenkind auch die österreichische Produktion kulturelle wertvoller Filme, deren Förderung und Existenzsicherung dringend geboten ist.

Wir danken dem Herrn Finanzminister für die Erfüllung der berechtigten Wünsche, die von den Vertretern der Wissenschaft, des Kunstschaffens und der Volksbildung immer wieder vorgetragen wurden. Wir bitten ihn aber auch, dafür besorgt zu sein, dass diese Erhöhung nicht den Charakter einer einmaligen Dotation erhält, sondern ein selbständiger und ständiger Bestandteil des Bundesvoranschlages bleibt.

Mit Ungeduld erwartet die Österreichische Volkspartei die endliche parlamentarische Beratung und Verabschiedung der Schulgesetze. Es handelt sich bei dieser Forderung nicht nur um die Wiederherstellung der bis 1938 gewährten Subventionen an die Privatschulen, sondern unter anderem auch um das Schulaufsichtsgesetz, das ein dringendes Anliegen unserer Gemeinden und Länder ist.

Die Landesparteileitung Tirol hat angeregt, die Massnahmen zur Förderung begabter Jugendlicher in grösserem Ausmass als bisher auszubauen. Hiesu wurde insbesondere von Seite der Österreichischen Jugendbewegung dem Wunsche Ausdruck verliehen, durch Bereitstellung grösserer Mittel für Studien- und Ausbildungshilfen dieser Anregung Rechnung zu tragen. Besonders würdig einer solchen Begabtenförderung sind nach Auffassung des kulturpolitischen Ausschusses Kinder aus kinderreichen Familien, weil gerade aus diesen Kreisen dem Österreichischen Volk wertvoller Nachwuchs geschenkt wird.

Der Parteitag ersuche den Herrn Bundesminister für Unterricht, von seinen Bemühungen um Verlängerung des Kulturroschengesetzes nicht abzulassen. Zahlreiche kulturelle Einrichtungen, vor allem Kulturinstitutionen in den Ländern, sind in ihrem Bestand ernstlich gefährdet, wenn auf die Zuwendungen aus dem Kulturroschenfonds künftig verzichtet werden müste.

Der Parteitag nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der vor allem im Interesse der Jugend geführte Kampf gegen Schmutz und Schund durch Auswertung der einschlägigen gesetzlichen Handhaben wertvolle Erfolge erzielt hat. Er richtet aber an alle zuständigen Stellen, nicht zuletzt an den Verbedienst privater Firmen, den Appell, noch offenen Wünschen aus eigener Initiative nachzukommen. Zu diesen Wünschen gehört unter anderem die Vermeidung von Maueranschlägen, die dem guten Geschmack und dem Anstand widersprechen.

Die Verurteilung eines katholischen Priesters auf Grund des § 67 des Personenstandgesetzes hat die dringende Forderung nach Bereinigung der Ehegesetzgebung erneut in den

Vordergrund gerückt. Mit der nachträglichen Nachsicht der Strafe ist noch keine befriedigende Lösung gegeben. Die österreichische Volkspartei denkt nicht daran, Personen, die nicht auf dem Boden der Kirche stehen, und von ihrem Gewissen dazu getrieben sind, eine kirchliche Eheschließung aufzuzwingen. Sie steht aber auf dem Boden des Staatsgrundgesetzes. Das Staatsgrundgesetz über die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist mit dem gegenwärtig geübten Eherecht unvereinbar. In einer Demokratie muss jedem Bürger die Freiheit gesichert sein, die Form der Eheschließung selbst zu wählen. Der im Parlament eingebrachte Antrag der Abgeordneten Solar, Koren, Maleta, Scheibenreif und Lakowitsch vertritt diesen Standpunkt in einer durchaus toleranten Weise nach beiden Seiten hin.

Der Parteitag möge daher verlangen, dass das Parlament diesen Antrag ehestens in Verhandlung zieht. Damit würde auch erreicht, dass Priester einer Kirche oder Religionsdiener einer Religionsgesellschaft straflos werden, wenn sie gemäß den kirchenrechtlichen Vorschriften oder den Weisungen ihrer Oberen einer Eheschließung assistieren, für die die staatlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Dem Wunsch weiter Kreise der österreichischen Bevölkerung nach Wiedereinführung des 8. Dezember als Feiertag soll ehestens durch eine gesetzliche Regelung entsprochen werden. Auch die Feiertagewünsche der evangelischen Kirche sollen bei der endgültigen Lösung dieser Frage berücksichtigt werden.

Mit dem Wunsche, dass die Österreichische Volkspartei sich weiterhin zur Aufgabe bekennt, Österreich nicht nur ein Land mit Kulturgeschichte sein zu lassen, sondern für ein Land lebendigen Kulturschaffens die Sorge und die Verantwortung zu tragen, bitte ich, diesen Bericht des kulturpolitischen Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Klauß: Ich danke Herrn Dr. Koren. Die Abstimmung wird später über alle drei Berichte vorgenommen werden.

Ich erteile nun dem Herrn Nationalrat Ing. Hartmann das Wort zum Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Berichterstatte<sup>Nationalrat</sup>r/Dipl.-Ing. Hartmann: Unter Vorsitz des Herrn Landesrates Wagner hat der volkswirtschaftliche Ausschuss gestern abend eine dreistündige Beratung abgehalten. Er hat sich mit zahlreichen Anträgen befasst. Ich möchte ganz besonders hervorheben, dass eine Reihe von sehr konstruktiven Anregungen und Anträgen insbesondere von der Österreichischen Jugendbewegung vorgetragen wurden, über die ich berichten und mir erlauben werde, Ihnen die Annahme zu empfehlen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich aber auch sehr eingehend mit wichtigen sozialpolitischen Fragen befasst. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik - so meinten die Ausschussmitglieder - können sich nicht gegenseitig ausschliessen.

Sie dürfen sich nicht klassenkämpferisch gegenüberstehen, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen. Alle Mitglieder des volkswirtschaftlichen Ausschusses vertraten einstimmig die Auffassung, daß eine gute Sozialpolitik nur auf dem Boden einer gesunden Volkswirtschaft gedeihen könne.

Dasselbe trifft auch umgekehrt zu. Eine nach modernen Grundsätzen geleitete Volkswirtschaft bedarf moderner sozial- und arbeitsrechtlicher Einrichtungen. Und solche sind in Österreich trotz größter Kriegsschäden, die zu überwinden waren, in der nun fast schon ein Jahrzehnt währenden Epoche des Wiederaufbaues und der Gesundung fürwahr geschaffen worden.

Die Österreichische Volkspartei - so meinte der volkswirtschaftliche Ausschuss - läßt sich ihre bisherigen Arbeiten und Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete von niemandem schmälern und schon gar nicht von der Sozialistischen Partei, die allsooft nur sehr laut behauptet, die Sozialpolitik gepachtet zu haben.

Nachdem in vieljähriger mühevoller Arbeit die Regierung des Bundeskanzlers Figl trotz unabsehbarer Wirrnisse der Nachkriegszeit den Rohstoffmangel gebannt, Ruhe, Ordnung und Sicherheit als wichtige Voraussetzungen für unsere Wirtschaft gewährleistet und ein geordnetes Staatswesen nach dem Rechtsstaatsprinzip geschaffen hatte, konnte man diese Epoche der Beseitigung der Kriegsfolgen in großen und ganzen als abgeschlossen erklären.

Darauf aufbauend begann die Regierung Raab das Werk der Gesundung und Konsolidierung. Der volkswirtschaftliche Aus-

schaß stellte einmütig fest, daß das wirtschafts- und sozialpolitische Programm des Bundeskanzlers Ing. Raab von außerordentlichen Erfolgen begleitet war. Die Handels- und Zahlungsbilanz weist nicht mehr das einstige bedrohliche Passivum auf, sondern bildet Ende 1953 ein beachtenswertes Aktivum, das selbst von den Gegnern der Österreichischen Volkspartei in In- und Ausland nicht geleugnet werden kann.

Der Beschäftigtenstand zeigt einen bisher noch nie dagewesenen Rekord: In Österreich sind seit Jahren um einige hunderttausend Arbeitnehmer mehr beschäftigt als jemals zuvor. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Österreich ist nicht mehr Schuldner bei der Europäischen Zahlungsunion, sondern zu einem beachtenswerten Gläubiger geworden. Der Schilling wurde zur bestfundierten Währung. Österreich konnte daher von den zunächst dringend notwendigen kurzfristigen Investitionen zu langfristigen übergehen, ein 10 Milliarden-Schilling-Investitionsprogramm erstellen und trotzdem die Steuern senken.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß ist daher der Überzeugung, daß die Wirtschafts-, Finanz-, Agrar- und Sozialpolitik der Regierung Raab, weil sie untrüglich von Erfolgen begleitet war, fortgesetzt werden muß. Sie garantiert die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes sowie die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Lebensstandards der österreichischen Bevölkerung.

Viele der bisherigen Erfolge konnten nur deshalb erzielt werden, weil vom österreichischen Parlament wichtige Gesetze, die zunächst unpopulär erscheinen mochten, oft gegen den lange andauernden Widerstand des Koalitionspartners beschlossen wurden.

Manche wirtschafts- und sozialpolitisch wichtige Gesetze sind noch ausständig. Zur weiteren Festigung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses und im Interesse der Behaltung des Arbeitsplatzes möglichst vieler Arbeitnehmer müssen diese ausständigen Maßnahmen möglichst bald in Angriff genommen werden. Hierzu gehört eine gerechte Neuregelung des Finanzverhältnisses zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Der volkswirtschaftliche Aussehn war aber auch der Meinung, daß ein kaufkräftiger Binnenmarkt einen unentbehrlichen Konsumenten gewerblicher und industrieller Erzeugnisse darstellt. Er trägt hiedurch zur dauernden Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Arbeitern und Angestellten in Industrie und Gewerbe wesentlich bei.

Und nun zu den einzelnen Anträgen.

Die Landesparteileitung Oberösterreich stellt den Antrag, man möge alle gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung der Produktion und zur Sicherung des Absatzes und Preises der landwirtschaftlichen Produkte zusammenfassen.

Dieser Antrag wird vom Aussehn dem Hohen Bundesparteitag zur Annahme empfohlen.

Über Antrag der Landesparteileitungen Kärnten und Oberösterreich wurde bezüglich des Verhältnisses zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der gewerblichen Wirtschaft folgender Antrag beschlossen, der zur Annahme empfohlen wird:

"Die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft sollen ausgehend von steuerlich gleichen Ausgangspositionen einer Regelung zugeführt werden."

Die Landesleitungen Kärnten und Oberösterreich haben Anträge bezüglich der Kreditmassnahmen für Landwirtschaft und Gewerbe eingebracht. Dieser gemeinsame Antrag lautet nun:

"Die bisherigen Kreditaktionen zu erträglichen Zinsen für notwendige Investitionen an der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft werden begrüsst und deren Fortsetzung dringend empfohlen. Anträge auf Gewährung von Investitionskrediten sollen beschleunigt erledigt werden."

Die Landesparteileitungen von Kärnten und Oberösterreich haben bezüglich der Altersvorsorge für die Bannerschaft folgenden Antrag eingebracht, der gleichfalls zur Annahme empfohlen wird:

"Unter dem besonderen Hinweis auf die Forderung, dass die Gewährung der Kinderbeihilfe auch für die selbständig Erwerbstätigen möglichst bald gesetzlich geregelt werden muss, soll die Frage der Altersversorgung für die Bannerschaft, vor allem bezüglich der finanziellen Bedeckungsmöglichkeiten, eingehend geprüft werden."

Die Landesparteileitung Tirol hat einen Antrag eingebracht, die Nebenverdienstmöglichkeiten der Mittel- und Kleinbauern zu fördern. Er lautet:

"Die Schaffung und Wiedergewinnung besserer Nebenverdienstmöglichkeiten für Kleinbauern soll eingehend geprüft werden."

Und nun zu den Anträgen der Österreichischen Jugendbewegung, die sich sinngemäß auch auf gleichlautende Anträge der Landesparteileitungen Kärnten und Niederösterreich und des Arbeiter- und Angestelltenbundes beziehen.

Die erste Gruppe dieser Anträge bezieht sich auf die Massnahmen für die bäuerliche Jugend.

"1. Der Bundesparteitag möge die Bundesparteileitung beauftragen, dahingehend zu wirken, dass durch die Gewährung niederverzinslicher und langfristiger Darlehen weichen Bauernkindern und Landarbeitern die Schaffung einer selbständigen bäuerlichen Existenz durch Pachtung sowie Ankauf land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ermöglicht werde."

"2. Der Bundesparteitag möge die Bundesparteileitung beauftragen, dass in jenen Ländern, in denen das Landesausführungsgesetz zum land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz bisher noch nicht beschlossen ist, dies ehebaldigst geschehe."

"3. Der Bundesparteitag möge die Bundesparteileitung beauftragen, dass den Ländern, in denen der Besuch der land- und forstwirtschaftlichen Fortbildungsschulen noch nicht Pflicht ist, diese gesetzliche Massnahme empfohlen wird."

Die zweite Gruppe der Anträge bezieht sich auf die Förderung der Jugendbeschäftigung und der Berufsausbildung der Jugend. Die Anträge lauten:

"1. Um die Durchführung der Halbschichtbeschäftigung Jugendlicher zu ermöglichen, möge der Bundesparteitag den Nationalratsklub der ÖVP beauftragen, eine Ausnahmeregelung zu den Bestimmungen des § 13 des Rentenbemessungsgesetzes, BzBl. Nr. 151/54, über die Mindestbemessungsgrundlage zu bewirken."

"2. Der Bundesparteitag möge erwirken, dass die die Halbschichtbeschäftigung begleitende schulische Betreuung durch das Bundesministerium für Unterricht in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen sichergestellt werde."

"3. Die bisher vom Sozialministerium gewährte Quartiergehäldebihilfe für Lehrlinge ist in Zukunft als Ausbildungsbihilfe auch für den Besuch von berufsbildenden Schulen zu gewähren und ihre Sätze sind entsprechend zu erhöhen. Das dazu notwendigen Schritte mögen von der Bundesparteileitung bei der Bundesregierung unternommen werden."

"4. Der Bundesparteitag möge das Bundesministerium für soziale Verwaltung auffordern, durch Verordnung eine Lockerung jener Beschäftigungsverbote für jugendliche Dienstnehmer, die durch die technische Entwicklung und bessere Schutzmaßnahmen überholt sind, ehebaldigst herbeizuführen."

"5. Zur Überbrückung der Zeit bis zur beruflichen Unterbringung der weiblichen Jugend, sind die hauswirtschaftlichen Schul- und Berufsausbildungseinrichtungen auszubauen, sowie die sogenannten Caritas-Vorschulen weiterhin und noch stärker aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen als bisher."

"6. Der Bundesparteitag möge veranlassen, dass die ÖVP-Landesregierungen und die ÖVP-Landespartelleitungen sowie die Kammern der gewerblichen Wirtschaft in Zusammenarbeit in ihren Ländern weitgehende Förderungsmassnahmen zur Errichtung und zum Ausbau von Lehrlinge- und Jungarbeiterheimen ermöglichen. Eine Förderung der Heime des Kolping-Werkes scheint hier besonders empfehlenswert."

"7. Durch grösstmögliche Bereitstellung von Mitteln für die Gewährung von Stipendien und Ausbildungsbeihilfen seitens des Bundes und der Länder muss Vorsorge getroffen werden, dass auch minderbemittelte tüchtige Talente jede nur dankbare Förderung erhalten."

Das war die zweite Gruppe der Anträge. Ich komme nun zur dritten Gruppe, zu einem wichtigen, aber sehr kurzen Antrag:

"Um die Ehegründung junger Menschen zu erleichtern, wird empfohlen, durch geeignete Massnahmen die Gewährung von Ehegründungsdarlehen zu ermöglichen."

Durch diese Anträge sind, wie ich bereits gesagt habe, die diesbezüglichen sinngemäss gleichen Anträge der Landespartelleitungen von Kärnten, Niederösterreich und des Arbeiter- und Angestelltenbundes erledigt worden.

Nun, verehrte Damen und Herren, hat der wirtschaftliche Ausschuss auch folgendes festgestellt: Wer seine täglichen

Bedarfsgegenstände oder Lebensmittel in einem USIA-Geschäft einkauft, ist ein Verräter an der Österreichischen Wirtschaft und am Österreichischen Volk! (Lebhafte Zustimmung.) Die Österreichische Bundesregierung hat diesbezüglich sehr eindeutige Massnahmen kundgetan, und es soll niemand erwarten, der durch einen solchen Fehltritt in die Arme der Gerechtigkeit geraten sollte, dass er von irgendeiner Seite der Österreichischen Volkspartei oder eines Bundes eine Unterstützung erfährt.

Die Landesparteileitung Kärnten hat folgenden Antrag eingebracht: "Beschränkung der Konsumvereine auf ihre ursprüngliche Funktion zwecks Verhinderung von kapitalistischen Konzernbildungen, wie sie heute diese Unternehmungen schon darstellen."

Eine ganze Reihe von weiteren Anträgen beziehen sich auf Steuerfragen. Der Finanzminister wird darüber eine sehr grosse Freude haben. Und zwar haben die Landesparteileitungen Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg, sich mit dieser Frage besonders befasst. Alle diese Anträge wurden in einem gemeinsamen Antrag vereinigt, der lautet:

"Der bisher eingeschlagene Weg der Steuerpolitik in Richtung einer Senkung der überhöhten Steuerkräfte soll konsequent weitergegangen werden. In erster Linie müssen die sich noch immer leistungsfeindlich und produktionshemmend auswirkenden Tarife der Einkommen-(Lohn-)steuer reformiert werden. Hand in Hand mit den Bemühungen, durch entsprechende Korrekturen auf diesem Gebiete das Realeinkommen zu erhöhen und der Wirtschaft neue Impulse zu geben, sind die Steuergesetze zu vereinheitlichen und die gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet klar und übersichtlich zu gestalten. Auf der Forderung der Vereinfachung

der Abgabenvorschriften wird nach wie vor festgehalten.

Die mit Erfolg begonnene Steuerpauschalierung ermöglicht es den kleinen Gewerbetreibenden, den Umfang und die Höhe ihrer steuerlichen Verpflichtungen zu überblicken, und erspart ihnen viel Mühe und Arbeit, ohne das Steueraufkommen zu gefährden. Sie wird zweifellos eine Leistungssteigerung dieser Betriebe herbeiführen. Es soll geprüft werden, ob die Pauschalierung auf weitere Gruppen ausgedehnt werden kann. Die Möglichkeit der Einführung der Turnus- und Richtstabbesteuerung ist zu überprüfen. Die Bemühungen, deutsche Gesetze auf dem Gebiet des Abgabenrechtes durch österreichische Gesetze zu ersetzen, sind fortzusetzen. "

Zur Frage Familienpolitik und Familienlastenausgleich liegen von den Landespartelleitungen Steiermark, Vorarlberg, Oberösterreich, Tirol, Kärnten und Niederösterreich Anträge vor. Sie wurden in folgendem Antrag zusammengefasst:

"Die ÖVP betrachtet die Familie als Zelle der menschlichen Gesellschaft. Jede Politik muss daher der Förderung und Erhaltung gesunder Familien dienen. Neben einer öffentlichen Anerkennung bedarf es dazu auch einer materiellen Unterstützung.

Die ÖVP muss daher ihre Bemühungen um einen gerechten Ausgleich der Familienlasten fortsetzen und betrachtet die derzeitigen gesetzlichen Vorbereitungen als einen ersten Schritt hiesu. Sie erachtet es aber ebenso als dringliche Notwendigkeit, dem Familiengerechten Wohnbau volle Aufmerksamkeit zu widmen, und insbesondere jungen, familienwilligen Menschen die Familien-gründung zu erleichtern.

Der Bundesparteitag fordert daher die Bundesparteileitung auf, alle Massnahmen für eine gesunde Familienförderung zu treffen."

Damit sind die zahlreichen Anträge auf diesem Gebiete in einem zusammengefasst worden.

Die Landesparteileitung Kärnten hat auf sozialrechtlichem Gebiet einen Antrag gestellt. Er lautet:

"Die ÖVP soll alles daransetzen, dass das zu schaffende Sozialversicherungsgesetz einfach, übersichtlich und klar gefasst wird."

Die Landesparteileitung Tirol und die Landesparteileitung Oberösterreich haben Anträge zur Frage des 8. Dezember, also zur Feiertagsfrage, eingebracht. Es wurde diesbezüglich folgende Formulierung gefunden, die zur Annahme empfohlen wird:

"Mit Rücksicht auf das Marianische Jahr 1954 möge der 8. Dezember 1954 zum gesetzlichen Feiertag erklärt werden. (Beifall.) Darüber hinaus hält es der Bundesparteitag für zweckmässig, die Frage der gesetzlichen Feiertage in Österreich einer Überprüfung zu unterziehen."

Die Landesparteileitung Kärnten hat in Angelegenheit des Mietenwesens, des Althausbesitzes und der Altwohnungen einen

Antrag eingebracht. Er lautet:

"Zur Bekämpfung der in allen Teilen Österreichs bestehenden Wohnungsnot muss auf die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung und Assanierung des Althausbesitzes hingewiesen werden. Es wird gefordert, dass ebenso wie es einzelne Länder und Gemeinden bereits getan haben, auch in den anderen Ländern dem Althausbesitz zinsfreie Kredite für die Instandhaltung des Altwohnraumes zur Verfügung gestellt werden. Ferner, dass der Privathausbesitz der öffentlichen Hand als Vermieter gleichgestellt wird."

Damit ist auch ein Antrag der Landesparteileitung Oberösterreich abgegolten, der sich auf das gleiche bezogen hat.

Die Landesparteileitung Kärnten setzt sich dafür ein, dass die verkehrsmässige Einschliessung entlegener Gebiete, insbesondere der Bergbauerngebiete, und die Fortsetzung der Elektrifizierungsmassnahmen nicht aus den Augen verloren, sondern bestens weitergefördert werden.

Die Landesparteileitung Steiermark hat folgende Resolution eingebracht:

"Die Bundesregierung möge immer wieder alles daransetzen, dass die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Personen möglichst bald in die Heimat zurückkehren können. (Beifall.) Den Spätheimkehrern soll bei ihrem Fortkommen bestmöglichst geholfen werden."

Die Landesparteileitung Niederösterreich beantragt:

"Der Bundesparteitag möge beschliessen, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, dass die Hochwasserschutzdämme derartig verstärkt werden, dass in Hinkunft Katastrophen im Aus-

mass des Jahres 1954 vermieden werden."

Hoher Bundesparteitag! Ich glaube, es sieht sich, bei diesem Anlass den tausenden und abertausenden freiwilligen Helfern, die Tag und Nacht an den Hochwasserschutzdämmen der Donau in den kritischen Tagen des Juli 1954 fürwahr an der Front standen, den freiwilligen Feuerwehren, der Exekutive und vielen Helfern herzlichen Dank dafür aussprechen, dass sie noch grössere Not verhindert haben.

Und schliesslich ein Antrag - es ist der letzte - der Landesparteileitung Niederösterreich. Er lautet:

"Der Bundesparteitag beschliesst, die Bundesparteileitung möge alle der ÖVP nahestehenden Wohnbaugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und sonstige Wohnbauvereinigungen auffordern, im verstärkten Ausmass ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zum vordringlichen Bau von Eigenheimen und Wohnungseigentumshäusern einzusetzen."

2/1140 W 1

Soweit die Anträge des volk<sup>wirtschaftlichen</sup>politischen Ausschusses. Ich bitte Sie, verehrte Damen und Herren, als Berichterstatter dieses Ausschusses, diese Anträge anzunehmen und hiedurch den Hohen Bundesparteitag, die Bundesparteileitung und die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in die Lage zu versetzen, auf diesen wichtigen volkspolitischen und finanzpolitischen und sozialpolitischen Gebieten, gestützt auf das Vertrauen der Wählerschaft, weiterkommen zu können. (Starker Beifall.)

Dr.  
Vorsitzender/K. Z a n k: Ich danke dem Herrn Ing. Hartmann für seinen Bericht. Die Aussprache und Abstimmung wird später erfolgen.

Als Drittem erteile ich dem Organisationsreferenten Zink das Wort zum Bericht des Parteipolitischen Ausschusses.

Organisationsreferent Z i n k: Hoher Bundesparteitag!  
Dem parteipolitischen Ausschuss des Bundesparteitages, der unter dem Vorsitz des Generalsekretär-Stellvertreters Scheidl tagte, lagen insgesamt 14 Beratungsgegenstände vor. Ich stelle ausdrücklich fest, dass es sich hierbei nicht um formelle Anträge, sondern vielmehr um Wünsche und Anregungen der Landesparteileitungen und Bundesleitungen gehandelt hat. All diese Fragen, und das darf ich vorausschicken, waren von dem ehrlichen Wunsch getragen, die Einheit der Partei, ihre Stärkung und Sicherung zu unterstreichen.

Dass es bei Zutreffen dieser Grundhaltung aller Länder und Bünde unschwer war, zu einstimmigen Beschlüssen zu gelangen, liegt auf der Hand. So darf ich Ihnen mitteilen, dass der parteipolitische Ausschuss beschlossen hat, über die bereits bestehenden partei-internen Ausschüsse hinaus, einen ständigen Organisationsausschuss zu bilden. In diesem Forum, in dem sowohl die Sprecher der Länder

als auch der Bünde vertreten sind, sollen alle konkreten Massnahmen, die den eingangs erwähnten Grundsätzen entsprechen, besprochen und beschlossen werden. Insbesondere soll dieser Ausschuss alle Fragen der Abgrenzung hinsichtlich der bündischen Mitgliedschaft klären, allfällig sichtbar werdende organisatorische Unklarheiten beseitigen und damit das klaglose Zusammenarbeiten aller Parteinstanzen sicherstellen.

Der Bundesparteitag wird daher gebeten, der Einsetzung dieses Organisationsausschusses, gebildet aus je einem Vertreter der Bünde, der Frauenbewegung und der Österreichischen Jugendbewegung sowie einem Landespartei sekretär unter Vorsitz eines Vertreters der Bundesparteileitung, zuzustimmen, ihm das Recht der Beschlussfassung in organisatorischen Belangen zu übertragen und zwingende Anträge an die Bundesparteileitung zu stellen.

Einen breiten Raum nehmen im Rahmen der Beratungen die Frage der stärkeren Vertretung der Frauen und der Jugend in den gesetzgebenden Körperschaften ein. Der parteipolitische Ausschuss hat daher beschlossen, den Landesparteileitungen mit allem Nachdruck zu empfehlen, Vertreter der Frauen und der jungen Generation im grösseren Masse, als dies bisher geschehen ist, bei Besetzung von Mandaten heranzuziehen. (Beifall.)

Bezüglich der Parteipresse, die sich einer erdrückenden zentralistisch geführten gegnerischen Übermacht gegenüber sieht, empfiehlt der parteipolitische Ausschuss unter Hinweis auf das Referat des Generalsekretärs Dr. Maleta der Bundesparteileitung, eine Gesamtform des Parteipressewesens in Angriff zu nehmen,

mit dem Ziel, eine starke, finanziell gesicherte, kämpferische, auf die Interessen der einzelnen Länder Bedacht nehmende Parteipresse zu schaffen. (Beifall.) Die Voraussetzung hierzu scheint neben anderen zu ergreifenden Massnahmen die Schaffung einer eigenen Druckerei zu sein. (Erneuter Beifall.)

Der parteipolitische Ausschuss hat sich weiters intensiv mit allen Fragen der Personalpolitik befasst. Der grundsätzlichen Haltung der Partei, unter allen Umständen die Freiheit des Arbeitsplatzes und den Schutz der Arbeitnehmer unserer politischen Richtung sicherzustellen, ist nichts hinzuzufügen. Allerdings glaubt der parteipolitische Ausschuss, die Bundesparteileitung erneut auffordern zu müssen, überall dort mit allen der Partei zur Verfügung stehenden Mitteln einzugreifen, wo unter dem Deckmantel betrieblicher Notwendigkeiten und mit der uns bekannten "sanften Gewalt" Arbeitnehmer unserer Richtung verfolgt und geschädigt werden. (Beifall.)

In besonderer Weise hat sich die Partei der wirtschaftlich schwachen und in ihrem Fortkommen nicht gesicherten Parteifreunde annehmen und dafür Sorge zu tragen, dass sie zutreffendfalls wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert und gesichert werden. Gegen alle jene aber, die vom Vertrauen der Partei getragen, an führenden Positionen gesetzt wurden und sich dieses Vertrauens nicht würdig erweisen, ist sofort, schärfstens und ohne Ansehung der Person vorzugehen. (Beifall.)

In diesem Zusammenhang stellt der parteipolitische Ausschuss fest, dass die kommenden Wahlen in die Arbeiterkammern Angelegenheit der gesamten Partei sind und durch alle Partei- und bündischen Dienststellen, sowie von allen Mandatären, Funktionären und Einzelmitgliedern restlos unterstützt werden müssen. (Zustimmung.)

Unser moderner Parteiapparat muss unter Berücksichtigung der heiklen Gesamtlage gesehen werden. Seine finanzielle Sicherheit muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Der parteipolitische Ausschuss bittet daher den Bundesparteitag, das Finanzreferat der Bundesparteileitung zu beauftragen, in sofortige Verhandlungen mit den Finanzreferenten der Landesparteileitungen und der Bünde einzutreten, um unter Berücksichtigung aller möglichen Einsparungen, neue und zusätzliche Wege der Finanzierung sicherzustellen.

Wenn Sie, meine sehr geehrten Delegierten, mit den Beschlüssen des Parteipolitischen Ausschusses einverstanden sind, die samt und sonders nur der Erhaltung unserer organisatorischen Kraft dienen, dann bitte ich Sie, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen zu wollen. (Lobhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Klaus: Ich danke dem Referenten Zink für seinen Bericht.

Als letzter Berichterstatter bitte ich nun Herrn Landeshauptmann Dr. Gleisner, den Bericht des politischen Ausschusses zu erstatten.

Berichterstatter Dr. Gleisner: Hoher Bundesparteitag! Ich freue mich, dass ich Ihnen einen kurzen Bericht vorlegen kann, und zwar nicht deswegen, weil wir damit

rascher zu einem Ende des Parteitages kommen, sondern ich freue mich darüber, <sup>dass</sup> /in den grossen politischen Fragen, mit denen sich der politische Ausschuss befasst hat, eine absolute und selbstverständliche Einmütigkeit festzustellen war.

Dem politischen Ausschuss sind insgesamt 16 Verhandlungsgegenstände vorgeschlagen, ~~worüber~~ die in einer vorbereitenden Sitzung am 8. September sowie in der gestrigen Ausschusssitzung beraten wurden.

Über Beschluss des politischen Ausschusses lege ich folgende zusammenfassende Stellungnahme zu diesen Anträgen vor: An die Spitze unserer politischen Forderungen stellen wir nach wie vor das nachdrückliche Verlangen, Österreich diese oft zugesagte Freiheit ohne jede Beschränkung endlich zu geben, insbesondere die Souveränität sowie die Rechte des freigewählten Parlaments wiederherzustellen. (Starker Beifall.) Wir anerkennen keinerlei Grund für eine weitere Besetzung Österreichs. Die Dauer der Besetzung widerspricht nach unserer tiefsten Überzeugung ebenso dem Völkerrecht wie dem Naturrecht. Die Geschichte und die kommenden Generationen werden über die unberechtigte Besetzung Österreichs ein Urteil fällen, das den Besatzungsmächten den Glanz ihrer eigenen Geschichte verdunkeln wird. Österreich ist eine geschlossene und unerschütterliche Einheit in vergangenen glücklicheren Tagen gewesen und bleibt dies erst recht im Unglück der Gegenwart.

In der Stunde dieses leidenschaftlichen Appells an das Weltgewissen erheben wir, die wir wenigstens das Glück haben, in der Heimat zu leben, umso lauter unsere Stimmen nach restloser Rückkehr aller österreichischen Staatsbürger, die noch in der Kriegsgefangenschaft oder als Zivilinternierte in fremden Ländern wider Recht und Gerechtigkeit zurückgehalten werden. 9 Jahre nach Kriegsende sind derartige Maßnahmen ein Unrecht, das durch keinen noch so kling gefällten Richterspruch aus der Welt geschafft wird. Gebt uns unsere zurückgehaltenen Brüder und Schwestern zurück, damit ihr euer Ansehen vor uns wahrt, damit ihr aber auch vor eurem eigenen Gewissen bestehen könnt!

So wie wir die Freiheit nach außen verteidigen, so stehen wir auch zur freiheitlichen Gestaltung unseres innerpolitischen Lebens. Aufgabe, die kleine Gemeinschaften zu lösen vermögen, sollen nicht von größeren an sich gezogen werden. Nur dort soll die größere Gemeinschaft eingreifen, wo sie notwendig ist, um größere Aufgaben bewältigen zu können. Wir bekennen uns voll Überzeugung zum föderalistischen Charakter unserer Verfassung und stellen mit besonderer Befriedigung am Vorabend der Landtagswahlen fest, daß unsere Parteifreunde in den Ländern auf außerordentlich befriedigende Leistungen der von ihnen geführten Landespolitik hinweisen können. (Beifall.) Es ist daher zu begrüßen, daß die Bundesregierung im Zuge der Regelung der Wohnfrage die Dezentralisierung an die Länder gewählt hat und damit einen praktischen Schritt zur Verwaltungsreform getan hat.

2/1150 Schö 2

In diesem Sinne erwarten wir auch, daß die Verhandlungen über die Gestaltung des österreichischen Bundesstaats sich auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung bewegen und zu einer für die Länder befriedigenden Lösung führen werden.

Die Dezentralisierung hat bei den Ländern nicht haltmachen. Der schon im Jahre 1848 aufgestellte Grundsatz, die demokratische Gemeinde ist die Grundlage eines demokratischen Staates, hat bis heute an Richtigkeit nichts eingebüßt. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird aber unmöglich gemacht, wenn ihnen Lasten aufgebürdet werden, die sie aus eigenen Mitteln tragen unmöglich in der Lage sind. Wir erwarten daher eine gerechte Regelung, die den Lastenausgleich verbessert und die Lastenverteilung einer sorgfältigen Prüfung unterzieht.

Als wahrhaft demokratische Partei ist uns die Achtung vor der persönlichen Freiheit und Menschenwürde das höchste Gebot im gesellschaftlichen Zusammenleben. Diese Achtung darf sich aber nicht nur in einem formellen Wahlrecht zeigen, sondern muß den ganzen Ablauf des Gemeinschaftslebens umfassen. Es darf daher niemanden aus seiner politischen und weltanschaulichen Einstellung in Verwaltung und Betrieben der öffentlichen Hand oder der Privatwirtschaft irgendein Nachteil erwachsen. Jeglichen Gewinngewang und Gewinngesterror lehnt unsere Partei schärfstens ab.

Daraus folgt, daß wir auch im Wahlkampf alle Mittel verwenden, die Zwang und Terror darstellen und die persönliche Freiheit und die Menschenwürde verletzen. Der Wettstreit der Meinungen ist gesund und eine Demokratie ohne ihn nicht denkbar.

Er soll sich aber in Formen abspielen, die anständig und würdig sind. Auch die schärfste Argumentation soll keine dauernde Verbitterung schaffen, die eine Zusammenarbeit nach der Wahl unmöglich macht.

Die Österreichische Volkspartei begrüßt es weiters, daß nunmehr sich die von ihr immer vertretene Meinung durchgesetzt hat, dem Heimatvertriebenen den Weg zu ihrer gleichberechtigten Eingliederung in den österreichischen Volkstörper frei zu machen. Als einnige Partei haben wir in der Person des Nationalrates Machunse einem Heimatvertriebenen in den Nationalrat entsandt, was sich für die Erfüllung der berechtigten Wünsche dieser vom Schicksal besonders hart getroffenen Menschen gut auswirkte. Wir erstreben, daß sich auch noch die restlichen Schwierigkeiten in kurzen beheben lassen und daß den Heimatvertriebenen Österreich bald eine liebe neue Heimat wird. (Beifall.)

Diese Stellungnahme des politischen Ausschusses lege ich dem Hohen Bundesparteitag hienmit zur Beschlussfassung vor.

Vorsitzender Dr. K l a u s i: Wir danken Herrn Landeshauptmann Dr. Gleissner für seinen Bericht.

Nun folgt die Debatte über das Referat des Herrn Staatssekretärs Graf und über die vier Ausschussberichte. Um eine Übersicht zu gewinnen, bitte ich, die Wortmeldungen jetzt schon beim Präsidium vorzunehmen.

Als erster hat sich zum Wort gemeldet Herr Legationssekretär Dr. Karasek. Vorbereiten möge sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Udvar.

Legationssekretär Dr. Karasek : Hoher Parteitag! Der Herr Berichterstatter des kulturpolitischen Ausschusses hat bereits unsere konkreten kulturpolitischen Anliegen verdolmetscht, denen, um nicht Ihre Geduld auf eine harte Probe zu stellen, von meiner Seite in einzelnen nichts hinzugefügt werden soll.

Wenn ich mich zu Wort gemeldet habe, so deshalb, weil ich glaube, dass sich Kulturpolitik nicht allein in der Vertretung dieser konkreten, zum kulturellen Sektor ressortierenden politischen Forderungen erschöpfen darf. Kulturpolitik soll in einem viel allgemeineren Sinn verstanden werden. Aufgabe der Kulturpolitik wäre es, zu der geistigen Ideenwelt durchzudringen, aus der die Partei auf welchem sachlichen Sektor immer ihre konkreten politischen Entscheidungen schöpft. Wenn der heutige Parteitag über die Vielzahl wichtiger und bedeutender Beratungsgegenstände hinaus die Frucht zeitigen könnte, dass man sich in der Österreichischen Volkspartei viel stärker noch als bisher auch wieder den geistigen, den programmatischen Leitlinien zuwendet, dann dürften wir alle beruhigter in die Zukunft blicken.

Den Kampf mit dem politischen Gegner unterschätzt derjenige, der in ihm nur ein Kräftemessen um diese oder jene Machtposition sieht. Die materialistische Weltanschauung unserer Gegner kann letztlich nicht anders bekämpft werden, als durch die Kraft, die Macht der stärkeren Idee. Und ich stehe nicht an zu sagen, dass für mich und für mich, ich glaube, auch für die junge Generation, die ich vertrete, dieses Bekenntnis zum Geist und zur Idee nicht im Sinne eines ver-

schwommenen und nichtssagenden Humanismus, der jedweder Interpretation zugänglich ist, verstanden werden darf, sondern für uns sind die Fundamente dieses Bekenntnisses in einem kompromisslosen und höchsten Anforderungen gerecht werden wollenden Christentum zu finden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Eine Partei, die den Primat der Weltanschauung anerkennt, kann durch keine politische Entwicklung und keinen politischen Erdrutsch gefährdet und aufgerieben werden. Den Primat des Geistes und der Ideologie anerkennen bedeutet, dass die ÖVP die Wichtigkeit der Förderung nach/<sup>der</sup>Erhaltung ihrer Substanz erkannt hat.

Wenn die Partei im Zeichen der Wahl um die Gunst der fluktuierenden Wählerschaft buhlt - als nüchterner Kulturpolitiker versteht man auch das -, dann tut sie recht daran, wenn sie Zahlen sprechen lässt, ihre Leistungen ins rechte Licht rückt und Schwächen des Gegners entlarvt. Das soll uns aber nicht vergessen lassen, dass die Substanz der Partei von jenen Wählern gebildet wird, die sich ein ernstes Gewissen aus der Tatsache machen, dass ihnen ihre Weltanschauung und ihre religiöse Erziehung einzig und allein nur das Programm der ÖVP zu wählen erlaubt. Wir wären bestimmt nicht auf dem rechten Weg, wenn wir in diesen Menschen das Bewusstsein nähren würden, dass unsere Partei leider nur die Partei des berühmten kleineren Übels sei. Ich scheue mich nicht, die Überzeugung auszusprechen, dass eine Politik weltanschaulicher Grundsatzfestigkeit dem Ansehen und der Wertschätzung der ÖVP mehr Nutzen als Schaden

stiften würde. Den Primat des Geistes und der Ideologie anerkennen ~~bedeutet~~ bedeutet aber auch das Mass zu besitzen, wie die menschlichen Bedürfnisse, die nun einmal im politischen Leben heute von diesen und morgen von jenen Mund in der Partei zur politischen Verwirklichung angemeldet werden, zu bewerten sind.

Ich spreche hier an dieser Stelle als Vertreter einer jungen Generation und als Vertrauensmann der Österreichischen Jugendbewegung. Ob Sie, meine Damen und Herren, nun mit den Leistungen und mit der Stärke Ihrer Parteijugend zufrieden sind oder nicht, vergessen Sie eines nicht: Es liegt nicht allein an der jungen Generation, wie gross, wie stark und wie einsatzbereit sie ist. Das Rezept und das Geheimnis, Jugend an sich zu ziehen, liegt darin: Junge Menschen sind seit eh und je nicht anders gewonnen worden als mit hohen Idealen. Jugend gibt sich mit Kompromissen, Improvisationen und der Lösung von Tagesfragen, mögen sie auch noch so wichtig sein, nicht zufrieden. Der junge Mensch drängt darnach, das Problematische der Zeit zu erfassen und hohen Ideen nachzujagen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, imstande sind, den Weg zu diesen Idealen zu zeigen und vorzuleben, dann wird die junge Generation mit Ihnen sein. Zeigen Sie als Funktionäre und Mandatäre, wo immer Sie Anwalt der Interessen der Partei sind, Grundsatzfestigkeit im Programmatischen und Integrität im Persönlichen. Das war und ist immer die beste Methode gewesen, die Herzen der Jugend im Sturm zu erobern. Und wenn Sie älter werden und, wie es im Liede heisst, auch etwas kälter werden, bemühen Sie sich trotzdem, zu verstehen! Es ist ein Vorrecht der Jugend, radikal zu sein, es ist ein Vorrecht der Jugend, aufs Ganze zu gehen, es ist ein Vorrecht der Jugend, nach den Sternen zu greifen.

Wenn es der Österreichischen Volkspartei gelingt, ihre hohen Ziele leuchtend zu machen, wenn sie ihre kulturpolitische Aufgabe im Sinne dieses Dienstes am Geist und an der Idee ernst genug nimmt, wird ihr die Begeisterung, der jugendliche Tatwille, die Treue und Einsatzbereitschaft in einem Masse sicher sein, wie sie nur junge Menschen zu geben imstande sind. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Klaus: Ich danke dem Herrn Landesregierungsrat Dr. Karasek und unterstreiche nachdrücklich, dass unsere Partei und unsere Parteilarbeit ohne eine klare Weltanschauung, die sich stärkstens auf den Grundkräften des Christentums aufbaut, kein Fundament hätte.

Zum Wort gemeldet ist Landeshauptmannstellvertreter Udier.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Udieri

Hoher Bundesparteitag! Werte Delegierte! Ich darf ein paar Worte zum ausgezeichneten und glänzenden Referat unseres Organisationsreferenten, Herrn Staatssekretär Graf, verlieren <sup>da und dort</sup> und vielleicht doch/auf etwas hinweisen, wo es mehr Mängel gibt.

Wir können mit Freude feststellen, dass der Herr Staats- und Erkenntnisse sekretär die Ergebnisse/unsere gesamten propagandistischen Arbeit restlos und richtig zusammengefasst hat. Es scheint mir aber, dass dies nicht genügen kann und dass es richtiger wäre, wenn wir selbst trachten, dort, wo es ein Leichtes ist, Mängel dieser Art abzustellen und Abhilfe zu schaffen.

Ich greife aus dem Referat ein massgebliches Wort heraus, das ungefähr lautete: Wenn es uns nicht gelingt, von dieser Österreichischen Volkspartei den Stempel der Unternehmerpartei zu nehmen, so hat ihre letzte Stunde geschlagen.

2/1200 Wo 3

Verehrte Delegierte! Die Tätigkeit unserer Bundesregierung und die Erfolge, die durch die Politik Raab-Kanitz auf wirtschaftlichem Gebiet und hier vor allem auch zugunsten der Arbeitnehmerschaft erzielt werden konnten - ich war nie müde, davon zu reden und sie anzuerkennen -, gehen in dem Moment unter, in dem es uns nicht gelingt, als Partei, als Gesamtes, auch ein wenig Propaganda dafür zu machen.

Natürlich hat es der einzelne schon in der Hand, zu sagen: Das ist positive Politik, wenn ich, weils ich, um 30, 40 oder 100 S mehr bekomme, das wäre schon das Richtige! Aber wir können uns damit nicht begnügen und dürfen die sichtbare Propaganda nicht restlos unseren Gegnern überlassen, wenn wir wissen, dass die Erfolge nur deshalb zu erzielen waren, weil unsere Regierungsmänner, unsere Parteimänner die richtige Politik durchgeführt haben. Aber seit Monaten sehen wir in ganz Österreich, vom westlichsten Zipfel unseres Landes bis ins Burgenland und bis auf die höchsten Baustellen Österreichs auf 2300 m hinauf nur Plakate der SPÖ über das, was sie gefordert und erreicht hat, und nichts dazu Paralleles, das nur einigermaßen den Beweis erbringen und der Öffentlichkeit zeigen würde, dass das die Arbeit der Österreichischen Volkspartei, die Tätigkeit der Österreichischen Volkspartei ist!

Ja glauben Sie wirklich, dass monatelange sichtbare Propaganda sich nicht auch negativ für uns auswirken kann? Ich glaube, es wäre höchst an der Zeit gewesen, hier auch etwas zu unternehmen. (Zustimmung.) Man hat dafür einmal allerdings ein Plakat herausgebracht mit dem Kopf des Herrn Bundeskanzlers, aber es war unglücklich genug. Ich muss sagen: Der Propagandachef, der das gemacht hat, kann sich eine Ehrenurkunde einrahmen lassen. Ich bin dafür, dass die Parteileitung ihm das ausstellt. Man kann ein Plakat nicht mit tausend Zahlen und einer Legende und Lektüre für einen halben Tag ausstatten, weil niemand auf der Strasse die Möglichkeit hat, das zu lesen. Ein solcher Text gehört in die Zeitung, aber nicht auf die Plakatwand! (Zustimmung.)

Es mögen das Kleinigkeiten sein, aber sie zählen zu den Grossen und Ganzen, wo wir als Propaganda für die ÖVP bezeichnen müssen. Ich darf vielleicht noch ein paar Kleinigkeiten aufzeigen und ein paar Fingerzeige geben. Der Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei, die in diesen zwei Tagen schon mehrmals von der österreichischen Kultur gesprochen und sehr viel dafür übrig hat - so wollen wir annehmen und hoffen - , wurde ausgerechnet mit Konservennmusik eingeleitet. Ich weiss, das mag nicht jeden gestört haben - mich hat es reichlich gestört. Soviel hätte ich dem Bundesparteitag noch zugeschrieben, dass man da etwas Positives hinstellt. (Lebhafter Beifall.)

Noch etwas: Auch das Bild, das uns von den Tischen entgegenstrahlte, war irgendwie merkwürdig. Wir haben wohl gestern und heute die "Neue Wiener Tageszeitung" erhalten. Aber wir wissen, wie unsere Gegner das wissen, dass das mehr die Zeitung eines Bundes als die der Partei ist. Dafür waren wir in der glücklichen Situation, das Parteiblatt, das "Kleine Volksblatt", heute um 90 Groschen kaufen zu dürfen, wenn wir es lesen wollten. Das ist kein propagandistischer Schlager für die Österreichische Volkspartei! So macht man nicht Propaganda, so propagiert man nicht! Es mag sein, dass man sagt: Das sind sowieso lauter Delegierte, die wissen, um was es geht. Aber der Eindruck, den das hinterlässt, war negativ.

Vielleicht wäre es richtig gewesen, wenn man einmal alle Presseorgane aufgelegt hätte, vielleicht hätte man dann einmal gewusst, was zur Österreichischen Volkspartei gehört, und man hätte auch gesehen, dass es auch ein Blatt für die Arbeitnehmer gibt, für jenen Kreis der Österreichischen Volkspartei, der

zwar nicht der stärkste ist, aber auf den es sehr wohl ankommen wird, wenn wir die nächsten Wahlen gewinnen wollen. (Zustimmung.) Wir dürfen es nicht übersehen, dass wir hier keine Fehler mehr machen dürfen.

Wenn wir heute sehr wohl schon gehört haben, dass es zweckmäßiger ist, einen Selbständigen zu erhalten als einen Unselbständigen zu gewinnen, so können wir trotzdem feststellen, dass, wenn ein Bund immer weniger Mitglieder haben muss, weil seine Mitglieder eben nicht mehr da sind - um ein Beispiel zu nennen, wenn beim Bauernbund immer weniger selbständige Bauern werden - man sich damit behilft, dass man einen eigenen Bund in seinem Bund aufmacht. Ich glaube, das ist nicht richtig, und ich freue mich, dass sich der Ausschuss für Organisationsfragen damit befasst hat, und ich will hoffen, dass die Partei hier sehr bald zu klaren Lösungen kommt.

Entscheidender aber ist noch, dass wir überhaupt zunächst einmal positiv zu den Forderungen unserer Arbeitnehmerschaft stehen müssen, selbst dann, wenn sie aus unseren Reihen kommen und noch tragbar sind.

Es ist doch irgendwie beschämend, wenn es da in kulturpolitischen Referat geheissen hat, wir mögen doch dafür eintreten, dass der Feiertag X Y ein gesetzlicher Feiertag wird, und auf der anderen Seite vernehmen müssen, dass in entscheidenden Ausschuss, in dem die Wirtschaftsfragen erörtert wurden, man diese Forderung nicht durchbringt und in einem merkwürdigen Abstimmungsverhältnis die Dinge zu Fall bringt. So kann man keine richtige Politik machen. Man kann das doch nicht einfach den Funktionären überlassen. Der muss hinaus gehen zu den kleinen Leuten und ihnen erzählen, was wir wollen. Die Leute müssen wissen, welche Politik sie draussen zu vertreten haben, es kann nicht jeder etwas anderes vertreten und seine eigene Politik draussen machen. Ich glaube, dass hier noch einiges nachzuholen wäre.

Wenn wir sagen, dass wir den Stempel der Unternehmerspartei von uns nehmen müssen, den man uns als Volkspartei aufdrückt, dann muss ich vor allem an die Unternehmer die Aufforderung richten, dass sie endlich einmal vorangehen und endlich einmal aufgeschlossen genug sein müssen, zu wissen, dass es notwendig ist, neue soziale Wege zu gehen, denen wir uns nicht verschliessen <sup>dürfen</sup> müssen, wenn wir überhaupt bestehen bleiben wollen. (Beifall.)

Wir haben es allzu häufig erlebt, dass die Forderungen der Arbeitnehmerschaft, wenn sie vom Arbeiter- und Angestelltenbund aufgestellt wurden, bruch abgelehnt wurden, und erst dann, wenn die Sozialisten und ihre Gewerkschaftsvertreter diese Forderung erhoben haben, hat man plötzlich eine Möglichkeit gesehen, doch etwas nachzugeben, manchmal hat man sogar mehr gegeben, als überhaupt verlangt wurde.

Bei einer klugen Politik wäre man einsichtig genug, sich mit den Vertretern aus dem Kreise der Arbeitnehmerschaft zusammensetzen und zu beraten: Was lässt sich tun, was können wir machen? Dann können wir es auch propagandistisch entsprechend auswerten.

Viele unserer Forderungen sind erfüllt worden, aber selten auf den Wunsch des Arbeiter- und Angestelltenbundes hin, sondern viel öfter nach entsprechendem Nachdruck durch die Sozialisten. Ich würde wünschen und bitten, dass wir auch hier mehr auf die propagandistische Wirkung unser Augenmerk lenken. Es scheint mir zweckmässig zu sein, nicht zu übersehen, dass das Rad der Zeit nicht stehenbleibt. Auch die Unternehmerschaft Österreichs muss zur Kenntnis nehmen, wie das in anderen Ländern da und dort geschehen ist, dass der Weg zu einer modernen Sozialpolitik gegangen werden muss. Es wäre wichtig, wenn auch wir diesen Weg versuchten, Vorschläge unserer Partei auszuarbeiten, diese Wege aufzuzeigen und sie dann auch zu gehen. Wir dürfen das nicht bis zu einem Zeitpunkt verschieben, in dem wir dann nicht mehr die Gelegenheit haben, dies durchzuführen oder darüber zu

reden, ob dieses oder jenes Unternehmen noch ein freies, selbständiges Unternehmen ist oder bereits im Schoos der verstaatlichten Industrie gelandet ist.

Hoher Bundesparteitag! Ich würde es begrüßen, wenn alle Arbeiten innerhalb unserer Partei im Sinne und im Interesse dieser Partei, aber darüber hinaus auch im Interesse unserer Heimat Österreich geleistet werden würden, aber auch zugunsten der Arbeitnehmerschaft in dieser Partei, die sich immer nachhaltigst zu den mutigsten Kämpfern für die Idee der Österreichischen Volkspartei bekannt hat und dies auch in aller Zukunft tun wird. (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. K l a u s : Ich danke Herrn Ing. Udier. Er hat ein Fässchen Salz auf den Tisch des Parteitages gestellt. Nehme jeder davon, soviel gebraucht! (Heiterkeit.)

Zum Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Kowatsch.

Gemeinderat K o w a t s c h (Wien): Hoher Parteitag!  
Gestatten Sie mir, dass ich zu dem Referat ~~des~~ unseres Herrn  
Staatssekretärs eine kleine sinngemässe Ergänzung bringe.

Er hat den Satz angeführt: Die SPÖ behauptet, alleinige  
Vertreterin der Arbeiterschaft zu sein. Ich möchte hier eine  
sinngemässe Ergänzung anbringen. Es handelt sich hier nicht ~~um~~  
um die Arbeiter, sondern die SPÖ steht auch auf dem Standpunkt,  
dass sie die alleinige Vertreterin und die alleinige Hilfe-  
bringerin für die hunderttausende Rentner und Befürsorgte ~~ist~~  
in unserer Vaterstadt und in unserem Österreich ist.

Gestatten Sie, dass ich hier eine Bitte an unsere Landes-  
parteileitungen stelle. Hier wirkt bei den Sozialisten die  
gross ausgebaute und finanzkräftige Volkshilfe. Hier muss von  
unserer Partei ein entsprechendes Gegengewicht geschaffen  
werden. Daher ist es notwendig, den Ausbau der von der Bundes-  
parteileitung geschaffenen Österreichischen Wohlfahrtsorganisation  
als Dachorganisation für das Fürsorge- und Wohlfahrtswesen zu  
fördern und die Organisation zu unterstützen. Vor allem sind  
die Landesverbände zu fördern, deren Zusammenfassung zu einem  
Österreichischen Wohlfahrtsdienst notwendig ist. Der Österrei-  
chische Wohlfahrtsdienst muss das Gegengewicht zur gross ausge-  
bauten und finanzkräftigen Volkshilfe werden, und zwar durch  
seine einheitliche und starke Organisation. Die Volkshilfe hilft,  
den Sozialisten über den Weg der Rentner und Befürsorgten den  
Einbruch in das Dorf zu ebnen. Daher ist es notwendig, dass  
wir hier das entsprechende Gegengewicht schaffen, und dafür  
müssen wir auch in den Bundesländern Sorge tragen.

Wir können hier helfen, wenn wir, was leider Gottes von unserer Partei vielfach vernachlässigt wurde, versuchen, zumindest einen Grossteil, wenn schon nicht alle Wohlfahrtsreferate zu besetzen, denn der Wohlfahrtsreferent ist dort in der Lage, helfend einzugreifen, und dort werden wir dann auch zeigen können, dass die Österreichische Volkspartei auch ein Herz für die vielen tausende Bedürftigen hat. (Beifall.)

Landtassabgeordneter Stangl (Jugendbewegung):

Hoher Bundesparteitag! Vor diesem Forum ist zu wiederholten Malen der jungen Generation das Wort gesprochen worden. Auch der Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses hat hier einige Vorschläge der österreichischen Jugendbewegung besonders unterstrichen. Gestatten Sie, dass ich als Sozialreferent der Jugendbewegung drei Punkte besonders unterstreiche, weil ich glaube, dass sie wirksam genug sind, um den überzeugenden Beweis zu erbringen, dass die Volkspartei für die Jugend ganz reale Taten setzen wird.

Der erste Punkt unseres Vorschlages lautet: zum ehesten Zeitpunkt niedrig verzinsliche und langfristige Darlehen für weiche Bauernkinder und Landarbeiter zur Schaffung selbstiger Existenzen durch Ankauf erbenloser Bauernhäuser einzuführen.

Wir freuen uns, dass auf diesem Gebiet vor allem für die leidgeprüften Heimatvertriebenen ein entscheidender Schritt getan wurde und wirkungsvolle Massnahmen gesetzt worden sind. Wir glauben aber auch, dass es uns so notwendiger ist, dass neben dieser Massnahme vor allem für die schon lange hier im Lande sitzende Jugend, vor allem für die bäuerliche und die Landarbeiterjugend, die nicht in der Lage ist, einen eigenen Hof zu übernehmen, Möglichkeiten geschaffen werden, auslaufende Bauernhöfe durch Hilfe des Staates zu gewinnen und zu erreichen, damit neue bäuerliche Existenzen geschaffen werden. (Beifall.)

Der zweite Punkt: Eine besondere Sorge bereitet allen Zuständigen auch in der Volkspartei und in der Jugendbewegung das die Unterbringung der Jugend, der geburtsstarken Jahrgänge, auf Lehrplätzen und auf Arbeitsplätzen, denn das ist nun einmal eine Voraussetzung für die spätere Existenzgründung. Wir wollen auch heute auf diesem Bundesparteitag feststellen, dass die Schaffung des Jugendeinstellungsgesetzes, das sich hundertprozentig erfolgreich ausgewirkt hat, diese grosse Sorge gemildert hat. Aber nach dem ersten geburtsstarken Jahrgang kommt der zweite, der dritte und vierte. Um auch diese grosse Masse von jungen Menschen in unser Wirtschaftsleben einzubauen, haben wir seit Jahr und Tag die Meinung vertreten, dass hier neue Wege der Beschäftigung und Ausbildung gesucht werden müssen, und wir haben die Einführung der Halbzeitbeschäftigung nach dem Muster des Werkschulplanes von Dr. Rittinger empfohlen. Ich darf feststellen, dass die Bundeswirtschaftskammer diesem neuen Weg nicht nur Entgegenkommen gezeigt, sondern auch auf die Grossbetriebe eingewirkt hat, diese Massnahme praktisch zu erproben.

Die Sozialisten sind aber auch auf den Geschmack gekommen und fordern nun auch dasselbe. Es wird notwendig sein, dass der Gedanke, der aus unseren Kreisen gekommen ist, auch durch uns voll und ganz verwirklicht wird und dass die Sozialisten auch hier das Nachsehen haben. Wir appellieren daher an die zuständigen Stellen der Wirtschaft, aber auch an das Unterrichtsministerium und an das Finanzministerium, jene Massnahmen zu ermöglichen, die der begleitende Fachschulunterricht neben der Halbzeitbeschäftigung erfordert. Wir sind überzeugt, dass durch die Halbzeitbeschäftigung vor allem die Jüngsten, die Vierzehn- und Sechzehnjährigen - und hier vor allem die Mädchen - eine Möglichkeit finden, in unseren Wirtschaftsprozess eingeschaltet zu werden.

Der dritte Punkt, den ich besonders unterstreichen möchte, ist die Einführung der Ehegründungsdarlehen. Wir glauben, dass dies ein entscheidender Schritt der familienfreundlichen Politik der ÖVP ist. Eine Förderung der kinderreichen Familie hat als erste Voraussetzung die Erleichterung der Eheschliessung für die jungen Menschen. Die Vorschläge sind von unserer Seite seit langem erstattet worden. Ich weiss, dass vor allem auch Herr Staatssekretär Dr. Bock hier konkrete Lösungsverschlüsse erstattet hat. Sorgen wir auch hier dafür, dass der Gedanke, der von der Volkspartei gekommen ist, auch durch die Volkspartei verwirklicht wird, denn auch hier sind die Sozialisten bereits auf den Geschmack gekommen und haben in ihrem jüngsten Forderungsprogramm bereits die Einführung der Ehegründungsdarlehen verlangt.

Ich appelliere an den Hohen Bundesparteitag, an alle zuständigen Stellen, hier nicht nur den Gedanken in die Welt

gesetzt zu haben, sondern so bald es nur möglich ist, zur Verwirklichung dieses Gedankens zu schreiten. Es ist heute und auch gestern von Realpolitik gesprochen worden. Wir bekennen uns dazu, vor allem auch zu einer Realpolitik für die Jugend und für die junge Generation.

Hoher Bundesparteitag! Lassen Sie mich mit folgendem Satz schliessen! Der Glaube der jungen Generation an Österreich wird umso stärker und umso grösser sein, je stärker und grösser die Sicherheit für die Jugend ist, in lebensfähigen Österreich eine sichere Lebensexistenz zu finden! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Klaus: Ich danke dem Herrn Abg. Stangler.

Die Debatte über das Referat des Herrn Staatssekretär Graf und über die vier Ausschussberichte ist hienit beendet. Wir schreiten nun zur Abstimmung über die vier erstatteten Berichte und die darin enthaltenen Anträge.

Wer damit einverstanden ist, dass die Berichte und Anträge der Ausschüsse vom Bundesparteitag zur Kenntnis genommen und beschlossen werden, möge mit der Delegiertenkarte ein Zeichen geben. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Berichte und Anträge sind einstimmig angenommen worden.

Zuletzt wird nun Landeshauptmann Dr. Gleissner noch einmal das Wort ergreifen zu den Hauptanliegen unseres Bundesparteitages und zu den Wesensfragen unseres Vaterlandes.

Landeshauptmann Dr. Gleissner: Hoher Bundesparteitag! Ich möchte vor allen namens aller Berichterstatter herzlichst dafür danken, dass Sie die Anträge der Ausschüsse angenommen haben. Es ist in der Debatte kein weiterer Antrag gestellt worden, sodass sich ein Schlusswort der Berichterstatter erübrigt.

Wenn ich ganz kurz jetzt noch einmal für diese Berichterstatter und bezüglich der Arbeit in den Ausschüssen das Wort ergreife, so aus folgendem Grund: Es ist ganz klar, dass in einer Volkspartei, in der die Interessen abgewogen werden müssen, selbstverständlich auch gewisse Wünsche, Bedenken, Forderungen vorhanden sind, und wir verstehen auch die Ursachen. Es ist ganz klar, dass die Partei, die so viel unter einem Bogen zusammenfasst, auch in Spannung ist, und sie muss es sein, nur muss, glaube ich, jeder auf dem anderen

Rücksicht nehmen. Es gibt keinen Teil, der nicht auch gleichzeitig für den anderen Verantwortung trägt. Diese gemeinsame Verantwortung muss uns erfüllen.

Daher glaube ich, sollen wir jetzt zum Schluss mit ein paar Worten das, was besonders wichtig ist in einer so erschütternden und in einer so in rasanter Entwicklung befindlichen Zeit, aussprechen, was uns als einheitliche Grundauffassung in der Partei einigt, stark macht - was das Siegel ist, unter dem der Erfolg liegt.

Wenn ich das in ein paar Worten zusammenfasse, werde ich mich freuen, wenn sie auch in Ihnen das treffen, von dem wir auf diesem Parteitag innerlich erfüllt sind:

"Seit der Wiedererlangung der demokratischen Freiheit ist die Österreichische Volkspartei unerschütterlich bemüht, die souveräne Unabhängigkeit Österreichs wiederherzustellen, den sozialen Frieden zu fördern und den wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung sicherzustellen. Fern aller Demagogie anerkennt sie auch die guten Absichten anderer und würdigt den Wert der Zusammenarbeit in der Regierungskoalition.

Getragen von solcher Objektivität aber ist sie befähigt und berechtigt, stolz auf den eigenen Anteil am österreichischen Aufbauwerk hinzuweisen.

Unser Volk, an Ende des zweiten Weltkrieges auf das Ärgste gedenütigt und gebeugt, hat ein Aufbauwerk in kürzester Zeit erbracht, das den Vergleich mit dem Wiederaufbau in allen Ländern auszuhalten vermag.

Diese Leistung ist zum grössten Teil das Werk unserer Partei. Wir arbeiteten und überliessen die oft unfruchtbare Kritik anderen. Nichts bedauern wir mehr, als dass dieser Aufbau da und dort von unerfreulichen Erscheinungen begleitet war.

Wir verurteilen sie, aber ebenso den unaufrichtigen Versuch von Splitterrichtern, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen.

Die grossen positiven Leistungen unserer Partei können nicht übersehen werden. Die Sicherung unserer Währung allein bot das Fundament aller anderen Wirtschaftserfolge. Gerade die Währungsstabilisierung aber musste unseren Gegner<sup>7</sup> abgenötigt werden.

Parteifreunde! Gehen wir ruhig in den Wahlkampf! Das Volk von Österreich ist gerecht, es wird unsere Arbeit nicht ungelohnt lassen. Das Volk aber kann sicher sein, unsere Partei wird stets dort Hand anlegen, wo es die Not der Stunde gebietet. Der Sieg unserer Partei wird der Sieg unseres Volkes sein.

Unser Kampf heisst Freiheit und Souveränität nach aussen und wahre demokratische Freiheit im Innern. Wir verabscheuen und verurteilen jeden Gesinnungszwang im Geistes- wie im Wirtschaftsleben.

Unser Kampf gilt daher auf kulturellem Gebiet der Herstellung der verfassungsmässig garantierten Rechte, unser Kampf gilt jeglichem Terror und Protektionismus in den Betrieben und in der Wirtschaft. Der Mutter Österreich muss jedes Kind gleich lieb und wert sein.

Unsere Arbeit dient nicht wie vor dem Wohl aller. Unermüdet werden wir weiterarbeiten zur Sicherung des erreichten Wohlstandes und zur Verbesserung der Lage derer, die durch irgendeinen Umstandes Misgunst zurückgeblieben sind.

Österreich soll für alle seine Bewohner ein Vaterland sein das sie von Herzen lieben können, weil es für alle eine Heimat ist ein Hort der Geborgenheit und des Glückes ist.

Dieser Heimat weiterhin zu dienen, tapfer und selbstlos, sei das Versprechen, das wir in diesem festlichen Augenblick uns gegenseitig geben, das uns in den Alltag begleiten möge zu neuer Arbeit für Land und Volk!" (Starker Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat Dr. Oberhammer; Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Wir haben die erhebenden Worte des Berichterstatters des Politischen Ausschusses Landeshauptmann Gleissner gehört. Ich glaube, in Ihrem Sinn zu sprechen, wenn ich Sie auffordere, dass Sie dieser Entschliessung durch Erheben von den Sitzen Ihre Zustimmung erteilen. - Ich danke Ihnen. Der Antrag des Berichterstatters ist mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Ich bitte nun den Wahlleiter, Herrn Nationalratspräsidenten a.D. Dr. Gorbach zu Punkt 16:

Bericht des Wahlleiters

und

Bekanntgabe der Wahlergebnisse

seinen Bericht zu erstatten und das Wahlergebnis zu verkünden.

Berichterstatter Dr. Gorbach; Hoher Parteitag!

Es erfüllt mich mit grosser Genugtuung, dass das Ergebnis der Wahl unserer Spitzenfunktionäre den dem Parteitag anhaftenden Charakter des Vertrauens in überzeugender Weise bestätigt hat. Ich kann zu diesem Vertrauensbeweis den in Frage kommenden Persönlichkeiten meine aufrichtigen Glückwünsche entbieten.

Wahlberechtigt waren 381 Delegierte; abgegeben wurden 274 Stimmen, gültig waren 273 Stimmen, ungültig eine Stimme.

Bei der Wahl des Bundesparteiobmannes entfielen auf unseren bewährten Parteiobmann und Kanzler Ing. Julius Raab 272 Stimmen. (Starker anhaltender Beifall. - Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen.)

2/1230 No 3

Bei der Wahl des Generalsekretärs entfielen auf Dr. Maleta 267 Stimmen. (Starker Beifall.) Bei der Wahl des Generalsekretärstellvertreters entfielen auf den bisherigen Generalsekretärstellvertreter Scheidl ebenfalls 267 Stimmen. (Beifall.)

Bei der Wahl des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda entfielen auf Staatssekretär Graf 270 Stimmen. (Lebhafte Beifall.) Bei der Wahl des Hauptreferenten für Finanzen entfielen auf Generaldirektor Dr. Habich 273 Stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Dr. Oberhammer: Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Damen und Herren! Sie haben durch Ihren Beifall den Vertrauensbeweis, den Sie durch die Wahlhandlung zum Ausdruck gebracht haben, in deutlicher Weise bekräftigt. Sie haben durch diesen Vertrauensbeweis - das wollen wir eindeutig und klar feststellen - eine Deklaration der absoluten Einheit der Partei gegeben. Aber Sie haben, Hoher Bundesparteitag, gleichzeitig auch eine Verpflichtung übernommen, die Verpflichtung der unverbrüchlichen Treue und der unablässigen Mitarbeit an dieser Partei.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Dir und deinen Mitarbeitern wünschen wir zur Übernahme dieses verantwortungsvollen und schweren Amtes Gottes reichen Segen, viel Kraft, viel Ausdauer, viel Mut und viel, viel Glück! Wir wissen: Österreichs Schicksal liegt in guten, ja ich darf wohl sagen, es liegt in besten Händen! (Neuerlicher starker Beifall.)

Ich bitte dich nunmehr, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, den Vorsitz und damit das Ruder unserer Partei wieder in deine bewährte Hand zu nehmen. Wir hoffen, wir wünschen, ja wir wissen: Du wirst das Staatsschiff Österreichs mit der rot-weiss-roten Flagge zu jenem Ziele führen, das sich dieser Parteitag als Devise gestellt hat: Freiheit für Österreich! (Starker Beifall.)

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. R a a b (mit stürmischem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Im Leben eines Politikers gibt es wenige Momente, die schliesslich und endlich auch eine reine, klare innere Freude darstellen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie durch die Abgabe der Stimmzettel mir und meinen Mitarbeitern gezollt haben. Ich bin kein Freund von Lobhudeleien. Ich will nur eines sagen: Wir werden unsere Pflicht so wie bisher erfüllen in restlosem Einsatz unseres ganzen Könnens, unserer Leistung, unseres Willens, die Aufgaben zu lösen, die uns bevorstehen.

Wir haben in diesen Jahren seit 1945 alle zusammen, ich muss sagen, die ganze Partei, eine ungeheure Verantwortung für diesen Staat getragen, und wir müssen dem Herrgott danken, dass es möglich war, Österreich zu dem heutigen Zustand zu bringen, über den wir uns wirklich aus vollem Herzen freuen können.

Ich danke daher für das Vertrauen und ich danke für die Einmütigkeit der Stimmabgabe. Der Parteitag hat ja in seinem Ablauf bewiesen, dass er ein Parteitag des Vertrauens einer geschlossenen, einigen und kampferprobten Partei ist, die unsere österreichische Fahne voranträgt für die Zukunft unseres Volkes.

Ich darf daher Dank sagen namens der Gewählten für Ihr Vertrauensvotum. Ich danke persönlich auch dem Generalsekretariat - dem Herrn Generalsekretär, seinem Stellvertreter, dem Herrn Organisationsreferenten - für die Mithilfe, die es in diesen Jahren uns, mir und vor allem der Partei angedeihen liess.

Ich danke dem Herrn Finanzreferenten. Ich danke ihm dafür, dass er die Stelle wieder angenommen hat. (Beifall.) Ich darf feststellen, dass wir in der Österreichischen Volkspartei nicht nur einen guten Finanzminister, sondern auch einen guten Finanzreferenten haben. (Erneuter starker Beifall.)

Ich danke auch den Landesparteileitungen, allen ihren Funktionären und vor allem denjenigen, die in den kommenden Auseinandersetzungen für die Wahl der Landtage und in die Arbeiterkammern nun neuerlich sehr stark beansprucht sein werden und viele Opfer werden bringen müssen, um unserer Sache zum Siege zu verhelfen.

Ich danke allen Beamten der Partei, und ich danke auch vor allem den Arbeitern und Angestellten dieses Hauses, die hier so opferfreudig ihren Dienst im Rahmen dieses Parteitages versehen haben.

Wenn ich nun zu den Beschlüssen der Partei, zu den Resolutionen und zur Stellungnahme einzelner Redner und der Kritiken, die darangefügt wurden, etwas sagen darf, so ist es verständlich, dass Resolutionen gebracht wurden, wobei nun die neue Bundesparteileitung verpflichtet ist,

2/1240 W 2

sie in die Tat umzusetzen. Die Aufgaben sind keine geringen. Aber aus all den Resolutionen und aus den verschiedenen Debattereden, die hier vorgebracht wurden, schälten sich doch einige bestimmte grundsätzliche Punkte heraus:

Das Hauptfundament unserer Partei, unserer politischen Bewegung, ist - wie gerade heute ein Redner hervorgehoben hat - die Weltanschauung. (Beifall.) Darauf basiert die Bildung, die Stärkung des Charakters. Ich habe es manchmal schon den Sozialisten gesagt: Wir Christen leben leichter als ihr, verehrte Freunde, denn wir wissen wenigstens, woher wir kommen und wohin wir gehen. Wir sind daher nur verpflichtet, hier auf dieser Welt nach den Grundsätzen dieses Christentums zu handeln und zu arbeiten.

Zu allen Anträgen, die hier gestellt werden sind, der Staat möge das oder jenes subventionieren, sage ich Ihnen: Einen Idealstaat auf dieser Erde wird es nie geben. Für jeden einzelnen, mag er diesem oder jenem Beruf angehören, wird es immer Tage der Bitternis geben. Der Tag der Freude, der Tag der Pflichterfüllung folgt, die Befriedigung über die geleistete Arbeit.

Daher ist der zweite Grundsatz, den wir zu befolgen haben, für das vivere zu sorgen, für das wirtschaftliche Fundament, auf dem dann alle anderen konsequenten Forderungen erfüllt werden können, in der Richtung, in erster Linie

den Arbeitsunfähigen, den Altersschwachen und auch der Jugend entsprechend zu helfen, in ihren Existenzsorgen und in den Notwendigkeiten, die an sie herantreten. Wer arbeiten kann, wer etwas leisten kann, bedarf nicht der Subvention des Staates. (Beifall.)

Daher bauen wir auf diesem Gebiet auf die Wirtschaft. Unter Wirtschaft fasse ich zusammen die gewerbliche Wirtschaft, die Landwirtschaft, alle diejenigen, die durch die Erzeugung von Produktionsgütern schliesslich und endlich die Grundlagen zur Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse schaffen. Die Wirtschaft hat in diesen neun Jahren ihre gewaltige Aufgabe gelöst; sie zu fördern, ist Aufgabe des Staates.

Im Zusammenhang mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung, die sicherlich erfreulich ist und die sicherlich von vielen auswärtigen Menschen, die nach Österreich kommen, anerkannt wird und die auch in den Bilanzen niedergelegt ist, ist aber die entscheidende Frage für die Partei, in den Reihen der Arbeiterschaft ~~an~~ das Vertrauen zu festigen, in diese Kreise, die neben unseren treuen Mitgliedern des Arbeiter- und Angestelltenbundes stehen, die ja ebenfalls in erster Linie auf Grund der christlichen Weltanschauung hier als eine der wichtigsten, als die verbreitetste Gruppe unserer Partei stehen, das Vertrauen zur Partei weiter hineinzutragen, die anderen Arbeiterkreise, die noch abseits stehen, mit den bewährten Grundsätzen unserer Partei vertraut zu machen, dass jeder Mensch nach der christlichen Weltanschauung gleichberechtigt ist und nicht nach seinem Stand, sondern nach seinem sittlichen Charakter, den er an den Tag legt, bewertet wird. (Beifall.)

Ich bin Realpolitiker. Ich bin kein Hürdenspringer, dazu bin ich schon zu alt, und ich gehe, meine sehr verehrten Frauen und Herren, ruhig, Schritt für Schritt bei der ganzen Entwicklung vor. Es ist nicht richtig, dass uns die Sozis bei den sozial-

politischen Entwicklungen der letzten Jahre immer vor waren. Der Gedanke der Kinderbeihilfe, der beim 2. Lohn- und Preisabkommen aktiviert wurde, wurde durch die Österreichische Volkspartei im Ausschuss durchgesetzt, und Herr Präsident Böhm hat das auch <sup>n</sup>unlängst bei den Verhandlungen über <sup>das</sup> Familienlastenausgleichsgesetz ruhig, eindeutig und klar zugegeben.

Wir haben die Entprivilegierung der Beamtenschaft durchgesetzt. Auch hier wurden wir, das ist ja gestern schon angedeutet worden, zielbewusst und konsequent nach den Ergebnissen und nach den Möglichkeiten der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates unsere Schritte fortsetzen.

Wir waren es, die Arbeiter- und Angestelltenabgeordneten, die die Frage der Rentenregulierung durch ihren Antrag im Parlament zuerst ins Rollen gebracht haben. Freilich lag dann am nächsten Tag ein neukonstruierter Antrag der Sozialisten ebenfalls auf dem Tisch des Hauses. Wir wissen, dass wir in der Sozialpolitik noch manches zu erfüllen haben, und die Österreichische Volkspartei wird sich dieser sozialen Verpflichtung, die sie hat, vor allem der, den Arbeitnehmern einen gesicherten Arbeitsplatz und eine gesicherte Existenz zu geben, niemals entziehen.

Ich habe gestern und heute auch Klagen darüber gehört, dass die Frauen in den öffentlichen Vertretungen zu wenig vertreten sind. Ich unterstreiche diesen Wunsch und empfehle den Höhen Landesparteileitungen, bei ihren Beschlussfassungen hier etwas rigorosser zu sein.

Dann kommt die Jugend. Sie hat gestern ein Wiener Bonbon konstruiert, aussen süß und innen sauer. Ich weisse nicht, bei welcher Firma diese Wiener Bonbon zu beziehen sind. (Heiterkeit.) Man hat mir schon gesagt, der Jugend wird immer Weihrauch gegeben und nicht mehr. Ich erkläre klar und eindeutig: Die Österreichische Jugendbewegung ist die Jugendbewegung der Partei! (Beifall.)

Sie ist in der Partei verankert, und wir danken ihr sehr für die geleistete Arbeit, vor allem in der politischen Aufklärung auch gegenüber anderen Verbänden. Es hat klar aus dem Referat des Herrn Dr. Karasek herausgeklungen, dass bei einer klaren und eindeutigen weltanschaulichen Ausrichtung der Jugend sie schliesslich zu den klaren politischen Verpflichtungen kommen muss, auch in der heutigen Zeit in der ÖVP ihre Verpflichtung als Bürger dieses Staates zu erfüllen.

Daher werden wir, die Partei, immer bestrebt sein, die Jugendlichen voranzuziehen, wobei ich hier ganz klar und eindeutig sage! Zuerst die Sicherung des Berufes und dann die Politik! (Starker Beifall.) Das sind Grundsätze, die wir anerkennen müssen, und ich hoffe, dass die Jugendorganisation auch bei den kommenden Wahlentscheidungen ihre Verpflichtung gegenüber der Partei erfüllen wird. Wir anerkennen die Freiheit der Rede, die Freiheit der Kritik und die Leistung der Jugend, und <sup>wir</sup> erfreuen uns an der Österreichischen Jugendbewegung.

Ich möchte Sie, verehrte Frauen und Herren, bitten, bei den Landtagswahlen, die wir ja in den einzelnen Landesparteitagen schon vorbereitet haben, wobei sich bei allen Landesparteitagen, wo ich war, das gleiche Bild der Einmütigkeit gezeigt hat wie auf dem heutigen Bundesparteitag, Ihre Pflicht zu erfüllen. Ich will aber besonders unterstreichen, dass der gesamte Parteiapparat draussen in den Ländern mit aller Kraft, mit aller Macht und mit allem Nachdruck in den Dienst der Arbeiterkammerwahlen zu stellen ist. (Lebhafter Beifall.) Ich darf daher sagen, dass dieser Parteitag ein Tag der Ermutigung und der Kräftigung für uns alle ist.

Ich darf auch Dank sagen allen meinen Mitarbeitern in der Regierung, die ja Hervorragendes geleistet haben, und ich darf Sie bitten, auch in der Zukunft Vertrauen zur Führung der Partei zu haben. Wir werden unsere Pflicht erfüllen. Ich bin kein Freund langer Reden, ich bin ein Gegner des vielen Redens, ich bin mehr einer, der Taten setzt. (Lebhafte Bravo-Rufe.) Und Taten nach den Plänen, die wir herausgebracht haben, folgen in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren zur Erringung der Freiheit dieses Landes, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes, zum Ausbau der Sozialgesetzgebung dieses Landes, zur Erringung der Freiheit für Österreich!

Da wir auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehen und da - ich will es offen bekennen - uns, die Österreichische Volkspartei, in diesen schweren neun Jahren Gottes Segen immer wieder begleitet hat, gehen wir auch in der Zukunft mit einem ungeheuren Optimismus an die Probleme der nächsten Zeit heran. Einer wird uns schützen. Mag der eine oder andere von uns abberufen werden, schon stehen die Reservisten der Jungen hier, die in der Lage sind, an unsere Stelle zu treten, um das, was nunmehr begonnen ist in Österreich, zu vollenden: ein freies, unabhängiges und christliches Österreich! (Starker, lang anhaltender Beifall.)

Der Parteitag ist hiermit geschlossen.

(Der Parteitag wird um 12 Uhr 55 Minuten mit der Bundeshymne abgeschlossen.)